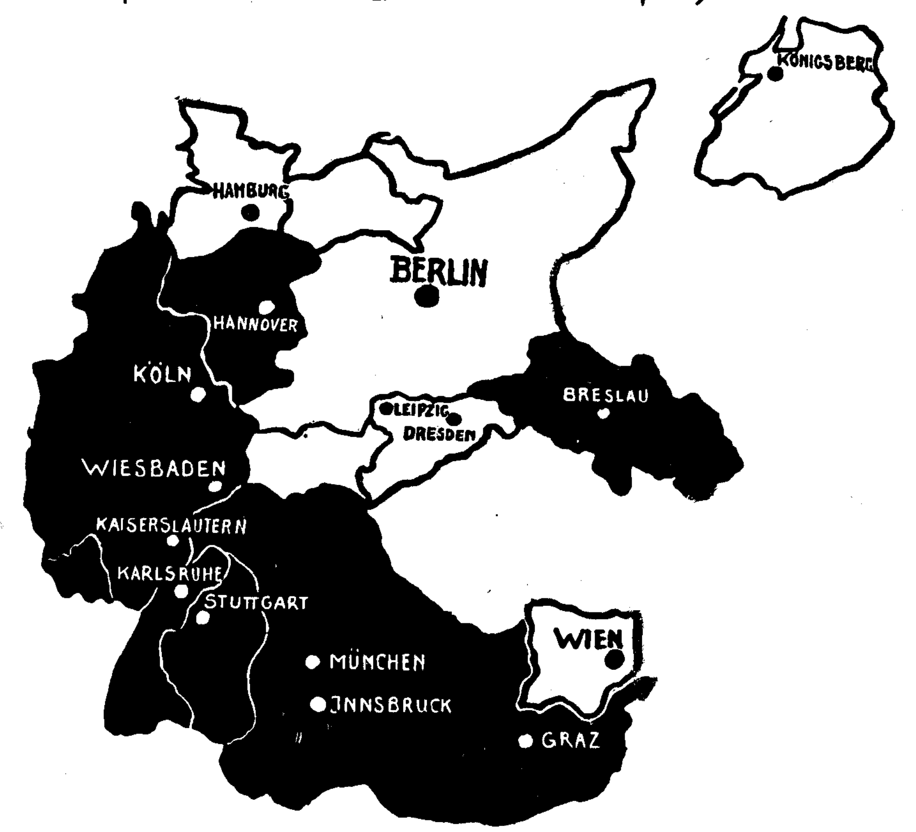
Hochverrat von Zentrum und Bayerischer Volkspartei 1918–1933

Die geplante
Aufteilung Deutschlands



Enthüllungen

über die französisch-bayerischen Pläne zur Aufteilung des Deutschen Reiches und Errichtung eines Donaustaaten-Bundes

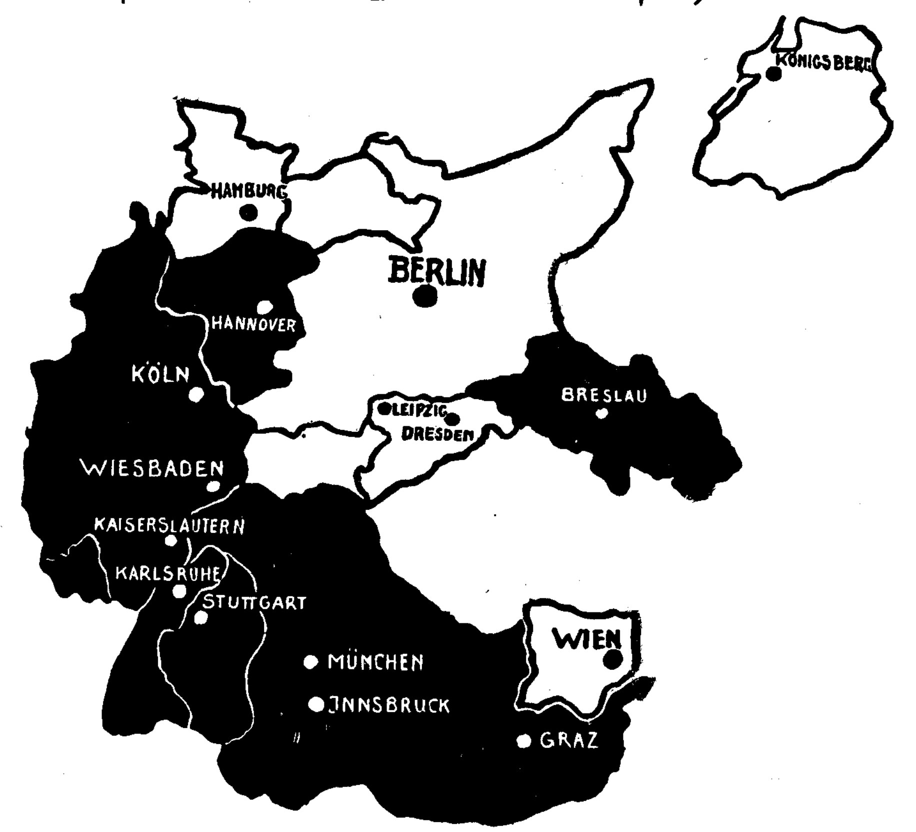
Mit einer Karte und Urkunden in Photographie

von F. Walther Ilges

Walter Bacmeisters Nationalverlag, Berlin-Charlottenburg 9

Hochverrat von Zentrum und Bayerischer Volkspartei 1918–1933

Die geplante
Aufteilung Deutschlands



Enthüllungen

über die französisch-bayerischen Pläne zur Aufteilung des Deutschen Reiches und Errichtung eines Donaustaaten-Bundes

Mit einer Karte und Urkunden in Photographie

von F. Walther Ilges

Walter Bacmeisters Nationalverlag, Berlin-Charlottenburg 9

Der Verleger führt ein:

Es ist nicht üblich, daß Buchverleger den Werken ihrer Autoren ein Vorwort mit auf den Weg geben. Immerhin, die vielen Männer und Frauen in ganz Deutschland, denen ich im Laufe eines langen, von Politik erfüllt gewesenen Lebens begegnet bin, werden die Ausnahme verstehen, die zu machen ich mir erlaube. Ob ich in jungen Jahren als Sekretär der Vereinigten nationalen Parteien in Essen gegen Zentrumsübermacht kämpfte, ob ich als Reichstagskandidat in Krefeld mit Erzberger die Klinge kreuzte oder in Mülheim-Gummersbach gegen den nachmaligen Zentrumskanzler Marx kandidierte, ob ich während des Krieges als preußischer Abgeordneter gegen die defaitistischen Machenschaften des Reichstagszentrums zu Felde zog und zu dem Zweck mit dem prächtigen Großadmiral von der Vaterlandspartei durch die rheinischen Lande reiste, ob ich schließlich nach dem Zusammenbruch als Zeitungsmann die verwüstende schwarz-rote Koalition zu entlarven suchte, immer war es das Zentrum, das mir, dem fast zum Rheinländer gewordenen Mitteldeutschen, als der schlimmste, weil klügste, sich am geschicktesten deckende Gegner erschien.

Das kam nicht aus meiner protestantischen Art, nicht daher, daß ich am Fuße der Wartburg geboren wurde, daß ich innerhalb der dicken Mauern des Eisenacher Luthergymnasiums einen Teil meiner Jugend verlebte und einen anderen Teil in dem alten Schulgebäude zu Erfurt, in dem einst die Dunkelmänner herrschten und das eng mit dem Leben des großen Reformators verbunden ist. Das kam von Bismarck her, der mit der Generation unserer Väter auch die gebildete nationale Jugend in Bann genommen hatte. Preußen und das notwendigerweise preußisch geführte Reich Bismarcks waren es, die damals diese Jugend innerlich ganz erfüllte, so erfüllte, daß sie den Bruch der Monarchie mit dem großen Kanzler nie verschmerzte. Von der preußischen Reichsidee her wurde ich unerbittlicher Gegner des Zentrums, das im Rheinland und in Bayern diese Idee niemals in sich aufgenommen, das sich im Gegenteil immer bemüht hat, unsichtbare Grenzen zwischen Altpreußen und den Rheinlanden zu ziehen. Das ließ sich vor dem Kriege schwer beweisen. Aber es ließ sich erfühlen.

Nach diesen einleitenden Worten bedarf es keiner Schilderung, wie tief es mich berührte, als ich in den Tagen des Zusammenbruchs die Trierer antipreußische Schmähschrift „Los von Berlin!" zum erstenmale in die Hand bekam. Das war Haß aus der Tiefe, das war auflodernde Glut, die Jahrzehnte lange nicht zur Flamme hatte werden können. Die Masken begannen zu fallen.

Als rheinischer Journalist sah man in Vielerlei hinein, was in den Monaten danach am Rheine umging. Oft war man zerrissen von Zorn und Erbitterung. Aber man erlebte auch Stunden stolzer Genugtuung. Ob

die rheinischen Städte im überwiegend evangelischen Bergischen Land, ob das katholische Volk von Westfalen gegen die schmachvolle Sonderbündelei am Rhein protestierten, ob die Arbeiterschaft in Köln sich gegen die dunklen Machenschaften erhob, immer wieder waren da Kundgebungen mannhafter Treue zu Reich und Preußen, opferbereiten Willens zur nationalen Schicksalsgemeinschaft auch in tiefster Not, bis schließlich der Separatistenspuk von den Massen des rheinischen Volkes selbst aus der preußischen Westmark verjagt wurde.

Da hörte man oft herrliche, herzerhebende Worte auch aus rheinischem Munde. Das war etwas anderes, als die schamlosen Versuche in München, in Köln und Trier, in Wiesbaden und Kaiserslautern, sich dem Schicksal des deutschen Vaterlandes zu entziehen. Aber es war nicht die Sprache der rheinischen Drahtzieher und derer von München.

Auf die Drahtzieher kam es an. Wer war der unbekannte Staatsanwalt Dorten, der sich in Wiesbaden als Präsident einer rheinischen Republik auftat? Was war später der unbekannte Journalist *Matthes* als Resident seiner Revolverrepublik in Koblenz? Zufallserscheinungen der Geschichte, auf moorigem Boden gewachsene Blüten, die schnell vergingen. Wir im Rheinland zweifelten nie, daß im Hintergrunde größere, ernst zu nehmende, gefährliche Kräfte wirksam waren. Aber deren Träger spielten mit verdeckten Karten. Es waren die Klugen, die sich alle Türen offen hielten. Es waren nicht die, die von den empörten Bauern am Siebengebirge schließlich erschlagen wurden. Im Gegenteil, sie kamen zu Rang und Würden in dem verhaßten Preußen oder im Reich, der eine als Präsident des Preußischen Staatsrats, der andere als heimlicher Beherrscher Deutschlands.

Nie hat in mir der Wunsch geschwiegen, *die Drahtzieher zu entlarven*. Dieser Wunsch hat mich bis in die Höhle des — Fuchses getrieben, bis zu einer stundenlangen Unterhaltung mit einem der Großen und Klugen, mit dem ehemaligen Präsidenten des Preußischen Staatsrats, dem Oberbürgermeister Adenauer. Vergebens!

Ich habe zahllose der 2350 Werke und Schriften durchgesehen, die nach der Westbibliographie von Reismüller-Hofmann schon bis 1929, sich mittelbar oder unmittelbar mit dem Separatismus beschäftigend, erschienen sind. Sie bringen viel Wertvolles, viel Material für das Untersuchungsverfahren, viele Ausgangspunkte für den Forscher. *Aber keine von ihnen kann als schlüssige Anklageschrift gegen die in letzter Linie Schuldigen gewertet werden.* Und vor allem, keine von ihnen geht ernstlich über den rheinischen Separatismus hinaus, um *die tiefen Verschlingungen mit den weit gefährlicheren bayerischen Versuchen zur Aufteilung des Deutschen Reiches* zu ergründen. Ueber diese Versuche gab es bisher keine einzige zusammenhängende Darstellung, nicht einmal einen kurzen Abriß, nichts als ein paar Hinweise in dieser oder jener Schrift, einige Briefe und Urkunden, in der Zerstreuung veröffentlicht, Prozeßberichte, vergilbte Tagesblätter. Das ist alles, was dem Historiker und Politiker bisher, wenn er sich viel Mühe gab, auffindbar war als Beweismaterial für den *großzügigsten Versuch von Volks- und Hochverrat, der jemals in der deutschen Geschichte vorgekommen ist.*

Ohnmächtig gegenüber der Aufgabe, die zu lösen ich als eine nationale und historische Notwendigkeit empfand, suchte ich, aufmerksam geworden durch eine hervorragende Veröffentlichung im „Tag" über den rheinischen Separatismus, deren nicht genannten Verfasser. Es war F. Walther Ilges in Köln. Ich kannte ihn als Bühnenschriftsteller, auch als Verfasser tiefschürfender kulturgeschichtlicher Studien über das 18. Jahrhundert. Was aber hatte das mit aktuellster Gegenwartsgeschichte und Gegenwartspolitik zu tun?

Die ersten Stunden des Zusammenseins mit diesem schon wegen seiner Gründlichkeit ausgezeichneten Mann werde ich um deswillen nie vergessen, weil sie in mir die Erkenntnis schufen, daß es außerhalb des schweigenden Kreises der Schuldigen noch eine Persönlichkeit gab, die genug wußte, fleißig und zähe genug war, dieses Wissen zu erweitern, und klar genug, die Spuren des Wesentlichen zu finden.

Die von mir sofort beschlossene Arbeitsgemeinschaft mit Ilges hat sich bewährt. Die Dokumente, die er mir vorlegen konnte, fesselten mich mehr und mehr. Von Monat zu Monat wußte er die Kette der Beweise fester zu schließen, der Beweise für den ungeheuerlichsten, volksfeindlichen und reichsfeindlichen Hochverrat, dessen treibende Kräfte im Bayerischen Zentrum, in der Bayerischen Volkspartei, saßen. Mit wachsender Klarheit brachte seine tiefer und tiefer schürfende Arbeit das Zusammenwirken der bayerischen Hochverrätergruppen mit denen am Rhein ans Licht, so die Vorarbeiten für die Entlarvung der rheinischen Separatisten auf das Wirkungsvollste unterstützend. Schließlich stand ich erschüttert vor der Lückenlosigkeit seiner Beweiskette. Nun war auch die Konzeption des Werkes über den Separatismus am Rhein gegeben. Wir wußten jetzt, daß das, was in Bayern vorgegangen ist und bisher nur in flüchtigen Umrissen bekannt war, im engsten Zusammenhang gestanden hat mit dem Hochverrat am Rhein und daß es eine hochverräterische Gesinnungsgemeinschaft im Reiche gegeben hat, die von Regensburg bis Trier, von München bis Köln und Hannover reichte, eine hochverräterische Gesinnungsgemeinschaft, die, geeint durch den Haß gegen Preußen, sich nicht schämte, für ihre reichsfeindlichen Pläne französische Hilfe in Anspruch zu nehmen.

Die vorliegende Schrift will nicht nur Aufklärung geben über Geschehnisse einer vergangenen Zeit; sie will nicht nur dem deutschen Volk zeigen, wes Geistes Kinder seine bisherigen Führer waren; sie will auch dartun, daß die reichsfeindlichen Kräfte nicht nur in den Jahren tiefster deutscher Erniedrigung nach dem Krieg wirksam gewesen sind. Wer das Buch von Ilges gelesen hat, fühlt und erkennt, daß das, was sich heute Politik Deutsch-Oesterreichs nennt, nichts anderes ist als eine neuartige Teilerscheinung alter reichsfeindlicher Zentrumspolitik. In einem Werbeschreiben, das österreichische Reisebureaus im Auftrag der Oesterreichischen Bundesbahnen im August 1933 in Polen verbreiteten, heißt es: „Heute appelliert Oesterreich an die Polen um Hilfe vor der preußischen Invasion." Das ist die neueste schmähliche Version in der Politik jener alten Gesinnungsgemeinschaft.

Wäre nicht die deutsche nationale Revolution von 1933 gekommen, man hätte als alter Beobachter dieser Gesinnungsgemeinschaft verzweifeln können am Reich. Nicht das ist es, was neue Hoffnung gibt, daß Zentrum

und Bayerische Volkspartei — scheinbar — verstorben sind. Nur wer die hinter ihnen wirksam gewesenen Kräfte nicht kennt, kann meinen, damit sei die Gefahr von dieser Seite her beseitigt; kann glauben, dieses Buch habe nur historischen, aber keinen politischen Wert. Jene Kräfte sind geblieben und werden lebendig sein, wenn ihnen die Zeit gekommen erscheint, und dort, wie jetzt in Oesterreich, wo es ihnen möglich ist. Daß der Nationalsozialismus ihnen, neue große Ideale zeigend, den größeren Teil der Volksmassen genommen hat, mit deren religiösen Gefühlen sie ihre Politik machten, das ist das Entscheidende. Und das wird auch das Entscheidende, früher oder später, in Oesterreich werden. Innerhalb der Reichsgrenzen hat die nationalsozialistische Gesinnungsgemeinschaft — das ist vielleicht ihr allergrößtes Verdienst um das deutsche Volk — die alte reichsfeindliche Gesinnungsgemeinschaft zwar noch nicht zerschlagen, aber bis zur politischen Bedeutungslosigkeit auseinandergesprengt. Es wird in Oesterreich eines Tages ebenso sein.

Die politische Aufgabe dieses Buches und der demnächst kommenden Veröffentlichung über den Separatismus am Rhein, an deren Abfassung mein Freund Dr. Schmid-Opladen („Alkohol-König und Prälat") beteiligt ist, soll die sein, allen, die es angeht, Rüstzeug an die Hand zu geben im Kampf gegen jeden Versuch einer Wiedererhebung der alten Reichsfeinde. Kein Zweifel, sie sind wieder da, sollten je neue Nöte über Deutschland kommen. Dann gilt es zu wissen, wie sie aussehen.

Ilges zeigt sie uns, wie sie sind.

Berlin-Charlottenburg, im August 1933.

Walter Bacmeister.

Statt eines Vorwortes

„Wenn in Spanien wie in Rußland, in England wie in Frankreich, in Ungarn wie in Dänemark irgendjemand erklärte: er wolle seine partikularistischen Gelüste, seine Familien- oder Parteiinteressen mit ausländischer Hilfe durchführen, er setze seine ganze Hoffnung darauf und arbeite dahin, daß die Fluren seines Vaterlandes zertreten würden von siegreichen ausländischen Kriegsheeren, daß seine eigene Heimat in dieselbe Unterjochung verfalle, wie wir sie im Anfang dieses Jahrhunderts (1806 bis 1813) in Deutschland erlebt haben — nehmen Sie an, daß in allen Ländern bis in das kleine Dänemark hinein, eine Partei, eine Klique die Frechheit hätte, sich zu solchen Bestrebungen offen zu bekennen: solche Leute würden dort überall ersticken unter der zermalmenden Verachtung ihrer Landsleute!

Bei uns allein ist das nicht so. Bei uns erliegen sie nicht der Verachtung. Sie tragen die Stirn hoch, sie finden öffentlich Verteidiger bis in diese Räume hinein.

Ueberall, wo Fäulnis ist, stellt sich ein Leben ein, welches man nicht mit reinen Glacéhandschuhen anfassen kann. Dieser Tatsache gegenüber sprechen Sie doch nicht von Spionierwesen! Ich bin nicht zum Spion geboren meiner ganzen Natur nach; aber ich glaube, wir verdienen Ihren Dank, wenn wir uns dazu hergeben, bösartige Reptilien zu verfolgen bis in die Höhlen hinein, um zu beobachten, was sie treiben."

Bismarck

(Sitzung des Preußischen Abgeordnetenhauses vom 30. Januar 1869.)

Die Quellen dieser Schrift

Tausende von Veröffentlichungen haben sich mit dem rheinischen Separatismus beschäftigt. Ueber die weit gefährlicheren bayerischen Abtrennungsbestrebungen ist dieses die erste Arbeit. Sogar die — leider so spärlichen — Quellen hierüber sind nirgends zusammengestellt. Auch in der **‚Westbibliographie'** (Reismüller/Hofmann: Zehn Jahre Rheinlandbesetzung. Breslau 1929) finden wir zwar einige französische und deutsche Schriften verzeichnet, die Hinweise auf die Zusammenarbeit zwischen rheinischen, bayerischen und welfischen Sonderbündlern enthalten, nicht dagegen die wichtigen Veröffentlichungen von **Vitus Heller, General Ludendorff** und **Graf Bothmer.** Dabei ist der rheinische Separatismus nur ein Teil der bayerischen Abfallbewegung mit ihren weiter gesteckten Zielen gewesen und hat eine Zeit lang sogar unmittelbar der Leitung bayerischer Zentrumsführer unterstanden. Wir ergänzen deshalb die Angaben der Westbibliographie:

Es war das vaterländische Verdienst von **Vitus Heller** in Würzburg, als Erster schon 1920 in seiner Zeitschrift ‚Das neue Volk' auf die geheimen, hochverräterischen Machenschaften von Dr. Heim, Graf Bothmer, der Bayerischen Volkspartei und der Königspartei hingewiesen, belastende Dokumente, die er von Separatisten gekauft hatte, veröffentlicht und trotz Prozessen, Drohungen und Versprechungen auch in den folgenden Jahren diese Aufklärungsarbeit fortgesetzt zu haben.
Auch andere belastende Dokumente kamen durch Verrat Mitschuldiger in deutsche Hände. Im Jahre 1921 bot der pfälzische Sonderbündler Eichhorn den deutschen Behörden einen ganzen Koffer Urkunden zum Kauf an. Die Polizei beschlagnahmte aber den Koffer. Ein Teil der Schriftstücke, der Briefwechsel Eichhorns mit seinen französischen Gönnern, wurde in der Schrift von Dr. Amrhein: Spielen wir unser Spiel am Rhein (München 1922) veröffentlicht. Wo die übrigen hingekommen sind, ist unbekannt. Weitere Enthüllungen kamen aus französischen Quellen. Erwähnt seien **P. Jacquot:** Le général Gérard et le Palatinat. (Straßburg. 1919); **G. Vial-Mazel:** Le Rhin, victoire allemande. (Paris. 1921); **H. Mordacq:** La Mentalité Allemande. (Paris. 1926). Ferner die Veröffentlichungen von **Vial-Mazel** und **Jean Florence** in der Pariser ‚Ere Nouvelle'. Wieder andere Dokumente, so den Briefwechsel zwischen den rheinischen, hessischen und welfischen Sonderbündlern veröffentlichte **Rhenanus** (= Gorrenz) in seiner ausgezeichneten Schrift: Die Drahtzieher (Berlin. 1924). Ein Paket der zwischen Graf Bothmer und Dr. Heim gewechselten Briefe wurde Anfang 1926 **General Ludendorff** von unbekannter Seite zugeschickt; sie wurden von ihm auszugsweise in seiner Verteidigungsrede vor dem Münchener Volksgericht (29. Febr. 1924) vorgelesen und ungekürzt im Anhang zu seiner Schrift: Ludendorffs Warnung (München. 1924) veröffentlicht. Ueber die Tätigkeit von Graf Bothmer im Rheinland unterrichtet die Schrift von **R. Werner:** Dorten & Co. (Königswinter. 1921).

Dazu kommen Veröffentlichungen der Mitschuldigen: die Schrift von **Graf Bothmer:** Bayern den Bayern (München. 1920) und ebenso seine 1926 in seiner Zeitschrift ‚Die Wirklichkeit' veröffentlichten Erinnerungen; ferner Reden und Aufsätze von **Dr. Heim;** Parlamentsberichte, Zeitungsmeldungen und vor allem als eine der wertvollsten Quellen die Prozeßakten und Verhandlungsberichte über die Separatistenprozesse der letzten 13 Jahre. Die Einzelhinweise finden sich im Text angegeben. Zu erwähnen sind endlich noch die Denkwürdigkeiten Wilsons, die sein Sekretär **R. St. Baker** (Woodrow Wilson and World Settlement. New York. 1922) herausgegeben hat, sowie das zweibändige Werk von **Dr. P. Wentzcke:** Ruhrkampf. (2. Aufl. 1930/32), als beste Quellenschrift über den Separatismus von 1923.

Rheinbundpolitik

Es gab einmal — über 120 Jahre ist's her — einen Rheinbund. Die Franzosen hatten ihn erfunden. Nur der Name paßte nicht ganz. Vielleicht war es Absicht. Vielleicht haben wir deshalb vergessen, was er war. Er umfaßte nämlich mehr als nur die Länder am Rhein und bedeutete mehr als die Absplitterung der Westmark vom Deutschen Reich. (Denn diese Westmark gehörte damals größtenteils schon zu Frankreich). Im Juli 1806 ließ Napoleon den Gesandten der süddeutschen Staaten in Paris die Akte zur Gründung eines Rheinbundes vorlegen. Sie mußten unterschreiben. Sechzehn deutsche Fürsten, darunter die Könige von Bayern und Württemberg, der Kurfürst von Baden, der Landrat von Hessen. Sie traten als Vasallen zu Frankreich und sagten sich förmlich vom Reiche los.

Die Rheinbundakte vom 12. Juli wurde fünf Tage später, am 17. Juli 1806, in Paris von den 16 Gesandten der deutschen Fürsten (dazu noch dem des Herzogs von Berg) gemeinsam unterzeichnet. Am 1. August wurde sie dem Reichstage mitgeteilt. An demselben Tage gab der französische Gesandte in Regensburg die Erklärung ab, daß sein Kaiser ein Deutsches Reich nicht mehr anerkennen werde, worauf Kaiser Franz II. am 6. August seine Würde als Oberhaupt des Reiches niederlegte und den Titel Kaiser von Oesterreich annahm. Später schlossen sich auch Sachsen, die thüringischen Fürstentümer, das neugegründete Königreich Westfalen sowie die Herzogtümer der beiden Mecklenburg und Oldenburg dem neuen Bunde an. Napoleon selbst aber machte sich zu seinem Protektor und gewann dadurch, wie es in der Chronik heißt, eine bedeutende Macht über die deutschen Fürsten.

Sieben Jahre hat der Rheinbund bestanden. Erst die preußischen Siege Blüchers lösten die Ketten. 1813 wurden die Länder wieder frei und deutsch.

Nur in einer Zeit deutscher Ohnmacht war ein solches Gebilde möglich gewesen. Ja selbst unter dieser Voraussetzung schien später seine Erneuerung ausgeschlossen: Die Zeit deutscher Ohnmacht war im November 1918 wiedergekommen. Aber nicht Frankreich war diesmal wie vor 127 Jahren der Sieger gewesen. Es hatte des Bundes der halben Welt bedurft, um Deutschland niederzuringen. So waren, schon mit Rücksicht auf die Eifersucht der verbündeten Mächte, weder Clemenceau, der Tiger, noch Marschall Foch auf den Gedanken gekommen, der Friedenskonferenz eine Aufteilung des Deutschen Reiches nach dem Rezept Napoleons ernsthaft vorzuschlagen. (Daran gedacht hatten sie allerdings).

Ein Deutscher war es, der dem Feinde hierzu die Anregung gab. Und diese Anregung fiel zeitlich zusammen mit dem Einmarsch der ersten französischen Truppen in das Rheinland. Ein Zufall?

Dr. **Georg Heim, der Führer der Bayerischen Volkspartei erinnerte an den Rheinbund** von Frankreichs Gnaden; **verlangte seine Wiedererrichtung;** sogar erweitert durch den größeren Teil Oesterreichs, der zu Bayern geschlagen werden sollte.

Und losgelöst vom Deutschen Reich.

*

Dr. Heim fordert Aufteilung Deutschlands

Es war nicht nur altbayerische partikularistische Politik, die Dr. Heim trieb; es war die alte, unveränderliche Zentrumspolitik, gegründet auf dem alten, unveränderlichen, unversöhnlichen, abgrundtiefen Haß der schwarzen Reichsfeinde gegen Preußen und den unter seiner Führung geeinten deutschen Staat, den sie schon im Entstehen bekämpft hatten.

Ja, schon vor seinem Entstehen.

Oder erinnern wir uns nicht mehr, daß es die Führer der gleichen Partei waren, die am 7. März 1870, nach dem von ihnen durchgeführten Sturz des nationalen bayerischen Ministerpräsidenten Fürst Hohenlohe, den französischen Gesandten in München ermächtigt hatten, an Kaiser Napoleon zu drahten: „nun könne Frankreich auf Bayern zählen" —? Vier Monate vor Ausbruch des deutsch-französischen Krieges!

Oder erinnern wir uns nicht mehr, daß es die Führer der gleichen Partei waren, die am 19. Juli 1870, zur selben Stunde, als der französische Geschäftsträger die Kriegserklärung Frankreichs in Berlin überreichte, im Ausschuß der Zweiten Kammer zu München die „bewaffnete Neutralität Bayerns" beantragt haben?!

Siebenundfünfzig Jahre lang, bis November 1918, hat das Zentrum mit seinen Geschäftsniederlassungen in Bayern und Oesterreich in bewaffneter Neutralität gewartet. Hat gewartet, bis seine Stunde kam. Geschlechter kamen und gingen. Die Führer haben gewechselt. Auch das Firmenschild wurde neu übermalt. Nur die Politik blieb die alte. Gleichgeschaltet mit der von Polen, Welfen und Sozialdemokraten.

An seinem 80. Geburtstage, am 1. April 1895 zu Friedrichsruh hat Bismarck sie gekennzeichnet: „Das Gemeinsame der Herren, die ja sehr gereizt waren, wenn ich sie Reichsfeinde genannt habe, ist, daß sie gerade das Reich, wie es existiert, nicht wollen."

Das ist es: das Deutsche Reich, so wie es bestand, wollten sie nicht. Und als die Stunde seiner Ohnmacht kam, kündigten sie die bewaffnete Neutralität auf.

Der Separatismus am Rhein und an der Donau war von Anfang an eine Zentrumsmache und Zentrumssache. Von Partei wegen.

Im Westen wie im Süden wurde von November 1918 an eine einheitliche Zentrumspolitik getrieben. Und auch dort, wo sie getarnt in Wirksamkeit trat, hatte sie nur ein Ziel: die Zerschlagung Preußens und des Deutschen Reiches.

Als die französischen Heere das Rheinland besetzten, fühlten sie sich stolz als Befreier eines geknechteten Sklavenvolkes.

General Gérard hatte es bei seinem Einzug in die Pfalz am 28. November 1918 in der bombastischen Proklamation an seine Soldaten offen ausgesprochen: „Einem unter einer hundertjährigen Tyrannei gebeugten Volk werdet Ihr zeigen, was eine ihrer Macht und ihrer Ehrlichkeit bewußte Nation kann und will!“

Am 30. November 1918, wie eine Antwort auf die Botschaft des französischen Generals, die unterdrückten deutschen Völker zu erlösen, veröffentlicht Dr. Heim im Münchener Parteiorgan, dem „Bayerischen Kurier“ als Leitaufsatz (Abb. 1) den ersten Teil der mit seinem Namen gezeichneten Denkschrift: „Eisners Irrgänge und Bayerns Zukunft.“ Die zweite Hälfte erscheint, gleichfalls als Leitaufsatz, am folgenden Tage, am 1. Dez. 1918.

Dieses aber waren die Vorschläge, die der bayerische Zentrumsführer zu machen hatte:

„. . . Es ist fraglos und nicht zu diskutieren, daß nach der neuen Gestaltung der Dinge in Oesterreich die Entente unter keiner Bedingung die Angliederung der 10 Millionen Deutsch-Oesterreicher selbst an das durch Abtrennung von Elsaß-Lothringen und der polnischen Ostprovinzen verkleinerte Altdeutschland gestattet. Daran habe ich keinen Augenblick gezweifelt. Meine Informationen bestätigen dies. Es ergibt sich nun die Frage, was aus den Deutsch-Oesterreichern wird. Es gäbe zwei Möglichkeiten:

Erste Möglichkeit: Das restige Altdeutschland bleibt Staatenbund wie bisher und Deutsch-Oesterreich ein Torsostaat für sich, oder

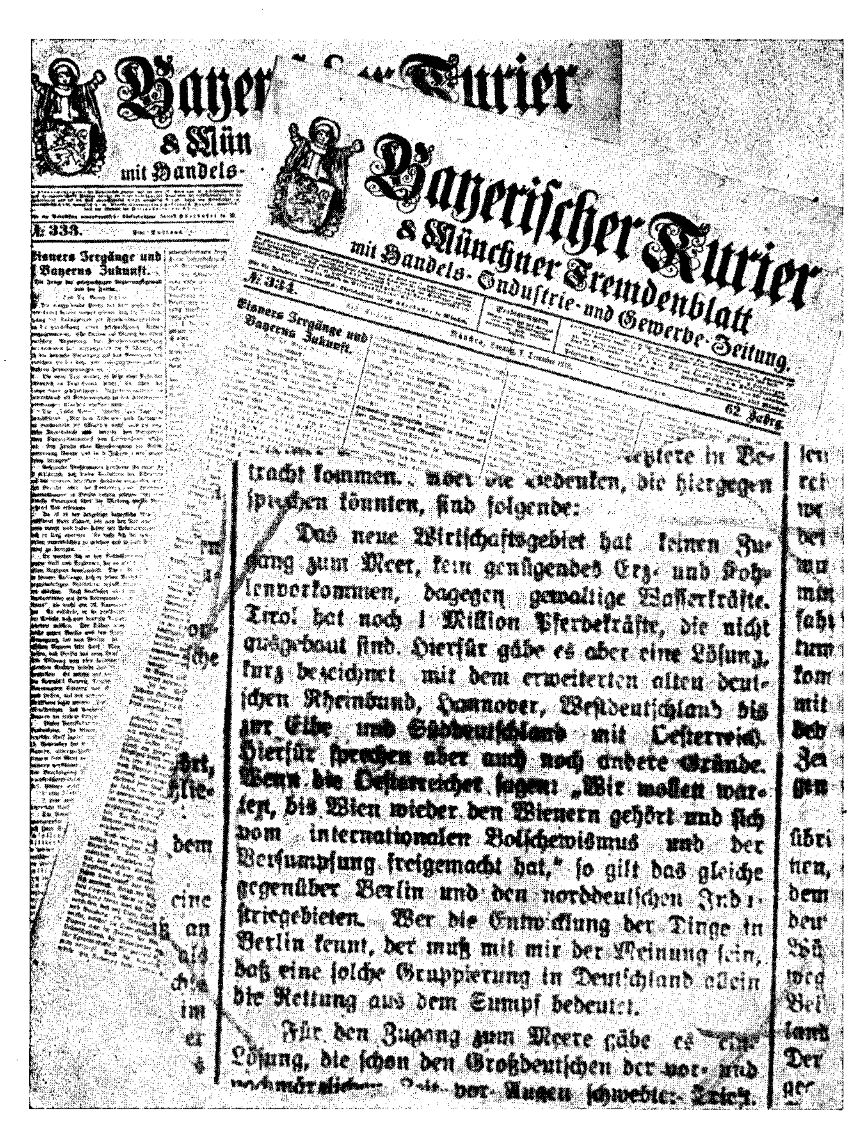
zweitens: Deutsch-Oesterreich oder Teile von Deutsch-Oesterreich vereinigen sich mit Teilen des bisherigen Deutschlands.

Vom bayerischen Standpunkt aus betrachtet wäre das Letztere entschieden vorzuziehen.

. . . . Wir vom bayerischen Standpunkt aus müssen den engsten Zusammenschluß von Bayern, Vorarlberg, Tirol, Steiermark, Oberösterreich (also ohne Niederösterreich und Wien!) wünschen. Abgesehen von der Stammeszugehörigkeit, dem gleichen Volkscharakter, dem gleichen Empfinden ist diese Gruppierung vom wirtschaftlichen Standpunkt aus für Bayern außerordentlich wertvoll.

. . . . Nach der neuen Gestaltung des Wirtschaftslebens ist das der einzige Weg, der uns einen Ausgleich für unausbleibliche wirtschaftliche Schäden bringt. Und darum muß die bayerische Politik darauf eingestellt werden, diese Länder möglichst rasch in engste Verbindung mit Bayern zu bringen. Hinderlich daran ist aber der gegenwärtige, ungesetzliche Zustand in Bayern und Herr Eisner, Jaffé und Genossen. Die Friedensverhandlungen stehen bevor. Es kann sich hier um ein Versäumnis handeln, das in Jahrhunderten nicht mehr gutgemacht werden kann.

Wenn feststeht, daß die Alliierten niemals zugeben werden, daß das alte Deutschland durch Oesterreich vergrößert wird, dann hat Bayern nur die Wahl zwischen zwei Möglichkeiten: Entweder es bleibt im Gefüge des alten Reiches, dann muß es auf diese glänzende Perspektive verzichten, oder Bayern vollzieht und erstrebt diesen Anschluß. Meiner Ansicht nach kann nur das letztere in Betracht kommen. Aber die Bedenken, die hiergegen sprechen könnten, sind folgende:



Bayerischer Kurier
& Münchner Fremdenblatt
mit Handels-, Industrie- und Gewerbe-Zeitung.

Nr. 334. 62. Jahrg.

Eisners Irrgänge und Bayerns Zukunft.

[illegible] letztere in Betracht kommen. Aber die Bedenken, die hiergegen sprechen könnten, sind folgende:

Das neue Wirtschaftsgebiet hat keinen Zugang zum Meer, kein genügendes Erz- und Kohlenvorkommen, dagegen gewaltige Wasserkräfte. Tirol hat noch 1 Million Pferdekräfte, die nicht ausgebaut sind. Hierfür gäbe es aber eine Lösung, kurz bezeichnet mit dem erweiterten alten deutschen Rheinbund, Hannover, Westdeutschland bis zur Elbe und Süddeutschland mit Oesterreich. Hierfür sprechen aber auch noch andere Gründe. Wenn die Oesterreicher sagen: „Wir wollen warten, bis Wien wieder den Wienern gehört und sich vom internationalen Bolschewismus und der Versumpfung freigemacht hat," so gilt das gleiche gegenüber Berlin und den norddeutschen Industriegebieten. Wer die Entwicklung der Dinge in Berlin kennt, der muß mit mir der Meinung sein, daß eine solche Gruppierung in Deutschland allein die Rettung aus dem Sumpf bedeutet.

Für den Zugang zum Meere gäbe es eine Lösung, die schon den Großdeutschen der vor- und [illegible] vor Augen schwebte: [illegible]

Abb. 1 (Siehe Seite 11)
Aus dem Aufsatz von Dr. Heim: „Eisners Irrgänge und Bayerns Zukunft" im „Bayerischen Kurier", Nr. 334. München, 1. Dez. 1918.

Das neue Wirtschaftsgebiet hat keinen Zugang zum Meer, kein genügendes Erz- und Kohlenvorkommen, dagegen gewaltige Wasserkräfte. . . . Hierfür gäbe es aber eine Lösung, kurz bezeichnet mit
dem erweiterten alten deutschen Rheinbund: Hannover, Westdeutschland bis zur Elbe und Süddeutschland mit Oesterreich.

Hierfür sprechen aber auch noch andere Gründe. Wenn die Oesterreicher sagen: „Wir wollen warten, bis Wien wieder den Wienern gehört und sich vom internationalen Bolschewismus und der Versumpfung frei gemacht hat", so gilt das gleiche gegenüber Berlin und den norddeutschen Industriegebieten. Wer die Entwicklung der Dinge in Berlin kennt, der muß mit mir der Meinung sein, daß eine solche Gruppierung in Deutschland allein die Rettung aus dem Sumpf bedeutet.

(Als Zugang zum Meer schlägt er dann Triest vor, welches wohl von Italien als Freihafen zur Verfügung gestellt werden würde.)

Es gilt Kulturwerte vor der Vernichtung zu schützen, den Brunnen nicht verschütten zu lassen, aus dem das Wasser fließt. Es ist notwendig, daß wir uns abschnüren von dem Eiterherd und Süd- und Westdeutschland abkapseln . . . .

(Für Norddeutschland sagt er die Bolschewisierung voraus). Damit ist die große Gefahr der Verarmung verbunden und die noch größere Gefahr, daß das Ausland in den Besitz unserer Reichtumsquellen und unserer wirtschaftlichen Kräfte kommt. Bayern muß sich schon aus diesem Grunde mit der Hoffnung späterer Wiedervereinigung abtrennen und von dem wirtschaftlichen Zerstörungsprozeß durch die eigenen Volksgenossen soviel wie möglich fernhalten.

Aehnliche Erwägungen haben bereits in den übrigen deutschen Bundesstaaten Boden gewonnen, selbst bis in die Reihen der alten Sozialdemokraten hinein. Ich erinnere an die sehr deutlichen Bekundungen von Hessen, Baden, Württemberg und erinnere ferner an die Bewegung in der Rheinprovinz und in Hannover.

Bei einer derartigen Neugruppierung Deutschlands wird die Entente einer Angliederung der Deutschen Oesterreichs keine Schwierigkeiten entgegensetzen, und ich halte diesen Neuanschluß der Deutschen Oesterreichs an Bayern als besonders im bayerischen Interesse gelegen. Es ist die Rettung und die Zukunft Bayerns, die einzige Möglichkeit für ein Wiederaufblühen des Wirtschaftslebens in Bayern, die einzige Rettung vor einer Verarmung Bayerns."

Die Vorschläge von Dr. Heim sind klar, eindeutig und unmißverständlich. Dafür, daß die Entente den Anschluß von Oesterreich an das Deutsche Reich nicht gestatten würde, beruft er sich auf seine eigenen „Informationen." Da solche Informationen über die Absichten des Feindbundes, unmittelbar nach dem Waffenstillstand wohl kaum von deutscher Seite zu erhalten waren, scheint dieser Hinweis von Dr. Heim (in dem Aufsatz von ihm selber in Sperrdruck hervorgehoben!) die Angabe von Vitus Heller zu bestätigen, daß er zu dieser Zeit, Ende November 1918, schon unmittelbare Beziehungen zu den Franzosen angeknüpft hatte.

Später war Dr. Heim die Veröffentlichung seines Uriasbriefes peinlich. Er suchte den Inhalt als harmlos hinzustellen. In seiner Beleidigungsklage gegen das „Neue Volk" in Würzburg vor dem Münchener Amtsgericht sagte er am 12. Dezember 1921 als Zeuge unter Eid aus:

> „Ich habe niemals für eine Abtrennung Bayerns vom Reich gesprochen. Es wird jetzt vielfach Bezug genommen auf einen Artikel, den ich am 1. Dezember 1918 im „Bayerischen Kurier“ schrieb. Berlin stand damals unter der Herrschaft der Straße. In diesem Artikel „Los von Berlin“ habe ich die Gründe dargelegt, unter welchen Umständen sich Süddeutschland vorübergehend vom Norden trennen müsse.“

Es ist unwahr. In dem angeführten Aufsatz ist Dr. Heim nicht unter der Voraussetzung bestimmter „Umstände“ für die Trennung Bayerns vom Reich eingetreten, sondern unbedingt; denn nicht einmal die in einem Nebensatz ausgesprochene „Hoffnung späterer Wiedervereinigung“ war, wie der Zusammenhang zeigt, als Vorbedingung der Trennung gedacht gewesen.

Es ist aber ebenso unwahr, wenn Dr. Heim unter Eid behauptet, „niemals für eine Abtrennung Bayerns vom Reich gesprochen“ zu haben. Wie wir sehen werden, hat er hierüber nicht nur gesprochen, sondern sogar verhandelt. Und zwar unmittelbar mit den Franzosen.

*

Das Echo vom Rhein

Am gleichen Tage, an welchem der erste Teil des Aufsatzes von Dr. Heim im „Bayerischen Kurier“ erschienen war, am 30. November 1918, hatte die „Kölnische Volkszeitung“ in ganz ähnlichem Sinne unter der Ueberschrift „Der Sturm gegen Berlin“ geschrieben:

> „. . . . Es bleibt nichts anderes übrig, als daß Deutschlands noch gesunde Landesteile die Leitung ihrer Angelegenheiten selbst in die Hand nehmen. Am Rhein und an der Donau ist man dazu fest entschlossen; von den urdeutschen Ländern am Rhein und an der Donau aus kann allein ein Aufbau Deutschlands in die Wege geleitet werden.“

Die „Kölnische Volkszeitung“ wiederholt dann, gleichsam als Echo auf die Ausführungen von Dr. Heim, am 4. Dezember 1918 diese Sätze fast im gleichen Wortlaut. Sie fährt dann fort:

> „. . . Die Länder am Rhein rufen den Stämmen an der Donau, von Donaueschingen bis Preßburg zu: Lösen wir uns von allen Fremdlingen los und bauen wir in treuer deutscher Gemeinschaft ein neues Staatswesen auf, das Militarismus und Revolution, überhebliches Junkertum und gewissenloses Demagogentum mit gleicher Entschiedenheit abschüttelt, um einem freien Volke freies Land zu schaffen; um ein neues Deutschland zu gestalten, das die ganze in Trümmer gesunkene Periode von 1866 bis 1918 endgültig in den Hintergrund der Vergangenheit schiebt, um wieder an die Zeiten echter deutscher Geschichte anzuknüpfen.“

Deutlicher konnte das letzte Ziel der Bewegung, die, fast auf den Tag genau, im Süden und im Westen des Reiches an die Oeffentlichkeit trat, nicht bezeichnet werden: Rückkehr zu der politischen Gliederung Deutschlands vor 1866 oder, wie Dr. Heim es sogar verlangte, zu der von 1806, das bedeutete also: **Aufteilung des Deutschen Reiches!**

Sogar das Stichwort „Rheinbund“ wird im Westen von berufener Seite wiederholt. So finden wir es beispielsweise in einer an die Leitung der rheinischen Zentrumspartei gerichteten Drahtung der Abgeordneten Astor und Veltin vom 2. Dezember 1918, worin eine **„Rheinbundrepublik“** verlangt wird. Und wenn in dieser Drahtung noch in gleicher Weise, wie sogar von Dorten bis zum Jahre 1922, vom „Anschluß an den zukünftigen deutschen Volksstaat“ die Rede ist, so schließt sich ein etwas später, am 4. Februar 1919, im Aachener Zentrumsblatt „Echo der Gegenwart“ erschienener Aufsatz nach Inhalt und Begründung genau den Vorschlägen von Dr. Heim an, nur daß hier der alte Rheinbund nicht als Staatenbund, sondern als einheitlicher, geschlossener Bundesstaat, bestehend aus ganz Süd- und Westdeutschland, gefordert wird, wobei der Hinweis bemerkenswert ist, daß ein solches machtvolles Gebilde auch die Bedenklichkeiten Frankreichs beseitigen würde:

„. . . Es wäre das Beste und Natürlichste, die Länder am Oberrhein bis nach Basel herauf und die Frankenländer am Main bis Würzburg und Bamberg hinauf mit den Rheingauern und Rheinpfälzern sowie den bisher badischen und württembergischen Ländern zu einer gemeinsamen oberrheinisch-fränkisch-alemannischen Republik zusammenzuschließen. Wir wären dann nicht nur am Oberrhein selber ein kräftiger Stamm, sondern auch fähig, unserer durch die natürliche Lage uns zugefallenen Aufgabe gerecht zu werden, ein Verbindungsglied mit der Schweiz und der Niederrheinisch-westfälischen Republik bzw. Holland einerseits sowie mit der Bayerisch-Oesterreichischen Donaurepublik andererseits, zugleich aber auch ein versöhnendes Zwischenglied zwischen unseren norddeutschen Namensbrüdern (!) und dem französischen Volke zu sein. Am besten freilich wäre es, wenn Mainz und die sämtlichen vorerwähnten Landesteile mit ganz Bayern und den deutsch-österreichischen Ländern zu einer gemeinsamen Rhein-Main-Donau-Republik sich zusammenschlössen. Ein solcher Zusammenschluß liegt ganz in dem Zuge der natürlichen Zusammenhänge und der wirtschaftlichen Entwicklung. Auch wäre eine solche Rhein-Main-Donau-Republik das geeignetste Mittel, um sowohl die neuerdings in Oesterreich aufgetretenen Bedenken gegen den Anschluß an Deutschland als auch sonstige auf anderer Seite (!) obwaltende Bedenklichkeiten, die aus dem früheren preußischen Regierungssystem herrühren, ein für allemal zu beseitigen.“

Schon aus diesen wenigen Belegen ergibt sich zwingend eine Folgerung:

Im Süden wie im Westen hatte das Zentrum denselben Marschbefehl erhalten.

*

Die roten Schreckgespenster

Die einzelnen Führer müssen sich auch gegenseitig über die taktische Lage in ihren Abschnitten unterrichtet haben. Das Kölner Zentrumsblatt wußte ebenso gut über die Absichten der Bayern, wie Dr. Heim über gleichlaufende Bestrebungen am Rhein, Bescheid. Im übrigen arbeiteten alle nach dem gleichen Rezept:

In Bayern wurde als Popanz die Person von Eisner vorgeschoben, und in der preußischen Rheinprovinz mußte der neue Kultusminister, der Zehn-Gebote-Hoffmann diese Rolle spielen. Es war eine Täuschung der

Massen. Tatsächlich hatte, wie wir sehen werden, die Abfallbewegung am Rhein schon eingesetzt, bevor Hoffmann den Posten übernommen hatte. Und in Bayern? Wie Scheidemann in seinen Erinnerungen berichtet, war auch der bayerische Zentrumsabgeordnete Oesel Ende 1918 an den kommunistischen Ministerpräsidenten Eisner mit der offenen Aufforderung herangetreten, Bayern vom Reich zu trennen; **er hatte sogar angeregt, ob Bayern nicht bei Frankreich um einen Sonderfrieden nachsuchen solle!**

Und Dr. Heim selber? Das „Neue Volk" von Vitus Heller in Würzburg berichtete am 6. August 1921 über eine Unterredung von Meyer-Hellkofen und Gandorfer bei Eisner, bei welcher Eisner erzählte, Dr. Heim sei soeben persönlich bei ihm gewesen, um das telefonisch gemachte Angebot, in der Eisner-Regierung mitzuarbeiten, mündlich zu wiederholen!

Scheidemann fügt in seinen Erinnerungen an die Mitteilung über den Abgeordneten Oesel die Bemerkung an: „Die Rolle, die in schwierigster Zeit der Abgeordnete Dr. Heim gespielt hat, ist leider niemals restlos aufgeklärt worden."

Die Behauptung ist merkwürdig. Sollte Scheidemann tatsächlich nichts über die Veröffentlichungen Heim'scher Briefe und Akten aus jener Zeit gehört haben? Oder wollte er den Kampfgenossen der gemeinsamen rotschwarzen Front schonen?

Eine Hand wäscht die andere . . .

Allerdings: Eine restlose Aufklärung politischer Vorgänge aus der Nachkriegszeit schien ja leider stets ausgeschlossen, wenn Parteibelange zu wahren sind.

Als vor einigen Jahren verlautete, die Witwe Eisners stände wegen Verkaufs des Nachlasses ihres Mannes mit nationalen Stellen in Verbindung, hat der sozialdemokratische preuß. Innenminister Severing den Nachlaß erworben. Für 18 000 Mark.

Zu welchem Zweck? Veröffentlicht wurde nichts daraus. Warum nicht? Weil, wie es heißt, die Papiere die SPD. schwer belastet hätten??

Vielleicht aber hätte Scheidemann, wenn er neugierig gewesen wäre, diesen Nachlaß des damaligen bayerischen Ministerpräsidenten einmal durchblättern können. Vielleicht hätte er über die Rheinbundpläne von Dr. Heim etwas gefunden. Nicht nur, weil Eisner hiervon zweifellos amtlich Kenntnis hatte, sondern auch weil er und Heim den gleichen Agenten in der Schweiz als Verbindungsmann zu den Franzosen benutzt haben: den bekannten deutschen Landesverräter und Häuptling der Friedensgesellschaft Professor Fr. W. Foerster. — Es scheint aber, daß Scheidemann nicht neugierig gewesen ist, sonst wäre die Bemerkung über Heim in seinen Erinnerungen nicht ganz verständlich . . .

Eine Frage möchten wir noch stellen: Wo befindet sich heute der Nachlaß von Eisner? Oder wurde er verbrannt?? So wie die Arbeiter- und Soldatenräte November 1918 zunächst einmal die Polizeiakten verbrannt haben, um die eigenen Strafregister zu vernichten.

Eine amtliche Nachforschung nach dem Verbleib des Nachlasses Eisners ist geboten. Schon deshalb, weil Severing für den Ankauf nicht nur Parteimittel verwendet haben soll.

Ein Sonderfrieden für Bayern

Ist der landesverräterische Vorschlag von Heim sein eigener Einfall gewesen, oder handelte Heim dabei im Auftrage der Bayerischen Volkspartei? Oder gar im Auftrage der Gesamtpartei des Zentrums?

Auf jeden Fall war die Anregung zur Aufteilung des Deutschen Reiches im Amtsblatt der Bayerischen Volkspartei in großer Aufmachung als Leitaufsatz, durchgehend durch zwei Nummern, erschienen. Und kein Einspruch von Partei wegen, nicht einmal ein Vorbehalt wurde laut. Weder vom Vorstand der Bayerischen Volkspartei noch vom Vorstand der Zentrumspartei im Reich, zu welcher die erstere ja damals noch gehörte. Im Gegenteil! Wie wir gesehen haben, klang unmittelbar auf die Kundgebung Heims ein zustimmendes Echo vom Rhein zurück, und zwar auch hier vom Amtsblatt der Zentrumspartei in Köln.

Aber, fragen wir weiter: War der Aufsatz vom 30. Nov./1. Dez. 1918 denn überhaupt die erste bayerische Kundgebung dieser Art? Nein.

Schon vier Tage vorher, am 26. November 1918, hatte das gleiche Münchener Parteiorgan, der „Bayerische Kurier", von sich aus schon genau denselben Vorschlag gemacht:

> „Warum, Herr Präsident Eisner lassen Sie das alte von Preußen beherrschte Reich nicht verschwinden wie die deutsche Kokarde? ... Sagt Euch endlich los von einem Deutschland, in dem Preußen und Berlin, das herrschsüchtige, immer noch den Ton angeben wollen! Sagen Sie, Herr Minister, nochmals: Bayern will den Sonderfrieden. Alles, was nicht-preußisch ist, wird sich uns anschließen. ... Ebenso sicher kommt schließlich der Deutsche Staatenbund ohne das Berlinertum und sein spezifisches Preußen. .... Herr Minister, ich glaube, Sie denken selbst so — ich sage: Los von Preußen! Schaffen Sie den verfassungsmäßigen Volksstaat Bayern, erbitten Sie den Sonderfrieden — wir werden den Frieden haben, nur die Preußen nicht, die der slawische Einschlag verdorben hat! ..."

Auch abgesehen von dieser schamlosen Aufforderung, Deutschland zu zerschlagen, ist der Aufruf ein Musterbeispiel für die Politik der Partei, die sich stets als „Stütze von Thron und Altar" bezeichnet hatte: Dreizehn Tage nach dem durch den Hochverrat bolschewistischen Gesindels gewaltsam erzwungenen Thronverzicht des Königs, hat man sich schon mit der sozialistischen Republik abgefunden; fordert eben den Führer dieses Gesindels, den bolschewistischen „Herrn Ministerpräsidenten Eisner" auf, den „verfassungsmäßigen Volksstaat Bayern" zu schaffen! Hatte es nicht Bismarck ahnungsvoll, genau 20 Jahre vorher, schon vorausgesagt?: „Es ist zu befürchten, daß auch diese begünstigte Stütze der Monarchie eine weichende sein wird in Momenten, wo man ihrer bedarf."

Um das schmutzige Schiebergeschäft des bayerischen Sonderfriedens auf Kosten Deutschlands durchzuführen, schlägt man den Bolschewiken ein Bündnis vor; hetzt ihn, das Deutsche Reich gerade so niederzureißen, wie er dessen Sinnbild, die deutsche Kokarde in den Dreck getreten hatte. Ja, die christliche Partei wendet sich an den Juden Eisner um Hilfe gegen die christlichen Preußen „die der slawische Einschlag verdorben hat!"

Den Aufruf aber hatten die Leichenfledderer überschrieben:

„Nutze die Stunde!“

Die Stunde nämlich, als das deutsche Vaterland ohnmächtig, ausgeblutet am Boden lag.

*

Das Zentrum sagt Preußen die Treue auf

Es war Zentrumspolitik, diese Stunde zu nutzen, sobald sie gekommen war. Nicht umsonst hatten sie zwei Menschenalter hindurch gewartet.

War es nicht auch so am Rhein?

Am 4. Dezember 1918, am Tage vor dem Einmarsch der feindlichen Besatzung, sagt der Zentrumsführer Trimborn in der großen Kölner Zentrumsversammlung Preußen in aller Form die Treue auf.

Aber auch am Rhein war die Aufforderung zum offenen Landesverrat kein Einfall eines verkalkten Geheimrats gewesen. Vertrauliche Vorbesprechungen unter den Zentrumsführern waren vorausgegangen. Schon am 9. November 1918, noch vor dem Waffenstillstand, noch unter dem Kaiserreich, eine Stunde bevor Scheidemann in Berlin den „Sieg des deutschen Volkes auf der ganzen Linie“ verkündet und die glorreiche Republik ausgerufen hatte, war im Kölner Rathaus, im Zimmer des Oberbürgermeisters Adenauer ein kleiner Kreis Vertrauensleute zur Beratung der Frage einer Errichtung der freien Rheinischen Republik zusammengekommen. Alles Herren vom Zentrum. In Trier aber, in der Gruppe von Prälat Kaas, hatten diese Vorbesprechungen des Hochverrates **mindestens schon im Oktober** begonnen!

Es scheint, daß in gleicher Weise auch in Bayern das Kind, für das Anfang Dezember 1918 der Bauerndoktor die Patenstelle übernahm, schon vorher geschaukelt worden war. So soll sich ein merkwürdiger Vorgang am 29. Oktober 1918, also ebenfalls noch vor dem Umsturz und vor dem Waffenstillstand, in München abgespielt haben.

Ludwig Quidde hat darüber in der „Voss. Ztg.“ (Nr. 216 v. 8. 5. 1926) unter der Ueberschrift „Herrn Helds Reichstreue“ berichtet. Nach den eigenen Aufzeichnungen von Quidde hätte der Parteiführer der Bayerischen Volkspartei, Dr. Held an jenem Tage im Sitzungssaal des Landtages zu München „in Gegenwart von 5—6 Kollegen“ dem liberalen Fraktionsführer Hammerschmidt eine Erklärung abgegeben:

> „Die liberale Fraktion müsse ihren Antrag, daß die Kammer eine Erklärung über das Verhältnis Bayerns zum Reich abgeben solle, zurückziehen. Man könne sich nicht an das Reich binden in einem Augenblick, wo man mit der Möglichkeit rechnen müsse, daß das Reich auseinanderfalle... Wir würden vor die Frage gestellt werden, ob Bayern einen Sonderfrieden schließen solle; wir würden dann fraglos bessere Bedingungen erhalten. Für den Friedensschluß plane die Entente die Bildung eines Pufferstaates von Basel bis nach Belgien, bestehend aus Elsaß, Pfalz, linksrheinischen Teilen von Hessen und der Rheinprovinz,

Luxemburg usw. Dazu werde man die zeitweilige Verfügung über die Ruhrkohlenbergwerke fordern. Oberschlesien mit den Bergwerksdistrikten werde an Polen kommen; ebenso Posen und ein Gebiet von Danzig. Preußen würde also im Wesentlichen auf seinen Stand von 1814 zurückgeführt werden. Bayern dürfe sein Schicksal nicht an das Preußens knüpfen. Evtl. käme ein Zusammenschluß der süddeutschen Staaten mit Oesterreich in Frage".

Ist es nicht fast wörtlich der gleiche Vorschlag, den auch Dr. Heim im „Bayer. Kurier" gemacht hat, und den der „Bayer. Kurier", das Parteiblatt, schon vier Tage vorher angekündigt hatte?

Dr. Held hat die Aeußerung bestritten. Dr. Held hat noch am 21. März 1933 in einem Schreiben an den damaligen kommissarischen Ministerpräsidenten General von Epp empört die Behauptung zurückgewiesen: „die bayerische Regierung habe in ihrer Politik die Linie Paris — München — Wien verfolgt. Unter meiner Leitung ist in Bayern reichsdeutsche, antimarxistische Politik gemacht worden. Meine Politik hatte nie das geringste zu tun mit separatistischen Tendenzen oder der Aufrichtung einer Mainlinie oder der Anlehnung der bayerischen Politik an einen außerdeutschen Staat."

Auch bayerische Gerichte haben Dr. Held seine nationale Politik bestätigt. Beispielsweise wurde Oktober 1932 auf seine Klage hin der Schriftleiter Kiener, der ihm separatistische Bestrebungen vorgeworfen hatte, „wegen übler Nachrede" zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt. Der Antrag des Beklagten, zur Führung des Wahrheitsbeweises die Akten des Prozesses Dr. Heim ./. Förster und die Akten des Reichsgerichts in Sachen Preußen ./. Bayern beizuziehen und verschiedene Zeugen wie Prälat Kaas usw. zu laden, wurde vom Gericht mit der Begründung abgelehnt: „daß die Vorwürfe gegen Dr. Held schon von mehreren Gerichten als unzutreffend festgestellt seien, und mehrere Urteile in dieser Angelegenheit vorlägen".

Wir müssen dabei allerdings erwähnen, daß ein Belastungszeuge nicht vernommen worden ist; ein Zeuge, der sich früher schon freiwillig gemeldet hatte: der in Paris lebende Separatistenführer Matthes, der im Dezember 1929 an Vitus Heller in Würzburg geschrieben hatte:

> „Im kritischen Jahre 1923 zeigte mir der pfälzische Führer der sogenannten Separatisten, Heinz-Orbis als Mitglied der vorläufigen Regierung der Rheinischen Republik zu Koblenz verschiedene Schriftstücke, wonach sich Dr. Held und andere Führer der Bayerischen Volkspartei unter den damals gegebenen Umständen einer autonomen Pfalz nicht länger widersetzen wollten. Der französische Oberdelegierte der Pfalz, General de Metz in Speyer, und sein Adjutant bestätigten diese informatorische Fühlungnahme mit den bayerischen Parteiführern. Ich bin jederzeit bereit, vor der hiesigen deutschen Botschaft oder vor einem zuständigen deutschen Gericht mein dokumentarisches Wissen in der in Betracht kommenden Sache eidlich zu erhärten . . . ."

Warum hat kein bayerisches Gericht von dem Zeugnisangebot von Matthes Gebrauch gemacht? Weil er selber Sonderbündler war? Im Rheinland sind in zahlreichen politischen Prozessen auch Separatisten vernommen worden. Als Entlastungs- und Belastungszeugen.

In wieweit Aussagen solcher „Kronzeugen", wie der Engländer sie nennt, im einzelnen Falle Glauben verdienen, kann ja das Gericht nach freiem Ermessen entscheiden; ja sogar, ob sie zu vereidigen sind.

Daß eine Vernehmung von Matthes in den Held-Prozessen nicht erfolgt ist, kann deshalb kaum mit prozessualen Einwänden entschuldigt werden. Und mit mangelnder Sachkenntnis des Zeugen Matthes auch nicht. Letzten Endes ist der Separatismus ja ein Gebiet, in dem er gut Bescheid wissen dürfte!

Aber man hat ja nicht einmal Zeugen zu dem von Ludwig Quidde berichteten Vorgang vom 29. Oktober 1918 vernommen! Wir können also nur bedauernd feststellen, daß im Falle Held eine gerichtliche Nachprüfung der gegen ihn erhobenen Vorwürfe sonderbündlerischer Betätigung bis heute noch nicht erfolgt ist.

Und das gleiche trifft auch für Dr. Heim zu.

*

Aufteilung Deutschlands

Von **Oktober** 1918 an waren am ganzen Rhein, einschließlich der bayerischen Pfalz die Führer der Abfallbewegung fieberhaft tätig gewesen, die Pläne auf Verwirklichung der **Trennung von Preußen und Ausrufung einer Rheinischen Republik** durchzuführen. Die ganze Zentrumspresse hatte sich in den Dienst der Sache gestellt. Ebenso die Zentrumsorganisationen. In allen Städten und Ortschaften bildeten sich Ausschüsse, wurden Versammlungen abgehalten und Entschließungen gefaßt. Mehrfach schien es, als sei die Stunde der Befreiung schon gekommen. Wie am 4. Dezember 1918 in den beiden großen Zentrumsversammlungen in Köln, drängten die „Aktivisten" auch bei der Besprechung im Kölner Rathaus am 1. Februar 1919 und bei der Kasino-Versammlung am 10. März 1919 zur Tat. Dreimal hatte die Trierer Gruppe um den Prälaten Kaas die Ausrufung der Republik in begeisterten Huldigungsdrahtungen schon begrüßt. Dreimal voreilig. Aber man hoffte weiter. Warb weiter.

Ueberall sind die Schwarzen an der Wühlarbeit. Unermüdlich. Ratten. Maulwürfe.

Auch in Bayern. Dr. Heim hatte wieder einmal die Volksseele zum Kochen gebracht. Adolf Hitler („Mein Kampf" S. 625) schreibt darüber:

> „Ich glaube, ich habe in meinem Leben noch keine unpopulärere Sache begonnen, als meinen damaligen Widerstand gegen die Preußenhetze.
>
> In München hatten schon während der Räteperiode die ersten Massenversammlungen stattgefunden, in denen der Haß gegen das übrige Deutschland, insbesondere aber gegen Preußen, zu solcher Siedehitze aufgepeitscht wurde, daß es nicht nur für einen Norddeutschen mit Todesgefahr verbunden war, einer solchen Versammlung beizuwohnen, sondern daß der Abschluß derartiger Kundgebungen meist ganz offen mit dem wahnsinnigen Geschrei endigte: „Los von Preußen!" — „Nieder mit Preußen!" — „Krieg gegen Preußen!", eine Stimmung, die ein besonders glänzender Vertreter bayerischer Hoheitsinteressen im Deutschen Reichstag in den Schlachtruf zusammenfaßte:
>
> **„Lieber bayerisch sterben als preußisch verderben!""**

„Dr. Heim braucht keinen Tip"

Die Zerschlagung Preußens durch Zuteilung einzelner seiner Provinzen an andere deutsche Länder hätte gleichzeitig aber auch noch aus einem zweiten Grunde Frankreich für die Zukunft die gewünschte Sicherheit vor der Wiedererstarkung des Staates Friedrichs des Großen geboten. Delcassé hatte dies schon früher erkannt. In einem Aufsatz von Emile Buré über seine Kriegsziele („Eclair". 24. 2. 23) wird folgende Aeußerung von Delcassé wiedergegeben:

> „Preußen ist großenteils geschaffen worden durch die Vernichtung anderer deutscher Staaten. Es muß diesen Staaten die abgenommenen Gebiete wieder zurückgeben. Dann werden letztere direkt interessiert an der Schwäche unserer unversöhnlichen Feindin."

Als die Schwarzen in Deutschland an der Aufteilung des Reiches waren, gedachten sie die Arbeit gründlich zu machen. Geplant war:

Die geplante Aufteilung Deutschlands!

Die Zentrumsstaaten Großbayern, Baden, Württemberg, Rheinisch-Westfälische Republik, Welfenreich, Schlesische Republik.

und

Was vom Deutschen Reich übrig bleiben sollte

Großbayern unter Einschluß des größten Teils von Deutsch-Oesterreich (während Niederösterreich mit Wien neutralisiert und dem Völkerbunde unterstellt werden sollte). Dann Baden, Württemberg. Der große Rheinisch-westfälische Freistaat, alle rheinischen Länder nebst Westfalen umfassend und mit eigenem Zugang zum Meer in Oldenburg. **Ferner das selbständige Welfenreich** mit Einschluß von Braunschweig. **Und im Osten eine selbständige Schlesische Republik.** Ein Kranz von Zentrumsstaaten.

Zusammengenommen ergibt sich dann von Deutschland ein Bild, wie es unsere Karte zeigt.

*

Die separatistische Bewegung in Deutschland ist 1918, unmittelbar nach der Revolution, zur gleichen Zeit am Rhein und in Bayern in die Erscheinung getreten. Ohne äußeren Anlaß. Aus der Volksstimmung heraus. Scheinbar wenigstens.

Und doch entstand in Bayern aus dieser reichsfeindlichen Kampfstimmung zunächst keine organisierte Bewegung wie am Rhein, wo sich außer dem „Freiheitsbund“ überall, in Köln, Aachen, Trier, Wiesbaden und in der Pfalz, vorbereitende „Ausschüsse“ zur Durchführung der Abtrennungspläne gebildet hatten.

Es scheint, daß Dr. Heim eine solche Organisierung der Bewegung Bayerns nicht einmal versucht hat. Die sich überstürzende politische Entwicklung in München, die zur Bildung der sozialistischen Regierung und dann April 1919 zum bolschewistischen Rätestaat führte, verhinderte zunächst die bayerische Zentrumspartei, die inzwischen unter der neuen Firma „Bayerische Volkspartei“ zeichnete, ihre angemeldeten Forderungen an die Konkursmasse des Deutschen Reiches beizutreiben.

Dr. Heim mußte versuchen, sein Ziel auf einem anderen Wege zu erreichen. Während sich in München die Schreckensherrschaft der Spartakisten austobte, ging er auf Reisen.

Dr. Heim fuhr zu den Franzosen, um ihre Hilfe für die Aufteilung des Deutschen Reiches zu erbitten.

Er hat es selber zugestehen müssen.

Im Prozeß „Bayer. Kurier“ gegen das „Neue Volk“ sagte gemäß dem uns vorliegenden Gerichtsprotokoll Dr. Heim in der Sitzung vom 12. Dezember 1921 als Zeuge unter Eid aus:

> „Man macht mir zum Vorwurf, daß ich im Mai 1919 eine Reise zu den Franzosen gemacht habe. Jawohl, das habe ich getan, aber mit Wissen und im Einverständnis mit der Reichsregierung. Ich ließ bei der Reichsregierung anfragen, welchen Tip sie mir mitgäbe. Da lautete die Antwort: Dr. Heim braucht keinen Tip.“

Nach einigen Minuten verbesserte sich der Zeuge allerdings und schränkte seine Aussage schon etwas ein:

> „Ich habe es einem Freund mitgeteilt, und dieser benachrichtigte einen Reichsminister.“

Das klang schon wesentlich anders. Und stimmte doch nicht. Denn tatsächlich ist Dr. Heim nicht im Einverständnis, sondern **gegen den ausdrücklichen Willen der Reichsregierung** zu den Franzosen gefahren! Der gedruckte Sitzungsbericht der Nationalversammlung vom 17. Januar 1920 beweist es. Hiernach hat Dr. Heim auf die Vorhaltung: „die Reichsregierung habe nicht gewollt, daß er mit den Franzosen irgendwelche Verhandlungen pflege“ wörtlich zugeben müssen:

> „Ich habe garnicht mit der Reichsregierung gesprochen, sondern die Unterhaltung ist von dem Vorsitzenden der Zentrumsfraktion Dr. Trimborn geführt worden, der darüber wei-

ter Auskunft geben kann. Nur einmal habe ich telefonisch mit einem Herrn gesprochen, der jetzt Mitglied der Regierung ist, und der auch der Meinung war, daß es sehr gut wäre, wenn diese Reise angetreten würde."

Aber sogar diese eingeschränkte Behauptung wurde ihm dann in der Reichstagssitzung als unwahr nachgewiesen. Erzberger stellte fest:

„Das von Dr. Heim erwähnte Regierungsmitglied bin ich. Vor Ostern teilte er mir telefonisch mit, er hätte eine Einladung von französischer Seite bekommen, was ich dazu sagte? Ich erklärte, ich würde mit dem Ministerpräsidenten deswegen Rücksprache nehmen. Wenn er eine Einladung von maßgebender französischer Seite hätte, so würde die Regierung kein Bedenken gegen die Reise haben, aber vorher solle er nach Berlin kommen zu einer Besprechung über das, was er den Franzosen sagen könnte. Dr. Heim erklärte eine Reise nach Berlin wegen der Verkehrssperre für unmöglich, aber ich blieb dabei, daß wir auf eine Besprechung in Berlin Wert legen müßten. Dann habe ich garnichts mehr von Dr. Heim und seiner Reise gehört."

Der Abgeordnete Gerstenberger bestätigte hierauf diese Darstellung: „Sie ist in allen Punkten vollständig richtig."

*

„Staatsrücksichten"

Gerstenberger mußte es wissen, denn Dr. Heim hatte ihn vor seiner Reise zu den Franzosen und nach seiner Rückkehr in Würzburg aufgesucht, um dort vertraulich sein Vorhaben und dann seinen Erfolg zu erörtern. Hierüber hat jedoch Gerstenberger nichts berichtet. Auch Heim selber hat über den Inhalt der Besprechungen mit den Franzosen nie etwas verraten. Selbst nicht als Zeuge vor Gericht. In seiner Aussage vom 12. Dezember 1921 vor dem Schöffengericht zu München hat er nur beteuert:

„Ich habe niemals für eine Abtrennung Bayerns vom Reiche gesprochen . . . Ich habe den Gedanken auf Reichszertrümmerung bei nicht gleichgültiger Stelle durchweg abgelehnt . . . Den Donaubund habe ich von vorneherein rundweg abgelehnt."

Er hat dann zur Erklärung seiner Besuche bei den französischen Generälen geheimnisvoll angedeutet, daß er die Franzosen sozusagen hinters Licht habe führen wollen; daß also sein Vorgehen nur ein politischer Schachzug gewesen sei.*)

Im übrigen hat Heim sich — in gleicher Weise, wie später im Rheinland Prälat Kaas und Oberbürgermeister Adenauer — auf Staatsrücksichten berufen, die ihn verhinderten, mehr zu sagen:

„Ich kann über politische Dinge nicht mit der Offenheit sprechen, die vielleicht wünschenswert ist. Es gibt aber Dinge, über die man im Interesse des Volkswohls, im Interesse der Politik nicht sprechen darf.

---

*) Auch Prälat Kaas hat in gleicher Weise nachträglich seine Verhandlungen mit den Franzosen als feinen diplomatischen Zug zur Auskundschaftung des Gegners erklärt:

„Ich gebe zu: Wenn man im Minenkrieg steht, muß man selbst auch gelegentlich nicht davor zurückscheuen, einen Minengang zu durchkriechen. Wenn man den Patrouillengang macht, dann muß man den Mut haben, auch einmal feindliches Gebiet zu betreten; wenn ich die nötigen Informationen haben wollte, die ich brauchte als Inspirator des Abwehrkampfes gegen den separatistischen Illegalismus, dann konnte ich nicht auf Informationsquellen verzichten, die mir sonst nicht zur Verfügung gestanden hätten."

Heutzutage kann man nicht mehr in der naiven Weise Politik machen, daß man nicht auch mit Ausländern spricht. So kommt es, daß ich auch mit Franzosen und Engländern verkehre."

Nicht einmal den Namen des Franzosen, den er Mai 1919 aufgesucht hatte, hat Heim verraten.

Das Gericht hat sich damit begnügt. Den Herrn Geheimrat Dr. Heim mehr zu fragen, wäre unklug gewesen. Einmal mit Rücksicht auf das Staatsgeheimnis. Und dann mit Rücksicht auf die Herren Schöffen. Denn wenn er gereizt wurde, konnte der Bauerndoktor bajuvarisch deutlich werden. Götz von Berlichingen war ein Waisenknabe dagegen! Steht doch so schon in dem Zeugenprotokoll vom 12. Dezember 1921, vom Gerichtsschreiber säuberlich und wortwörtlich nachgeschrieben, der lapidare geheimrätliche Satz: „Es haben auch andere Politiker gesagt, daß, wenn in Berlin ein Saustall entsteht, wir nicht auch in diesen Saustall hineinrennen müssen."

*

Heim bei Marschall Foch

Trotz der von Dr. Heim „im Interesse des Volkswohls und der Politik" geübten Schweigsamkeit sind wir in der glücklichen Lage, genaue Angaben, wenigstens über eine, und zwar die wichtigste seiner Unterredungen mit Franzosen machen zu können. Diese Unterredung hatte Dr. Heim nämlich **mit dem französischen Oberbefehlshaber, Marschall Foch in Person** gehabt. Und zwar in Luxemburg.

Wir kennen jetzt sogar den Tag der Verhandlung. Es war der 19. Mai 1919. Das Datum ist auch aus anderen Gründen bemerkenswert: Genau zwei Tage vorher, am 17. Mai, hatte die Besprechung der Kölner Separatisten Froberger, Kastert und Kuckhoff mit dem französischen General Mangin in Mainz stattgefunden. In ihrer Begleitung hatte sich der belgische Zensuroffizier von Aachen, Hauptmann Rostand, befunden, und die Einführung bei Mangin war durch Dr. Dorten erfolgt.

Den Gegenstand seiner Unterhandlung mit Dr. Heim hat Marschall Foch nicht so geheim gehalten wie dieser. Es war ja auch schon deshalb nicht möglich, weil Foch hierüber dem „Hohen Rate" der verbündeten Feindmächte zu berichten hatte. Zu diesem Zweck waren ihm die Vorschläge ja gemacht worden. So finden wir denn auch über diesen Zwischenfall genauere Angaben in dem Werk von R. St. Baker über Woodrow Wilson, worin ja der ganze Verlauf dieser an Zwischenfällen so reichen Verhandlungen im Hohen Rate der Verbündeten geschildert wird.

Wir erkennen daraus auch die Stellungnahme Frankreichs zur Frage des deutschen Föderalismus.

*

„Das Deutsche Reich in einen Staub von Staaten aufgelöst"

Vor den Schöffen in München hatte Dr. Heim unter seinem Eid beteuert:

„In Frankreich ist die Anschauung, daß ein föderalistisches Deutschland für Frankreich günstiger sei, nicht vorherrschend, sondern die Meinung ist, daß ein zentralistisches Deutschland für Frankreich besser sei."

Eine leichtfertigere Irreführung der öffentlichen Meinung ist kaum denkbar. Zu ihrer Widerlegung brauchte man nur die französischen Zeitungen der damaligen und späteren Zeit durchzublättern. R. St. Baker stellt denn auch fest:

„Ein anderer Abschnitt dieses politischen Programms (Frankreichs) bezog sich auf die politische Struktur Deutschlands. Das äußerste Ziel dieser französischen Wünsche war die ‚Zerschmetterung des deutschen Blocks', die Auflösung der einigen preußischen Herrschaft, die Zerstörung von Bismarcks gewaltigem Bau zu einer Ruine kleiner Staaten, wie sie vor ihm bestanden hatten. Am deutlichsten haben die Franzosen diesen Wunsch in ihrem Programm vom November 1918 ausgesprochen: ‚Wir sind daran interessiert, den Föderalismus zu begünstigen' . . ."

Die Pariser nationalistischen Zeitungen sind sogar noch offener. Sie beklagen noch Jahre später die Versäumnisse der französischen Politik beim Friedensschluß. Die „Action Francaise" schreibt am 4. März 1920:

„Ein **zersplittertes Deutschland** hätte Reichtum erzeugt, ohne Macht zu erwerben. Es hätte für sich und für uns gearbeitet, und bei den **kleineren und mittleren** Staaten, die das Reich abgelöst hätten, **hätten wir stets unsere gerechten Forderungen durchsetzen können.**

Unsere Unterhändler haben diese eminent europäische, eminent positive und selbstlose (!) Idee nicht bgriffen: **die Idee der Wiederherstellung Deutschlands nach dem herrlichen Muster von 1648."**

Verlangt wurde also die Zurückversetzung Deutschlands zu der Ohnmacht nach dem Dreißigjährigen Kriege! In demselben Monat, am 27. März 1920 gesteht es das Blatt zu:

„Deutschland hätte zerstückelt werden müssen. Die deutsche Einheit muß zerschlagen werden, das Deutsche Reich in einen Staub von Staaten aufgelöst!"

Dies war aber im Grunde das gleiche, was auch die deutschen Separatisten verlangten. Und Heim, der alte Politiker, soll nicht gewußt haben, daß er mit seinen Bestrebungen nur diese letzten Wünsche Frankreichs begünstigte?

Dabei hat Dr. Heim in einem an Graf Bothmer gerichteten Schreiben vom 12. April 1920 selber die tatsächliche Einstellung Frankreichs richtig gekennzeichnet:

„. . . Ich gebe zu, daß der Zentralismus, wenn auch nicht bei den gegenwärtigen Machthabern, so doch für die Zukunft für Frankreich gefährlich werden kann. Darin haben die Franzosen den richtigen Instinkt. Gut, sollen sie in dieser Hinsicht Recht bekommen, uns aber ehrlich sagen: mit einem föderalistischen Deutschland, das das Schwergewicht in die Einzelstaaten legt, sind wir gerne bereit uns zu verständigen . . ."

Dr. Heim hat sogar selber die Uebereinstimmung seiner Pläne mit den französischen Wünschen in Aeußerungen vom 27. Juli 1920 (gemäß Bericht der „Augsb. Postzeitung" vom 29. 7. 20) ausdrücklich zugegeben:

„Meine Auffassung ist, daß nur ein föderalistisches Deutschland die notwendige Ruhe vor Frankreich findet. Frankreich verlangt Sicherung gegen den Militarismus und gegen Revanche und sieht die Hauptgefahr in dem Bestehen Preußens. Wir haben entweder jahre-

langen Druck und Verelendung zu erwarten, oder wir verständigen uns mit den Franzosen, die sagen: Wenn Ihr Euch föderalistisch einrichtet, habt Ihr das Haupthindernis für die Verständigung weggeräumt."

Wenn er im Anschluß daran erklärt, immer den Gedanken eines föderalistischen Rheinlandes „innerhalb des Deutschen Reiches" vertreten zu haben, so müssen wir dies allerdings unter Hinweis auf seine eigenen früheren Auslassungen bestreiten. Wie wir sehen werden, hat er aber sogar auch nach diesem Zeitpunkt noch ein Großbayern, losgetrennt vom Reich, verlangt.

*

Der Sekretär Wilsons enthüllt

R. St. Baker, der Privatsekretär Wilsons, berichtet über die Verhandlungen zwischen Dr. Heim und den Franzosen Folgendes:

> „Weitere französische Vorschläge zur Zertrümmerung des Deutschen Reiches.
>
> An dritter Stelle unter den französischen Bemühungen, stärkere Sicherheiten zu erlangen, als die das Kompromis von April zugestand, müssen gewisse weitere Versuche erwähnt werden, dem blassen Traum, Deutschland zu zerstückeln, Leben einzuhauchen. Das bolschewistische Abenteuer in Bayern (5. April bis 1. Mai) zeigte die einem solchen Vorgang innewohnende Gefahr; aber die Franzosen wollten ihren Traum nicht aufgeben. Der Plan, Bayern durch eine besondere Organisation zur besseren Versorgung zum Abfall zu bewegen, wurde erst am 25. April fallen gelassen, als der oberste Wirtschaftsrat erklärte, daß er undurchführbar wäre ... Die Verschwörung (zur Errichtung der Rheinischen Republik) wurde im Dunkeln gehalten; doch am 19. Mai berichtete Foch dem Rate von einer anderen Intrigue. Es handelte sich um das Ersuchen Dr. Heims aus Bayern, der in Wiesbaden mit den rheinischen Verschwörern zusammen war, um eine Unterredung mit verschiedenen französischen Vertretern wegen einer neuen separatistischen Bewegung dortselbst herbeizuführen. Obwohl Foch über die Angelegenheit einen Bericht erstattete, hatte er doch bereits die Verantwortlichkeit auf sich genommen, General Desticker abzukommandieren, diese präsumtiven Revolutionäre anzuhören und auszufragen; diese Unterhaltung fand am gleichen Tage, als Foch davon Mitteilung machte, in Luxemburg statt, worüber dem Rat am 23. Mai berichtet wurde. **Heim sprach zuversichtlich von der Loslösung sämtlicher andern bedeutenden deutschen Staaten von Preußen** und über **die Bildung einer neuen Konföderation mit Einschluß Deutsch-Oesterreichs unter einem ‚Protektorat' der Entente,** hauptsächlich in wirtschaftlicher Beziehung. Er betonte, daß ein derartiger katholischer und konservativer ‚Block' eine wirksamere Barrière gegen den Bolschewismus bilden würde, als es ein verpreußtes Deutschland je vermöchte. Die Franzosen widersprachen der Einbeziehung Oesterreichs und konnten auch hinsichtlich der Bezahlung der Reparationen keine befriedigende Zusicherung geben. Die Unlust Frankreichs, in dieser Hinsicht auf irgend etwas zu verzichten, bildete das Haupthindernis zur wirklichen Ermutigung separatistischer Bewegungen. Der Rat ließ diesen Bericht unbeachtet."

Es ist, wie wir sehen, genau der gleiche Plan, den Heim schon im „Bayer. Kurier" vom 30. Nov./1. Dez. 1918 veröffentlicht hatte, nur daß er den Franzosen gegenüber offen auch seine letzten Ziele darlegte: der erweiterte Rheinbund oder, wie er es jetzt nannte, die **süddeutsche „Konföderation mit Einschluß Deutsch-Oesterreichs"** sollte **unter einem Protektorat**

der Entente, richtiger: unter dem Protektorat **Frankreichs** stehen. Genau wie zu Zeiten Napoleons. Für den Henkersdienst aber sollte Bayern nicht nur durch Teile von Oesterreich vergrößert, sondern auch von der Zahlung des Kriegstributes ganz oder teilweise befreit sein!

Diese Angliederung Oesterreich war im übrigen eine national-bayerische Forderung. Oesterreich war eine Bavaria irridenta. Bayern hatte nämlich dieses wüste Land kolonisiert. Vermutlich die Bayerische Volkspartei. Graf Bothmer, der Helfer und Agent von Heim, hat es in einem Münchener Vortrag vom 28. Februar 1920 offen ausgesprochen:

> „Wir haben noch eine andere Aufgabe in Bayern zu erfüllen: Diese Aufgabe ist **die Erlösung** der deutschen, **bayerischen** Südostmark. Wir haben nicht zu vergessen, daß es im Interesse der ganzen deutschen Entwicklung liegt, daß das **Kolonisationsgebiet, das Bayern geschaffen hat,** nach dem Osten hin, nämlich **die österreichischen und Tiroler Länder** auf eine ganz konkret mögliche Form in das Gebiet des Deutschen Reiches eingefügt werden."

Wie nahe dieser Plan zur Aufteilung des Deutschen Reiches seiner Verwirklichung war, bestätigt auch Baker. **Nur die damalige Unlust Frankreichs zu den von Heim verlangten Zugeständnissen an Bayern verhinderte die Beratung seines Vorschlages!**

Selbstverständlich hat Dr. Heim auch in diesem Falle später die Dementiermaschine wie üblich in Tätigkeit gesetzt. Er wandte sich besonders gegen den Ausdruck „katholisch-konservativer Block", der nur für einen „Eventualfall" habe vorsorgen sollen. In gleicher Weise hatte er ja auch seinen Aufsatz im „Bayer. Kurier" später umdeuten wollen.

Der Bericht von Baker erscheint demgegenüber doch wohl von stärkerer Beweiskraft. Er gibt auf jeden Fall wieder, wie Marschall Foch die Vorschläge des bayerischen Patrioten aufgefaßt hat. Und das ist das wesentliche.

*

Heim i. R.

Während der zweiten Jahreshälfte 1919 hören wir nichts mehr von Dr. Heim. Wenigstens nichts von separatistischen Betätigungen. Ja, es schien sogar, als habe er zu Gunsten einer Stärkung der Reichsgewalt auf die bayerischen Sonderwünsche und selbst auf die in der bisherigen Reichsverfassung den Bundesstaaten verbrieften Rechte verzichtet. Am 3. Juni 1919 gibt Dr. Heim in der Nationalversammlung folgende Erklärung ab:

> „Ich habe diesen Standpunkt (daß man sich auf die Reservatrechte versteifen solle) nie eingenommen. Ich sage mir: soweit Reservatrechte bestehen, ist es in dieser Zeit notwendig, sie auf ihre Zweckmäßigkeit und besonders auf ihre Wirtschaftlichkeit zu prüfen. Was bedeutet noch unsere Militärhoheit? Nach den heutigen Verhältnissen nichts mehr. Warum sich lange darum streiten? Es ist zwecklos, an den Reservatrechten bezüglich unserer Bahnen im vollen Umfange festzuhalten. Sie müssen einer Revision unterzogen werden. Die Verfassung bringt uns die Zentralisation in der äußeren Politik. Dabei

verlieren wir (in Bayern) auch nicht viel. Auch ich habe hier die wenigsten Bedenken. Tatsächlich bringt uns die Verfassung einen vollständigen Verzicht jeglichen Einflusses der Einzelstaaten auf die äußere Politik. Ich für meine Person sehe darin kein Unglück; denn das Reich muß nach außen hin von einer Stelle vertreten werden. Im Reiche erblicke ich also keinen Feind und will auch keinen erblicken."

Anders hätte auch ein stockkonservativer Ostelbier nicht sprechen können! Was war geschehen? Hatten sich Dr. Heim und seine Bayerische Volkspartei so vollkommen gewandelt?

Tatsächlich war denn auch bei den Parlamentsverhandlungen in Weimar, die zur Annahme des Versailler Diktates führten, ihre Haltung einwandfrei national.

Schon am 20. Juni 1919, 8 Uhr vormittags, hatten die Reichstagsabgeordneten der Bayerischen Volkspartei (die damals ja noch dem Zentrum angeschlossen waren) in einer eigenen Fraktionssitzung auf persönlichen Antrag von Dr. Heim widerspruchslos und einstimmig beschlossen, dem Friedensvertrag nur zuzustimmen „wenn die entehrenden Bedingungen des Schuldbekenntnisses und der Auslieferung gestrichen würden".

An dieser Stellungnahme haben Dr. Heim und die Bayerische Volkspartei auch in der entscheidenden Sitzung der Nationalversammlung vom 22. Juni festgehalten. Nur dadurch, daß der Präsident, der Zentrumsabgeordnete Gröber sich weigert, Dr. Heim das Wort zu erteilen, wird dieser verhindert, den ablehnenden Beschluß seiner Fraktion zu begründen, was Dr. Heim in einer persönlichen Bemerkung am Schluß der Sitzung feststellt und gleichzeitig seinen Austritt aus der Zentrumspartei erklärt: weil durch Eigenmächtigkeit ihrer Führer „die Abgeordneten zu Stimmvieh herabgedrückt würden."

Ueber die schmachvollen Vorgänge, die in dieser Sitzung auf Betreiben Erzbergers zur bedingungslosen Annahme des Schandfriedens führten, hat Dr. Heim dann in einer temperamentvollen Darstellung in der Juli-Nummer 1919 der „Südd. Monatshefte" eingehend berichtet und mit zweifellos nicht gespielter Erregung und Empörung auch in treffenden Worten Erzberger, den eigentlichen Drahtzieher, in seiner ganzen Erbärmlichkeit und Heuchelei entlarvt:

> „Im Zentrum war die Abwicklung der Dinge unschön, ja man kann sagen häßlich. Man merkte alsbald die Regie jenes Mannes, der im Jahre 1914 nach Ausbruch des Krieges in einer Denkschrift ein wütiges Annexionsprogramm à la Nimmersatt entworfen hatte; im Jahre 1915 noch London mit Schwefel und Feuer vernichtete; im Jahre 1917 Verfasser einer Friedensresolution Wiener Bestellung war; der von sich rühmte, er könne sich in zwei Stunden mit Lloyd George über den Frieden einigen; im Jahre 1918 ein Buch über Weltfrieden und den Völkerbund schrieb, als ob er zeitlebens niemals einen anderen Standpunkt vertreten hätte; der im Jahre 1918 als Waffenstillstandskommissar durch seine Getreuen das Loblied des bon général catholique (Foch) singen und daran überschwängliche Hoffnungen knüpfen ließ; desselben Mannes, der für die Notwendigkeit der Beteiligung des Zentrums bei der Koalitions-Regierung ins Treffen führte, daß der Friede dann viel besser ausfallen würde, was ihm angeblich maßgebende Engländer bedeutet hätten; desselben Mannes, der sich gelegentlich der Einführung des 1. Mai als gesetzlichen Feiertag an hohe kirchliche Stellen mit der Zumutung wandte, diesen Tag zum — katholischen Feiertag zu erklären!"

Wir fragen nochmals: wie war diese Wandlung von Dr. Heim möglich? Hatte er nach dem Besuch bei Marschall Foch tatsächlich die Verwerflichkeit seiner Pläne eingesehen? Hatte die gemeinsame Not des Vaterlandes auch ihn von separatistischem Eigennutz zum deutschen Gemeinnutz zurückgeführt?

Auf jeden Fall sind, wie gesagt, aus der zweiten Jahreshälfte 1919 sonderbündlerische Betätigungen oder Aeußerungen von Dr. Heim nicht bekannt geworden. Im Gegenteil. Nicht zum wenigsten Dank seiner temperamentvollen Auflehnung gegen die in Berlin regierende rotschwarze Koalition erscheint zu dieser Zeit auch den norddeutschen Patrioten Bayern als die Ordnungszelle, von der die Gesundung Deutschlands zu erwarten sei.

*

Erste Verbindung zu Dorten

Eine erneute separatistische Tätigkeit von Dr. Heim und seinen Helfershelfern setzt zu Anfang des Jahres 1920 ein. Damit beginnt gleichzeitig ein neuer und von der französischen Geschichtsschreibung ausdrücklich betonter Abschnitt der deutschen Abfallbewegung: der (von Frankreich geheim und offen unterstützte) Versuch, die Frage in föderalistischem Sinne zu lösen.

> „In diesem Frühjahr 1920", schreibt Vitus Heller (N. V. 10. 1. 22), „sind die Artikel in der ‚Marienburg' (der in Würzburg herausgegebenen und vom Grafen Bothmer mit Geld unterstützten Zeitschrift der Bayerischen Königspartei), die Besprechungen Ankenbrand-Kuhn-Berthold. In diesem Frühjahr wird mit Dorten, Degoutte und Millerand verhandelt; teils schriftlich, teils durch Kuriere, teils unmittelbar mündlich. In diesem Frühjahr tritt Heim mit Dorten schriftlich, mündlich und durch Mittelsleute in Verbindung und verhandelt mit dem Prinzen Isenburg."

Und, wie wir hinzufügen können, **mittelbar und unmittelbar mit den Franzosen.**

Die Angaben stimmen. Dr. Heim hat, wie wir nachweisen werden, Frühjahr 1920 erst durch Mittelspersonen und dann persönlich Beziehungen zu Dr. Dorten und seinem Kreis, darunter dem berüchtigten Oberpfarrer Kastert aufgenommen zwecks gemeinsamer Arbeit für seine politischen Pläne. Wohlverstanden: es handelt sich um **1920**; das Jahr, nachdem Dorten durch Staatsstreich die Rheinische Republik in Wiesbaden ausgerufen hatte; das Jahr, nachdem die Reichsregierung unter Zustimmung aller Parteien jede Unterstützung seiner Bestrebungen als Hochverrat gekennzeichnet, mit Zuchthaus bedroht und gegen Dorten selber einen Haftbefehl erlassen hatte!

*

Kampfansage an das Reich

Wie ein Auftakt klingt die Kampfansage an die Reichsregierung, die Dr. Heim in der Generalversammlung des Bayerischen christlichen Bauernbundes am 3. Februar 1920 zu München erläßt. Die Kampfansage wird denn auch sofort in der nächsten Nummer 14 der Dorten'schen „Rheinischen Warte" auszugsweise in einen Aufsatz unter der Ueberschrift „Die zielbewußte Politik Dr. Heims" übernommen und dabei festgestellt, es

wäre „doppelt erquickend und erhebend zu sehen, wie frisch und zielbewußt in Bayern das politische Gesundungsproblem angefaßt wird.“

Frisch war allerdings das Tönchen, welches der Bauerndoktor gegen Berlin anschlug:

„Man hat in den letzten Tagen gesagt, ich verletzte die deutsche Reichsverfassung. Sie mögen sagen, was sie wollen, wir werden ihnen von unten herauf zeigen, daß Druckerschwärze nicht allein richtig ist. (Stürmischer Beifall) .... Bei der Gründung der Bayerischen Volkspartei war der Wille maßgebend, eine Sammelpartei für alle guten Bayern zu sein ...“

Heim wärmt zunächst wieder die alte Lüge auf:

„Man hat mich zum Vaterlandsverräter gestempelt, weil ich eines Tages über dem Rhein war bei militärischen Stellen. Ich war nicht dort ohne Willen und Genehmigung der zuständigen Stellen. Alles andere ist elende Verleumdung!“

Dann legt er los:

„Glauben Sie nicht, daß die Probemobilmachung bei unseren Bauernversammlungen Anfangs Januar oben in Berlin ihre Wirkung getan hat? Das war aber nur der bescheidene Anfang. Wir wollen einmal zeigen, daß die beschlagenen Bauernschuhe noch immer ihren Klang haben! Wir werden dafür sorgen, daß man die weißblaue Fahne nicht in den Kot zieht! (Tosende Zustimmung). Wir lassen nicht die Hand ausstrecken gegen unser Eigentum, und wenn Minister Erzberger vor 14 Tagen mit Gewalt gedroht hat, daß ich die Bewegung nicht fortsetzen solle, so ist er ein Waisenknabe gegen mich. Sie sollen es einmal probieren, die Hand gegen mich auszustrecken! Wenn das Berliner Asphaltpublikum mit Gewalt droht, so habe ich dafür nur ein Lachen der dicksten Verachtung. Wir marschieren und werden marschieren. Wir wollen noch einmal sehen, was zu retten ist. Es gilt wirklich, wie noch nie, für Gott und Vaterland, für unsere bayerische Heimat. Mit uns gehen alle guten Bayern, denen ihre Heimat so lieb ist wie uns! (Dröhnender, sich immer wiederholender Beifall).“

Im Anschluß daran fordert die Versammlung „den Wiederaufbau Deutschlands auf föderativer Grundlage.“

*

Für das „Asphaltpublikum“ scheint auch Bothmer nur dickste Verachtung übrig gehabt zu haben. Er hat später einmal den Begriff bajuvarisch erklärt:

„Asphaltmenschen: — die den bayerischen Geruch nach Lederhose und Tabak nicht schmecken können; vom Erdgeruch des Bauern und vom Kuhstalldunst gar nicht zu reden!“

Im Gegensatz dazu läßt sich allerdings der Sprache des Bauerndoktors Heim der Geruch nach Lederhose nicht gut abstreiten.

*

Zeugenaussagen

Die Rede Dr. Heims vor dem Bauernverein als einer an sich unpolitischen Versammlung war allgemein gehalten. Schon im Vormonate aber hatte er im Kreise der Parteigenossen deutlicher gesprochen. Auf der Tagung der Bayerischen Volkspartei in München hatte er als Gründe für die Zerschlagung des (jetzt unter Erzbergers Führung dem Separatismus abgeneigten) Zentrums und für die partikularistische Gliederung des Reichs

französische Wünsche angeführt: die erstrebte deutsche Einheit sei den Franzosen unangenehm; sie fürchteten ein zentralisiertes Reich. Das Reich, aufgebaut auf föderalistischer Grundlage, werde dagegen den Vernichtungswillen der Franzosen abschwächen und uns nützen.

Noch deutlicher wurde Heim dann, fast unmittelbar nach der Münchener Tagung auf einer Versammlung der Bayerischen Volkspartei in Würzburg.

Ueber den Inhalt dieser Rede, die nicht als die persönliche Ansicht des Vorsitzenden einer Bauernvereinigung, sondern als das politische Programm eines Führers der Partei gewertet werden muß, bringen die Zeugenaussagen vor dem Amtsgericht zu München vom 12. Dezember 1921 einige bemerkenswerte Angaben:

„Zeuge Johann Valentin Schubert, Hauptlehrer in Würzburg, sagt aus: In einer Versammlung der Bayerischen Volkspartei im Schönthaler Hof zu Würzburg, Januar 1920, hat Dr. Heim ausgeführt, daß wir in Deutschland großem Elend entgegengehen; daß wir große Lasten zu tragen haben. Das Kapital und die Industrie werden sie nicht tragen; man werde also auf die Landwirtschaft zurückgreifen. Wir in Deutschland müßten Freunde haben. In Rußland sei nichts zu wollen. England wolle uns nicht helfen; es verfolge nur seine Interessen. Dr. Heim kam dann auf Frankreich zu sprechen. Dr. Heim führte aus, in Frankreich gebe es zwei Lager. Unsere Hilfe könne nur von Frankreich kommen. Frankreich sehe aber in Deutschland noch drei Hindernisse: erstens die sozialistische Regierung; zweitens den Anschlußgedanken Oesterreichs und drittens: Deutschland sei noch nicht zerstückelt. Dies gehe aus ihrer Presse hervor. Wir müßten daher den Franzosen entgegenkommen, dann würden unsere Lasten geringer werden. Zeuge sagt, er habe die Rede Heims so aufgefaßt, daß wir uns zerstückeln müßten, um mit Frankreich gehen zu können. Dr. Heim habe diese Schlußfolgerung aber nicht ausgesprochen. Er hat jedoch auch nicht davor gewarnt.

„An diesem Tage", bemerkte der Zeuge, „war keine Diskussion. Ich habe deshalb in der nächsten Sitzung die Dinge aufgegriffen und niemand hat mir widersprochen." Und auf Befragen fügte der Zeuge dann noch wörtlich hinzu: „Ich habe das Gefühl gehabt, daß viele Leute mit der Rede Dr. Heims unzufrieden waren. Ich habe das Gefühl gehabt, daß Dr. Heim eine franzosenfreundliche Politik treiben wollte."

Nach Angabe von Vitus Heller war der Zeuge Schubert am Tage nach der Versammlung zu ihm gekommen und hatte ihm gesagt: „Gestern hat Dr. Heim die Katze aus dem Sack gelassen. Das bedeutet die Mainlinie."

Dr. Heim sucht die Katze wieder einzufangen. Zu der Aussage des Zeugen Schubert gab er „unter Zurückerinnerung an seinen Eid" die Erklärung ab:

„Ich habe in Würzburg gesagt, wir seien der Mann mit dem lahmen Arm. Es helfe uns nichts, wie wir die Dinge wünschen; wir müßten einen Weg gehen, der der französischen Mentalität entspricht und der diesen Gefühlen entgegenkommt. Dadurch könnten wir uns den Weg in die Zukunft ebnen."

Dr. Heim hat Pech. Wenn er über Politik spricht, verstehen die Leute ihn immer falsch. Der französische Marschall Foch hatte ihn in Luxemburg falsch verstanden, und jetzt die eigenen Parteigenossen in Würzburg auch. Und diesmal hatte er nicht einmal Französisch gesprochen!

Dr. Heim hat wirklich Pech.

Die grüne Internationale

Hatte Dr. Heim auch in der Würzburger Versammlung, Januar 1920, Politik auf eigene Faust getrieben oder handelte er mit Wissen und Willen seiner Partei? Wir müssen wieder feststellen, daß auch diesmal kein Einspruch und nicht einmal ein Vorbehalt gegen seine Kundgebung, die den offenen Landesverrat Bayerns verlangte, erfolgt ist. Weder vom Parteivorstand, noch von seinen Fraktionskollegen. Und dabei war, wie wir gesehen haben, diese Kundgebung diesmal bei einer offiziellen Parteiveranstaltung erfolgt!

Es erklärt sich aus der selbstherrlichen Stellung, die der Bauerndoktor in der Partei einnahm. Und diese selbstherrliche Stellung von Heim beruhte nicht nur darauf, daß er es gewesen war, der schon am 12. November 1918 das bayerische Zentrum unter der neuen Losung „*Bayern den Bayern*“ zusammengefaßt und als neue „*Bayerische Volkspartei*“ gegründet hatte, um damit, wie Graf Bothmer es ausgedrückt hat: „*den Gedanken des deutschen Föderalismus zunächst in weißblauer Färbung aufgehen*“ *zu lassen*.

Nein, Dr. Heim hatte auch wirklich Macht hinter sich. Und diese Macht benutzte er rücksichtslos. Februar 1921 sagte er in Regensburg zu dem Arbeitersekretär Lang über die Landtagsfraktion in München: „*sie frißt mir aus der Hand*; denn die sind ja alle von mir abhängig; sie sind alle *von meinen Bauern gewählt*, die ich in der Hand habe!“ Auch Graf Bothmer hat in seinem Vortrag vom 28. Februar 1920 in München den großen Einfluß von Heim bestätigt: „*Die Heim'sche Politik* sieht ihre Aufgabe darin, eine Einheitsfront des bayerischen Bauernstandes zu schaffen, um mit dieser Einheitsfront des bayerischen Bauernstandes *eine bestimmte Macht* zu bekommen.“

Schon vor dem Kriege hatte Heim sich auf die von ihm geschaffenen, von ihm geleiteten Bauernverbände gestützt. Nach dem Umschwung verfolgte er planmäßig diese Richtung. Er hatte den an sich gesunden Gedanken, mittels einer „*Grünen Internationale*“, in welcher auch außerhalb der bayerischen und sogar der deutschen Grenzpfähle die gesamte bodenständige Bauernschaft in einer einzigen Organisation vereinigt werden sollte, ein Gegengewicht gegen den internationalen Marxismus zu schaffen. Gleichzeitig aber sollte dieser Bauernverband, ohne selber parteipolitisch gebunden zu sein, in Bayern das starke Rückgrat der Bayerischen Volkspartei und damit auch ihrer föderalistischen Politik nach seinem eigenen Rezept werden. So ist es kein Zufall, daß Heim gerade in der Generalversammlung seiner Bauern, in Regensburg am 3. Februar 1920, in ihrem Namen der Berliner Regierung den Kampf ansagt.

Auf die zusammengeballte Macht der Bauernschaft von West- und Süddeutschland und Oesterreich aber sollte auch der weitere Kampf zur Durchführung der unter dem Namen eines „Föderalismus“ getarnten Forderung nach Aufteilung des Deutschen Reiches gestützt werden. Die „Föderalisten“ suchten alle Gleichgesinnten in Deutschland und Oesterreich zu einem gemeinsamen Bund zusammenzuschließen. Dr. *Heim* schrieb den Oesterreichern und

sprach zu ihnen gelegentlich der Gründung dieser seiner über die deutsche Landesgrenze hinübergreifenden „Grünen Internationale"; Oesterreich dürfe sich nur einem föderalistischen Deutschland anschließen.

Aber sogar Fäden zu den ungarischen Königsmachern wurden geknüpft. Reisen nach Ungarn erfolgten. Ein Kurier der ungarischen Königspartei kommt noch München, um zu sondieren, ob keine Personalunion unter Rupprecht zwischen Ungarn und Bayern mit Einschluß von Oesterreich möglich sei. Hierüber berichtet April 1920 Regierungsrat Ankenbrand in Würzburg. Auch hierüber ist Graf Bothmer gut unterrichtet. War er doch selber mit Wissen und wohl sogar im Auftrage von Dr. Heim Ende April 1920 in Oesterreich gewesen, um für den Anschluß an das föderalistische, preußenreine Süddeutschland zu werben. (Ebenso wissen wir, daß er auch schon August 1919 in Oesterreich gewesen ist.) Auch in dem Protokoll über eine Besprechung, die Bothmer Ende Juni 1920 im „Somadossi" zu München mit den Vertretern der Bayerischen Königspartei, Kuhn, Schüll und Otto hatte, finden wir eine Andeutung darüber:

> „Bothmer fuhr kurz darauf fort: „Merken Sie sich genau: 7. August Tagung in Passau; 19. bis 21. September große Tagung in der Würzburger Residenz. Beide Tagungen werden hochbedeutsame Folgen nach sich ziehen."
>
> Kuhn frug dann ergriffen und ehrfürchtig: „Herr Graf, da handelt es sich ganz gewiß um die „Grüne Internationale" des Herrn Dr. Heim?
>
> Bothmer entgegnete unter stolzem Neigen seines Kopfes: „Jawohl."
>
> Kuhn: „Würden Herr Graf gestatten, daß ich mir diese Daten notiere?" . . . .

*

„Die katastrophal dumme Landtagsfraktion"

Aus seinem Briefwechsel mit dem Abgeordneten Dr. Schlittenbauer in Regensburg, mit dem er mindestens schon seit Januar 1919 in Verbindung stand, geht hervor, wie eifrig Graf Bothmer bemüht ist, die Haltung der Bayerischen Volkspartei zu beeinflussen, und zwar im Sinne der Politik von Dr. Heim. Schon am 27. August 1919 läßt er durch seine Sekretärin (da er selber „für einige Tage nach Oesterreich verreist" ist) Dr. Schlittenbauer ein „Memorandum über die politische Lage in Bayern und im Reich" — angeblich verfaßt von einem ihm „nahestehenden Herrn, der in amtlicher Funktion sich befindet" — übersenden und dazu schreiben:

> „Ich gebe dieses Memorandum streng vertraulich, d. h. mit der Bitte, ohne mein Wissen von dessen Inhalt sonst niemand in Kenntnis zu setzen, an Euer Hochwohlgeboren weiter, erlaube die Gedankengänge zu prüfen und bitte um Mitteilung Ihrer persönlichen Auffassung der darin enthaltenen politischen Zielsetzung und Entwicklungsmöglichkeiten."

Aus dem Einschreibebrief, den Dr. Schlittenbauer als Antwort schon am 3. September 1919 an Graf Bothmer nach München richtet, ersehen wir, daß die Denkschrift sowohl die Frage der Wiedereinführung der Monarchie in Bayern wie auch die Frage der Loslösung der bayerischen von der Reichspolitik und sogar **die Abtrennung Bayerns vom Reich** behandelt

haben muß. Dr. Schlittenbauer antwortet ablehnend oder wenigstens sehr zurückhaltend. Denn auch er war ein Diplomat aus der bayerischen Zentrumsschule. Er schreibt:

> „Es ist mir unmöglich, auf eigene Verantwortung hin Stellung zu nehmen zu Ihren eingehenden Darlegungen über unsere innere und äußere Politik. Ich bin Mitglied einer großen Fraktion und kann nur im Einverständnis mit ihr vorgehen. Ich will Ihnen aber gleich verraten, daß in dem größten Teil der Fraktion keinerlei Neigung herrscht für Abtrennungsbestrebungen hinsichtlich Bayerns. Ich will Ihnen auch dann verraten, daß der größte Teil nicht mehr für monarchistische Bestrebungen zu haben ist, und am wenigsten zugunsten des Prinzen Rupprecht . . . Es ist gut, wenn Sie in diesen zwei wichtigen Punkten sich von vornherein keinen Illusionen hingeben.
>
> Was die Frage der Außenpolitik betrifft, so bin ich der Anschauung, daß Deutschland sich bestreben muß, mit dem zentralen Europa zusammen einen festen Block zu bilden!“

In einem undatierten Brief, etwa von Mitte September 1919, aus dem im übrigen hervorgeht, daß Graf Bothmer jetzt erst von „einer längeren Reise“, also wohl aus Oesterreich zurückgekehrt ist, nimmt dieser zu den Ausführungen des Abgeordneten Stellung. Zunächst verwahrt er sich gegen den Verdacht, selber die Denkschrift verfaßt zu haben; sie stamme vielmehr von einem aktiven Offizier; mehr wolle er nicht sagen. Dann läßt er alle Ueberredungskünste spielen:

> „Ich bin über die Fraktion der Bayerischen Volkspartei besser unterrichtet, als Sie meinen. Und wie die augenblickliche Fraktion denkt, will ich gar nicht wissen. Aber ich habe ein lebhaftes Interesse daran, Ihre persönliche Ansicht zu hören, denn man sagt mir, daß an der jetzigen katastrophal-dummen und völlig sinnlosen Politik der Landtagsfraktion der Bayer. Volkspartei Sie schuld seien, und das ist ganz offensichtlich eine böswillige Entstellung. Denn der von mir verehrte und sehr kluge Dr. Schlittenbauer kann erstens nicht die Hand dazu bieten, daß Bayern in einer falsch verstandenen Reichsdisziplin gefangen gehalten wird, um vom preußischen Partikularismus, der der einzig waschechte in Deutschland überhaupt ist, völlig ausgesogen zu werden. Und zweitens kann dieser Dr. Schlittenbauer nicht der Totengräber der christlichen Bauernorganisation in Bayern (von Dr. Heim) werden, dadurch daß er eine Politik unterstützt, die zu einer treibhausartigen Entwicklung des Bayer. Bauernbundes und zu einem Kompromiß zwischen der U. S. P. und bayerischer Bauernschaft führt, auf Kosten unserer christlichen Staatsidee.
>
> Darüber will ich Auskunft haben. Denn ich gestehe Ihnen ganz offen, daß meine abwartende und schweigende Haltung gegenüber einer offenbar minderwertigen Fraktion nur damit zu erklären ist, daß ich den von mir verehrten Männern innerhalb der Fraktion keine vorzeitigen Schwierigkeiten machen wollte.
>
> Nun werden Sie meinen Brief verstehen, und ich hoffe in Kürze von Ihnen ausführliche Mitteilungen darüber zu erhalten, wie wir die Loslösung der Partei von der Verantwortung für die heutige Staatsführung ernsthaft und aussichtsreich in die Wege leiten können.“

Die Antwort von Dr. Schlittenbauer auf diese Ausführungen kennen wir nicht. Er muß aber schon halb überzeugt sein, denn am 23. September 1919 schreibt Bothmer zurück: „Was ich aus Ihrem eigenen Munde erfahren wollte, haben Sie mir nun endlich mitgeteilt. Ich glaube, daß es nicht nötig ist, daß wir uns über den Begriff des Partikularismus weiter streiten.“ Er führt dann aus, wie er selber sich eine richtige bayerische Politik Bayerns denkt:

„Im Grund genommen kommt es mir nur darauf an, zu verhindern, daß alles, was auf der Grundlage einer christlichen Staatsordnung zusammengehört, durch eine kurzsichtige Personalienpolitik auseinandergetrieben wird. Wir haben meiner Meinung nach heute in Bayern gegen zwei Dinge Front zu machen. Einmal gegen die Unfähigkeit der Berliner sozialistisch-demokratischen Regierung und zum andern gegen die staatsmännische Unfruchtbarkeit Preußens. Gerade jetzt, im Augenblicke der Wiener Enthüllungen, ist es sehr notwendig, auf diese preußische Unfähigkeit besonders hinzuweisen und das Märchen zu zerstören, als wie wenn Preußen der einzig politisch fruchtbare Staat in Deutschland wäre. Es ist nicht wahr, daß Bismarck etwas anderes ist als eine Ausnahmeerscheinung. Ich bitte Sie, mitzuhelfen, daß unsere Presse vor allem in diese Kerbe mitschlägt.

Auch der Parteitag der Bayerischen Volkspartei muß vieles wieder gutmachen, was die Fraktionsführung verdorben hat. Vergessen Sie insbesondere nicht, daß die Erwartungen, die bei der Gründung der Bayerischen Volkspartei geweckt wurden, sich nicht erfüllt haben, und daß diese Enttäuschung vielfach als Niederlage von Ihnen und von Dr. Heim betrachtet werden."

Der nächste uns bekannte Brief von Graf Bothmer an Dr. Schlittenbauer ist erst vom 20. Mai 1920, acht Monate später. Inzwischen hatte Bothmer die Beziehungen zu den rheinischen Separatisten, zu Dr. Dorten, der Rheinischen Volksvereinigung und der Christlichen Volkspartei aufgenommen und ihre Verbindung mit Dr. Heim und der Bayerischen Volkspartei vermittelt. Wie aus dem Inhalt des Schreibens hervorgeht, ist er selber daher jetzt sowohl in Bayern wie am Rhein für die Reichstagswahl (Juni 1920) als Redner tätig. Vom 25. bis 27. Mai wird er für die Bayerische Volkspartei, und zwar im Wahlkreise Pfaffenhofen-Wolnzach, dem Wahlkreis des Abgeordneten Dr. Schlittenbauer sprechen; am 30. Mai für das Pfälzer Zentrum in Kaiserslautern und die letzte Woche vor der Wahl für die Christliche Volkspartei in Aachen, Trier, Wiesbaden, Bingen und Bonn!

Dr. Schlittenbauer antwortet am 22. Mai; bedankt sich für die Wahlhilfe und, nachdem er noch die Kandidatenliste der Bayerischen Volkspartei bemängelt hatte, erklärt er sich mit dem politischen Standpunkte von Bothmer (der ja nichts anderes war als der politische Standpunkt von Dr. Heim!) rückhaltlos einverstanden:

„Was Sie als Ziel der Bayerischen Volkspartei angegeben hatten, ein Kernpunkt für föderalistische Parteien in ganz Deutschland zu werden, unterschreibe ich voll und ganz. Ein Einsperren in den bayerischen Turm nützt nichts. Ich habe Abschrift Ihres Briefes an Herrn Professor Grauert, an Speck gesandt."

Der Abgeordnete Speck aber war der Vorsitzende der Bayerischen Volkspartei.

*

Heim im Kreuzverhör

In dem Prozeß „Bayer. Kurier" ./. „Neues Volk" vor dem Münchener Schöffengericht am 12. Dezember 1921 wurde Dr. Heim, der als Zeuge unter Eid aussagen mußte, von dem Anwalt der beklagten Zeitung im Einzelnen auch über Beziehungen zu Dr. Dorten und den rheinischen Separatisten ausgefragt.

Dieses Kreuzverhör ist so bezeichnend auch für die Versuche des „schlauen Fuchses", (wie ihn General de Metz genannt hat), zwischen den gelegten Fußangeln durchzuschlüpfen, daß wir einen Auszug daraus wiedergeben müssen. Zunächst erklärte Dr. Heim: „es sei furchtbar schwer, über diese Dinge öffentlich zu sprechen, und wenn er die Wahl habe, in schiefem Lichte zu stehen oder einen Schaden anzurichten, so wähle er das Erstere."*) Aber der Anwalt ließ nicht locker:

> Justizrat Meißner, der Vertreter des Beklagten, frug: „Haben Sie politisch mit Dr. Dorten und Graf Bothmer persönlich oder brieflich in Verbindung gestanden?"
>
> Auf diese Frage wurde Dr. Heim wild.
>
> Justizrat Meißner verbat sich eine Bemerkung Dr. Heims und sagte, er habe das Recht, diese Frage zu stellen, und Dr. Heim die Pflicht, darauf eine klare Antwort zu geben.
>
> Dr. Heim sagte darauf, er sei auch mit Kommunisten in Verbindung gestanden.
>
> Justizrat Meißner: „Das ist keine Antwort. Ich verlange eine klare Antwort, ob Sie mit Dr. Dorten und Graf Bothmer in direkter Verbindung standen."
>
> Dr. Heim bejahte darauf die Frage. Er sei einmal bei Dorten gewesen, habe ihm einmal einen politischen Brief geschrieben. Mit Bothmer habe er auch in Verbindung gestanden."

Dann gab er, in die Enge gedrängt, auch seine Beziehungen zu Kuhn, dem Herausgeber der Zeitschrift der „Bayerischen Königspartei" in Würzburg zu, dem er „aus früherer Freundschaft" das Manuskript einer Rede zum Abdruck gegeben habe.

*

Ein bayerisch-rheinischer Staatsvertrag?

Graf Bothmer war es, der die unmittelbaren Beziehungen von Dr. Heim mit den rheinischen Separatisten vermittelte. Er war es, der — um mit den Worten von Prälat Kaas zu sprechen — einen Patrouillenritt in das feindliche Gebiet unternahm. Und zwar schon im Jahre 1919.

In seinen Erinnerungen, die er Juli/August 1926 in seiner eigenen Zeitschrift in München „Die Wirklichkeit" veröffentlicht hat, erzählt er weitschweifig und selbstgefällig, wie eines Tages, Herbst 1919, bei ihm in München ein Abgesandter Dortens erschienen sei mit der Mitteilung, Dorten „wünsche die Beziehungen zu Bayern aufzunehmen" und bitte ihn, zu einer Aussprache nach Wiesbaden zu kommen. Die Einreiseerlaubnis, die damals sehr schwer zu erlangen war, werde für Bothmer schnellstens durch Dorten besorgt werden.

---

*) Auch hier wieder die gleiche Taktik, die Prälat Kaas, Oberbürgermeister Adenauer und F. Köhler (in seiner Entlastungsschrift: „Deutsches Zentrum — Deutscher Rhein", Trier 1932) anwenden. So erklärte Prälat Kaas in der Wählerversammlung der Zentrumspartei am 10. September 1930 in Trier:
„Ich glaube nicht, daß heute der Augenblick gekommen ist, um mit diesen Dingen endgültig abzurechnen. Der Kampf, der sich um diese Dinge dreht, hat erst begonnen. Ich stehe nicht an, zu erklären, im gegenwärtigen Augenblick mit Rücksicht auf gewisse staatliche Interessen nicht so offen und so rückhaltlos sprechen zu können, wie es an sich notwendig wäre, um diese elenden Verdächtigungen (separatistischer Betätigung) in den Winkel zurückzuweisen, in den sie gehören."

Der Graf fährt zum Rhein und findet in Wiesbaden „einen hochgebildeten, wohlerzogenen, äußerst klugen Mann vor, der sich Dr. Dorten nannte".

„Ich mußte feststellen", fährt er fort, „daß Dr. Dorten verschiedene Versuche gemacht hatte, sich mit Bayern in Verbindung zu setzen, weil es ihm für seine ganze Politik der Befreiung seines Heimatlandes vor der militärischen Besetzung darum zu tun war, keine Sonderstaatenbildung zu betreiben, sondern eine Reichsbewegung herbeizuführen, die sich konzentrisch gegen Preußen-Berlin richtet. Aus diesem Grunde hatte er auch bereits Fäden nach der bayerischen Rheinpfalz gesponnen und dort in dem klugen wittelsbachischen Legitimisten, Pfarrer Martin Walzer von Heltersberg, der merkwürdiger Weise gleichzeitig dem Reichsausschuß der Deutschen Zentrumspartei angehörte, einen Freund und Mitarbeiter gefunden".

„Dorten ist Republikaner. Es gab für ihn keine dynastische Tradition, an die man bei dieser Staatenbildung anknüpfen konnte. Dies hinderte ihn aber nicht zu erkennen, daß die föderalistische Bewegung für Bayern sich der Ausnützung des Legitimitätsprinzips bedienen konnte".

(Auch Graf Bothmer als kühler Diplomat hatte — in einem Brief an Dr. Schlittenbauer — schon September 1919 — erklärt: „Monarchie und Kronprinz Rupprecht sind für mich keine Fragen der Weltanschauung sondern der Zweckmäßigkeit". Für einen echten Zentrumspolitiker sind Kaiser und König eben nur Figuren auf dem Schachbrett. Und zuweilen der liebe Gott auch).

Mit der Angliederung der Rheinpfalz an die Kölner Machtsphäre der Rheinischen Republik war er nicht einverstanden. Die Pfalz sollte Bayern verbleiben.

„Um diesen Gedankenaustausch verbindlich zu machen und als die Grundlage für eine bayerisch-rheinische Politik festzuhalten, verdichtete ich sie in den Wiesbadener Punktationen vom 15. November 1919 zwischen Dorten und mir."

Diese, wie Bothmer sie nennt: „Wiesbadener Punktationen" hatte er schon 1920 in seiner Schrift „Bayern den Bayern" abgedruckt. Wir geben daraus den folgenden Auszug wieder:

„Die Wiederherstellung oder Neubildung eigener Souveränitäten" wird verlangt; es sollen aber „diese Loslösungsbestrebungen nicht zu einem völligen Beseitigen jeglicher Zusammengehörigkeit deutscher Staaten untereinander führen. . . . Darum ist unser Ziel einerseits die Beseitigung jeder Vormachtstellung einer einzelnen deutschen Landesregierung, im konkreten Fall die der preußischen Hegemonie, andererseits die Schaffung eines deutschen Staatenbundes auf föderalistischer Grundlage." Tatsächlich aber soll eine neue Vormachtstellung geschaffen werden:

„Unter der Führung Bayerns und der Rheinlande bilden sich vollkommen selbständige Regierungen, welche nicht durch eine neue, übergeordnete Reichsverfassung, sondern durch Staatsvertrag der Landesregierungen untereinander die Exekutive ihrer Hoheitsrechte auf dem Gebiete des Verkehrswesens, des Zollwesens, der äußeren Politik und ähnlicher Staatsfunktionen einer gemeinsamen Verwaltung übertragen, welche ungefähr die Form des

alten Bundesrates besitzt. Das Präsidium dieses Bundesrates als der repräsentativen Vertretung des deutschen Staatenbundes gegenüber dem Auslande wechselt ab unter den Mitgliedern des neuen Staatenbundes.

Eine einheitliche Steuergesetzgebung besteht nicht. Die finanziellen Lasten der neuen Regierungsgemeinschaft werden aus eigenen Einnahmen, wie Zöllen, Verkehrswesen bestritten . . .

Zur Beseitigung einer einseitigen Vormachtstellung eines der Mitglieder des deutschen Staatenbundes gehört auch die Angliederung der deutsch-österreichischen Landesteile an Bayern . . . München muß für alle südlichen wie südöstlichen Verbindungen der neue Mittelpunkt werden . . .

Die vollziehende Gewalt muß aus den Händen der jetzigen Reichsregierung genommen und vorhandenen oder neu zu bildenden einzelstaatlichen Regierungen übertragen werden . .

Dieser deutsche Staatenbund setzt sich aus völlig souveränen deutschen Einzelstaaten zusammen, welche nicht auf Grund einer gemeinsamen Reichsverfassung, sondern durch auf ewige Zeiten abzuschließende Staatsverträge eine beschränkte Zentralgewalt schaffen."

In seiner erwähnten Kampfschrift wendet sich Graf Bothmer empört gegen die Behauptung, zwischen Dorten und ihm sei ein rheinisch-bayerischer Staatsvertrag abgeschlossen worden. Er bezeichnet es als „eine der einfältigsten, böswilligen oder fahrlässigen Behauptungen." Der angebliche Staatsvertrag sei nichts anderes gewesen, als eben diese Wiesbadener Punktationen, die er sich von Dorten mit seiner Unterschrift versehen habe ausstellen lassen als „Richtlinien für den deutschen Föderalismus" und gleichzeitig als Rückendeckung für sich selber, da sie von Dorten die Verpflichtung enthalten hätten, daß er den Rheinstaat niemals als Pufferstaat, sondern als Gliedstaat eines föderativen Deutschen Reiches anstreben würde.

*

Der politische Adjutant Heims

Hatte Graf Bothmer diese Verhandlungen mit Dorten und sogar die schriftlich festgelegten Abmachungen über das zukünftige Verhältnis des neuen Rheinstaates zu Bayern — auch wenn man sie nicht als einen förmlichen Staatsvertrag ansehen will — in eigenem Namen und auf eigene Verantwortung durchgeführt? Und pflegte Dorten solche Verhandlungen und solche Abmachungen auch sonst mit Privatleuten, die ihn aufsuchten, zu tätigen?? Schon die Frage stellen, heißt sie verneinen.

Die Wiesbadener „Punktationen", die Bothmer abgeschlossen hat, waren Vereinbarungen, auf Grund deren nachweisbar kurz darauf die Zusammenarbeit von Dorten mit Dr. Heim und etwas später die offizielle Zusammenarbeit der Dorten'schen Christlichen Volkspartei mit der Bayerischen Volkspartei erfolgt ist. So dürfen wir wohl vermuten: die Einladung, zu deren Ueberbringung Dorten einen Vertrauensmann eigens nach München sandte, galt nicht der Person eines Privatmannes, auch wenn dieser ein hochgeborener Graf und dilettierender Politiker war, sondern sie galt dem einflußreichsten bayerischen Parteiführer Dr. Heim, der sich schon am 1. Dezember 1918 und am 19. Mai 1919 für eine Separationspolitik eingesetzt hatte, deren Ziele noch einige Meilen weitergesteckt waren, als selbst Dorten sie — wenigstens noch zu dieser Zeit — öffentlich zu vertreten wagte.

Diese Einladung aber hat der vorsichtige Geheimrat damit beantwortet, daß auch er zunächst einmal einen Vertrauensmann nach Wiesbaden geschickt hat: Graf Bothmer. Erst ein halbes Jahr später ist dann Heim ins Rheinland gefahren, um persönlich Fühlung mit Dorten zu nehmen. Und um sich gleichzeitig durch dessen Vermittlung mit dem Oberkommandierenden der französischen Besatzungsarmee in Mainz in Verbindung zu setzen.

Die ersten Briefe von Graf Bothmer an Dr. Heim, die wir kennen, sind erst von Januar/Februar 1920, aber aus Inhalt und Ton geht hervor, daß nicht nur eine persönliche und briefliche Verbindung zwischen den Beiden vorausgegangen sein muß, sondern daß auch eine Zusammenarbeit auf politischem Gebiete schon bestand, und zwar eine Zusammenarbeit, die gleiche Ziele und ein gegenseitiges volles Vertrauen voraussetzen läßt. Zu Beginn des Jahres 1920 waren Graf Bothmer und Dr. Heim schon aufeinander eingespielt.

Graf Bothmer schreibt dem Geheimrat am 5. Jan. nach Regensburg:

> „In dieser Woche erhalten Sie drei wichtige kurze Aufsätze, wie wir es nun vereinbart haben. Es hat mir sehr leid getan, durch eigene Reisen verhindert zu sein, mit Ihnen in Rosenheim zusammenzutreffen. Zu Ihrer Information lege ich Abschrift eines Briefwechsels zwischen Dr. Hopfen und mir bei. Hoffentlich sehen wir uns nun bald ..."

Wie eng das Vertrauensverhältnis zwischen beiden ist, zeigt der Brief, den Bothmer genau eine Woche später, am 12. Januar an Dr. Heim richtet:

> „Ich war die letzten Tage in Berchtesgaden und hatte dort sehr ernste Auseinandersetzungen über die politische Lage. Ich habe die Beobachtung machen müssen, daß man dort nicht allzuviel sicheren und gleich bleibenden politischen Instinkt hat und recht beeinflußbar ist. Insbesondere hat man dort in der letzten Zeit geschickt maskierte Einflüsterungen, die vom Norden kommen, mehr Aufmerksamkeit geschenkt, als notwendig war. Ich habe mich infolgedessen veranlaßt gesehen, den Inhalt meiner Auseinandersetzungen noch einmal in Form eines Memorandums dorthin gelangen zu lassen, und ich halte mich für verpflichtet, die Abschrift dieses Memorandums auch an Sie zu geben. Es scheint mir nach unserer jüngsten Begegnung für selbstverständlich, daß Sie im wesentlichen mit meinen Gedankengängen übereinstimmen. Sollte das nicht der Fall sein, so bitte ich um kurze Mitteilung, denn wir können nichts weniger brauchen, als daß nach außen hin irgendwelche Auffassungsverschiedenheiten in die Erscheinung treten. Die Solidarität aller, die an der von Ihnen geführten Bewegung mitzuarbeiten haben, muß peinlich gewahrt bleiben."

Die Persönlichkeit aber, mit welcher Graf Bothmer in Berchtesgaden diese „sehr ernsten Auseinandersetzungen" hatte, und an welche seine Denkschrift gerichtet war, ist niemand anderes gewesen als — Kronprinz Rupprecht von Bayern. In gleicher Weise wie es auch die Führer der Bayerischen Königspartei getan haben, versuchte auch Bothmer, ihn für eine aktive preußenfeindliche bayerische Politik einzuspannen. Bothmer ist aber auch hier ängstlich bemüht, sich Rückendeckung bei Dr. Heim zu verschaffen.

Das nächste Schreiben Bothmers vom 16. Januar meldet eine Nachricht, die auf Umwegen an den Kronprinzen gelangt sei: der Plan der Errichtung einer Donau-Konföderation scheint jetzt von österreichischen Kreisen aufgenommen zu werden. Auch hierbei wird an eine Vereinigung von Deutsch-Oesterreich mit Bayern gedacht, aber genau umgekehrt wie bei dem Plan von Dr. Heim: nicht Deutsch-Oesterreich soll zu Bayern, sondern Bayern zu Deutsch-Oesterreich geschlagen werden. Aber ohne Franken. Denn, so wie Heim für Großbayern auf Wien dankend verzichten wollte, so verzichtet jetzt das geplante Groß-Deutsch-Oesterreich auf Nürnberg! In Franken würde wie Graf Bothmer angibt „mit großen Mitteln gearbeitet, um dort für die Trennung von Bayern zu agitieren". Und etwas geheimnisvoll fügt er hinzu: „Wenn in Franken Geld arbeitet, ist es anderer Herkunft."

Tatsächlich hat ja, wie wir noch sehen werden, Habsburg in Wahrung der Belange seiner Hauspolitik die bayerischen Donaupläne auch später noch bekämpft...

Das erste uns bekannte Schreiben von Dr. Heim an Graf Bothmer ist vom 29. Januar 1920. Es ist die Antwort auf den Brief Bothmers vom 5. Januar. Dr. Heim wendet sich gegen die Behauptung, mit Juden und jüdischem Geld zu arbeiten, weist aber auch die Unterstellung zurück, Antisemit zu sein. Er erkundigt sich dann nach einem Generalstabshauptmann Mayr. Er teilt mit, er werde wohl am 2. und 3. Februar in München sein und würde sich freuen, sich einmal mit Bothmer in Ruhe aussprechen zu können.

Die Aussprache in München muß stattgefunden haben. Graf Bothmer schreibt am 4. Februar dem Geheimrat:

> „Sehr verehrter Herr Geheimrat!
>
> Ich komme also Samstag nachts nach Regensburg und wohne im Hotel Maximilian. Dorthin erbitte ich Nachricht, falls Sie mir noch etwas mitzuteilen haben. Wenn ich keine weitere Nachrichten erhalte, dann komme ich Sonntag nachmittag 2 Uhr zu Ihnen. Am Vormittag will ich dann geschäftliche Dinge erledigen.
>
> Sie fragen mich in Ihrem Brief über Generalstabshauptmann Mayr. Ich gebe Ihnen für ihn folgende Gebrauchsanweisung..... (es folgen Angaben über Mayr) ... Ich bitte, daß Sie ihn mit großer Vorsicht behandeln.*)
>
> Die Berichterstattung über den ersten Teil Ihres Referates betr. die äußere Politik ist vollkommen ungenügend. Ich halte es für sehr wichtig, daß diese ausgezeichnete Formulierung, die gerade in Frankreich sehr stark wirken muß, demnächst von Ihnen im „Bayer. Kurier" gebracht wird.
>
> Auf Wiedersehen am Sonntag, Ihr (gez.) Graf Bothmer".

Es folgen weitere Briefe von Heim vom 17. und 21. Februar und eine Antwort von Bothmer vom 20. Februar. Sie betreffen Auskünfte über einzelne bayerische politische Persönlichkeiten. Wichtiger ist ein Schreiben Bothmers vom 5. März. Der Graf berichtet über den begeisterten Beifall, den ein politischer Vortrag von ihm in München gefunden hat und zieht daraus den Schluß: „Es wäre uns, bei einer geschickten Parteiführung, ein

---

*) Dr. Heim muß den Rat nicht befolgt haben, denn, wie wir sehen werden, war dieser Generalstabshauptmann Mayr später in der Lage, ein Dr. Heim schwer belastendes Schriftstück, das sogenannte „Protokoll Kastner" zu veröffentlichen.

Leichtes, die ganze Intelligenz der Großstadt an uns zu fesseln". Es kommt dann eine Stelle, die wieder bezeichnend ist für das enge politische Verhältnis zwischen Bothmer und Heim:

> „. . . . im gegnerischen Lager verfällt man auf folgende Taktik: Es werden falsche Formulierungen dessen gebracht, was Bothmer sagt oder schreibt, und dann wird er als aufdringliches Anhängsel oder als Sprachrohr oder sonst etwas von Dr. Heim bezeichnet, damit man den Dr. Heim womöglich zwingt, öffentlich von Bothmer abzurücken und so dann einen Menschen zu verlieren, der in der großen Stadt der gefährlichste Verfechter der Heim'schen Staatsziele ist.
>
> Ich gehe meinen Weg ruhig weiter und halte es für meine Aufgabe, in erster Linie in den Städten in unserem Sinne zu arbeiten und zu verhindern, daß die gegnerischen Kreise innerhalb unserer eigenen Partei eine feste Position in den Städten haben."

Ueberall, vor den Studenten, in den Bezirksvereinen, spricht Bothmer, wie er mitteilt, über „bayerische Politik", d. h. über „Heim'sche Politik." Dafür erwartet er aber auch zuverlässig, daß Heim seinerseits ihn und seine Anhänger nicht im Stiche lassen wird:

> „Ich fahre jedem über's Maul, der sich mit Ihrer Person unsachlich auseinandersetzt. Die Befürchtungen und die Sorge aber, Sie könnten nicht die Erwartungen erfüllen, die man in ganz Bayern auf Sie setzt, wollen nicht verstummen. Es gibt solche, die es ehrlich meinen, und es gibt solche, die mit einer geheimen Freude ihre Entrüstung und ihr Bedauern über Ihre Zurückhaltung verbinden. Der heutige Zustand der Partei ist ein unmöglicher. In Regensburg sitzt der eigentliche Führer; sitzt der, der in den Augen des Volkes der Erwählte ist."

Bothmer verlangt von Heim ein rücksichtsloses Vorgehen gegen den Vorstand und die Landtagsfraktion der Partei. Wenn nötig: „Leb wohl, Bayerische Volkspartei!"

In seinem nächsten Brief (d. h. dem nächsten, den wir kennen) vom 25. März 1920 berichtet Graf Bothmer dem Geheimrat schon ausführlich über die rührige Vermittlertätigkeit, die er mit Wissen, nein: augenscheinlich im Auftrage von ihm, auf einem neuen Patrouillenritt im Rheinland ausgeübt hat.

Das Schreiben ist einer der wichtigsten Belege für die politische Zusammenarbeit von Graf Bothmer und Dr. Heim. Zugleich zeigt es, daß auch schon unmittelbare Beziehungen von Bothmer zu Dr. Held, dem späteren bayerischen Ministerpräsidenten, und zu Dr. Speck, dem gewählten Vorsitzenden der Bayerischen Volkspartei bestanden haben.

Zu Gunsten einer einheitlichen Zentrumspolitik fand sich die Partei in Bayern sogar zu Gebietsabtretungen bereit: die Pfalz sollte ein Teil des neuen Rheinstaates werden.

Schon über ein Jahr vorher, am 19. März 1919, hatte die „Pfälzer Zeitung" festgestellt: **„Die Organe der Bayerischen Volkspartei führen eine sehr aktive Campagne für eine Rheinische Republik."**

War Dr. Heim einverstanden? Er soll persönlich nach der Aufzeichnung eines Gastwirts Tisch in Grünstadt vom 8. Januar 1924, die in der Verhandlung des Beleidigungsprozesses Dr. Heim ./. Förster zu Grünstadt dem Gericht am 25. November 1931 in Urschrift vorgelegt wurde,

sich sogar noch zur Zeit der Pfälzer Revolver-Republik zu der Auffassung bekannt haben, die Rheinpfalz sei Heiratsgut der Wittelsbacher. „Nachdem wir diese verjagt haben, ist sie für Bayern ein lästiges Anhängsel." Die Pfalz könne die reichste Provinz durch Ausdehnung bis Mainz und bis zur Schweizer Grenze werden. Bei Anlehnung an Berlin habe man alle Steuerlasten zu tragen; **bei Anlehnung an Paris erhalte man dagegen die französische Währung und keine Kriegstribute.**

Ein zweiter Zeuge, Bauernführer Hamm, sagte aus, Dr. Sand (der zusammen mit dem Separatistenführer Heinz-Orbis am 9. Januar 1924 im Gasthof Schwan zu Landau erschossen wurde) habe einmal in einer Versammlung der Bauernschaft zu Zweibrücken behauptet, durch Vermittlung des Pfarrers Walzer den Geheimrat Dr. Heim 1919 in Regensburg besucht zu haben. Sand sei von Regensburg mit dem Angebot Dr. Heims zurückgekommen, er wolle der Bauernschaft 5 Millionen Mark zukommen lassen unter der Voraussetzung, daß sie den Kampf gegen den Christlichen Bauernbund in Trier einstellte. Man solle die Organisation auf Baden und Württemberg ausdehnen, um zwischen dem Rheinland und Bayern eine Brücke sicherzustellen.

*

Das Zentrum – Führer der pfälzischen Landesverräter

Der Anwalt von Dr. Heim hat in dem Termin die Wahrheit dieser Behauptungen entrüstet bestritten. Wer hat Recht? Die Zeugen sind tot. Wir können nur feststellen, daß die Angaben nicht im Widerspruch stehen zu der sonstigen Stellungnahme von Dr. Heim, und daß im übrigen Dr. Heim, sogar als Zeuge unter Eid, mit der Ableugnung von Behauptungen schnell bei der Hand war, auch wenn es um nachweisbare Tatsachen ging.

Auf jeden Fall können wir feststellen: die ersten Führer im Kampfe um die Freie Pfalz waren die Abgeordneten **Hofmann** und **Richter.** Beide Mitglieder des bayerischen Zentrums. Beide sind in einer von dem französischen Kapitän Meyer am 22. Februar 1919 in den Gasthof „Zum Schwan" in Landau einberufenen Notablen-Versammlung offen für die Gründung eines selbständigen Pfalzstaates eingetreten. Paul Jacquot, der Major im Generalstab der französischen VIII. Armee, hat in seinem bekannten Werk über General Gérard und die Pfalz Einzelheiten darüber berichtet. Wir können aber auch aus dem vorliegenden Stenogramm der bei dieser Versammlung gehaltenen Reden einige Stellen im Wortlaut herausheben:

> **Abg. Hofmann: . . . Menschlich, volksrechtlich fühlen wir mit den Franzosen und den Belgiern . . .** In Anwesenheit des Vertreters der französischen Armee wage ich das unverblümt auszusprechen. Wir waren in der Pfalz niemals preußisch, militaristisch gesinnt. Wir sind uns heute mehr denn je bewußt, daß es die vortrefflichste und dringendste Aufgabe eines Kulturvolkes ist, den Krieg zu verhüten. Was heißt es, sich autonom zu erklären? Wir sind uns bewußt, damit einen Denkstein gesetzt zu haben, wenn unsere Idee Wirklichkeit wird, gegen jede Möglichkeit zu einem solchen Wettkampf Gelegenheit zu geben . . . Wenn wir erreichen unter dem Schutz der Mächte, die aus dem Weltkrieg als Sieger hervorgegangen sind, daß uns der Begriff der Heimat zurückgegeben ist, dann sind wir heute einig als Leute, die es mit den

Pfälzern und dem deutschen Empfinden im Linksrheinischen gut gemeint haben. Wir wollen keinen Krieg, wir wollen kein Preußentum ... Herr Kapitän, Handschlag und Ehrenwort! Wenn von der Friedenskonferenz die Antwort gegeben wird: Ihr Pfälzer seid ein selbständiges Volk, leitet es, wie es Euch gut dünkt, dann werden wir Ihnen Dank wissen und die Schritte weitergehen, die uns zum Wohl und auch für Sie erstrebenswerte Ziele bedeuten ...

Von der Versammlung wurde dann eine von dem Abg. Hofmann verfaßte Entschließung folgenden Wortlauts angenommen:

„In weiten Kreisen der pfälzischen Bevölkerung besteht der Wunsch nach Errichtung einer autonomen Republik Pfalz. Die Vertreter dieses Gedankens sind sich darüber einig, daß die Verwirklichung dieser Idee nur im Einklang mit der Friedenskonferenz erfolgen kann. Gestützt auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker richten sie an den Herrn Oberkommandierenden der Besatzungstruppen der Pfalz, Herrn General Gérard, die Bitte, diesen Wunsch der Friedenskonferenz weiterleiten zu wollen. Von dem Bescheid der Friedenskonferenz wird es abhängen, in welcher Weise an die Verwirklichung dieses Gedankens herangetreten werden kann."

„Eine Abschrift dieses geschichtlichen Dokumentes", schreibt Jacquot, „wurde von einem höheren Offizier dem Marschall Foch unterbreitet, welcher antworten ließ: „In kurzem könnten die Pfälzer frei und offen sprechen und Garantien würden ihnen gegeben, damit sie handeln könnten, **ohne die Wiederkehr der deutschen Behörden fürchten zu müssen."**

Um diese Antwort von Marschall Foch zu verstehen und in ihrer Bedeutung zu würdigen, müssen wir noch erwähnen, daß nach der Notablen-Versammlung noch eine geheime Aussprache stattgefunden hatte, an der von französischer Seite Kapitän Meyer und ein Senator Couyba aus Paris und auf deutscher Seite die beiden Zentrumsabgeordneten Hofmann und Richter teilnahmen. Auch über diese Unterredung besitzen wir einen Bericht:

„Man besprach alle Einzelheiten der einzuleitenden Volksabstimmung, wobei der Zentrumsabgeordnete Richter erklärte, daß die Bezirke Kandel, Bergzabern, Dahn, Germersheim und Landau **durch und durch französisch gesinnt seien** und bei der Abstimmung die **ganze Südpfalz** sich für Elsaß-Lothringen und damit **für Frankreich** entscheiden werde."

Hofmann bekundete die **gleiche Ansicht,** nur müsse die Bevölkerung von dem Druck alldeutscher Beamten zuerst befreit werden, damit sie unbeeinflußt ihr Geschick selbst in die Hand nehmen könne.

Kapitän Meyer erwähnte die eingeleiteten Verhandlungen in Paris zwecks Einverleibung der Pfalz zu Frankreich. Diesen Plan unterstütze besonders General Foch, während Clemenceau durch General Gérard dahingehend beeinflußt worden sei, nur für einen von Preußen und Bayern losgelösten Pfalzstaat einzutreten.

Senator Couyba hält den von Foch vertretenen Plan einer Französierung der Pfalz ‚zunächst' für undurchführbar und wünscht nur ein wirtschaftliches Bündnis mit dem linken Rheingebiet.

Hierauf erklärte Abg. Hofmann wörtlich: **„Wir werden uns auf die Seite schlagen, wo es uns am besten geht."**

Es war offener, schamloser Landesverrat.

Und der Abgeordnete Richter? April 1919 befand sich die Aktion für die Pfälzische Republik auf ihrem Höhepunkt. Generalstabsmajor Jacquot berichtet in seinem Werk von einem Schriftstück, das ihm zu dieser Zeit zugegangen sei. Es hieß darin: Es möge durch Funkspruch

bei Herrn General angefragt werden: wann? **„Die Frucht ist reif. Am besten sofort!** Es ist eine Schande, noch weiter abzuwarten!“

Jacquot nennt auch den Verfasser dieses Schriftstückes und das Datum:

Der Zentrumsabgeordnete Richter hat die Aufforderung am 7. April 1919 an Major Jacquot gerichtet.

Aber es hat den ehrenwerten Abgeordneten nicht geschadet. Es hat Hofmann nicht einmal verhindert, im Mai 1926 in Wien „in tiefgefühlten Worten von pfälzischem Leid und rheinischer Nibelungentreue“ zu sprechen.

Der ehrenwerte Abgeordnete Hofmann durfte aber auch mit Recht den Kopf hoch tragen.

Der Reichsparteivorstand des Deutschen Zentrums und am zweitnächsten Tage auch die Reichstagsfraktion hatten auf dem Erfurter Parteitag 1926 einstimmig eine Entschließung angenommen, worin der gegen den Abgeordneten Hofmann erhobene Vorwurf des Landesverrates **„mit Entrüstung zurückgewiesen“** und der Abgeordnete Hofmann **„ihres ungeschmälerten Vertrauens“** versichert wurde.*)

*

Ueber die spätere Einstellung der Zentrumspartei in der Pfalz (Bayerische Volkspartei) hat ein Fraktionsmitglied, der Abgeordnete Hofrat Dr. Jaeger-Speyer, in Nr. 14 der „Rheinischen Warte“ vom 21. Februar 1920 folgende Mitteilungen gemacht, welche die geheime Wühlarbeit von ihm und seinen Kollegen aufdecken:

---

*) Auch F. Köhler in seiner Schrift „Deutsches Zentrum — Deutscher Rhein“ (Köln 1932) versucht Hofmann reinzuwaschen und behauptet, der Zentrumsabgeordnete hätte die Franzosen nur aushorchen wollen. Demgegenüber sei hingewiesen auf die Feststellung in dem Urteil des Amtsgerichts zu Duisburg (14 G 59/32) in dem Separatistenprozeß Haberer — Graf Schwerin. Auch Haberer, Schriftleiter eines Zentrumsblattes, war Teilnehmer an der Notablen-Versammlung in Landau gewesen, und wehrte sich gegen den ihm vom Graf Schwerin gemachten Vorwurf des Landesverrates. Seine Klage aber wurde abgewiesen. In der Begründung heißt es:

„Was den Tatbestand des Landesverrats angeht, so hat der Antraggegner mit Recht dargelegt, daß der Umstand, daß zur Zeit des Beginnens der Losreißungsbestrebungen der Pfalz von dem bayerischen Staatsgebiet der Waffenstillstand abgeschlossen war, die Anwendbarkeit des § 89 St.G.B. nicht ausschließt . . . Da der Friedensvertrag von Versailles am 28. Juni 1919 unterzeichnet worden ist, befand sich Deutschland in dem Zeitpunkt der Notablen-Versammlung noch im Kriege mit den ehemaligen Feindstaaten. Die Ausführungen des Antragstellers, er habe lediglich eine Loslösung der Pfalz innerhalb des deutschen Reichsgebietes erstrebt, widersprechen zunächst dem Inhalt der Entschließung, in der von einer autonomen Republik gesprochen wird, und sind auch mit dem zur Durchführung des Planes gewählten Weg, sich unter Umgehung aller Reichs- und Landesbehörden durch den Oberkommandierenden der französischen Besatzungstruppen an die in Paris tagende Friedenskonferenz zu wenden, nicht in Einklang zu bringen.“

„Ein ‚privater Meinungsaustausch' (pfälzischer Abgeordnete der Bayerischen Volkspartei) fand am 17. Juli 1919 statt. Bei dieser Gelegenheit erklärte Justizrat Dr. Wadlinger aus Kaiserslautern, der Abgeordnete Justizrat Neumayer-Kaiserslautern sei ebenfalls für die Rheinische Republik. Ein anderer Herr fügte dem bei, auch der Abgeordnete Becker-Zweibrücken habe die gleiche Gesinnung. Das war für mich ausschlaggebend, denn jetzt glaubte ich, nicht bloß die 8 Stimmen der Bayerischen Volkspartei, sondern auch die 4 der Deutschen Volkspartei hinter mir zu haben — entsprechend meiner Auffassung, daß die Bayerische Volkspartei allein das Wagnis nicht unternehmen könne, weil sie sicher überstimmt würde und damit der Zweck vereitelt sei. Bei einer Gesamtzahl der pfälzischen Abgeordneten von 24 Stimmen konnte man mit 12 Stimmen einen Vorstoß wagen, denn da doch immer einige Abgeordnete fehlen, war die Möglichkeit einer Mehrheit gegeben. Unter dieser Voraussetzung nahm ich die Vereinbarung an. Es war ein Fehler von mir, diese Voraussetzung und Bedingung nicht bei jenem ‚privaten Meinungsaustausch' den Herren kundzugeben. Ich unterließ es, weil sonst meine Worte leicht als Zweifel an der Wahrheitsliebe jener beiden Herren hätten erscheinen können. Die Vereinbarung selbst lautete:

‚Die Wählerschaft der Bayerischen Volkspartei (Zentrum) in der Pfalz ist für die baldige Errichtung der Rheinischen Republik von deren Südgrenze der Pfalz bis Kleve als Gliedstaat des Deutschen Reiches und verlangt eine möglichst baldige Volksabstimmung hierüber unter Leitung eines Reichskommissars' . . ."

Da die Deutsche Volkspartei nicht mitmachen wollte, zog Hofrat Dr. Jaeger den Antrag zurück. Es wurde dann nach längerer Aussprache unter seinem Vorsitz eine Entschließung angenommen, worin die Werbung für ein Großhessen mit Einschluß der Pfalz (wofür der sozialdemokratische hessische Ministerpräsident Ullrich damals lebhaft wirkte) abgelehnt und ‚für eine Aufrechterhaltung der Verbindung der Pfalz mit Bayern' eingetreten wurde."

*

Prälat Walzer

Wir haben schon darauf hingewiesen, daß eine unmittelbare oder mittelbare Verständigung über die Durchführung der überall gleichzeitig verkündeten Zentrumspläne zur Aufteilung des Deutschen Reiches schon November 1918, vielleicht sogar schon früher, zwischen den Führern im Rheinland und denen in Bayern zu vermuten ist. Die Gleichartigkeit des Vorgehens und seiner Begründung läßt darauf schließen. Mitte Mai 1919 scheint auch schon die erste persönliche Aussprache von Dr. Heim mit Separatisten in Wiesbaden stattgefunden zu haben, ebenso wie mit dortigen Offizieren der französischen Besatzungsbehörden.

Eine unmittelbare Zusammenarbeit von Dr. Heim mit den rheinischen Separatisten ist erst für das Jahr 1920 nachzuweisen.

Anders dagegen in der bayerischen Pfalz.

Für die Pfalz haben wir die Verbindung von dortigen Abgeordneten der Bayerischen Volkspartei mit Dorten und seinem Kreis schon für 1919 festgestellt. Der Name des Prälaten Walzer ist als Gewährsmann für den Abgeordneten Hofrat Dr. Jaeger-Speyer bereits erwähnt worden. Ebenso die „Wadlinger Gruppe" der Bayerischen Volkspartei. Sie bildete in der Partei den Sammelpunkt für die Sonderbündler.

In der Oeffentlichkeit hervorgetreten sind die Herrschaften allerdings kaum. Abgesehen von ihren schon genannten Fraktionskollegen Hofmann und Richter. Aber sie spannen die Fäden, knüpften sie und hielten sie in der Hand.

Einen Einblick in die im Stillen wirkenden Kräfte der spinnenden Parzen gewährte eine Gerichtsverhandlung in Ludwigshafen. Zwei nationalsozialistische Schriftleiter Dr. Engelram und Hünerfauth hatten dem Prälaten Walzer u. a. vorgeworfen, er habe 1919 als Mitglied der Wadlinger Gruppe, die damals die Gründung einer Rheinischen Republik betrieb, auch mit Dorten in Verbindung gestanden.

Selbstverständlich wurden die Beschuldigten verurteilt. In gleicher Weise wie alle, die ähnliche Vorwürfe gegen die Münchener Parteipäpste Dr. Heim und Dr. Held erhoben hatten. (Es gab noch Richter in Bayern). Aber auch diese Prozeßakten sind für uns von Wert wegen der Aussagen, die Prälat Walzer bei der Verhandlung am 17. März 1932 als Zeuge unter Eid gemacht hat. Zunächst erklärte er, niemals irgendwelche Beziehungen zu Separatisten gehabt zu haben. Seine Verbindung mit Dorten habe sich segensreich für die deutsche Politik und die Pfalz ausgewirkt, und er habe sie nur zu diesem Zweck aufrecht erhalten. Seine Tätigkeit in der Wadlinger Gruppe 1919 sei so zu erklären, daß man damals der verzweifelt unsicher gewordenen pfälzischen Bevölkerung angesichts der Münchener Räterepublik einen neuen nationalen Mittelpunkt geben wollte: — Köln.

Daß Prälat Walzer den Herrn Dorten auch nach dessen Ausrufung der Rheinischen Republik vom 1. Juni 1919 zu Wiesbaden und nach dem deswegen gegen Dorten von dem Reichsanwalt in Leipzig wegen Hochverrates erlassenen Haftbefehls nicht zu den „Separatisten" rechnete, hat Walzer, gleichfalls als Zeuge unter Eid, in dem Beleidigungsprozeß Dr. Heim ./. Förster vor dem Gericht zu Grünstadt am 26. November 1931 nochmals ausdrücklich bestätigt: mit Dorten und Klingelschmitt sei er allerdings zusammen gewesen, aber „ehe diese eigentliche Sonderbündler wurden; also vor Mai oder Juni 1920."

Wir sehen: auch in der Verteidigung befolgen die Herrschaften die gleiche Taktik: kann man die aus dem Sack gelassene Katze nicht mehr einfangen, so behauptet man, es sei überhaupt keine Katze, sondern ein zahmes Karnickel gewesen.

*

Eine Entgleisung in die Wahrheit

Gesprochene Worte verfliegen. Man kann sie ableugnen. Und beeidigten Zeugenaussagen gegenüber kann man sagen, man sei mißverstanden worden.

Nur bei dem gedruckten Wort geht es nicht. Es steht nun einmal da. Schwarz auf weiß. Unverwischbar. Kein Buchstabe kann nachträglich verschoben werden. Das gedruckte Wort legt Zeugnis ab auch nach hundert und hundert Jahren.

Die Presse der Partei hat nicht immer daran gedacht.

Und so lesen wir in einem Aufsatz, vom 15. März 1919:

„Es ist ein Unsinn, zu betonen, die kommende Rheinische Republik müsse unter allen Umständen im Reichsverband bleiben. An dem rheinischen Freistaat ist der Verband, vor allem Frankreich, in gleicher Weise interessiert wie das Deutsche Reich.“

Es war ein Pfälzer Zentrumsblatt, welches diese Worte geschrieben hat.

Das „Rheinische Volksblatt“ in Speyer.

*

Am Rhein wird bayerische Politik gemacht

Gegenüber den Vorwürfen, die R. Werner in seiner Schrift „Dorten & Co.“ gegen Graf Bothmer erhebt, er hätte sich bei seinen Unterhandlungen im Rheinland unbefugt die Stellung eines bevollmächtigten Vertreters von Dr. Heim und der Bayerischen Volkspartei angemaßt, muß, auch wenn Heim und die Partei diese Behauptung später öffentlich wiederholt haben, auf die vorliegenden urkundlichen Beweise für die Richtigkeit der Angaben Bothmers verwiesen werden.

Schon aus den ersten Briefen, die er an Dr. Heim und Dr. Schlittenbauer gerichtet hat, erkennen wir, daß er keine eigene Politik getrieben hat. Er betrachtetet sich, auch ohne ein förmliches Mandat von ihrem Vorstand erhalten zu haben, als den bevollmächtigten Vertreter der Bayerischen Volkspartei. Als solcher trat er im Rheinland auf. Als solcher verhandelte er. Und mit Recht. Denn hinter ihm stand der eigentliche Führer, Dr. Heim, der in gleicher Weise wie er die „sinnlose Politik“ der Landtagsfraktion bekämpfte. Und hinter dem tatsächlich die Wählermassen standen.

Daß Graf Bothmer aber nur im Auftrage von Dr. Heim gehandelt hat, zeigen schon seine ausführlichen schriftlichen Berichte, die er ihm über alle seine Unterhandlungen und Maßnahmen schickt. Zu diesen schriftlichen Berichten kamen aber auch mündliche. Ueber ganz vertrauliche Fragen unterrichtet er den Chef stets persönlich: „Ueber gewisse Unterredungen“ schreibt er ihm beispielsweise am 25. März 1920, „will ich Ihnen nur mündlich Mitteilung machen.“

So ist denn Graf Bothmer wie dies auch Dr. Klingelschmitt, der damalige Vertraute von Dr. Dorten bestätigt, in der ersten Jahreshälfte 1920 dauernd unterwegs zwischen dem Rheinland und Bayern; kommt zuweilen nur zu dem Zweck einer Aussprache mit Heim für einen Tag nach Regensburg oder München und fährt sofort wieder nach Wiesbaden, Mainz und Köln zurück.

Neben Graf Bothmer sind aber auch noch andere Agenten für Dr. Heim tätig. So der Prinz Leopold von Isenburg, Sohn einer österreichischen Erzherzogin und Gatte einer Prinzessin von Weimar. Er war auch der Verbindungsmann von Dorten, Bothmer und Heim zu den Hessen, von deren Regierung er nach seiner eigenen Behauptung gleichfalls mit Verhandlungen mit den Franzosen beauftragt war.

Wie eng die Beziehungen zwischen Dr. Heim und Dr. Dorten schon waren, geht daraus hervor, daß im Auftrage von Dorten schon vor Mai 1920 nicht nur Dr. Ritter und Prinz Isenburg, sondern auch der „Ministerpräsident der Rheinischen Republik“, Dr. Liebing, mit Heim verhandelt hat und zu diesem Zweck nach Regensburg gekommen ist.

Bis zu welchem Grade die Betätigung von Heim, Bothmer, Prinz Isenburg und Dorten schon zu Beginn des Frühjahrs 1920 aufeinander abgestimmt war und sich ergänzte, zeigt der Schluß eines Berichtes von Bothmer an Heim vom 21. April:

> „Als weitere Beilage gebe ich Ihnen einen Brief des Prinzen Isenburg in Darmstadt und die Abschrift eines Memorandums, das dieser mit der Abschrift Ihres Briefes an mich nach Mainz weitergegeben hat. — Sie können, verehrter Herr Geheimrat, daraus ersehen, wie ruhig, sachlich und nach einem einheitlichen Prinzip arbeitend, schon meine Mittelsmänner gedrillt sind.“

Kann man hiernach noch im Ernst behaupten, Bothmer habe ohne Einwilligung von Heim gehandelt? Nein.

Graf Bothmer wie Prinz Isenburg arbeiten ziemlich selbständig. Immer aber erkennen sie die Führung von Heim an, erbitten seine Zustimmung zu ihren Schritten, erbitten seinen Rat.

Auch Dorten unterwirft sich freiwillig dieser Führung. Hatte er selber doch schon im Vorjahre 1919 die Verbindung mit Dr. Heim gesucht. Dorten ist überzeugt, daß in der Separationsbewegung **„Bayern den Anstoß zu allem geben muß“.** Sogar noch nach seinem Bruch mit Dr. Heim, in einer zweiten vertraulichen Denkschrift, die er September an seinen Freund General Mangin in Paris richtet, bestätigt er dies und fügt hinzu, **daß „hier das Verhalten von Dr. Heim die ausschlaggebende Rolle spielt.“** Er empfiehlt den Franzosen daher, sich seiner Hilfe zu versichern.

So finden wir denn auch schon 2 Monate, bevor Dorten und Heim sich persönlich in Köln kennen lernen, die rheinische Bewegung Dortens auch in ihrer Organisation unter der Kontrolle des bayerischen Führers in Regensburg.

Dr. Heim hatte zu dieser Zeit alle Hoffnungen auf den rheinischen Separatismus gesetzt.

Am Rhein sollte die Aktion vorbereitet und schrittweise weitergeführt werden, die er in Bayern öffentlich erst fordern konnte, wenn die Reichstagswahlen, Juni 1920, ihm die erhoffte Machtstellung verschafft haben würden. **Bis dahin wurde im Rheinland bayerische Politik gemacht. Nämlich bayerische Zentrumspolitik.**

Daher der geheimnisvolle Verkehr zwischen Rhein und Donau. Daher die Briefe, Berichte und Denkschriften. Die Agenten und Kuriere. Die Reisen von Graf Bothmer und Prinz Isenburg; die Sitzungen in Wiesbaden und Köln; die Aussprachen in Regensburg und München.

Daher aber auch die Anknüpfung unmittelbarer Verhandlungen mit den französischen Behörden.

Und zwar nicht nur am Rhein.

Bothmer – Heims Wegbereiter zu den Franzosen

Die Anknüpfung von Beziehungen zu den Franzosen war schon 1919 ein Hauptzweck der Reisen Bothmers zum Rheinland gewesen. Er gesteht es in seinen Erinnerungen selber zu. Nach Schilderung seiner Verhandlungen mit Dr. Dorten, die am 15. November 1919 zur Festlegung der „Wiesbadener Punktationen" als Richtlinien einer gemeinsamen rheinisch-bayerischen Politik geführt hatten, schreibt er:

> „Neben dieser innerpolitischen Verständigung und Festlegung bemühte ich mich, Einblick zu bekommen in die außenpolitischen Beziehungen und Verbindungen Dr. Dortens. Ich verlangte von ihm sofort die Vermittlung von Pourparlers mit der hohen Kommission in Koblenz.
>
> Ich konnte damals feststellen, daß im Gebiete der interalliierten Kommission das Vertrauen auf die Durchführbarkeit einer Erfüllungspolitik auf der Rechtsgrundlage des Weimarer Vertrages sehr fadenscheinig war, und daß man unter der Einwirkung der bolschewistischen Gefahr und der Entwicklung Deutschlands zu einem militarisme rouge geneigt war, dem antirevolutionären Deutschland alle Zugeständnisse zu machen, um sich zu einem gleichberechtigten, verhandlungsfähigen Faktor im Rahmen einer allgemeinen europäischen Politik zu formen.
>
> Mit diesem Ergebnis meiner ersten Rheinlandreisen in der Zeit zwischen Oktober und Weihnachten 1919 konnten wir sehr zufrieden sein."

Diese Besprechung von Graf Bothmer mit den Franzosen am Rhein, nämlich mit dem Oberkommandierenden General Degoutte in Mainz, werden aber auch noch Februar und März 1920 von ihm weitergeführt:

„Meine diplomatische Tätigkeit", fährt Bothmer fort, „erstreckte sich lediglich auf Pourparlers, **die die Vorbereitungen zu Verhandlungen Dr. Heims mit verantwortlichen Regierungspersönlichkeiten Frankreichs bilden sollten.**"

Es war eine Maßnahme „zur Durchführung des politischen Generalplanes" von Dr. Heim.

Daneben aber kümmerte sich Bothmer um eine vollkommene Neuorganisierung der rheinischen Separatistenbewegung.

*

Die Christliche Volkspartei

Am 22. Januar 1920 war in Boppard, nach längeren voraufgegangenen Verhandlungen in Köln, die „Rheinische Volksvereinigung" gegründet worden. Satzungsentwurf und Aufruf hatte Dorten verfaßt. Er gehörte auch dem Vorstand an.

Bei dieser Gründung scheint Bothmer nicht zugegen gewesen zu sein. Wohl aber erscheint er am 16. März 1920 in Begleitung von Dorten in einer Vorstandssitzung der Vereinigung, um — nach dem Bericht von R. Werner — als „offizieller Vertreter der Bayerischen Volkspartei" daran teilzunehmen:

> „Bothmer gab eine programmatische Erklärung von sich und setzte die Bedingungen fest, unter denen die Kartellierung der in eine Rheinische Volkspartei umzuwandelnde Rheinische Volksvereinigung mit der Bayerischen Volksvereinigung erfolgen könne."

Ob die Angaben von Werner stimmen? Graf Bothmer selber stellt in seinen Erinnerungen den Verlauf etwas anders dar:

„Die innerpolitische Tätigkeit im besetzten Gebiet und in Verbindung mit Bayern nahm folgenden Verlauf. **Die Bayerische Volkspartei war** durch meine Rechenschaftsberichte, die ich in der sogenannten Akademikervereinigung fortlaufend gab, **stets im Bilde gehalten.** Nach dem Charakter der führenden Persönlichkeiten und bei der Art, wie Dr. Heim bemüht war, Schwierigkeiten aus dem Wege zu gehen und maßgebende Faktoren vor vollendete Tatsachen zu stellen, war es nicht möglich, zu meiner Deckung ein offizielles Mandat zu erhalten. Daher ließ ich mir ein solches Mandat von der Rheinischen Volksvereinigung geben, welche in einer Sitzung vom 16. März 1920, unter der Leitung ihres ersten Vorsitzenden, des schon wiederholt genannten Oberpfarrers Kastert zu Köln, einstimmig folgenden Beschluß faßte: „Die Vorstandschaft der Rheinischen Volksvereinigung beschließt heute einstimmig, unter vorbehaltloser Zustimmung zu den Erklärungen des Herrn Grafen von Bothmer, München, die Koalition mit der Bayerischen Volkspartei durchzuführen und ermächtigt Herrn Grafen Bothmer, alle zur Durchführung dieser Vereinigung notwendigen Schritte zu unternehmen.

Dieser Beschluß wurde von mir offiziell dem Präsidenten der Bayerischen Volkspartei mitgeteilt. Auf Grund dieser Vollmacht **begann ich** mit der Organisierung und Gründung der **Christlichen Volkspartei** des Rheinlandes, **ließ** Dr. **Dorten in den Hintergrund treten** und stampfte so eine Wahlbewegung innerhalb weniger Wochen aus dem Boden, mit welcher die Bayerische Volkspartei unter Zuhilfenahme meiner Person ein Wahlbündnis schloß und die gemeinsame Reichswahlliste der Christlich-föderalistischen Landesparteien aufstellte."

Tatsächlich war, wieder nach den Angaben von R. Werner, die Gründung der neuen Christlichen Volkspartei (am 30. April 1920) durch den Kölner Kreis der Rheinischen Volksvereinigung erfolgt. In der vorbereitenden Gründungsversammlung, die am 28. April in Köln stattfindet, erscheint gleichfalls wieder Graf Bothmer und stellt „weitgehende finanzielle Beihilfe seitens der Bayerischen Volkspartei" für den Wahlkampf in Aussicht.

Auf die Frage der Finanzierung der Wahl in den Rheinlanden kommen wir noch zurück. Daß im übrigen die Gründung der Christlichen Volkspartei gerade zu dieser Zeit, in dieser Form und in dieser Zusammensetzung erfolgte, ist zweifellos Bothmer zu verdanken. Und hatte seinen ganz bestimmten Zweck. Bothmer hat hierüber am 4. Mai an Dr. Heim geschrieben:

„Damit wir gleich am kommenden Donnerstag (6. 5. 1920) medias in res gehen können, will ich heute noch einige Zeilen an Sie richten. Ich habe die entscheidende Sitzung zur Gründung der Christlichen Volkspartei des Rheinlandes am Mittwoch, dem 28. April, in der Bürgergesellschaft zu Köln selbst mitgemacht, und zwar nachdem der Ausschuß mich durch einstimmigen Beschluß dringend gebeten hat, daran teilzunehmen. Bis zu diesem Zeitpunkte waren die Verhältnisse in Köln ungeklärt und die Voraussetzungen nicht gegeben, unter denen Sie der Einladung zu einem öffentlichen Vortrag in Köln hätten folgen können.

Mein Standpunkt war folgender: Dr. Heim ist nicht mehr Versammlungsredner für eine politische Wahlbewegung, er ist der eigentliche Staatsmann Bayerns und darüber hinaus eine politische Persönlichkeit, um die sich alle Kräfte zur Neuordnung der deutschen Staatsform zu gruppieren haben. Wenn Dr. Heim im Gürzenich in Köln eine große politische Rede hält, dann ist das ein Ereignis von eminenter Bedeutung. Ich bin verpflichtet, alles zu prüfen, damit dieses Auftreten von der Plattform des Staatsmannes aus geschehen kann, und daß unmittelbar nicht die parteipolitische, sondern die allgemeinpolitische Resonanz in der Pariser und Londoner Presse findet, und gleichzeitig von entscheidendem Einfluß auf die Wahlbewegung zum Reichstag ist.

Ferner war notwendig, zu berücksichtigen, daß mit der Tatsache dieser Rede die politische Wirkung in Bayern über dessen Grenzen hinaus in der Richtung eines aktiven innerpolitischen Willens Bayerns angebahnt werden.

Darum habe ich, solange die Verhältnisse in Köln nicht geklärt waren, abgeraten. Jetzt liegen die Dinge nun so: die Christliche Volkspartei des Rheinlandes ist keine Umwandlung der „Rheinischen Volksvereinigung" in eine selbständige Partei, sie ist vielmehr eine Gründung aus reinen Zentrumskreisen heraus, und man muß heute schon sagen, daß 50 Prozent des rheinischen Zentrums, und zwar diesseits wie jenseits des Rheins, der Christlichen Volkspartei angegliedert sind. Die Rheinische Volksvereinigung wird von dieser neuen Partei aufgesaugt. **Die Christliche Volkspartei des Rheinlandes steht programmatisch auf demselben Boden wie die Bayerische Volkspartei und wünscht den engsten Anschluß an unsere eigene Partei. Sie hat beschlossen, die von ihr eroberten Mandate mit den Reichstagsmandaten der Bayerischen Volkspartei zu einer eigenen Fraktion des Reichstages zu vereinigen.**

Es sind nunmehr alle Voraussetzungen gegeben, daß auf dem Wege der engen Verbindung zwischen Rhein und Bayern der Wirkungskreis der bayerischen Politik wesentlich erweitert wird. Wenn Sie nun in Köln sprechen, so wird damit die Unteilbarkeit des föderalistischen Deutschlands nach außen wie nach innen eindeutig bekundet."

Aber Heim hat die Gründung der Christlichen Volkspartei und die von Graf Bothmer dabei geleistete Geburtshilfe nicht nur gebilligt und sich später, so wie es sein Adjutant wünschte, der neuen rheinischen Partei für den Wahlkampf persönlich als Redner zur Verfügung gestellt, sondern Heim hat auch das von Bothmer paraphierte Bündnis mit der Bayerischen Volkspartei durchgeführt.

*

Wahlbündnis der B. Vp. mit den rhein. Separatisten

Am 21. Mai 1920 veröffentlicht die B.-V.-Korrespondenz folgende parteiamtliche Kundgebung:

„Die Bayerische Volkspartei hat zusammen mit der Christlichen Volkspartei im Rheinland und Hessen-Nassau und der Hessischen Rechtspartei eine „christlich-föderalistische Reichswahlliste" eingereicht."

Damit war der Bund zwischen den Schwesterparteien von Donau und Rhein in aller Form vollzogen. Und damit war gleichzeitig die glänzende diplomatische Leistung von Graf Bothmer offiziell anerkannt. Und eine nachträgliche Entlastung gewährt für den Fall, daß er tatsächlich vorher ein ganz klein wenig geschwindelt und sich, wie R. Werner behauptet, bei seinen Verhandlungen im Rheinland ein paar Tage zu früh als „offiziellen" Vertreter der Bayerischen Volkspartei bezeichnet haben sollte.

Einem erfolgreichen Diplomaten wird ein kleiner Schwindel nicht allzu übel genommen.

Und die angebliche Kaltstellung von Dorten in der neuen Christlichen Volkspartei? Dem Vorstande gehörte er allerdings nicht an. Er stand im Hintergrund. Er hatte diesmal andere Leute vorgeschickt. Natürlich zuverlässige. So beispielsweise Oberpfarrer Kastert und Dr. Zacherl.

So steht denn auch in der gemeinsamen Reichswahlliste der Bayerischen Volkspartei und Christlichen Volkspartei als Kandidat der Gutsbesitzer v. Gran'=Ry aus Aachen; einer der getreuesten Knappen des Herrn; einer, dessen Unterschrift wir unter sämtlichen Aufrufen Dortens, von der ersten Proklamierung der Rheinischen Republik Juni 1919 bis in die Tage des Separatistenputsches Herbst 1923, finden.

Andere wieder betätigen sich, bleiben aber gleich Dorten bescheiden im Verborgenen. Wir erinnern an Dr. Geuecke, den Hauptschriftleiter des Wiesbadener Zentrumsblattes, der „Rheinischen Volkszeitung", der in einem Aufsatz einer Berliner Zeitung dann schrieb, die Christliche Volkspartei „versende in großer Anzahl Mitteilungsblätter und Broschüren, die das Zentrum in schärfster Form bekämpfen." Er vergaß dabei nur anzugeben, daß er selber der Verfasser dieser Mitteilungsblätter und Broschüren war.

Der beste Beweis aber, daß die Christliche Volkspartei tatsächlich nicht von Dorten abgerückt war, und daß Graf Bothmer nicht nur, sondern auch Dr. Heim dies wußten, ist die persönliche Zusammenarbeit von Heim und Dorten während der Wahlzeit, worauf wir noch zurückkommen werden.

Auf jeden Fall war die Tarnung der Rheinischen Separatistenbewegung unter der Flagge einer **Christlichen** Volkspartei ein glänzender Einfall von Graf Bothmer gewesen — Oder nicht?

Wir können etwas verraten:

Der Einfall war von Dr. Heim.

Der ursprüngliche Plan sah die Umwandlung der Rheinischen Volksvereinigung in eine „Rheinische Volkspartei" vor. Dies wünschte auch Dr. Dorten. Da schickte der Kölner vorbereitende Ausschuß den schon genannten Dr. Zacherl nach Regensburg, um dort bei seinem Landsmann — auch Dr. Zacherl war gebürtiger Bayer — Rat zu holen. Und Dr. Heim gab den Rat. Er war es, der die Gründung einer „Christlichen Volkspartei" empfohlen hat.

Sogar Bothmer soll davon nichts gewußt haben!

Frankreich am Main

Am 6. April 1920 hatten die Franzosen Frankfurt a./M., Darmstadt und Hanau besetzt. Ueberraschend. Nur einer im Rheinland muß von dieser Absicht des Feindes gewußt haben: Graf Bothmer. Er hat mit dem französischen Oberkommandierenden General Degoutte in Mainz sogar schon vier Tage vorher darüber verhandelt und ihn zu bewegen gesucht, die Besetzung der drei Städte zu unterlassen.

Vielleicht bezieht sich hierauf aber schon eine etwas geheimnisvolle Stelle eines Schreibens, das Bothmer 14 Tage vor der Besetzung, am 25. März, vom Rhein an Dr. Heim richtet:

> „Es war sehr wichtig, daß ich gerade in diesen Tagen zufällig im Rheinlande war, denn es wäre zu höchst unliebsamen Voreiligkeiten gekommen, wenn ich nicht an verschiedenen Stellen über die bayerische Politik rechtzeitig genauen Aufschluß gegeben hätte. Man hat an vielen Stellen erwartet, und es für eine Selbstverständlichkeit gehalten, daß nunmehr Dr. Heim als bayerischer Diktator die Regierungsgeschäfte an sich nimmt. Ich habe sofort meine Zweifel und Bedenken geltend gemacht und erklärt, daß ich es für ausgeschlossen halte, daß Dr. Heim augenblicklich an die Spitze der Regierung trete. Ich wüßte zwar nicht, was man in Bayern tue, ich hielte es aber für sehr zweckmäßig, zwar die Sozialdemokraten radikalisiert in die Opposition treten zu lassen, aber nur ein Geschäftsministerium ohne weitgehende politische Vollmacht, lediglich mit dem Zwecke zu bilden, die Wahlen in Bayern durchzuführen.
>
> Als dann tatsächlich der Gang der Dinge meine Vermutungen und Ansichten bestätigte, war natürlich das für meinen weiteren Einfluß von ausschlaggebender Bedeutung."

Sollte Graf Bothmer mit diesen „unliebsamen Vorkommnissen", die er verhindert zu haben glaubt, tatsächlich die Besetzung der drei Städte gemeint haben, so ergibt sich aus dieser Briefstelle nur der eine Schluß, **daß die Franzosen durch den militärischen Vormarsch in Richtung auf die Mainlinie die bayerischen Abtrennungpläne zu fördern gedachten!**

Wir dürfen dann aber den weiteren Schluß ziehen, daß es Graf Bothmer selber war, der, wenn auch ohne Absicht, die Franzosen auf diesen Einfall gebracht hat. Wie er in seinen Erinnerungen mitteilt, hatte er Februar und März 1920 mit General Degoutte in Mainz häufig verhandelt, und zwar im Auftrage von Dr. Heim.

Wir können dabei auf noch ein weiteres Vorkommmnis aus den Märztagen 1920 hinweisen, das gleichfalls als Folge dieser mehrfachen auf die bayerische und rheinische Politik bezüglichen Unterredungen von Graf Bothmer mit dem französischen Oberkommandierenden in Mainz gedeutet werden könnte:

Bei einer Besprechung höherer französischer Offiziere in Mainz wurden nach einer Meldung deutscher Amtsstellen vom 10. April 1920 folgende Gesichtspunkte für die französische Rheinpolitik aufgestellt: **im Westen ein rheinischer Pufferstaat, von Frankreich besetzt, wirtschaftlich und politisch verwaltet,** bestehend aus den linksrheinischen Gebieten und „aus demjenigen Teil des rechten Rheinufers, der **Frankfurt a. M.** und Umgegend, das Ruhrgebiet und die Düsseldorfer Industrie umfaßt."

Rumpfdeutschland könne dann leicht in 5 bis 6 Bundesrepubliken zerlegt werden, die auf alle Fälle die französische Herrschaft nicht zu hindern vermöchten. **Vom alten Preußen sollte nur Berlin mit der Mark, einem Stückchen von Pommern sowie Schlesien übrig bleiben „als kleine Republik in der Art wie Wien und Budapest."**

In der Besprechung war darauf hingewiesen worden, zur Durchführung des Planes seien „die Gegensätze der deutschen Parteien klug zu benutzen."

Am 17. April 1920 zwangen die Franzosen die Zeitungen des besetzten Gebietes, einen Widerruf aufzunehmen: in Mainz hätte nicht, wie das WTB. gemeldet hatte, eine Zusammenkunft höherer französischer Offiziere stattgefunden „in deren Verlauf Fragen politisch-strategischer Natur behandelt worden wären, die auf eine Zerstückelung Deutschlands in kleine Republiken hinliefen."

Die Fassung dieses Widerrufs ist eigenartig. Von einer Behandlung „politisch-strategischer" Fragen in der Besprechung der französischen Offiziere hatte die deutsche Presse ja überhaupt nicht geschrieben. Wenn jetzt die Franzosen selber hierauf hinweisen, liegt der Verdacht nahe, daß zur Durchführung ihrer Pläne die Besetzung von Frankfurt a. M., Darmstadt und Hanau schon die erste dieser „politisch-strategischen" Maßnahmen gewesen ist!

Die Besetzung war tatsächlich von den Franzosen schon vorgesehen gewesen, als Graf Bothmer am 25. März seinen erwähnten Bericht an Dr. Heim sandte, denn an eben diesem 25. März hatte General Mordacq, Kommandeur des französischen 30. Armeekorps in Wiesbaden, dem Oberbefehlshaber, General Degoutte in Mainz schon die Meldung erstattet, die Vorbereitungen für die Besetzung von Frankfurt a. M. seien abgeschlossen.

Auf jeden Fall aber hatte Graf Bothmer mit dem französischen Oberkommandierenden Anfang April eine Unterredung in welcher er vor dem Einmarsch gewarnt und darauf hingewiesen hat, daß hierdurch die Bestrebungen Bayerns nicht gefördert, sondern geschädigt würden.

*

Kurier-Bericht

Ein Kurier von Dorten berichtet diesem am 4. April 1920:

„Herr v. Bothmer, der mir als Vertrauensmann der französischen Regierung alle Fragen bereitwilligst beantwortete, sprach den dringenden Wunsch aus, mit mir in Verbindung zu bleiben, damit er mich auf dem Laufenden halten kann.

Das Ergebnis des Interviews war etwa folgendes:

(Graf Bothmer:) Ich arbeite mit Herrn Dr. Heim zusammen, bin politisch als Schrittmacher für ihn anzusehen, für den Mann, der heute der beste Kenner der bayerischen Verhältnisse ist und der alle Garantien als Leiter des bayerischen Staates bietet.

Wir verfolgen den einzigen Grundsatz „Los von Preußen" und hinein in ein föderalistisches Staats-

gebilde, das in jeder Beziehung unabhängig von Preußen ist. Die Grundbedingung ist dafür, daß unsere Politik aktiv wird. Dazu gehört in erster Linie, daß wir die Lebensmittelversorgung in die Hände bekommen, daß überhaupt die wirtschaftliche Ausstrahlung von München ausgeht und nicht von Berlin. Diese Vermittlung der Lebensmittel durch München soll gleichmäßig an alle Gebietsteile erfolgen, die uns angeschlossen sind — an „alle Nichtbolschewisten", wie Herr von Bothmer ironisch meinte.

Die Gefahr des Bolschewismus ist groß, aber wir fürchten sie nicht, jedenfalls nicht von außen. Die allgemeine Unzufriedenheit mit der preußischen Mißwirtschaft bedeute die einzige Gefahrsmöglichkeit, den Bolschewismus im Innern des eigenen Landes zu bekommen.

Unsere jetzige bayerische Regierung (Kahr!) ist nur eine Scheinregierung und man kann mit Bestimmtheit voraussagen, daß die Landtagswahlen bis Ende Mai die grundlegende Entscheidung bringen. Nach der Auflösung der Kammern wird das Ergebnis das sein, daß die föderalistische Strömung die Bayerische Volkspartei sehr zunehmen und mit der organisierten Arbeiterschaft Hand in Hand die entscheidende Stimme zu sprechen haben wird. Doch zuvor muß die Arbeiterschaft ihre zentralistische Grundlage verlassen.

Die bayerische Sozialdemokratie muß mit der föderalistischen Strömung gehen, wenn sie ihre eigene Stellung in Bayern nicht ganz verlieren will. Dies sieht die bayerische Sozialdemokratie mehr und mehr ein, was die Ergebnisse der Propaganda deutlich zeigen...

Ich war die letzten Tage linksrheinisch und war am Freitag (2. April 1920) zwei Stunden bei General Degoutte in Mainz, dem ich auch sagte, daß eine Besetzung rechtsrheinisch für die Bestrebungen Bayerns nur nachteilig ist — der Gedanke der dauernden Besetzung ist auch bereits fahren gelassen worden. Auf der Rückreise hatte ich Gelegenheit, indirekt mit den hessischen und württembergischen Ministerpräsidenten Ullrich und Blos zu verhandeln, die ganz unserer Ansicht sind und auch auf einen engen Zusammenschluß an ein föderalistisches Bayern hinarbeiten.

Was die Rheinbewegung anbelangt, so steht und fällt sie mit uns. Wir streben auch an, Oesterreich und Tirol, außer Wien, in dieses Bayern einzubeziehen, aber langsam und vorsichtig.

Geeignete Schritte sind französischerseits zugesichert.

Herr Dr. Heim reist diese Woche nach der Schweiz und hat Sonntag oder Montag eine Konferenz mit Barthou in Bern."

*

Bothmer verhandelt mit Hessen, Baden und Württemberg

Ergänzend können wir berichten, daß Graf Bothmer am 6. April, Dienstag nach Ostern, in einer an General Degoutte in Mainz gerichteten Denkschrift seine mündlichen Ausführungen schriftlich bestätigt hat und daß gleichzeitig **ein Bericht von ihm an den französischen Ministerpräsidenten Millerand durch den Generalstab in Mainz nach Paris übermittelt wurde.**

Es ist anzunehmen, daß die Unterredung mit Bothmer, über welche der Kurier an Dorten berichtet, in Darmstadt stattgefunden hat, da Bothmer davon spricht, er habe nach seiner Unterredung mit General Degoutte vom 2. April, auf der Rückreise vom linksrheinischen Mainz mittelbar mit Ullrich und Blos verhandelt. Zu dem gleichen Zwecke aber war er kurz

vorher schon einmal in Darmstadt gewesen. (Ebenso wie später wieder am 10. April). Wie aus seinem Bericht an Dr. Heim vom 25. März 1920 hervorgeht, hatte er dabei die süddeutschen Regierungen für die Pläne von Dorten zu gewinnen gesucht:

„Ueber gewisse Unterredungen, die ich führe, will ich Ihnen nur mündlich Mitteilung machen. Wieder einmal habe ich genauen Einblick in die Tätigkeit Dr. Dortens genommen und wiederum bin ich fortgegangen, mit der Ueberzeugung, daß es der klugen und überlegenen Arbeit dieses Mannes zu danken ist, wenn der Rhein ein deutscher Strom bleibt. (!) Es ist der unauffälligen und intensiven Arbeit Dr. Dortens geglückt, die großrheinische Bewegung in ihre Bestandteile aufzulösen. Heute haben wir das Bestreben, das ganze hessische Gebiet einschließlich Marburg und Gießen mit der Rheinischen Republik zu vereinigen und diese somit rechtsrheinisch zu verankern und außerdem mit einem starken Prozentsatz evangelischer Bevölkerung zu durchsetzen, so daß diesem Staate nicht das Odium, Werkzeug kirchlicher Machtpolitik zu sein, angehängt werden kann. Um diesen Dingen bestimmte Form zu geben, habe ich mich noch einige Tage in Darmstadt aufgehalten, um dort eingehend mit Brentano und dem eigentlichen Träger der hessischen Staatspolitik, dem Prinzen Leopold von Isenburg, zu beraten. Brentano ist ein schlauer Personalienwahrer und Parteitaktiker, aber durchaus subaltern als politischer Intellekt. Wir müssen aber seinen Eitelkeiten und Ambitionen Rechnung tragen, dann wird er manches Nützliche leisten.*)

Für einen der klügsten Köpfe Süddeutschlands halte ich den württembergischen Staatspräsidenten Blos. Wenn ich recht unterrichtet bin, hat er im stillen für seine Person schon die Konsequenzen aus dem Zusammenbruch der Reichsgewalt gezogen. Es wäre sehr wünschenswert, wenn parteipolitische Vorurteile, die er gegenüber der bayerischen Entwicklung hat, beiseite geräumt werden könnten."

Daß aber Graf Bothmer, der Bayer, für diese rheinische Politik von Dorten jetzt auch außerhalb der Rheinlande bei den süddeutschen Regierungen mittelbar und unmittelbar sich bemühte und hierüber einem anderen Bayern, Dr. Heim in Regensburg, so eingehend berichtete, hatte seinen Grund: **die Politik Dortens war nichts anderes als die Politik von Heim.**

In dem gleichen Brief vom 25. März spricht Graf Bothmer es offen aus:

---

*) Ueber Brentano findet sich in einem späteren Brief von Graf Bothmer an Dr. Heim vom 16. Juni 1920 noch eine Bemerkung, welche die Zusammenarbeit auch der hessischen Zentrumspartei mit den bayerischen Föderalisten beweist:

„Brentano ließ mitteilen, daß er auf dem Sprunge stehe, in die Fraktion der christlichen Parteien hinüber zu wechseln und das hessische Zentrum mitzuziehen, sobald sich in der Zentrumsfraktion die Gegensätze noch weiter zugespitzt haben."

Es handelt sich dabei um die von Dr. Heim geplante ‚Fraktion der Föderalisten', die alle reichsfeindlichen Elemente, selbstverständlich also auch die Welfen umfassen sollte.

Brentano war es auch, der im Auftrage des hessischen Zentrums Herbst 1923 (!) mit dem französischen Oberkommissar Tirard über die Errichtung einer Rheinischen Republik unterhandelt hat!

„. . . . . In Köln war man nahe daran, eine eigene Staatsregierung zu bilden und genau so außenpolitisch falsch orientiert, wie es die Kapp-Kreise waren, sich dabei auf englische Hoffnungen verlassend. Dadurch, daß ich die Gruppe der Rheinischen Volksvereinigung geschlossen gegen eine solche voreilige Staatsbildung Stellung nehmen lassen konnte, und dadurch, daß **der engere Anschluß der förderalistischen Organisation des Rheinlandes an Bayern** einen Schritt vorwärts gekommen ist, besteht die Möglichkeit, daß eine kluge Staatsführung **von Bayern aus auf die politische Gestaltung der Dinge in West- und Süddeutschland den für uns nützlichen und notwendigen Einfluß ausüben kann.** Dabei habe ich die Beobachtung gemacht, daß Sie, verehrter Herr Geheimrat, überall der Mann des Vertrauens und der Erwartung sind. Ich muß Ihnen das sagen, ohne die vielen Einzelheiten anzuführen, weil ich Sie warnen muß, daß Sie nicht der Mann der Enttäuschung werden. Es beginnt jetzt die Zeit, wo Ihre politische Voraussicht ihre volle Bestätigung erfährt".

*

Die Dortenpresse unter bayerischem Protektorat.

Auch für diese Organisation der Presse hat Bothmer schon bestimmte Pläne. In einem seiner nächsten Berichte an Heim, in dem Schreiben vom 4. Mai 1920 kommt er darauf zurück. Er hatte jetzt Dr. Heim dringend eingeladen, schon am 11. Mai im Gürzenich zu Köln in einer Wahlversammlung der Christlichen Volkspartei zu sprechen und hat zur Verbreitung der Rede in der ausländischen Presse schon alle Vorbereitungen getroffen:

„. . . . . . Aber nicht nur das. Sie kennen mich heute zu gut, als daß Sie nicht wüßten, daß ich in politischen Dingen aufs ganze gehe. Ich habe natürlich heute schon dafür Sorge getragen, daß die Berichterstattung über Ihre Rede nach London und nach Paris so rasch erfolgt, und in so ausführlicher Weise, als es nur überhaupt denkbar ist. Ja, ich habe dafür gesorgt, wenn Sie die wichtigsten Gedanken und Gesichtspunkte Ihrer Rede kurz zusammengedrängt zu Papier bringen, daß dann einige Stunden vor Ihrem Vortrage bereits dieser Bericht telegraphisch nach Paris und London geht.

Außerdem habe ich in den letzten Tagen **die Grundlage für eine enge Presseverbindung zwischen Bayern und dem Rheinlande geschaffen. Seit heute morgen ist ein unmittelbarer telephonischer Nachrichtendienst von München nach der „Rhein. Volkszeitung" in Wiesbaden eingerichtet.** Diese Nachrichten werden von Wiesbaden weitergegeben nach Köln, Aachen, Trier, Koblenz und Mainz. Ueber alles, was in der Vorbereitung begriffen ist, will ich nicht reden, denn es ist immer besser, mit fertigen Tatsachen aufzuwarten.

Es ist notwendig, daran zu erinnern, daß die hier als Presseverbindungsstelle zwischen Bayern und dem Rheinlande genannte „Rheinische Volkszeitung", die schon von 1918 an unter ihrem Schriftleiter Dr. Geucke eine der Hauptstützen des Dorten'schen Separatismus gewesen ist, das offizielle Zentrumsorgan von Wiesbaden war!

Graf Bothmer fährt in seinem Bericht vom 4. Mai 1920 fort:

„Man hat beschlossen, **unter dem Protektorate des bayerischen katholischen Pressevereins im Rheinlande die gleiche Organisation** zu schaffen, und man hat mich beauftragt, mit Dr. Ludwig Müller darüber zu verhandeln."

In der von Gorrenz („Drahtzieher" S. 18 ff.) abgedruckten Denkschrift von Dr. Klingelschmitt, der damals zum näheren Kreise Dortens gehörte, finden wir eine weitere Angabe hierüber:

„Ein katholischer Presseverein sollte gegründet werden, mit Klee als Vorsitzendem. Klee war in Bayern; bei wem, weiß ich nicht. Auch Dorten war zweimal mit Bothmer dort."

Dieser Klee war Pfarrer in Perscheid im Regierungsbezirk Koblenz und hat sich auch später noch in der rheinischen Abfallbewegung sehr aktiv betätigt. Wie aus der Schrift „Dorten & Co." hervorgeht, stand er aber auch zu Graf Bothmer in einem Vertrauensverhältnis. Daß Dr. Klingelschmitt im Zusammenhang mit der geplanten Gründung des rheinischen (d. h. separatistischen) Pressevereins die Anwesenheit des zu seiner Leitung vorgesehenen Pfarrers Klee in Bayern berichtet, wundert uns nicht mehr nach den Mitteilungen, die Graf Bothmer über diese Gründungsabsicht macht. Pfarrer Klee hatte sich in Bayern mit dem „Protektor", dem „Bayerischen katholischen Presseverein" (d. h. dem Presseverein der Bayerischen Volkspartei) in Verbindung gesetzt, um die Richtlinien der gemeinsamen Separationspolitik festzulegen!

Die Kontrolle der sonderbündlerischen Presse im Rheinland durch den bayerischen Presseverein genügte jedoch Graf Bothmer noch nicht. Er verlangte für Dr. Heim einen noch weitergehenden Einfluß*). Und daß er auch dabei im Einverständnis mit Dr. Dorten handelte, geht unzweideutig aus seinem Brief an Dr. Heim vom 25. März 1920 hervor, in welchem es am Schlusse heißt:

„Man hat mich ermächtigt, in **Bayern** mich nach geeigneten Personen umzusehen, und ich bin in der Lage, **den Posten eines Generalsekretärs für das Rheinland mit einem von uns gesuchten Mann zu besetzen.** Jahresgehalt 30 bis 40 000 Mark. Ich bitte Sie nun, verehrter Herr Geheimrat, mir Fingerzeige zu geben, wer nach Ihrer Meinung für diesen Posten geeignet ist, und wen Sie gerne an dieser Stelle haben möchten."

Handelte es sich um den Posten des Organisationsleiters der Dorten'schen Partei? Ein solcher ‚Generalsekretär' der Partei ist uns aber auch aus späterer Zeit nicht bekannt.

Oder war es vielleicht gar schon die im voraus zu besetzende Stelle eines höheren Beamten der geplanten Rheinischen Republik?

Der rheinische Separatist Ganter-Gillmans hatte nämlich in seiner am 25. Februar 1920 (also zu Anfang des gleichen Jahres!) den Franzosen eingereichten geheimen Denkschrift über die Organisation einer Rheinischen Republik gleichfalls ein ‚Gene-

---

*) Hier ist noch ein Verbindungsmann zwischen München und Wiesbaden zu nennen: Geheimrat Sholto-Douglas, der häufig in Wiesbaden war, und dessen „T. I." (= Telegraphen-Information) in München die wichtigste Presseverbindung der rheinischen Separatisten war.

ralsekretariat der Rheinprovinz' vorgesehen, und zwar mit dem Sitz in Köln. Ihm sollten ‚Bezirkssekretariate' in Koblenz, Düsseldorf, Trier und Aachen unterstellt sein . . . .

Aber selbst wenn der Bericht Bothmers sich nur auf den Posten des obersten Parteibeamten Dortens bezogen haben sollte, erkennen wir:

Die rheinische Abfallbewegung sollte unter die Leitung von Heim gebracht und in den Dienst der bayerischen Politik mit ihren noch weiter gesteckten Zielen gestellt werden.

Dorten wurde zunächst vorgeschickt, um die noch etwas heißen Kastanien aus dem Feuer zu holen.

*

Wer zahlt die Wahl im Rheinland?

Das Kriegführen kostet Geld, Geld und wieder Geld. Auch in der Politik.

Die Werbearbeit für den Separatismus ist nicht billig gewesen. Wir wissen es. Wir wissen alles über diese Zahlungen. Wir wissen eigentlich zu viel darüber.

Robert Werner in seiner Schrift „Dorten & Co." berichtet über Bothmer: „Der Graf markierte den „reichen Onkel", der für die Wahlzeit die Bereitstellung von Geldern vermitteln könne. Aehnlich beim Verlage der (geplanten Dorten'schen) Tageszeitung „Rheinischer Herold", wo er am 27. April 1920 seinen Besuch abstattet. Er erklärt dort, daß er jetzt die Finanzierung des Verlages, der Kölner Verlags- und Handelsgesellschaft, in die Hand nehmen und Millionen in das Unternehmen stecken werde; die Gelder würden aus seiner Tasche gehen. Gleich nach seiner Rückkehr nach Wiesbaden, am 29. April, wo er für die Wochen der Wahlbewegung sein Zelt aufgeschlagen hatte, werde er unverzüglich einstweilen 250 000 Mark anweisen, und es sollten von keiner anderen Seite mehr Gelder genommen werden." Die Anweisung des versprochenen Betrages unterbleibt. Aber Bothmer hatte versprochen, der Zeitung das Papier zu besorgen. Und zwar aus Bayern. Und er hält das Versprechen. Heim in Regensburg vermittelt persönlich die Papierfreigabe in Bayern; besorgt den Ausfuhrschein — ohne welchen nicht mal ein Pfund Butter aus den weißblauen Grenzpfählen heraus durfte. (Auch Lux, der Schriftleiter der Dorten'schen Zeitschrift „Der Rheinländer" hat sich noch Dezember 1920 an Heim wegen der Papierbeschaffung gewandt! Die Saupreußen gaben ja keins her für die rheinischen Patrioten.)

Der „Rheinische Herold" erscheint Mai 1920. Wer zahlt den Druck? Bothmer schreibt einem Herrn aus der Umgebung Dortens, die Zeitung werde „aus Propagandamitteln bezahlt". Und wer stiftet die Propagandamittel??

Juni 1920 kommen die Reichstagswahlen. Die Christliche Volkspartei im Rheinland steht mit der Bayerischen Volkspartei in engem Bündnis; hat mit ihr eine gemeinsame Reichsliste aufgestellt. Graf Bothmer

spricht in Wahlversammlungen der föderalistischen Bruderpartei am Rhein. Ebenso Dr. Heim persönlich. Dr. Heim schreibt auch in ihrem Parteiblatt, eben dem „Rheinischen Herold."

Diese Wahl der rheinischen Christlichen Volkspartei aber finanziert Graf Bothmer. Es scheint wenigstens so.

Die Flugblätter für den Wahlkampf im Rheinland werden in Bayern gedruckt. Bei Jos. C. Huber in Dießen vor München. Werden von Bothmer bezahlt. Werden an Dorten (gegen den seit dem 11. Juni 1919 der Haftbefehl des Reichsanwalts in Leipzig wegen Hochverrats vorliegt) in Wiesbaden angeliefert, wo sie in riesigen Ballen lagern. Allein für diese Flugblätter der Christlichen Volkspartei hat Bothmer nach einem Brief von ihm an den Kassierer der Partei 142 000 Mark ausgegeben.

Jos. C. Huber in Dießen vor München druckt auch die Bothmer'sche Kampfschrift „Bayern den Bayern." Gleichfalls noch im Jahre 1920. Zu 3.50 Mark wird das Heft verkauft. Nach Angabe von Vitus Heller haben die Druckkosten mindestens 12 Mark je Heft betragen. Also zahlt ein gütiger Spender jedem Leser 8.50 Mark Zuschuß, nur damit er die Schrift erstehen kann.

Wer ist der Altruist, der die Aufklärung des von Preußen geknechteten deutschen Volkes sich eine Stange Gold oder einen Schubkarren Papierscheine kosten läßt? Der Verleger? Der Drucker? Der Verfasser? Oder einer, der hinter dem Verfasser im Dunkeln steht??

Rätsel über Rätsel.

Vielleicht war doch Herr Jos. C. Huber in Dießen vor München der Mäzen? Er war ein persönlicher Freund des Grafen. Merkwürdig ist auf jeden Fall, daß, als Anfang Juni die Verhandlungen von Bothmer mit den Franzosen in Wiesbaden und Mainz fortgesetzt wurden, sich eines Tages auch Herr Jos. C. Huber aus Dießen vor München daselbst einfand mit dem großmütigen Anerbieten, eine Million für eine separatistische Zeitung im Rheinland auszuwerfen.

Eine Million war auch damals kein Pappenstiel. Herr Huber muß Geld gehabt haben wie Heu!

Aber auch Graf Bothmer war gut bei Kasse. Genau einen Monat später (wir werden auf den Vorgang noch ausführlicher zurückkommen) kauft Bothmer der bisherigen Hauptinhaberin und Geschäftsführerin der Kölner Verlags- und Handelsgesellschaft, Verlegerin des „Rheinischen Herolds", ihren Anteil ab. Der Vertrag wird am 10. Juli in Aachen getätigt. Die übrigen Geschäftsinhaber sind bewährte rheinische Separatisten: Dorten aus Wiesbaden, Deckers und v. Grand'-Ry aus Aachen.

Auch der neugierige Robert Werner fragt gegenüber der finanziellen Großzügigkeit des Grafen: Woher hat er die Gelder genommen? Erhielt er sie von Dorten? Oder hat er umgekehrt auch Dorten noch unterstützt?? Ganz einfach ist die Frage nicht zu lösen, auch wenn man alle Zeugen vernimmt. Es gab damals schon mehr Dinge zwischen München und Köln, als unsere Schulweisheit sich träumen läßt.

Werner vermutet: „Bis zum Beweise des Gegenteils darf man annehmen, daß trotz aller gewundenen Dementi Dortens und Bothmers die Finanzen des letzteren zum größten Teile aus den Dorten zur Verfügung stehenden Mitteln stammen. Bothmer wußte Dorten offenbar derart zu entzücken, daß ihm Dorten die Verwaltung der Gelder übertrug."

Hierzu kann bemerkt werden, daß nach dem in den Händen von Vitus Heller befindlichen Bericht über eine Besprechung, die Bothmer Juni 1920 in München mit dem Herausgeber der Würzburger Zeitschrift „Marienburg", Herrn Kuhn hatte, er beim Empfang der Meldung von der Verhaftung Dortens in Wiesbaden verzweifelt ausgerufen haben soll: „Er war meine Geldquelle!"

R. Werner fährt fort:

> „Es verdient vermerkt zu werden, daß Bothmer am 9. März 1920 in München dem damals mit Dorten eng befreundeten Pfarrer Klee die Bitte vortrug, er möge doch auf Dorten dahin wirken, daß er ihm, Bothmer, 20 000 Mark „zu Agitationszwecken" gebe.
>
> Dorten erklärte schon Ende April, daß er nunmehr keine Verfügungsgewalt über die Gelder mehr habe. Nach einer Notiz der „München-Augsburger Abendzeitung" (1920 Nr. 485) hat auch der Vertraute Bothmers, Mayer-Koy, der Vorsitzende der Bayerischen Königspartei, erklärt, daß das Bothmer'sche Geld von Dorten stammt. Mitte Mai äußerte Dorten, ihm stehe für die Bewegung noch eine Million Mark zur Verfügung."

Auch Dorten hatte anscheinend Geld wie Heu. Ende Mai 1920 behauptete er allerdings (nach Angabe von Werner), die Hälfte des Geldes rühre vom bayerischen Adel her, die andere von Industriellen. Am 21. Juli 1920 versicherte er dagegen ehrenwörtlich in einer Sitzung der Christlichen Volkspartei zu Koblenz: die Finanzen stammen teils von ihm, teils von seinem Ministerpräsidenten Liebing und der Rest von Bothmer. Und fügte hinzu, daß Bothmer das Geld wohl aus den Kreisen der Bayerischen Königspartei erhalten habe. Die Führer der Bayerischen Königspartei hatten ihrerseits wiederum für die Unterstützung ihrer Würzburger Zeitschrift „Marienburg" sich an Bothmer gewandt! Vermutlich, um von ihm einen Teil ihres eigenen Geldes zurückzuerhalten. Und April 1920 hatten diese Führer der Bayerischen Königspartei auch den französischen General de Metz in einer persönlichen Besprechung um eine kleine milde Gabe von zwei Millionen ersucht.

Wie wir sehen, wird die Frage nach der Herkunft des Geldes immer klarer. Oder nicht? Es gibt nämlich noch eine weitere Lesart, und wenn wir gut suchen, sogar noch mehrere: auf die Enthüllungen, die Vitus Heller am 30. Oktober 1920 im „Neuen Volk" in Würzburg unter dem Titel „Der Franken rollt in Bayern" veröffentlicht hatte, erwiderte Graf Bothmer November 1920 im „Königsboten", der Verbandszeitschrift der Bayerischen Königspartei:

> „Ich habe vor drei viertel Jahren 200 000 Mark von meinen Freunden für politische Zwecke erhalten. Davon habe ich rund dreiviertel in die Wahlbewegung der Christlichen Volkspartei des Rheinlandes gesteckt. Dies habe ich bereits im Juli dem Generalsekretär Dr. Pfeifer der Bayerischen Volkspartei zu den Akten gegeben."

Daraufhin hatte die Frankfurter Zeitung behauptet, daß diese Summe von 200 000 Mark von Dorten komme und hatte hinzugefügt: „Bei der Prüfung der Frage, ob in Bayern der französische Franken rollt, muß es den um die Reinlichkeit der Partei besorgten Mitgliedern der Bayerischen Königspartei überlassen werden zu entscheiden, ob sie das Geld das von Dorten stammt, als französisches Geld ansprechen wollen oder nicht.“

Bothmer und Dorten verklagten daraufhin die Zeitung. Aber die Klage von beiden wurde abgewiesen.

In Bezug auf die Presseangriffe wegen dieser 200 000 Mark hat dann Graf Bothmer am 19. Februar 1921 in der Sitzung des Landesausschusses der Bayerischen Königspartei erklärt: „In dieser ganzen Tätigkeit stehe ich in Verbindung mit Herrn Geheimrat Dr. Georg Heim. (Nach einem Briefe des Wirkl. Geheimrats Otto Hartmann vom 24. Februar 1921.)

*

Hat nun Dorten seinerseits Geld von den Franzosen erhalten? Wenigstens im Jahre 1920 schon?

Der pfälzische Separatistenführer Eichhorn hatte in seinem Brief vom 20. Januar 1921 an den französischen Oberst Echard mitgeteilt, er habe von seinem Freunde, Monsieur Vial-Mazel erfahren, daß der französische Ministerpräsident Monsieur Leygues, November 1920 Dorten für seine Bewegung eine monatliche Unterstützung von 100 000 Franken bewilligt hätte. Dorten hat es bestritten. Ebenso wie die von Zeugen bekundete Behauptung, er habe schon vorher Geld von den Franzosen erhalten.

Ein gewisser Hermann Jos. Grom, der sich wohl zu Unrecht als damaligen Geheimsekretär Dortens ausgab, zweifellos aber als Mitarbeiter über alle Vorgänge im Dorten'schen Kreise genau unterrichtet war, hat in einer von ihm später veröffentlichten Schrift angegeben, Dorten habe in seiner Gegenwart schon Mai 1919 drei große Pakete deutsches Geld von der französischen Besatzungsbehörde erhalten; ebenso August 1920 nochmals 250 000 Franken durch den französischen Leutnant Clarac in Mainz. Diese Behauptung wird auch in dem später veröffentlichten Briefwechsel zwischen Eichhorn und seinem Freunde, Leutnant Vial-Mazel, wiederholt und mit näheren Angaben über Zeit und Ort der Auszahlung begründet. Dorten selber hat hierzu später behauptet, der Betrag sei die Zahlung für ein Schmuckstück aus altadeligem Familienbesitz gewesen, dessen Verkauf er in Paris vermittelt hätte. Prinz Isenburg, der Dorten auf der Reise nach Paris, August 1920, begleitet hatte, hat später als Zeuge unter Eid angegeben, es habe sich um die Krone einer österreichischen Prinzessin gehandelt, die sie — nämlich die Krone — in einer Manschettenschachtel nach Frankreich mitgenommen hätten. Prinz Isenburg selber aber war der Sohn einer österreichischen Erzherzogin!

Wir sehen auch hier wieder: die Fülle der Zeugnisse klärt die Sachlage nicht auf, sondern verwirrt sie noch weiter. Nur um der Pflicht des gewissenhaften Berichterstatters zu genügen, sei noch eine Aeußerung von Dr. Klingelschmitt aus der von ihm veröffentlichten Entlastungsdenkschrift angeführt:

„Die Finanzierung (nämlich der rheinischen Bewegung) sollte Liebing von Anfang an besorgen. Er brachte auch kleinere Beiträge von seinen Freunden. Auch aus Aachen sollte Geld kommen. Wiederholt war ein Herr Eichenberg da, der angeblich eine beträchtliche Summe stiften und andere vermitteln wollte. Deckers und v. Grand'-Ry sollten ebenfalls Geld geben. Auch Delius und Talbot wurden genannt. Liebing wollte durch Einfuhrvergünstigungen Geld machen. Dorten warf ihm vor, eigene Vorteile zu suchen; Liebing beschuldigte ihn, seine Finanzierungspläne zu durchkreuzen. Von alledem erfuhr man nur zufällig stückweise etwas."

Wer hat nun Recht?

Auf jeden Fall muß Dorten durch seine Gewinnanteile bei dem von ihm gegründeten und geleiteten ‚Bureau Mixte', welches die Vergebung französischer Aufträge auf Kriegslastenrechnung an die deutsche Industrie vermittelte, beträchtliche Summen eingenommen haben.

Aber für uns handelt es sich ja garnicht um die Frage, wer die Kosten der separatistischen Bewegung Dortens bestritten hat, sondern nur um die Feststellung: Wer hat Mitte 1920 die Wahlen der Christlichen Volkspartei sowie ihr Parteiblatt, den ‚Rheinischen Herold' finanziert? Und hierüber wissen wir jetzt alles.

Ja, wir wissen zu viel. Nur eins wissen wir nicht: Wer das Geld nun eigentlich aus der Tasche genommen hat.

Und aus welcher Tasche.

*

Das Ehepaar Zacherl in Köln

Ueber die Tätigkeit von Graf Bothmer im Rheinland im Jahre 1920 gibt, wie wir gesehen haben, die schon erwähnte kleine Schrift von Rob. Werner: „Dorten & Co." (Königswinter 1921) gute Auskunft.

Druckort und Verfasser sind vorgetäuscht. Tatsächlich wurde die Schrift in Frankfurt a/Main herausgegeben, und hinter dem offensichtlichen Decknamen „Robert Werner" vermutet die Westbibliographie von Reismüller/Hofmann einen Herrn Paul Eberhard, über den aber gleichfalls nichts zu ermitteln ist.

Dies ist auch nebensächlich. Uns interessiert nur die Frage, ob dieser große Unbekannte zuverlässig ist. Zweifellos ist es persönliche Rachsucht, die ihn veranlaßt hat, das Pamphlet damals noch druckfeucht unter die Massen zu werfen, deren Leidenschaft durch den politischen Kampf ohnehin bis zur Siedehitze gestiegen war.

Der Verfasser ist bis zum Platzen geschwollen von Wut, Haß und Rachegelüst. Aber nicht die Abtrennung der Rheinlande, nicht die Gefahr einer Aufteilung des Deutschen Reiches füllt ihn mit dieser grenzenlosen Erbitterung, sondern irgendwelche persönliche Kränkung hat den Spießer aus seiner Ruhe gestört. Aber so tief hat sich bei ihm der Groll festgefressen, daß alle Hemmungen fallen. Da ihm das Stilet eines Bravo nicht zur Verfügung steht, hat er zur Feder gegriffen und spritzt das Gift gegen den verhaßten Feind.

Und er weiß, wo er zu treffen ist. Wie ein rachsüchtiges Weib kennt er die ungeschützten Stellen des Gegners. Er kennt sogar die Hühneraugen.

Seine Schrift bildet ein wahlloses Gemisch von schwerbelastenden Enthüllungen und von hämisch aufgemutztem und aufgeputztem Privatklatsch, beides zusammengestellt aus den sorgsam gesammelten Schnitzeln des Papierkorbes.

Auf jeden Fall muß der Verfasser ein Eingeweihter sein, denn er ist ausgezeichnet über die Vorgänge im Kreise von Dorten unterrichtet. Er weiß viel und boshaft darüber zu erzählen. Zum Beispiel von der schon erwähnten Gründung der Dorten'schen Tageszeitung „Rheinischer Herold", wobei ja Graf Bothmer eine Rolle spielt. Allerdings erst später, denn die Gründung ermöglicht hatte ursprünglich eine Kölner Dame, eine glühende Verehrerin des Wiesbadener Präsidenten der Rheinischen Republik — Frau Else Zacherl.

Frau Zacherl war der erste „Compagnon" Dortens, denn sie war die Inhaberin und Geschäftsführerin der Kölner Verlags- und Handelsdruckerei zu Köln-Mülheim, die schon vorher eine Dorten'sche Wochenschrift, die „Rheinische Warte", als Organ der von Dorten am 22. Januar 1920 gegründeten Rheinischen Volksvereinigung herausgegeben hatte. Ihr Mann, Dr. Zacherl, bis dahin bei der „Köln. Volkszeitung", wurde Schriftleiter bei dem neuen „Rheinischen Herold."

Das Ehepaar Zacherl, vor allem Frau Else, war schon seit Anfang 1919 in der Dorten'schen Bewegung eifrig tätig gewesen. Wenn Dorten nach Köln kommt, wohnt er bei ihnen. Dr. Zacherl finden wir bei den Vorbesprechungen, die zur Gründung der Rheinischen Volksvereinigung in Boppard führten. Frau Zacherl ihrerseits hatte im Auftrage Dortens dann die Vorbereitungen zu der Kölner Kasino-Versammlung vom 10. März 1919 durchgeführt.

Ueber die geplante Herausgabe des „Rheinischen Herolds" war auch Dr. Heim unterrichtet und anscheinend daran interessiert. Am 25. März 1920 hatte ihm Graf Bothmer geschrieben:

> „Und nun noch einige praktische organisatorische Dinge. Ich habe die Rheinische Volksvereinigung verhindert, ihre Absichten durchzuführen, jetzt ohne die geschäftlichen Vorbereitungen und die Sicherung von wirklich geeigneten Personen die Tageszeitung „Rheinischer Herold" ins Leben zu rufen. Wir müssen von Bayern aus festen Fuß im Rheinland fassen und möglichst die Hand auf die werdende Parteiorganisation legen. Die Leute verfügen über reichliche Mittel, haben aber Mangel an wohlgeschulten Kräften zum Aufbau der Parteiorganisation und der Presse.

Das Blatt erschien, wie wir gesehen haben, trotzdem im Mai 1920, aber Graf Bothmer war auch jetzt nicht zufrieden. Kaufte, wie uns Robert Werner erzählt hat, den Verlag auf. Später, am 29. Juli 1920, in einer Münchener Versammlung der Bayerischen Königspartei (die eigentlich, wie man annehmen könnte, an einem in Köln erscheinenden separatistischen Blatte Dortens kaum unmittelbaren Anteil nehmen konnte), hat Bothmer darüber eingehend berichtet:

> „In Köln erscheint als Organ der Christlichen Volkspartei des Rheinlandes der „Rheinische Herold". Dieses Blatt stand jetzt vor

dem Zusammenbruch. Die Frau des Redakteurs hatte aus mangelnder Geschäftserfahrung als Geschäftsführerin Verbindlichkeiten eingegangen, die sie persönlich in die Gefahr des betrügerischen Bankerotts brachten. *Ich habe den Verlag auf eine neue Grundlage gestellt*, die Frau als Geschäftsführerin von ihrer Stelle enthoben, ihre Verpflichtungen auf die neue Gesellschaft übernommen und ihren Mann in einer mit 24 000 Mark Jahresgehalt bezahlten Stellung belassen. Trotzdem hat dieses Ehepaar meinen Eingriff in seine bisherigen Handelsvollmachten als eine Feindseligkeit empfunden, und nun wurde von dieser Stelle aus die deutsche Presse mit Alarmnachrichten bedient."

Die Richtigkeit der Angaben können wir nicht nachprüfen. Wir wissen nur, daß der Wechsel in der Inhaber- und Geschäftsleitung des „Rheinischen Herolds" und seiner Druckerei von Graf Bothmer in ziemlich selbstherrlicher Weise durchgeführt worden ist. Nach Angaben Werners wurden die beiden Mitinhaber vom „Rheinischen Herold", Deckers und v. Gran'-Ry zu einer Besprechung der Angelegenheit nach Wiesbaden zu Dorten geladen:

> „Der Rat der Vier trat dann am 9. Juli 1920 in Aachen zusammen und machte bereits alles beim Notar fertig. Dann wurde für den 10. Juli die Inhaberin und Geschäftsführerin Frau *Else Zacherl* nach Aachen beordert und beim Notar von Dorten aufgefordert, *die Geschäftsanteile abzutreten*. Als neue Gesellschafter wurden Dorten, Bothmer, Gran'-Ry und Deckers eingetragen; letzterer auch zum Geschäftsführer bestellt."

Am 2. August 1920 wird auch Dr. *Zacherl*, der Gatte der früheren Besitzerin, an die Luft gesetzt, was aber die Frau nicht hindert, sich mit dem gleichen Feuereifer wie bisher schon zwei Tage später wieder bei den Kölner „Aktivisten" zu betätigen, die unter der Leitung von Dr. *Karl Müller* am 4. August 1919 die Kundgebung gegen die Sperrfrist des Artikels 18 der Verfassung veranlaßten und im September desselben Jahres in einer Eingabe an den Völkerbund die sofortige Volksabstimmung im Rheinlande verlangten. — Schwachheit, Dein Name ist Weib!

Ueber die Dame urteilt denn auch Robert Werner (oder ist es Paul Eberhard?) etwas ungalant und lieblos: „Frau Else Zacherl, genannt ‚grüne Else', deren politische Urteilskraft im umgekehrten Verhältnis stand zu dem Draufgängertum, mit dem sie sich in der rheinischen Bewegung betätigte."

Wir sehen: über *alles* weiß der Verfasser von „*Dorten & Co.*" fabelhaft Bescheid.

Robert Werner? Nein. Wir haben es schon gesagt: Robert Werner ist ein Kriegsname, hinter dem sich der Herr *Paul Eberhard* versteckt.

Wir wollen noch etwas verraten:

Auch Paul Eberhard lebt nicht. Auch Paul Eberhard hat nie gelebt.

Der Verfasser von „Dorten & Compagnie" ist die Compagnie selber. Oder richtiger gesagt: der *Gatte* der Compagnie. Der Mann der grünen Else.

Robert Werner ist Dr. Zacherl in Person.

✱

Dorten als Mittelsmann Heims in Paris

Wie wir aus dem Bericht des Dorten'schen Kuriers über seine Darmstädter Unterredung mit Graf Bothmer ersehen haben, war für den 10. April eine Zusammenkunft von Dr. Heim mit einem französischen Unterhändler in Bern vereinbart worden. Aber nicht mit irgendeinem kleinen Agenten. Ein bevollmächtigter Minister wollte persönlich kommen. Monsieur Barthou.

Die Unterredung kam nicht zu Stande. Angeblich wegen der auch von Dr. Heim mißbilligten französischen Besetzung von Frankfurt a. M. Tatsächlich scheint diese Begründung der Absage aber ein nachträglich von Bothmer angeregter Vorwand gewesen zu sein, denn an diesem für die Besprechung festgesetzten 10. April schreibt er von München aus an Dr. Heim:

> „Gestern wurde der Brief als Eilbrief in den Postwagen des Berliner Schnellzuges gegeben, ist also inzwischen hoffentlich in Ihren Händen. Ich habe mich entschlossen, bereits Samstag mittag zu fahren, um heute abend in Darmstadt einzutreffen und bereits morgen Sonntag die nötigen Gänge zu unternehmen. Die Gegenspieler wurden schon bei meinem letzten Aufenthalt von mir eindringlich vor solchen militärischen Abenteuern gewarnt. Ich bedaure lebhaft, daß es nicht möglich war, vor dem neuen Ereignis die Begegnung zwischen Ihnen und den anderen herbeizuführen. Ich halte es für absolut richtig, daß die Begegnung jetzt nicht stattfindet, und werde die Vorgänge an der Mainlinie und das Eingreifen in die innere Sicherheit des Landes als den unmittelbaren Anlaß Ihres Verzichtes auf die Reise bezeichnen. Wenn man auch voraussichtlich diesmal noch mehr auf mich hören wird, weil alles das eingetreten ist, was ich als unerläßliche Folge der falschen Politik des Quai d'Orsay letzthin bezeichnet habe, so wäre doch wünschenswert, wenn Sie möglichst in diesen Tagen Gelegenheit ergreifen würden, in prononcierter Form auf die unausbleiblichen Folgen der Pariser Politik hinzuweisen, und zwar wäre es sehr nützlich, wenn Sie bei dieser Gelegenheit das Wort vom Preußentum am Quai d'Orsay prägen wollten, um den Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten gegen den Quai d'Orsay auszuspielen. Nichts würde in der Pariser Presse so großes Aufsehen erregen, als wenn Sie in einer Zeitung oder in einer Versammlung von diesem Preußentum am Quai d'Orsay sprechen wollten.
>
> Ich hoffe bis Mittwoch zurückzusein und werde dann sofort berichten."

Die Unterredung von Dr. Heim mit Barthou hatte also nicht stattgefunden. Auch Bothmer bestätigt es. Aber die Unterredung war ernsthaft geplant gewesen. Ziemlich genau ein ganzes Jahr später, März 1921, als die Sache zum ersten Mal in der Presse zur Sprache kam, konnte nämlich ein Münchener Blatt berichten, daß von Dr. Heim für die Berner Zusammenkunft ‚weitläufige Vorbereitungen' getroffen worden waren: seine Mittelsmänner hätten in Paris zwar die Türen des Auswärtigen Amtes vermieden, seien aber zu dem einflußreichen General Mangin (dem Freunde und Förderer Dortens), zu Barthou und sogar **bis zu Millerand, dem Ministerpräsidenten,** vorgedrungen.

Graf Bothmer in seinen Erinnerungen bestätigt und ergänzt diese Angaben und gibt dabei auch den **Mittelsmann** an, der diese Vorverhandlungen in Paris für Dr. Heim geführt hat.

Es war Dorten persönlich.

Nach Erörterung des Arbeitsprogrammes von ihm und Dr. Heim schreibt Bothmer:

„Die Durchführung dieses politischen Generalplans spielte sich folgendermaßen ab:

Meine diplomatische Tätigkeit erstreckte sich lediglich auf Pourparlers, die ich im Februar und März mit französi- **von Verhandlungen Dr. Heims mit verantwortlichen Regierungspersönlichkeiten Frankreichs bilden sollten.** Auf Grund des Ergebnisses dieser Vorbesprechungen entschloß sich Dr. Heim Ende März zu einer Reise in die Schweiz, um dort eine Begegnung mit einem Bevollmächtigten der französischen Regierung zu haben. Um diesen Zweck zu erreichen, mußte ich sofort nach Wiesbaden zu Dr. Dorten fahren, der sich dann auch nach Paris begab, um die geäußerten Wünsche von Dr. Heim verwirklichen zu können.

Diese Schweizer Reise wurde in der letzten Minute abgesagt, wegen der am Karsamstag 1920 zu unserer völligen Ueberraschung erfolgten Besetzung von Darmstadt und Frankfurt durch die Franzosen. Die Absicht einer solchen Begegnung gab Heim nicht auf und führte sie später durch."

*

Professor Förster

Im übrigen ist Dr. Heim April 1920, und zwar kurz vor dem für die Unterredung mit Barthou vereinbarten Zeitpunkt, tatsächlich in der Schweiz gewesen. Allerdings nur in einer reinen Familienangelegenheit. Den Auslandspaß hatte er erhalten, um drei seiner Kinder in ein Schweizer Kloster zu bringen. Er hat die Kinder auch Ostern 1920 persönlich hingebracht. (Und genau 3 Monate später, Anfang Juli persönlich wieder abgeholt.) Merkwürdig war nur, daß Dr. Heim bei dieser Reise doch in Bern gewesen ist und sogar in Zürich auf dem Bahnhof gesehen wurde.

Merkwürdiger ist aber, daß, wie Vitus Heller angibt, von jetzt an die Zuschriften Heims an das Schweizer Kloster nicht nur die Kinderchen und ihre Erziehung betreffen. **Auch die für das Ausland bestimmten Briefe von Heim gehen von Regensburg unter Deckanschrift an das Kloster. Und von dort nach „dem weiteren Westen."**

Damit aber ist das Geheimnis der Schweizer Reise von Heim, April 1920, noch nicht ganz gelüftet. Auf den politischen Briefwechsel hatten sich nämlich seine Beziehungen mit Ausländern nicht beschränkt. In einem Brief an Graf Bothmer, auch noch vom 12. April, schreibt er offen von einem ‚Verkehr', den er ‚die letzten Monate mit Franzosen hatte, und zwar immer vor Zeugen'.

Hatte Heim doch vielleicht den französischen Minister in Bern getroffen? Nein. Oder dort wenigstens durch einen Agenten mit ihm oder anderen französischen Bevollmächtigten verhandelt? Einen solchen Agenten hatte Dr. Heim nämlich in der Schweiz sitzen. Sogar eine besonders

bemerkenswerte Persönlichkeit. Wir haben sie schon einmal erwähnt, nämlich den gleichen deutschen Edelkomparsen, den auch im Vorjahre der „Herr Präsident" der Münchener Räterepublik Kurt Eisner, alias Salomon Kusnowski, unter dem Titel eines bayerischen Gesandten als Verbindungsmann zu Clemenceau und den Franzosen benutzt hatte: **Professor Friedrich Wilhelm Förster.** Dr. Heim verwandte aber Förster zu dem gleichen Zweck. **Als französischen Agenten.**

Sogar der politisch und national ‚siebenmal gehäutete' Graf Bothmer, der dies zufällig Mitte April von einem anderen Heim'schen Verbindungsmanne erfahren hatte, war über die Verbindung des Führers der Bayerischen Volkspartei mit dem berüchtigten Landesverräter Prof. Förster ehrlich empört. Ueber diesen Zwischenfall kam es sogar zu einer Verstimmung zwischen ihm und dem Geheimrat, die, wie Bothmer in seinen Erinnerungen schreibt, nur deshalb „zunächst noch keine weiteren Folgen hatte, weil Dr. Heim es unter keinen Umständen darauf ankommen lassen wollte, daß ich die Kabinettfrage stellte."

Die Geschichte dient zweifellos zur Charakterisierung des Grafen. Sie ist nämlich nicht wahr. Graf Bothmer hat sich auch diesmal in seinen ‚Erinnerungen' nicht genau erinnert. Er selber ist mit der Verbindung von Dr. Heim und Prof. Förster in der Schweiz durchaus einverstanden gewesen. Am 21. April 1920 hatte er an Heim geschrieben:

> „Nun darf ich wohl noch ein Wort über die Verbindung Prof. Försters sagen: Ich glaube, daß wir auch hier vollständig einig gehen. Professor Förster wird für uns eine wichtige Figur, weniger in der aktiven diplomatischen Arbeit als zu dem Zwecke, einerseits das Mißtrauen der Franzosen gegenüber uns in Bezug auf den Revanchegedanken zu beseitigen, und andererseits, um dafür zu sorgen, daß er seine guten Beziehungen zu den sozialdemokratischen Gruppen ausnützt, um diese aus dem unitarischen Lager in das föderalistische mit herüberzuziehen. Wenn es uns gelingt, Förster gerade bei den Sozialdemokraten des Rheinlandes und der süddeutschen Staaten einzusetzen, dann wird er hier sehr viel Nützliches schaffen können."

Nur einen einzigen Einwand macht er:

> „. . . . Wir dürfen aber nicht übersehen, daß Försters Ziele persönlich weitergesteckt sind und daß er sich nicht so sehr für einen Philosophen als für einen Staatsmann großen Stils hält und darum geneigt ist, nicht Ihren Mittelsmann zu spielen und nicht Treuhänder zu bleiben, sondern Sie als Schachfigur in sein eigenes Spiel einzusetzen. Es ist mir wohl bekannt, daß es in Frankreich weite Kreise gibt, die Förster gerne als den Staatspräsidenten eines neuen „Deutschen Bundes" sehen würden. Ich glaube niemals, daß dieser neue Bund eine solche innerpolitische Belastungsprobe ertragen könnte."

Der gleiche Brief Bothmers an Heim vom 21. April gibt uns aber eine weitere verblüffende Aufklärung:

Als Ersatz für die vorgesehene und dann abgesagte Besprechung mit Monsieur Barthou in Bern hatte Dr. Heim die Verhandlungen mit den Franzosen durch einen Agenten weiterführen lassen. Diesmal aber weder durch Graf Bothmer noch durch Prof. Förster, seinen Gesandten in der Schweiz, sondern durch einen Dr. Ritter. Auch diese

Verbindung hatte Graf Bothmer nur durch Zufall, bei einer Zusammenkunft mit Heim und Ritter im Hause des Ministers Dr. Neumann in München, entdeckt und ist auch hierüber ungehalten. Er schreibt in seinen Erinnerungen:

„. . . . . Am 16. April wurde ich von ihm, so mittags zwischen 1 und 2 Uhr, in die Wohnung des Ministers Dr. *Naumann* (Pilatus Naumann) nach der Ottostraße gerufen. Naumann kannte ich bis dahin nicht, brachte ihm aber aus verschiedenen Gründen lebhaftes Mißtrauen entgegen. Bei Naumann traf ich außer Heim auch den Schriftsteller Dr. *Ritter*, der früher im alldeutschen Lager tätig war und unter anderem die Broschüre Berlin-Bagdad verfaßt hatte. In Gegenwart dieser Zeugen veranlaßte mich Dr. Heim, eine freimütige Darstellung meiner Auffassungen und Beobachtungen der *französischen Politik* zu geben und sagte am Schlusse meiner Darlegungen, die für mich ebenso interessanten wie unerklärlichen Worte: „Sie sehen, Herr Minister Naumann, daß Graf Bothmer dieselbe Auffassung hat, wie Sie, und daß er durchaus richtig sieht". Nach dem Auseinandergehen begleitete mich Dr. Ritter und eröffnete mir zu meinem lebhaften Erstaunen, daß er der **Verbindungsmann zwischen Prof. Wilhelm Förster,** dem bayerischen Gesandten zu Eisners Zeiten in der Schweiz sei, und **daß er nun im Auftrage** Dr. **Heims nach Wiesbaden sich zu begeben habe, um dort mit hohen Beamten des Quai d'Orsay zusammenzutreffen.** Da ich mich vor den Wagen des internationalen Pazifismus nicht spannen lassen wollte, habe ich dafür gesorgt, daß Ritters Mission eine einmalige Extratour Dr. Heims blieb."

Graf Bothmer hat sein Gedächtnis freilich wieder einmal im Stich gelassen. Dr. *Ritter* war nämlich nicht nur der Verbindungsmann zwischen Dr. Heim und Prof. Förster, sondern *gleichzeitig auch der Kurier, der den Verkehr zwischen Dr. Dorten und ihm selber, Graf Bothmer, vermittelte.* Am 21. April schreibt Bothmer an Heim:

„Es war wieder einmal sehr nützlich, daß Sie mich in der Wohnung des Ministers Naumann mit Dr. *Ritter* sofort zusammengeführt haben. Denn wenn auch Dr. Ritter mir nichts davon sagte, **daß Sie ihn zu einer diplomatischen Mission bei den Franzosen bevollmächtigt hatten,** und ich daher nicht in der Lage war, Ritter vorher so zu instruieren, daß es nicht zu neuen Mißverständnissen bei den Franzosen kommen konnte, so habe ich die Möglichkeit gehabt, ihn in *Wiesbaden* zunächst an *jene Stelle* zu weisen, wo für unsere *verschiedenen Leitungen* die *Sicherungen* angebracht sind, *damit wir keinen Kurzschluß bekommen.* Und wie Sie aus dem beiliegengen Brief Dr. *Dortens* an mich, den Dr. Ritter mitgebracht hat, ersehen können, war das sehr notwendig. Ritter selbst ist gestern und heute bei mir gewesen und hat auch von sich aus mir gedankt, daß ich auf diese Weise mitgeholfen habe, seine Sendung zu einer nützlichen zu machen. Er wird Ihnen ja wohl inzwischen in der *Schweiz* auch mündlich berichtet haben."

Es sind *hochpolitische* Verhandlungen, die hier im Auftrage von Dr. Heim durch seinen Agenten Ritter mit Frankreich geführt werden. *Es handelt sich um das Schicksal Bayerns. Um das Schicksal des Deutschen Reiches.* Graf Bothmer empfiehlt denn auch die größte Vorsicht:

„Ferner habe ich verhindert, daß Dr. Ritter zu Herrn von K(ahr) geht. Denn erstens ist Ritter als Vorarlberger nicht die geeignete Mittelsperson zwischen den französischen Regierungsvertretern und der augenblicklichen bayerischen Staatsregierung und zwei-

tens muß unter allen Umständen daran festgehalten werden, **daß jeglicher außenpolitischer Verkehr mit der bayerischen Regierung durch Ihre Hände geht,** damit nicht in Ihrer Abwesenheit unbeholfene und schlecht unterrichtete Regierungsstellen eine offizielle Haltung einnehmen, die Sie dann unter Umständen wieder desavouieren müssen. So nützlich es ist, durch eine Reihe von Mittelspersonen und verschiedenartigen Naturen Fühler auszustrecken, so sehr muß doch verhindert werden, daß solche politischen Liftboys ihre eigenen Wege gehen. Sonst erwecken wir bei den Gegenspielern den Eindruck der Unsicherheit und des Mangels an einheitlicher Führung und sind damit die Unterlegenen.

Ich gehe auch selbst nicht zu Herrn v. K(ahr), sondern warte mit der Uebermittlung des Wunsches nach einer offiziellen Erklärung über das Agrément des Herrn Dard, bis Sie selbst die Sache in die Hand nehmen.

In dem Bericht aber, den Ritter über Förster weitergibt, ließ ich diesem bereits sagen, daß es wünschenswert sei, wenn Dard jetzt inoffiziell nach München käme und alle weiteren Schritte in dieser Sache von einer Aussprache zwischen Ihnen und ihm durch Ihre Vermittlung dann bei Kahr abhängig machen ließe."

Graf Bothmer diktiert dann die Richtlinien, welche die bayerische Politik bis zu den Wahlen einhalten muß:

„... In dem gleichen Bericht habe ich auch wieder gut zu machen versucht, was Ritter an falschen Vorstellungen über den in Bayern möglichen Weg bei den französischen Regierungsvertretern erweckte. Ritter hat sich eingebildet, Sie würden jetzt sofort die Regierungsgeschäfte übernehmen, und den Franzosen die Meinung beigebracht, **in den nächsten 14 Tagen würde durch Ihre Politik die Loslösung Bayerns vom Reich kommen.** Wenn man weiß, welche Kinder die Franzosen sind, dann wird man auch erkennen, wie gefährlich solche falschen Darstellungen auf den weiteren Verkehr zwischen ihnen und uns wirken müssen. Ich habe daher dafür gesorgt, daß Ritter nunmehr mitteilt: Die kommende Politik in Bayern hängt vollkommen von dem Ausgang der Wahlen ab. Eine aktive Haltung Bayerns gegenüber Berlin ist durchaus falsch. Die föderalistische Entwicklung muß sich praktisch als eine Politik der Defensive und der Notwehr gegenüber der Entwicklung in Berlin durchsetzen. Sollten die Dinge in Berlin derart schroffe Formen annehmen, daß die bayerische Staatsregierung schon vor dem Abschluß der Neuwahlen zu gewissen Schritten gedrängt wird, so dürfte das nie soweit gehen, daß dadurch starke Gegensätze und neue Zerklüftungen in die bayerische öffentliche Meinung hineingetragen würden, und es müßte alles versucht werden, um stets in **Fühlungnahme und Einvernehmen mit anderen süddeutschen Regierungsstellen dabei zu bleiben."**

Nach diesem Bericht Bothmers hatte Dr. **Ritter den Franzosen die Loslösung Bayerns vom Reich durch** Dr. **Heim schon für die nächsten 14 Tage versprochen. Und zwar versprochen im Auftrage von Heim!** Sollte er seinen Auftraggeber so vollkommen mißverstanden haben? Oder trieb etwa Dr. Ritter jetzt auch seinerseits eigene bayerische Politik?

Oder aber: hatte tatsächlich Dr. Heim geglaubt, der Augenblick zum Handeln sei gekommen und entsprechend die Franzosen durch seinen Agenten unterrichten lassen??

Wir wissen es nicht, denn seine Antwort auf den Brief Bothmers vom 21. April ist uns nicht bekannt. Wir wissen nur, daß Bothmer in diese unter seiner Umgebung durch Ritter im Auftrage Heims geführten Unterhandlungen mit Frankreich zunächst nicht eingeweiht war. Und daß auch Bothmer in diesem Falle etwas mißtrauisch gewesen sein muß und vielleicht an die dritte Möglichkeit gedacht hat. Wir vermuten es wenigstens aus der Bemerkung, die er in seinen Erinnerungen der Mitteilung von dieser „einmaligen Extratour" des Chefs vorausschickt: „daß Dr. Heim **nicht nur in diesem Rahmen einer bayerisch-deutschen Politik** Beziehungen zu **Frankreich** unterhalten wollte und deshalb sich bemühte, wenigstens für einen kurzen Augenblick sich meiner Kontrolle zu entziehen."

Ergänzend können wir noch bemerken, daß wir heute wenigstens auch wissen, wohin und zu wem Dr. Ritter in diplomatischer Mission von Heim geschickt worden ist. In einem Beleidigungsprozeß von Dr. Heim zu Grünstadt wurde der Fall erörtert.

In der Berufungsverhandlung des gleichen Prozesses, (Dr. Heim ./. Förster) zu Neustadt a. d. H., April 1932, wurde dies bestätigt: das Gericht erachtete es für erwiesen, daß der verstorbene Schriftsteller Dr. Ritter aus Winterstetten „auf Wunsch und im Einverständnis mit Dr. Heim noch im April 1920 nach Wiesbaden gereist sei, um dort mit zwei französischen Ministerialbeamten, Monsieur Dard (dem späteren französischen Gesandten in München) und Monsieur Boucher, zu verhandeln." Ferner wurde festgestellt, daß Dr. Ritter für diese Reise 1500 Franken von den Franzosen erhalten hatte!

Dr. Heim stand also durch seinen Agenten Ritter mit Monsieur Dard schon in politischer Verhandlung zur gleichen Zeit, als Graf Bothmer durch Vermittlung von Prof. Förster in der Schweiz die französische Regierung auffordern ließ, Monsieur Dard zum Zweck einer solchen Verhandlung mit Dr. Heim nach München zu schicken!

Welchen Wert aber auch die französische Regierung auf diese Aussprache von Dard mit dem Bevollmächtigten des eigentlichen Leiters der bayerischen Politik, Dr. Heim, gelegt hat, ersehen wir daraus, daß sie dem Agenten Dr. Ritter die Rückfahrkarte München-Wiesbaden mit 1500 Franken bezahlt hat.

Der Botschafter einer Großmacht hätte für einen Extrazug auch nicht mehr berechnet.

*

Geheimnisvolle Reisen

Wir erkennen jetzt aber noch mehr: Den Verhandlungen, die Dr. Ritter im Auftrage von Heim in Wiesbaden mit Monsieur Dard, dem späteren französischen Gesandten in München geführt hat, waren schon andere vorausgegangen, die vorher von Heim persönlich mit französischen Regierungsvertretern eingeleitet worden waren. Er selber hat es ja zugegeben.

Aber noch etwas anderes ergibt sich aus dem Briefwechsel. Aus dem Schreiben Bothmers vom 21. April haben wir ersehen, daß Dr. Heim noch ein zweites Mal in der Schweiz gewesen ist. Und zwar ebenfalls noch in diesem Monat April 1920. Zu welchem Zweck? Wir können heute wohl bestimmt behaupten: nicht seiner Kinder wegen und auch nicht zur Erholung. Sondern **zur Fortsetzung dieser politischen Verhandlungen mit ausländischen Staatsmännern oder ihren Agenten.** Denn über das Geheimnis seiner ersten Aprilreise zur Schweiz erfahren wir aus diesem Schreiben Bothmers auch noch etwas Genaueres. Wir hören sogar, **daß Dr. Heim bei dieser ersten Reise überhaupt nicht in der Schweiz geblieben, sondern nach Italien weitergefahren ist:**

> „Nun war es natürlich undiplomatisch und unerwünscht, daß Ritter drüben etwas von Ihrer italienischen Reise sagte. Wie er dazu kommt, drüben die Behauptung aufzustellen, Sie seien nach San Remo gefahren, blieb mir unerklärlich. Ritter sagte mir, Sie hätten ihm das gesagt. Da ich ja von Ihnen selbst weiß, daß Sie nach Mailand und Rom gefahren sind, muß ich annehmen, daß er Sie mißverstanden hat. Ich habe nun die Sache so gedeichselt, daß durch einen Bericht Ritters, der über Förster geht, die Franzosen den Schluß ziehen können, Sie hätten im letzten Augenblick dem französischen Wunsche entsprochen und seien nicht nach San Remo, sondern nach Rom gefahren."

Ritter hat also zum zweiten Mal Dr. Heim mißverstanden! Hat trotz akademischer Bildung und Doktorgrad Rom und San Remo verwechselt!

Oder sollte es sich auch hier um eine kleine Extratour des Geheimrats handeln — diesmal um eine auf der Landkarte?

Im Grunde ist es aber ja gleichgültig, ob seine diplomatischen Verhandlungen nun in Rom oder in San Remo gewesen sind. Auf jeden Fall bestätigt der Brief von Bothmer, daß solche Verhandlungen tatsächlich stattgefunden haben, und über ihren Inhalt hat sich überdies Dr. Heim selber in einem an Graf Bothmer gerichteten Schreiben vom 12. April geäußert:

> „Im Verkehr, den ich die letzten Monate mit Franzosen hatte, und zwar immer vor Zeugen, habe ich den Herren immer ein und dasselbe gesagt: Ueber eines müssen Sie sich klar sein, wollen Sie eine haltbare Politik machen, tun Sie das nicht mit Vaterlandsverrätern und nicht mit unanständigen käuflichen Elementen. Frankreich hätte alle Veranlassung, sich mit uns zu verständigen. Ich konzediere Frankreich das Bestreben, sich gegen Osten zu sichern. Das kann mir vom deutschen Standpunkt aus außerordentlich schmerzlich sein, aber es ist verständlich. Frankreich aber übersieht bei dieser Sicherung nach Osten oder sagen wir bei dieser nationalen Politik, die internationale, den Bolschewismus, der die westliche Kultur zerstören will, und den es bisher schon in Deutschland durch sein Festhalten am Friedensvertrag, der unerfüllbar ist, gefördert hat und neuerdings durch seine aktive Politik. Ferner übersieht Frankreich die Rolle Englands und die altübliche englische Kontinentalpolitik. Frankreich hat ein Interesse daran, seinen nächsten Nachbar gesund zu erhalten und dieses Interesse gibt ihm den Boden, damit sich beide Länder verständigen. Ich gebe zu, daß der Zentralismus, wenn auch nicht bei den

gegenwärtigen politischen Machthabern, so doch für die Zukunft für Frankreich gefährlich werden kann. Gut, sollen Sie in dieser Hinsicht recht bekommen, uns aber ehrlich sagen: mit einem föderalistischen Deutschland, das das Schwergewicht in die Einzelstaaten verlegt, sind wir gern bereit, uns zu verständigen und es zu fördern.

Dann müssen aber die Franzosen auch großmütig sein. Sie müssen ihre Spekulation auf das linke Rheinufer definitiv aufgeben, sie müssen den Friedensvertrag revidieren. Einmal muß den alten Streit ein großmütiges Vergessen definitiv aus der Welt schaffen. Großmütig aber kann nur der Sieger, nie der Besiegte sein. Frankreich schwankt in seiner Politik in der Furcht vor dem Bolschewismus und der Furcht vor dem Militarismus und der Revanche. Gegenwärtig ist Frankreich offenbar des Glaubens, der Bolschewismus sei das kleinere Uebel. Sein Verhalten in Ruhrgebietsfragen bestätigt dies. Das ist eine höchst unglückliche Politik. Ich spreche hier vom französischen Standpunkte aus. Das ist französische Preußenpolitik. Diese Politik wird sich rächen. Frankreich wird angesteckt werden, zunächst Belgien und Nordfrankreich. Dafür liegen heute schon die Beweise vor. Dann ist aber die ganze Politik falsch. Gibt es denn keinen bolschewistischen Militarismus? Und wie glänzend könnte heute Frankreich seine Stellung in Westeuropa gestalten, und diesen welthistorischen Moment versäumt Frankreich. Es präpariert sich das Verderben. Vor lauter Mißtrauen kommt Frankreich zu keinen klaren Linien. Man hat sich in Frankreich noch keinen Augenblick bemüht, darüber nachzudenken, ob es nicht eine ehrliche Gemeinschaftsarbeit zwischen beiden Ländern geben könnte, die allerdings zur Voraussetzung hat, daß in Deutschland kein Stachel zurückbleibt, so daß eine dauernde Gemeinschaftsarbeit dadurch angebahnt würde."

Der Inhalt des Schreibens enthält einige sehr bedenkliche Stellen. Aber immerhin könnte auf diese briefliche Darlegung seiner Politik gegen Heim der Vorwurf, April 1920 den Franzosen, sei es in Rom oder in San Remo, eine Aufteilung des Deutschen Reiches vorgeschlagen zu haben, nicht begründet werden. Er verlangt nur ein „föderalistisches Deutschland"; also einen deutschen Bundesstaat oder allenfalls einen deutschen Staatenbund.

Dabei wurde dieser Brief von Heim im Auftrage Bothmers durch einen anderen ihrer Verbindungsleute, den Prinzen Isenburg, an den militärischen Oberkommandeur Frankreichs am Rhein, General Degoutte, in Urschrift weitergegeben. Graf Bothmer teilt es Dr. Heim am 21. April mit.

Wir können sogar noch mehr feststellen: Der Heim'sche Brief vom 12. April war sogar zum Zweck dieser Weitergabe an die Franzosen geschrieben worden. Graf Bothmer hatte zwei Tage vorher, am 10. April, eine solche Stellungnahme gegen die Politik des Quai d'Orsay bei Dr. Heim bestellt. Sie war für einen diplomatischen Schachzug bestimmt (weshalb auch Heim sich später beklagt hat, Graf Bothmer und Dorten hätten den Brief mißbraucht).

Und doch stimmt der Inhalt des Briefes nicht, wenigstens soweit er angibt, was Dr. Heim bei seinen Verhandlungen den Franzosen über seine politischen Forderungen mitgeteilt hätte. Wir besitzen nämlich ein Dokument, das nicht nur die Streitfrage, wohin Dr. Heim bei seiner ersten

Schweizer Reise weitergefahren ist, entscheidet, sondern auch Auskunft gibt, welche Richtlinien für die bayerische Politik er bei diesen Verhandlungen in Italien Anfang April 1920 aufgestellt hat.

*

Das Protokoll Kastner

Eins der wichtigsten Beweisstücke für die Politik von Dr. Heim bildet das sogenannte „Protokoll Kastner“ von Mai 1920; so genannt, weil es die von dem Kommerzienrat Kastner in Burgfarrnbach niedergeschriebene und mit seiner durch andere Herren beglaubigten Unterschrift versehene Inhaltsangabe einer Besprechung ist, in welcher Dr. Heim eingehende Mitteilungen über sein außenpolitisches Programm gemacht hatte. Dieses Protokoll wurde dann von einem Hauptmann Mayr zur Kennzeichnung der landesverräterischen Bestrebungen des Bauerndoktors veröffentlicht. Es lautet:

„In einer vertraulichen Besprechung am 6. Mai 1920 äußerte sich Dr. Heim über seine Politik wie folgt:

Mein Hauptziel, das ich besonders in San Remo verfolgt habe, ist das, die Engländer und Franzosen gegenseitig auszuspielen, jedem dieser beiden Hauptfaktoren eine ihnen angenehme Politik vorzuschützen, beide aber im Unklaren zu lassen über die eigentlichen Ziele.

Ich habe in San Remo den Franzosen als meine Politik bezeichnen lassen und selbst bezeichnet: das Unglück für Deutschland war und ist die Vorherrschaft von Preußen. Preußen muß somit ausgeschaltet werden. Mein Ziel ist ein Donaubund, dessen **Kern und maßgebender Faktor Bayern ist.** An Bayern werden sich anschließen Vorarlberg, Tirol, Salzburg und Teile von Deutsch-Oesterreich, jedoch unter Ausschluß von Wien, das mit einer größeren neutralen Zone ausgeschaltet werden soll. **Baden und Württemberg werden als französische ‚Vorprovinzen‘ ganz unter Frankreichs Einfluß gestellt und bilden die Brücke zum Donaubund. Eine Hegemonie Frankreichs wird anerkannt.** (Es folgen Mitteilungen Dr. Heims über die Einleitung dieser Beziehungen zu San Remo.) Bei den Besprechungen, die Dr. Heim in San Remo selbst mit Franzosen hatte, wurden die gleichen Gedankengänge ventiliert.

Nach San Remo begab sich Dr. Heim nach Zürich und hatte dort Besprechungen mit Engländern. Die diesen entwickelten Pläne sind: Deutschland muß im Interesse von Europa konsolidiert werden. Der starke Einfluß Preußens muß gebrochen und ausgeschaltet werden. Der Norden Deutschlands ist der bolschewistischen Gefahr rettungslos verfallen. Nur Süddeutschland kann sich halten. Aus der bevorstehenden Auseinandersetzung mit dem Bolschewismus muß sich eine **vorübergehende Loslösung Süddeutschlands vom Reich** ergeben. In der anschließenden Neugestaltung wird der Gedanke eines **Großbayern als führende Macht in Deutschland** verfolgt. An Großbayern schließen sich an: Vorarlberg, Tirol, Salzburg und Deutsch-Oesterreich ohne Wien. Ueber Deutsch-Oesterreich wird Verbindung mit Ungarn und damit weiter eine Verbindung mit dem Balkan und Rußland (und damit Asien) hergestellt. Auf diese Weise kann der Einfluß am Balkan, den Frankreich sich jetzt schon auf wirtschaftlichem Wege sichern will, zurückgedämmt werden. Diese ganze Entwicklung könnte nur in engstem Anschluß an England betrieben werden.“

Nach dieser Darstellung hat Dr. Heim allerdings die Franzosen und die Engländer gegeneinander auszuspielen versucht. Aber zu welchem Zweck? Nur, um beide geneigt zu machen zur Unterstützung seiner eigenen Pläne. Und diese Pläne, für die er die beiden feindlichen Mächte vorzuspannen suchte, hat er jeder von ihnen, zwar mit anderer Begründung, aber **im Ziel vollkommen übereinstimmend** geschildert! Es war nichts anderes, als das, was er schon in seinem Aufsatz vom 30. Nov./1. Dez. 1918 und in seinen Unterhandlungen mit Marschall Foch am 19. Mai 1919 gefordert hatte:

die Errichtung eines Donaubundes, dessen Kern ein Großbayern mit Einschluß von Deutsch-Oesterreich, jedoch ohne Wien sein sollte. Und abgetrennt vom Deutschen Reiche.

Die Richtigkeit des Protokolles Kastner hat Dr. Heim in einer gegenüber seinen sonstigen Verlautbarungen recht zahmen Erklärung bestritten. Am 25. März 1921 schrieb er im „Bayerischen Kurier“:

> „Dann wird ein Märchen erzählt von einem katastrophalen Abreißen der Fäden zwischen Heim und den leitenden französischen Staatsmännern infolge der Veröffentlichungen des Stabsoffiziers Hauptmann Mayr. Dr. Heim wurde als Vermittler unmöglich. Ich habe vorher nicht vermittelt und nachher nicht vermittelt.“

Gegenüber dieser Ableugnung hielt Hauptmann Mayr in einem im Sommer 1921 an Vitus Heller gerichteten Schreiben seine Behauptung von der Echtheit des Protokolles in aller Form aufrecht:

> „. . . Ich darf betonen, daß ich die Angaben, soweit sie von Herrn Kastner unterschriftlich anerkannt sind, nie zurückgenommen habe, daß ich sie auch heute noch aufrecht erhalte, und daß Dr. Heim seine ausdrückliche Zusage gerichtlicher Verfolgung (‚Fränk. Kurier‘ Nr. 277) bis heute noch nicht eingelöst hat. Dr. Heim weiß auch sehr gut, daß die Erklärung, die auf vielseitiges Drängen hin Herr Kastner ihm endlich schickte, durchaus kein Dementi war, wenn sie auch in den Augen harmloser Leute bei auszugsweiser Veröffentlichung (‚Bayer. Staatszeitung‘ Nr. 166/20) als Dementiersatz wirken mochte. Langatmige schriftliche Erklärungen, die mir der Dr. Heim noch im Februar 1921 zu machen für gut fand, brachten auch nicht den notwendigen Nachweis, daß Dr. Heim niemals in bayerisch-französischer Geheimdiplomatie gemacht habe . . . Vielleicht entschließt sich Dr. Heim nun endlich doch, seine Drohung endlich wahr zu machen und mich (vergl. „Fränk. Kurier“ Nr. 277/20) vor Gericht zu ziehen, wenn ich nochmals betone, daß ich seine außenpolitische geheime Drahtzieherei als unerträgliche Anmaßung, als schädlich und als verächtlich ablehne.
>
> Der großbayerische Dilettantismus des Dr. Heim, der übrigens gerade in den letzten Monaten in bedenklichen Umtrieben zwar enger aber nicht unwesentlicher bayerischer politischer Kreise Schule gemacht hat, ist es gerade, der den verrückten französischen Imperialismus, der ja auch einen klerikal-feudalen Einschlag hat, immer wieder mit neuen Hoffnungen füttert.“

Eine gerichtliche Auseinandersetzung zwischen Dr. Heim und Hauptmann Mayr hat unseres Wissens nie stattgefunden. Wir dürfen deshalb das Protokoll Kastner als echt in die Reihe der für den Landesverrat der bayerischen „klerikal-feudalen Kreise“ vorhandenen Urkunden aufnehmen. Wenn es aber noch eines Beweises bedürfte, daß Dr. Heim diese Ausführungen gemacht hat und daß die Veröffentlichung des Protokolles darüber ihn in den

Augen der Franzosen verdächtig gemacht hatte, so finden wir diesen Beweis in einem Brief von Graf Bothmer, den dieser am 6. Juli an Dr. Heim richtet, und worin er ihm über seine Unvorsichtigkeit Vorwürfe macht:

„So kommt man natürlich als Diplomat in eine schiefe Lage und es ist nicht nützlich, wenn man im weiteren Verlauf seine Verhandlungsfähigkeit immer mehr selber untergräbt. So darf man natürlich nicht wenige Wochen nach einem sehr wichtigen Gedankenaustausch mit irgendeiner fremden Macht, den man als bayerischer Politiker und Föderalist geführt hat, in einer Abwehrerklärung gegen eine nationalistische Intrigue (Veröffentlichung des Hauptmanns Mayr) rühmend hervorheben, daß man ja nur England und Frankreich gegeneinander ausspielen wolle!"

Mit diesem Protokoll Kastner ist jetzt aber auch gleichzeitig das Geheimnis der ersten Schweizer Reise von Dr. Heim gelüftet:

Nein, der Agent Ritter hat sich, wenigstens in Bezug auf die Städtenamen, nicht verhört. Heim ist, so wie Ritter es in Wiesbaden Monsieur Dard und Monsieur Boucher mitgeteilt hatte, tatsächlich in San Remo und nicht in Rom gewesen.

Im übrigen wissen wir jetzt auch, weshalb Dr. Heim auf dem Bahnhof in Zürich gesehen worden ist:

In Zürich haben seine Besprechungen mit den Engländern stattgefunden.

*

Kurierbrief Dortens

Wir können die Richtigkeit dieser Angaben aber nochmals beglaubigen. Wir können nachweisen:

Auch Graf Bothmer war nicht nur in diese Verhandlungen von Dr. Heim mit ausländischen Staatsmännern wenigstens nachträglich eingeweiht worden, sondern er hat sogar ebenfalls solche Verhandlungen geführt. Mit Franzosen. Aber auch mit Engländern. Sogar mit Italienern. Er hat es selber zugestanden.

Am 1. Mai 1920 berichtet ein **Kurier Dortens:**

„Heute Vormittag hatte ich wieder eine längere Konferenz mit Graf Bothmer", deren Ergebnis etwa folgendes ist:

(Graf Bothmer:) Augenblicklich bin ich in der tiefsten Arbeit, da ich Vorbereitungen treffe, die Wahlen im Rheinland und in Bayern zu leiten. Nach dem Rheinland reise ich heute Nacht ab und kehre dann um den 10. Mai herum nach München zurück, um hier die Aktion zu beginnen.

Wir haben uns mit Franzosen, Engländern und Italienern verständigt, die unsere Bestrebungen mit größter Sympathie verfolgen und einen freundnachbarlichen Verkehr zugesichert haben.

Die Rheinbewegung ist jetzt mit der unsrigen in engster Fühlung; Dr. Dorten scheidet aus und die Rheinbewegung ist völlig in die Hände der Christlichen Volkspartei übergegangen, die nichts anderes ist, als ein Echo der Bayerischen Volkspartei des Dr. Heim.

Die Christliche Volkspartei und die Bayerische Volkspartei, das ist der Block, auf dem sich das neue System aufbaut.

Ich mache kein Hehl daraus, daß ich engste Verbindungen mit dem Ausland angeknüpft habe, denn nur darin erblicke ich die Rettung.

Ich bin sehr erfreut, sagen Sie dies bitte Capitaine L., wenn er mich heute in meiner Wohnung aufsucht und stehe gerne Rede und Antwort, aber — Offenheit und Ehrlichkeit muß die Triebfeder sein! Ich habe jede Verbindung mit Tirard abgelehnt, und Tirard sollte abberufen werden, was noch nicht geschehen ist, da die Engländer sich gegen einen Politiker in Koblenz bis jetzt gesträubt haben, der Entscheidung in der deutschen Frage bringen könnte. Aber ich habe erreicht, daß wir in den nächsten Tagen den Minister und Bevollmächtigten der französischen Republik Dard nach München bekommen, der bereits den Auftrag hat, sich mit mir in Verbindung zu setzen.

Wenn Sie — (er meinte mich) — als Spezialkurier tätig sind, so mache ich gerne von Ihrem Anerbieten Gebrauch, wenn ich nach dem 10. Mai Dinge nach linksrheinisch zu berichten habe.

Es ist mir auch lieb, wenn Sie die Verbindung zwischen der französischen Kommission und uns aufnehmen.

Was Eichhorn anbelangt — ich kenne ihn auch — weiß ich, daß er ein Schwindler ist; er hat auch Sie betrogen, denn er arbeitet für die Rheinbewegung nicht.

Jedenfalls werde ich Wadlinger und die Kölner Herren sofort verständigen, denn wir verzichten auf die Leute der ‚Freien Pfalz'. **Dr. Heim muß sich momentan noch im Hintergrunde halten,** denn der Augenblick für ihn ist noch nicht gekommen, **aber er wird der Mann des ‚neuen Deutschland'.**

Der größte Teil unserer Regierungsbeamten steht auf unsere Seite, **und der Ruf ‚Los vom Reich' ist zu einem wirkungsvollen Schlagwort geworden.**

Seien Sie versichert, die nächsten Wochen bringen die Entscheidung. Nach dem 10. Mai kann ich Ihnen unser Programm genau entwickeln, und vielleicht bedarf ich auch Ihrer Mitarbeit nach einer gewissen Seite hin."

Einige Wendungen dieser Angaben Bothmers erinnern unmittelbar an den Brief Heims vom 12. April, worin dieser über die Richtlinien seiner Politik spricht. Aber, so wie diese brieflichen Aeußerungen von Heim durch das Protokoll Kastner ergänzt wurden, enthält auch dieser Bericht über die vertrauliche Unterredung mit dem Grafen Andeutungen über die weiteren, die letzten und in der Oeffentlichkeit selbstverständlich nie eingestandenen Ziele der bayerischen Zentrumspolitik.

Und noch etwas fällt uns auf: Graf Bothmer versichert dem Ausfrager zuversichtlich, schon die nächsten Wochen würden die Entscheidung bringen.

Sollte sich dann doch vielleicht auch Dr. Ritter nicht verhört haben?

Er hatte den Franzosen mitgeteilt, Dr. Heim habe von 14 Tagen gesprochen.

Vitus Heller aber hat Recht, wenn er schreibt:

„Welche Geheimdiplomatie und welche Nebenregierung in Bayern tut sich da auf! Es läßt sich gar nicht übersehen, welche Folgen aus all diesen geheimen diplomatischen Drahtziehereien entstanden wären, wenn diese Kreise nicht gestört worden wären und dann Dr. Heim den Bothmer abschüttelte, um im Unterstand zu verschwinden."

In der Pfarre St. Columban in Köln

Der Aufforderung seines Impresario Graf Bothmer vom 4. Mai 1920, zu einer Gastspielreise ins Rheinland zu kommen, war Dr. Heim gefolgt.

Wie eine Primadonna wurde er empfangen. Regie und Beleuchtung klappten vorzüglich. Auch die Pressereklame. Bothmer verstand sich darauf.

Heims erste persönliche Zusammenkunft mit Dorten fand am 31. Mai zu Köln in der Pfarre St. Columban, der Wohnung des bekannten Separatisten Oberpfarrer Kastert statt, bei dem Dr. Heim auch abgestiegen war. Graf Bothmer hatte die Unterredung vermittelt. Außerdem war nur noch das Ehepaar Dr. Zacherl anwesend.

Ueber den Verlauf der Zusammenkunft wissen wir aus den Erinnerungen von Bothmer und aus seiner Zeugenvernehmung (vom 27. 11. 31 in Grünstadt) Bescheid. Dr. Heim begrüßt Dorten herzlichst; kommt auf ihn zu: „Ich freue mich sehr. Ich warte schon lange auf Sie. Ich habe Sie viel zu fragen."

Sie haben dann in der Wohnung von Kastert in einem oberen Zimmer etwa 2 Stunden unter vier Augen verhandelt. Ueber diese Besprechung schreibt Bothmer:

> „. . . . . Das Ergebnis dieser Unterredung bestand darin, **daß Dr. Heim Dr. Dorten veranlaßte, ihm sofort im Rheinland eine Unterredung mit einem bevollmächtigten Vertreter der Pariser Regierung zu vermitteln, wobei Heim ausdrücklich darauf hinwies, daß er ja doch der eigentliche Träger der bayerischen Politik sei. Dies wurde mir übereinstimmend sowohl von Dr. Heim wie von Dr. Dorten gesagt."**

Am folgenden Tag, dem 1. Juni, spricht Dr. Heim im Gürzenich zu Köln in einer Wahlversammlung der Christlichen Volkspartei.

Bothmer erzählt weiter:

> „Am Fronleichnamstage, abends also am 3. Juni, traf Heim in Wiesbaden als Gast Dr. Dortens in dessen Haus, Hildastraße 14, ein. Am Freitag, den 4. Juni, nachmittags 5 bis 8 Uhr, hatte Dr. Heim im Schlosse zu Mainz eine Unterredung mit General Degoutte, der inzwischen von dem damaligen Ministerpräsidenten Millerand, auf Grund eines von Dr. Dorten veranlaßten Telegrammwechsels, dem Wunsche Dr. Heims entsprechend, **ausdrücklich bevollmächtigt worden war, als unmittelbarer Vertreter des französischen Ministerpräsidenten mit Heim zu verhandeln und über die Unterredung ohne Zwischeninstanzen unmittelbar an Millerand zu berichten,** und der eingangs der Unterredung mit Dr. Heim diesem offizielle Mitteilung über einen solchen Charakter der Unterredung machte."

Welchen Wert die Franzosen dieser Zusammenkunft und Aussprache zwischen Dr. Heim und General Degoutte in Mainz beilegten, ergibt sich schon daraus, daß zur Entgegennahme der Mitteilungen des bayerischen Parteiführers **der französische Ministerpräsident persönlich seinen militärischen Oberkommandierenden in den Rheinlanden bevollmächtigt hatte.**

Wir werden erinnert, daß Heim ja auch Mai 1919 ohne Weiteres Zutritt und Gehör bei dem höchsten militärischen Befehlshaber Frankreichs gefunden hatte. Und diesmal in Mainz wird der Bauerndoktor aus Tuntenhausen gar mit den Ehren eines ambassadeur plénipotentiaire empfangen, des Botschafters eines souveränen Staates. Der General legitimiert sich sogar ihm gegenüber in aller Form unter Bezugnahme auf die ihm vom Ministerpräsidenten in Paris unmittelbar erteilte amtliche Vollmacht. Er und sein Auftraggeber müssen also der Auffassung gewesen sein, in dem Abgesandten den Vertreter, nicht einer Partei und eines deutschen Bauernverbandes, sondern den berufenen Vertreter Bayerns zu empfangen.

Daß die französische Politik aber gerade auf Bayern besondere Hoffnungen gesetzt hatte, zeigt schon die wohlwollende Sonderbehandlung, die dem Lande zuteil wurde. Auch Graf Bothmer weist darauf hin. Er begründet es allerdings mit der französischen Angst vor dem Bolschewismus:

> „Den Beweis dafür, daß die französische Regierung damals keinen Vorteil darin sah, Deutschland in eine bolschewistische Verwirrung hineinzutreiben, hatte sie selbst schon vorher gegeben, und zwar in dreifacher Weise. Das Ultimatum Nollet, bezüglich der Entwaffnung und Auflösung der freiwilligen militärischen Formationen, fand auf die bayerischen Einwohnerwehren keine Anwendung. Die französische Regierung hat fernerhin beschlossen, nach dem Versailler Vertrag von ihrem Rechte Gebrauch zu machen und die Gesandtschaft in München bei der bayerischen Staatsregierung wieder zu errichten, um in München als der Zentralstelle der antibolschewistischen Bewegung, eine Stelle zu einem unmittelbaren amtlichen Verkehr mit Paris zu besitzen. Und schließlich hatte Millerand durch die Vollmachterteilung an Degoutte Herrn Tirard, den Präsidenten der hohen Kommission in Koblenz, ausgeschaltet, welcher, aus rein persönlichen Interessen heraus, ein Gegner dieser europäischen (!) Politik war und die Methode der deutschen Ausbeutung in der brutalsten Form fortsetzen wollte."

*

Aktive Rheinpolitik

Was für Vorschläge hat nun aber Dr. Heim in dieser hochpolitischen Verhandlung in Mainz mit dem französischen Oberkommandierenden gemacht? Hat er wieder, wie in seinem Aufsatz vom 30. Nov./1. Dez. 1918 von der Errichtung eines neuen, erweiterten, selbständigen und von Deutschland abgetrennten Rheinbundes gesprochen? Oder, wie Mai 1919 bei Marschall Foch, von einer unter das Protektorat der Entente zu stellenden Donau-Konföderation, losgelöst vom Deutschen Reiche?

Nein. Dr. Heim hatte sich umgestellt. Was er diesmal als das Ziel der bayerischen Politik angibt, ist nur eine föderalistische Gliederung Deutschlands, aber im Rahmen des Reiches, also unter einer starken Zentralgewalt. In seinem Brief vom 7. Juli 1920, dem vorletzten, den er überhaupt an Graf Bothmer richtet, führt er näher aus, was er in Mainz erklärt habe. Graf Bothmer hatte ihm nämlich geschrieben: die französische Regierung sei nicht in der Lage, die von Heim in der Mainzer Unterredung gezogenen

Richtlinien einzuhalten, da man in seine staatsmännische Eindeutigkeit erhebliche Zweifel setze. (Das unmittelbar vorher veröffentlichte Protokoll Kastner hatte den Franzosen allerdings einige Berechtigung zu diesen Zweifeln gegeben!)

Heim erwidert:

„Die letztere (seine staatsmännische Eindeutigkeit) ist subjektiv; daran kann mich niemand hindern. Gerade meine Unterredung in Wiesbaden war staatsmännisch so eindeutig und klar, daß die Herren Dolmetscher einmal zögerten, meine Antwort dem Fragesteller zu übermitteln, indem sie mir erklärten, ich hätte wohl diesen Herrn mißverstanden. Ich habe Veranlassung genommen, meine Unterredung in Wiesbaden sofort in ihrem wesentlichen Inhalt einer Stelle zuzuleiten, der zur Verwertung die Wege nach Westen offen sind. Was waren nun im wesentlichen meine Ausführungen, die ich machte?

Was ich erstrebte und was möglich war, wäre ein Programm, das man als guter Deutscher vertreten kann, das andererseits aber Frankreich ehrliche Gewähr gibt, für die Garantien, die Frankreich, mir durchaus begreiflich, anstrebt.

Ich habe dann ausgeführt: „Es gibt einen herrlichen Weg, den auch viele akzeptieren können, und das ist die Brechung der Vormachtstellung Preußens und Berlins durch ein streng föderalistisch gegliedertes Deutschland mit zentralisierter Außenpolitik, gemeinschaftlicher Wirtschaftspolitik, Rechtspflege, Heer und Milizsystem, aber mit Kommandogewalt bei den Ländern, und in allen übrigen, besonders in den Beamten-, Personal- und Kulturfragen weitgehende Selbständigkeit und Selbstverwaltung.

Das ist ein Programm, das ein Deutscher vertreten kann und Frankreich würde damit

a) die Vormachtstellung Preußens für alle Zeiten brechen,

b) sich gegenüber einem durchaus friedlichen Deutschland sehen."

Die Angaben werden vollinhaltlich auch von Graf Bothmer in seinen 1926 veröffentlichten Erinnerungen bestätigt. Und dabei hatte Dr. Heim ihn sechs Jahre vorher aus der Partei hinausgeworfen, ihn auch persönlich in einer scharfen Presseerklärung abgeschüttelt; ja, in einem Prozeß von Dr. Zacherl-Köln gegen Deckers-Aachen ihn sogar als Lügner gebrandmarkt! Wenn Bothmer trotzdem Zeugnis ablegt, daß Heim General Degoutte gegenüber eine nationale Politik vertreten habe, so ist dies Zeugnis von besonderem Wert:

„Es ist vollkommen falsch, Dr. Heim unterzuschieben, als habe er bei dieser Unterredung eine bayerische Separationspolitik getrieben oder auch nur den Franzosen den Schein erweckt, als würde er einem derartigen Ziele zustreben. Dr. Heim ließ, so wie ich nicht nur von ihm, sondern auch von der Gegenseite unterrichtet wurde, keinen Zweifel darüber, daß die bayerische Politik letzten Endes eine aktive Reichspolitik sei, zur Abänderung der Weimarer Verfassung, also zur Durchführung des föderalistischen Staatsprinzips und somit zu einer wirksamen Bekämpfung und Ueberwindung der Bolschewisierung Deutschlands."

Wie freilich dieses „föderalistische Staatsprinzip" bei gleichzeitiger ‚aktiver Reichspolitik' durchgeführt werden sollte, wird nicht verraten. Denn Heim verzichtet ausdrücklich auf jede Grenzverschiebung innerhalb der Bundesstaaten:

„Aus der Unterredung entnahm ich aber, daß man diese Sicherung einzig und allein in der Garantie sehe, Preußen, wenigstens den ostelbisch-althistorischen Teil zu isolieren, auf gut Deutsch:

abzutrennen. Darauf erwiderte ich: „Wenn Sie einen Teil vom ostelbischen Preußen, Brandenburg mit den alten Provinzen abtrennen, so bedeutet das gar nichts anderes, als das östliche Deutschland völlig an den Busen von Rußland zu drücken." Ich habe diesen Weg abgelehnt und werde ihn immer ablehnen. Die Gefahr, unter der wir stehen, daß nämlich der Osten den Westen überrennt, würde dadurch nicht gebannt, sondern gestärkt und offen gehalten, und dem bolschewistischen Rußland würde alsbald ein militärisches folgen, das dann dem altpreußischen Militarismus schnell auf die Beine helfen würde."

Also nicht einmal Preußen sollte aufgeteilt werden? (Vom Reich Bismarcks gar nicht zu reden!) Dann gibt es also auch kein Großbayern, nicht mal eine Rheinische Republik? Und kein Welfenreich??

Und das hat Heim gesagt? Und um das dem General zu sagen, war der Bauerndoktor persönlich von Regensburg zum Rhein gefahren? Wir kommen aus dem Staunen nicht heraus.

Genau so gut hätte der Franzose einen Häuptling aus Ostelbien nach Mainz kommen lassen können. Von dem wilden Stamm der Preußenindianer, von denen Heim schon in der Schule gelernt hatte, daß sie als Affen noch auf den Bäumen saßen, als in München schon das erste Hofbräu gebraut wurde.

Und doch ist an diesem Freitag, dem 4. Juli 1920, in Mainz dies Wunder geschehen. Und sogar noch ein zweites:

General Degoutte war mit der Auskunft des bayerischen Abgesandten zufrieden. Wie Graf Bothmer meint, hatte der Franzose von Heim auch gar nichts anderes erwartet. Der Graf hatte ihn allerdings vorher schon darauf vorbereitet:

„. . . . . Diese Eröffnungen waren für den Vertreter Millerands keine Ueberraschungen. Sie bedeuteten lediglich die Verbriefung einer deutschen Politik durch ihren eigentlichen Träger, die ich in meinen vorhergehenden Besprechungen erfolgreich den Franzosen eingetrichtert hatte."

Dann ergänzt Bothmer diese Mitteilungen noch:

„In dieser Unterredung mit General Degoutte hat Dr. Heim die Erwartungen der französischen Regierung auf die innerpolitischen Absichten Dr. Heims in der nächsten Zeit aufs höchste gesteigert. Er zeigte an, daß der Ausgang der Reichstagswahl und die Absichten der bayerischen Staatsführung zu einer aktiven föderalistischen Politik führen würden und daß er entschlossen sei, diesen Kampf aufzunehmen."

Aus diesem Bericht geht nun allerdings merkwürdiger Weise hervor, daß die französische Regierung auf Grund der Unterredung von Heim mit General Degoutte von der „bayerischen Staatsführung" statt einer aktiven Reichspolitik eine „aktive föderalistische Politik" erwartete. General Degoutte scheint sogar den Herrn aus Regensburg so verstanden zu haben, als sei er entschlossen „diesen Kampf aufzunehmen." Es wird nur nicht gesagt, gegen wen „dieser" Kampf aufgenommen werden soll. Vielleicht doch gegen Preußen?

Aber vielleicht hat sich der General auch nur verhört. Dies war ja schon verschiedenen Politikern geschehen, die sich mit Heim über Föderalismus, oder, richtiger gesagt, über seine Auslegung des Begriffes unterhalten hatten.

Nachzutragen wäre noch eine Stelle aus dem Vernehmungsprotokoll von Dr. Liebing (dem ‚Ministerpräsidenten' der Rheinischen Republik), der im Limbourg-Prozeß zu Köln Januar 1928 über die Stellung von Dr. Heim, der Bayerischen Volkspartei und des Zentrums zur rheinischen Abfallbewegung Dortens als Zeuge unter Eid ausgesagt hat:

Frage: „Hat sich Dr. Heim von der Bayerischen Volkspartei mit Dorten in Verbindung gesetzt, um diese Bewegung weiter politisch zu erhalten?"

Dr. **Liebing:** „Ja. Heim war bei mir. Die Sache ist in der Christlichen Volkspartei besprochen worden. **Es ist nicht wahr, daß man nicht Zentrumsmann und Mitglied der Bewegung sein konnte.**"

Frage: „Hat man sich nun die ganze Zeit nach dieser Stellungnahme gerichtet, und zwar auch noch im Jahr 1920?"

Dr. **Liebing:** „Jawohl. Es ist überhaupt eine Lüge, wenn vom Zentrum behauptet wird, es habe sich mit gefalteten Händen von dieser ‚verbrecherischen' Bewegung abgewendet."

Frage: „Welche Gründe haben dazu geführt, daß die Bayerische Volkspartei die Rheinische Bewegung in die Hand nahm?"

Dr. **Liebing: „Um das alte Windthorstzentrum wiederherzustellen."**

*

Bothmer unter Eid

Eigentlich könnten wir hiermit unseren Bericht abschließen und feststellen, daß nach allen politischen Irrungen und Wirrungen Dr. Heim, wie der verlorene Sohn zum Vaterhaus, sich zum Reich zurückgefunden hat. Als treue Chronisten müssen wir aber noch anführen, daß Graf Bothmer noch einmal über den Inhalt der Heim'schen Vorschläge an General Degoutte etwas berichtet hat. Wieder 5 Jahre später. Am 27. November 1931. Als Zeuge in dem Beleidigungsprozeß Dr. Heim ./. Förster vor dem Amtsgericht zu Grünstadt. Und diese Bekundung weicht etwas von seiner früheren Aussage ab.

Hatte die Zeit sein Gedächtnis inzwischen geschärft? Er wurde vom Richter über die Pläne befragt „bezüglich eines Rheinstaates und dergleichen, die er mit Heim erörtert habe, und die wohl auch Grundlage der Besprechungen mit den Franzosen waren."

Und der vereidigte Graf Bothmer antwortet nach dem Pressebericht:

„Er meinte, diese Frage habe eine inner- und eine außenpolitische Seite. Innerpolitisch habe man daran festgehalten, daß durch Preußens Ueberlegenheit nach Fläche und Bevölkerung das Gleichgewicht des Reichs gestört sei. Auch die preußengegnerische Stimmung im Linksrheinischen spreche da mit.

Außenpolitisch waren die Voraussetzungen für die Haltung des Kreises um Bothmer die Beobachtungen, die sie aus Unterredungen mit Dorten, General Degoutte und rheinischen Personen machten: Die Reichsgrenzen sollten nicht berührt werden, aber die innerdeutschen Grenzen so verändert werden, daß die Vormachtstellung Preußens für alle Zeiten getroffen werde und die Kommandogewalt bei den Ländern läge. Derartiges habe man auch den Franzosen vorgeschlagen.

Der Beklagte, Schriftleiter Förster, stellt dazu fest: „Ihre Politik zielte also, ob bewußt oder unbewußt, auf eine Zerschlagung Preußens hin."

Bothmer spricht davon, daß General Degoutte diese Sache **bei den drei- bis fünfmaligen Verhandlungen** sehr ernst genommen habe. Man habe mit ihm das Projekt von dem großen Rhein-Pfälzischen Staat besprochen, das Prinz Isenburg früher schon erörtert hatte.

Bothmer selbst stand mit Dorten und General Degoutte bereits ein Jahr früher in unmittelbarer Verbindung und hat Heim immer darüber Bericht erstattet. Man habe, wie Bothmer erzählt, auch beschlossen gehabt, Prinz Isenburg mit Dorten nach Paris zu senden."

Etwas anders klingt dieser Bericht schon, als das, was Dr. Heim behauptet hatte. Vor allem die Ausführungen über Preußen, dessen Zerstückelung Heim nach seiner Behauptung General Degoutte gegenüber ausdrücklich abgelehnt hätte!

*

Groß-Hessen und Frankreich

Bei seiner Zeugenvernehmung im Prozeß Dr. Heim ./. Förster am 26. November 1931 hatte Prinz Isenburg unter Eid ausgesagt, er habe als Bevollmächtigter der Hessischen Regierung mit den französischen militärischen Stellen, insbesondere mit dem Verbindungsoffizier Boisson verhandelt. Diese Angabe wurde von der Hessischen Regierung bestritten und gegen Prinz Isenburg daraufhin ein Strafverfahren wegen Meineids eingeleitet. Mit welchem Ergebnis, ist uns nicht bekannt. Wir stellen es also dahin, ob er selber tatsächlich die Vollmacht besessen hatte, im Auftrage des Hessischen Staates die Verhandlungen (die er tatsächlich, auch über hessische Fragen mit französischen Besatzungsbehörden gehabt hat) zu führen. Wir wissen aber auf jeden Fall, daß durch andere Mittelspersonen solche Verhandlungen mit den Franzosen im Auftrage des sozialdemokratischen hessischen Ministerpräsidenten Ullrich stattgefunden haben. Und wir wissen ferner, daß Ullrich mit den Abtrennungsbestrebungen der Länder am Rhein einverstanden gewesen ist. Mit seiner Vollmacht hatten sich schon am 20. Juli 1919 Oberregierungsrat Dr. Reitz und Kreisamtmann Strecker zu General Mangin nach Mainz begeben, um ihn um die Erlaubnis zu bitten: „die Bevölkerung der in Betracht kommenden Gebietsteile über die bestehenden Absichten aufzuklären." Diese Absichten aber waren, aus der diplomatischen Sprache in gutes Deutsch übertragen, nichts anderes als eine Werbung für ein „Großhessen."

Nach dem vorliegenden Protokoll seiner Besprechung mit Mangin gab diesem denn auch Oberregierungsrat Dr. Reitz im Auftrage des hessischen Ministerpräsidenten die Erklärung ab: „Die Ansicht der französischen Regierung, daß die Bildung neuer, von der Bevölkerung gewünschter Staaten am Rhein den Interessen des Friedens förderlich sei, stimme überein mit dem Gedanken der Hessischen Regierung."

Wir finden auch hier wieder die dem Kenner der Geschichte des Separatismus schon geläufige Tatsache bestätigt, daß die sozialdemokratischen Führer keineswegs, wie sie es später glauben machen wollten, den sonderbündlerischen Bestrebungen von Anfang an unbedingt entgegengetreten sind. Im Gegenteil haben sie diese vielfach offen unterstützt. Wir erinnern, daß beispielsweise, gleichfalls noch 1919, nach einer Meldung der „Rheinischen Korrespondenz" (Nr. 47. 24. 10. 19) der sozialdemokratische Rechtsanwalt Dr. Jasper, Volksbeauftragter der Republik Braunschweig, öffentlich erklärt hatte:

> „Wir verfolgen mit allergrößtem Interesse den Freiheitskampf unserer Stammesbrüder in Hannover."
>
> Braunschweig werde sich der Niedersächsischen Republik anschließen. Hannover könne selbständig bestehen :„denn es ist seit 1866 von Preußen ausgezogen worden, um die leeren Kassen in Berlin zu füllen."

Die gleiche Haltung dem Separatismus gegenüber hat, wie wir gesehen haben, auch in Hessen die sozialdemokratische Regierung unter Ullrich angenommen.

Wie groß aber, gerade durch die Haltung von Hessen, wo selbstverständlich auch das Zentrum unter Führung von Brentano für die Absonderungspläne eingetreten war, die Gefahr einer tatsächlichen Durchführung dieser Pläne gewesen ist, ergibt sich aus der Zeugenaussage von Prinz Isenburg, eine Besprechung hierüber habe damals zwischen den süddeutschen Regierungen schon stattgefunden, und zwar in Stuttgart.

*

Geheimbericht Dortens

In seinen in der Zeitschrift „Die Wirklichkeit" 1926 veröffentlichten Erinnerungen, also in Mitteilungen, die sich an die Oeffentlichkeit wandten, stellt Graf Bothmer die Ziele des bayerischen „Arbeitsprogrammes", so wie er und Dr. Heim es 1920 vertreten hätten, als durchaus im Rahmen einer, wenn auch föderalistisch eingestellten Reichspolitik liegend dar:

> „. . . . . Die parlamentarische und parteipolitische Versumpfung in Bayern war, wie ich schon oben geschildert habe, in dieser Zeit sehr weit gediehen. Der Versuch Dr. Heims, Neuwahlen zu erzwingen, und auf diese Weise das Ministerium Hofmann zu beseitigen, war mißglückt. Wir sahen, daß wir in Bayern allein nicht zu einer Staatsführung kommen konnten, welche die innerpolitisch und außenpolitisch verhängnisvolle Vorherrschaft Berlins unter dem Schutze der Weimarer Reichsverfassung beseitigt. Sollte der pazifistisch internationale Zug der Unterwerfungs- und Erfüllungspolitik unterbunden werden, so mußte eine Reichspolitik eingeleitet werden, deren machtpolitischer Mittelpunkt Bayern war und die sich auf ganz Südwestdeutschland erstreckte. Es mußte außenpolitisch die

> Neigung ausgenützt werden, die Bildung eines konservativ-föderalistischen Deutschlands als die Vorbedingung eines europäischen Friedens zu erkennen und die Gewaltpolitik als eine Vorschubleistung für den Expansionsdrang der Dritten Internationale, und es mußte innerpolitisch aller Widerstand und alle Abneigung gegen den Berliner Zentralismus des Charakters der Sonderbewegung entkleidet werden, zusammengefaßt werden zu der Herbeiführung eines Verfassungskampfes auf dem Boden des Reichstages. Das war das Arbeitsprogramm von Dr. Heim und von mir für die nächste Zeit."

Daß tatsächlich die Politik von Heim und Bothmer die Aufteilung des Deutschen Reiches, die Zersplitterung Preußens und die Errichtung eines großen West-süddeutschen Staatenbundes unter Führung von Großbayern und mit Anlehnung an Frankreich bezweckte, wird aus den vorliegenden urkundlichen Belegen nachgewiesen. Ebenso, daß für diese weiterliegenden bayerischen Ziele Dorten und seine rheinische Bewegung von Heim und Bothmer als Vorspann benutzt werden sollten.

Hierüber ist aber selbstverständlich in Verlautbarungen, die für die Oeffentlichkeit bestimmt waren, Parteiprogrammen, Reden und Entschließungen nichts zu finden. So auch nicht in den zwischen Graf Bothmer und Dr. Dorten abgeschlossenen Wiesbadener „Punktationen." Wenigstens nicht in derjenigen Fassung dieser Vereinbarungen, die Graf Bothmer 1920 in seiner Schrift „Bayern den Bayern" veröffentlicht hat.

Ob damals schon darüber hinaus geheime Abmachungen zwischen den Bundesgenossen bestanden? Dorten hat auf jeden Fall, sogar noch viel später und sogar in seinen zur Uebermittlung an die französische Regierung bestimmten Denkschriften, ausdrücklich die Fiktion einer zwar selbständigen, jedoch als Bundesstaat dem Deutschen Reich anzuschließenden Rheinischen Republik aufrecht erhalten. Den Franzosen werden dabei freilich andere Zugeständnisse gemacht.

Uebersetzung des **Geheimberichtes von** Dr. **Dorten** (Abb. 2) aus Wiesbaden, 20. September 1920 an den französischen General Mangin in Paris:

> „Deutschland bedarf einer politischen Reorganisation. Das Reich, welches das Haus Preußen zu seinem Nutzen geschaffen hat, und dessen Sozialisten die Einigung zu einem Ganzen fortsetzen, muß einer deutschen Konföderation Platz machen.
>
> Es handelt sich nicht darum, zu dem bizarren bunten Allerlei des XVIII. Jahrhunderts zurückzukehren, welches das Ergebnis der zufälligen Eroberung oder der Launen der regierenden Häuser war. Eine föderale Organisation Deutschlands erfordert seine Teilung in mehrere große Regionen gemäß Rasse und Charakter der Bevölkerung und gemäß ihrer moralischen und wirtschaftlichen Interessen. Diese Regionen werden ebenso viele unabhängige souveräne Staaten bilden, folglich ganz frei, um sich ihre Regierung nach ihrer Wahl zu geben, und mit den benachbarten Staaten Handels- oder intellektuelle Beziehungen gemäß ihrer Sympathien oder ihrer Vorteile zu knüpfen . . .
>
> Der (Rhein)-Staat, der die preußische Rheinprovinz, die Pfalz, Birkenfeld, Rheinhessen, Starkenburg, Oberhessen, das ehemalige Herzogtum Nassau, einen Teil von Westfalen und das Emsgebiet (Zugang zum Meere) umfassen würde, würde unter dem Namen der Rhein-Republik eines der Mitglieder der deutschen Konföderation sein, und würde ohne Zweifel das mächtigste Mitglied sein.

Eine derartige Rheinische Republik würde *für Frankreich von bedeutendem Vorteil* sein. Sie hält die Hand Preußens vom Rhein fern und unterdrückt so den Gedanken an eine Revanche. Durch das Blut ihrer Einwohner, durch ihre historischen Erinnerungen, durch ihre wirtschaftlichen Interessen ist sie berufen, *den französischen Einflüssen sich weitestgehend zu öffnen* und auf diese

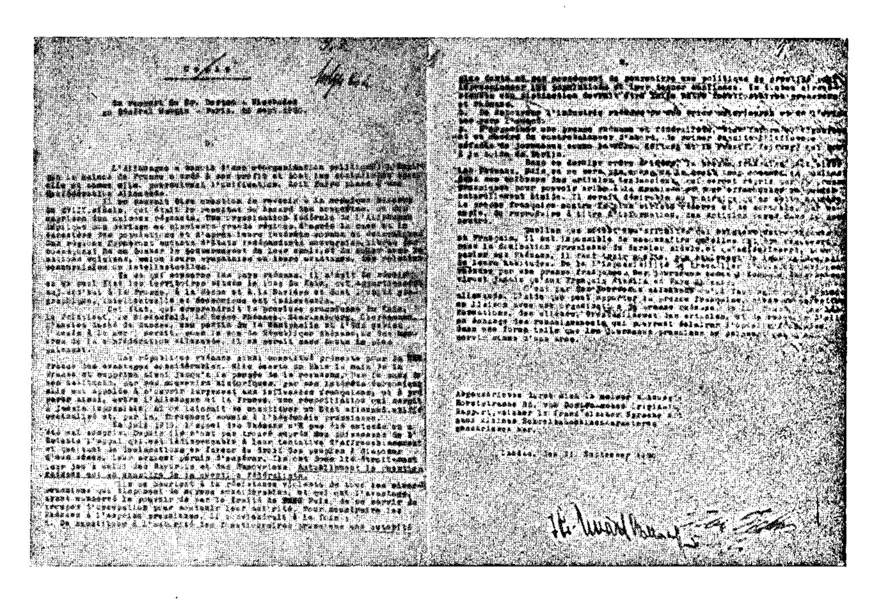


Abb. 2. Verkleinerte Wiedergabe der ersten und letzten Seite der beglaubigten Abschrift des Geheimberichtes von Dorten an General Mangin vom 20. September 1920.

Weise zwischen Deutschland und Frankreich eine Versöhnung vorzubereiten, die für immer unmöglich wäre, wenn man es zuließe, daß ein deutscher, geeinigter, zentralisierter usw. Staat sich konstituierte und somit dadurch der preußischen Hegemonie gezwungener Maßen unterwerfen würde . . .

Sie (die Rheinländer) haben ihr Ziel eng an dasjenige der *Bayern und Hannoveraner* geknüpft. *Gegenwärtig ist die rheinische Frage ein Kapitel der föderalistischen Frage.*"

Dorten empfiehlt in seiner Denkschrift dann die Mittel, um die Rheinländer dem preußischen Einfluß zu entziehen: Ersatz der preußischen Beamten, Orientierung der rheinischen Industrie nach dem Westen und Schaffung einer rheinischen Presse, welche für diese Gedanken zu werben hat. (Diese Vorschläge Dortens stimmen fast genau überein mit jenen der späteren französischen geheimen Denkschrift von Adrien *Dariac*, dem Vorsitzenden der Finanzkommission der französischen Deputiertenkammer, die er als Gutachten im Anschluß an seine Reise ins Rheinland der Finanzkommission am 28. Mai 1922 eingereicht hatte.) Dorten warnt dabei vor einer ungeschickten Hilfe durch die französische Presse, die nur die Bevölkerung kopfscheu machen würde.

✻

Der Frank rollt in Bayern

Die geheimen französischen Verbindungen mit Bayern beschränkten sich nicht auf diejenigen, die durch Vermittlung von Dorten, Graf Bothmer, Dr. Ritter und Prof. Förster mit Dr. Heim, dem Führer der Bayerischen Volkspartei angeknüpft worden waren. Am 30. Oktober 1920 brachte Vitus Heller in Würzburg in seinem Blatt „Das neue Volk" unter der Ueberschrift „Der Frank rollt in Bayern" eine aufsehenerregende Enthüllung. Zunächst freilich nur als Andeutung:

> „Eine hochvaterländische Vereinigung in Bayern steht unter französischem Einfluß. Der Gründer und Leiter hat durch Vermittlung eines Pfälzer Herrn von einem französischen General Geld für die Vereinigung erhalten."

Die Angaben stimmen. Es handelt sich um die ‚Bayerische Königspartei'. Ihr Gründer und Leiter, ein Herr Mayer-Koy, war durch Vermittlung des Pfälzer Separatisten Emrich aus Landau an den französischen Oberst de Metz (den späteren General), den Oberkommandierenden in Speyer mit der Bitte um geldliche Unterstützung der Königspartei herangetreten. Die Unterredung hatte in Speyer am 27. April 1920 stattgefunden. Das ausführliche Protokoll dieser Verhandlung liegt uns in einer beglaubigten Abschrift von der Hand Emrichs vor. (Abb. 3).

Wir geben zunächst die Einleitung im Auszug wieder:

> „Gestern wohnte ich (Emrich) einer außerordentlich wichtigen Besprechung bei, die mir deutlich zu erkennen gab, **was Bayern gegen das Reich im Schilde führt.** Es war die Besprechung bei Colonel de Metz, Kreisdelegiertem der hohen Kommission für die Pfalz, in Speyer; der Besprechung, die in der Privatwohnung des Colonel stattfand, wohnten bei: der erste Landesvorsitzende der Bayerischen Königspartei, Schriftleiter Mayer-Koy; das Mitglied der Landesvorstandschaft Freiherr Joseph von Müller, Honorarkonsul von Uruguay in München, sowie der Kreisvorsitzende der Bayerischen Königspartei für die Pfalz, Major a. D. Ludwig Zöller, Zweibrücken. Ich wohnte der Besprechung als Vermittler bei. Neben Colonel de Metz war französischerseits noch Capitaine de la Boulaye aus dem Kabinett des Colonel anwesend.
>
> Nach einem Depeschenwechsel mit Major Zöller bzw. Herrn Mayer-Koy, München, kamen die Herren Mayer-Koy und Freiherr von Müller vorgestern Abend hier (in Landau) an. . .
>
> Der Zweck des Besuches der Herren in der Pfalz war: Bei dem Kreisvorsitzenden der Interalliierten Hohen Kommission für die Pfalz, Colonel de Metz in Speyer, die Genehmigung einzuholen mit der Propaganda für die Königspartei auch in der Pfalz beginnen zu dürfen, und um darüber in Fühlung mit Colonel de Metz zu treten ob, bzw. **wie weit französischerseits die Bayerische Königspartei in ihrer Propaganda gegen Preußen finanziell unterstützt werden könnte.**
>
> Ueber diese Punkte besprach ich mich an diesem Abend noch eingehend mit den beiden Herren. Ich betonte vor allem, daß es dabei notwendig wäre, Colonel de Metz das genaue Programm der Bayerischen Königspartei darzulegen.
>
> Herr Mayer-Koy sowohl wie auch Freiherr von Müller ihrerseits **betonten mit Nachdruck, daß**

Gestern wohnte ich einer ausserordentlich wichtigen Besprechung bei, die mir deutlich zu erkennen gab, was Bayern gegen das Reich im Schilde führt. Es war die Besprechung bei Colonel de Metz, Kreisdelegierter der Hohen Kommission für die Pfalz, in Speyer; der Besprechung, die in der Privatwohnung des Colonel stattfand, wohnten bei: der erste Landesvorsitzende der Bayerischen Königspartei, Schriftleiter J. Mayer - Koy, das Mitglied der Landesvorstandschaft Freiherr Joseph von Müller, Honorarkonsul von Uruguay in München, sowie der Kreisvorsitzende der Bayerischen Königspartei für die Pfalz, Major a. D. Ludwig Zoeller - Zweibrücken. Ich wohnte der Besprechung als Vermittler bei. Neben Colonel de Metz war französischerseits noch Capitän de la Bouloye aus dem Kabinett des Colonels anwesend.

Nach einem Depeschenwechsel mit Major Zoeller, bezw. Herrn Mayer - Koy München, kamen die Herren Mayer - Koy und Freiherr von Müller vorgestern abend hier an; da ich ziemlich beschäftigt war, war es mir erst möglich, die Herren abends um 10 Uhr im Hotel Geist, wo sie wohnten, aufzusuchen.

Der Zweck des Besuches der Herren in die Pfalz war: bei dem Kreisvorsitzenden der Interalliierten Hohen Kommission für die Pfalz, Colonel de Metz in Speyer, die Genehmigung einzuholen, mit der Propaganda für die Königspartei auch in der Pfalz beginnen zu dürfen und : und darüber in Fühlung mit Colonel de Metz zu treten, ob, bezw. inwieweit französischerseits die Bayerische Königspartei in ihrer Propaganda gegen Preussen finanziell unterstützt werden könnte.

Ueber diese Punkte besprach ich mich an diesem Abend noch eingehend mit den beiden Herren. Ich betonte vor allem, dass es dabei notwendig wäre, Colonel de Metz das genaue Programm der Bayerischen Königspartei etc. darzulegen. Herr Mayer - Koy sowohl wie auch Herr Freiherr von Müller ihrerseits betonten mit Nachdruck, dass "nur siebenstellige Ziffern" in Frage kommen könnten. Wenn die Propaganda der Bayerischen Königspartei wirksam betrieben werden sollte, dann müssten Millionen mittel zur Verfügung gestellt werden. Herr Mayer - Koy hob noch ganz besonders hervor, dass die Gelder in der Hauptsache dazu verwendet werden sollten, um eine grosszügige Propaganda zwecks Aufstellung eigener Kandidaten für die Königspartei bei den bevorstehenden Wahlen betreiben zu können.

Ich verabredete dann, die beiden Herren am nächsten Morgen 8 Uhr am Hauptbahnhofe treffen ; von Zweibrücken her kam Major Zoeller.

Als der Zweibrücker Zug einlief, suchte ich Herrn Major Zoeller auf und stellte diesen den beiden Münchener Herren vor. Hierauf fuhren wir gemeinsam in einem Kupee nach Neustadt. Dort mussten wir umsteigen und, da es nicht anders ging, da der Zug überfüllt war, fuhren Major Zoeller und ich allein in einem Abteil und die beiden Münchener Herren in einem anderen Abteil zusammen. Als Herr Zoeller und ich in Schifferstadt ausstiegen, vermissten wir die beiden Münchener Herren; sie waren unterwegs eingeschlafen und fuhren durch bis Ludwigshafen.

Für die Richtigkeit der Abschrift u. der Echtheit zeichnet:

Abb. 3. Verkleinerte Wiedergabe der ersten Seite der beglaubigten Abschrift des Originalprotokolles über die Verhandlungen von Führern der Bayerischen Königspartei mit dem französischen Oberst de Metz in Speyer am 27. April 1920.

nur „siebenstellige Ziffern" in Frage kommen könnten. Wenn die Propaganda der Bayerischen Königspartei wirksam betrieben werden sollte, dann müßten Millionenmittel zur Verfügung gestellt werden. Herr Mayer-Koy hob noch ganz besonders hervor, daß die Gelder in der Hauptsache dazu verwendet werden sollen, um eine großzügige Propaganda zwecks Aufstellung eigener Kandidaten für die Königspartei bei den bevorstehenden Wahlen betreiben zu können.

Ich verabredete dann, die beiden Herren am nächsten Morgen um 8 Uhr am Hauptbahnhof zu treffen; von Zweibrücken her kam Major Zöller . . .

Punkt 2 Uhr gingen wir zu Colonel de Metz. Ich stellte die anderen Herren ihm vor; dabei frug er, wo der dritte Herr der Bayerischen Königspartei sei. Es seien ihm gemeldet worden: Herr Mayer-Koy, Freiherr von Müller und **Herr Pfarrer Walzer von der Landesvorstandschaft der Königspartei.** Herr Mayer-Koy gab dazu die Erklärung, daß Herr Pfarrer Walzer erkrankt sei. Er hatte mir dies abends schon mitgeteilt; es handelt sich um den Herrn Pfarrer Walzer aus Heltersberg in der Pfalz."

Am bemerkenswertesten ist die Teilnahme des Majors a. D. Ludwig Zöller aus Zweibrücken an der Verhandlung mit dem französischen Kreisdelegierten. **Dieser Ludwig Zöller ist nämlich niemand anders als der Eintags-‚Staats- und Regierungspräsident' der Operettenrepublik Birkenfeld, die er im Vorjahre 1919 als selbständigen Freistaat ausgerufen hatte. Und dieserselbe Landesverräter war vom Vorstand der Bayerischen Königspartei zum Kreisvorsitzenden für die Pfalz ernannt worden!** Wie sehr gerade diese Wahl von Zöller, dem Separatisten, zum Leiter der monarchistisch getarnten Bayerischen Königspartei in der Pfalz, ebenso wie die ganze politische Einstellung dieser Vereinigung als Unterstützung der von Frankreich geförderten und bezahlten Abtrennungsbestrebungen am Rhein gewertet werden muß, geht aus dem Briefe hervor, den Eichhorn, der Führer der separatistischen ‚Freien Pfalz', am 29. April 1920, also zwei Tage nach der Unterredung von Mayer-Koy und Zöller mit Oberst de Metz in Speyer, an den Vorsitzenden des ‚Syndicat d'Initiative' im Rheinland und Generalsekretär der ‚Union des Commerçants et Industriels Français', Monsieur Boudon in Wiesbaden, gerichtet hat. Eichhorn schreibt:

„. . . Ich mußte dringend nach Zweibrücken, wo eine wichtige Sitzung stattfand. Die Königspartei, die sich in Bayern gebildet hat, besitzt schon ernst zu nehmende Ableger in der Pfalz. **Führer der Bewegung ist hier unser Freund Zöller, der frühere Präsident von Birkenfeld.** Die Partei kämpft für die Wiedereinsetzung des Königs und vor allem für die Trennung von Berlin. Sie begreifen die Bedeutung dieser Geste, Monsieur Boudon? Auch diese Partei wird die Verfassung bekämpfen; alle diese Männner werden Verräter am Reiche sein wie wir, und unsere Bewegung wird 100 % an Ansehen gewinnen. Denn wenn sie mit ihren Argumenten zu Ende sind, werden wir mit unseren beginnen. Zum mindesten werden die Angstmeier in unseren Reihen etwas aufatmen!"

Ueber die Verhandlungen zwischen Oberst de Metz und den Vorstandsmitgliedern der Bayerischen Königspartei berichtet das Protokoll von Emrich Folgendes:

„Nach den ersten einleitenden Worten nahm Herr Mayer-Koy, der erste Landesvorsitzende der Bayerischen Königspartei und Hauptschriftleiter der Zeitung „Bayerischer Königsbote" das Wort, um dem Colonel gegenüber den Zweck seines Besuches etc. darzulegen. . . Herr Mayer-Koy entwickelte zunächst das Programm der Bayerischen Königspartei und betonte, daß er außerordentlich gute Beziehungen zu einflußreichen bayerischen Politikern habe. **Colonel de Metz interessierte sich dabei vor allem für die Person des Dr. Heim. Mayer-Koy versicherte, daß Dr. Heim gegenwärtig der einflußreichste Politiker in ganz Bayern sei; er stände voll und ganz auf dem Boden der Bayerischen Königspartei**, wenn er nach außen hin auch sein eigenes Programm nicht scharf umrissen zum Ausdruck bringe. Man könne ihm indessen vollstes Vertrauen entgegenbringen: „Dr. Heim ist der Politiker von Bayern".

Auf die Frage des Herrn Colonel de Metz, wie sich voraussichtlich die Verhältnisse in Bayern für die nächste Folgezeit gestalten würden, erwiderte Mayer-Koy, daß der Zug immer weiter nach rechts gehe. Die Zeit sei nicht mehr ferne, wo der Wille des Volkes seinen Ausdruck finden werde . . .

Im Laufe der Unterredung interessierte sich Colonel de Metz ganz besonders über die Stellungnahme der Bayerischen Königspartei zum Norden des Reiches, zu Preußen.

Mayer-Koy erwiderte darauf, daß bestimmt damit gerechnet werden müsse, **daß sich Bayern mit der Zeit vollständig vom Reiche loslösen werde! Es** wolle seine Selbständigkeit in allem wieder haben. . . . . Die Bayerische Königspartei erstrebe die Wiederkehr der Monarchie für Bayern und die Ausschaltung der Hegemonie Preußens über ganz Deutschland. . . . .

Colonel de Metz: „Ja, warum unterstützt denn das bayerische Königshaus Ihre Partei nicht in dem Maße, wie Sie es wünschen?"

Mayer-Koy: „Das bayerische Königshaus gibt jährlich 50 000 Mark.*) Diese Summe ist aber viel zu gering, um damit eine ausreichende und erfolgversprechende Propaganda treiben zu können."

Mayer-Koy kam dann darauf zu sprechen, ob nicht französischerseits die Partei mit größeren Mitteln unterstützt werden könnte. **Man könne dabei eine gemeinsame Linie beschreiten: Im Kampf gegen Preußen-Berlin und im Kampf um die Kontinentalpolitik.** Beide Punkte, bzw. deren Verwirklichung, lägen im Interesse Bayerns wie auch Frankreichs. Besonders die Kontinentalpolitik läge im Interesse Frankreichs, da England seine Interessen nunmehr auch auf dem Kontinente auszudehnen im Begriffe sei.

Colonel de Metz: „Nur eine weise Kontinentalpolitik kann unter den heutigen Verhältnissen für Europa von Nutzen sein." . . .

Mayer-Koy: „. . . . . Wird der Norden des Reiches weiter in dem Maße vom Bolschewismus verseucht wie bisher, dann ist der Zeitpunkt nicht mehr fern, wo sich das nichtbolschewistische Bayern völlig trennt von dem bolschewistischen Preußen-Deutschland."

Colonel de Metz: „Das ist gut!"

---

*) Kronprinz Rupprecht von Bayern hat eine Erklärung veröffentlicht, daß die Bayerische Königspartei weder von ihm noch dem bayerischen Königshause geldliche Unterstützung erhalten hätte.

Mayer=Koy: „Die Bekämpfung des Bolschewismus steht mit an erster Stelle unseres Programmes. In Bayern wird der Bolschewismus niemals mehr Fuß fassen können! Allerdings dürfen wir unsererseits in unserer Propaganda für den Königsgedanken unter keinen Umständen erlahmen. Leider fehlen uns dazu die Mittel in ausreichendem Maße."

Colonel de Metz: „Wieviel Geld brauchen Sie?"

Mayer=Koy: „Mit 25000 Mark wäre uns vorläufig gedient."

Colonel de Metz: „Man bekommt leichter Millionen als Tausende. Sie brauchen doch Millionen!"

Mayer=Koy: „Um die Propaganda durchgreifend gestalten zu können: jawohl."...

Colonel de Metz: „Ich will sehen, was ich dafür tun kann. Ich selbst kann nichts weiter tun, als Ihr Ansinnen weiter zu leiten. Ich kann jedoch nicht sagen nein und kann nicht sagen ja."

Mayer=Koy: „Ich möchte mir erlauben, den Herrn Colonel darauf aufmerksam zu machen, daß man sich englischerseits bereits durch Mittelspersonen mit mir in Verbindung gesetzt hat, um die Königspartei finanziell zu unterstützen; allerdings könnte dann nicht mehr die Rede sein, Kontinentalpolitik im Sinne Frankreichs zu treiben."

Colonel de Metz: **„Die Zukunftslinie für den Kontinent heißt: Paris — München — Wien.** Wann hat man sich englischerseits mit Ihnen in Verbindung gesetzt?"

Mayer=Koy: „Seit einiger Zeit schon; erst während der letzten Tage aber ernstlich mit dem Ersuchen um einen Entscheid in dem einen oder anderen Sinne. Ich bin erst am Samstag ersucht worden, nach Köln zu reisen, um dort in Verhandlungen einzutreten. Ich bin jedoch ein Anhänger der Theorie der Kontinentalpolitik. Ehe ich mich in diesem Sinne entschieden habe, habe ich Sie um diese Unterredung ersucht. England ist nicht in allem der gute Freund Frankreichs."

Colonel de Metz: „Wir haben gegenwärtig zwei Gegner: Preußen und England."

Mayer=Koy kam hierauf nochmals auf die Geldfrage zurück. Colonel de Metz erwiderte, daß er die Sache weiterleiten werde und ihm Nachricht gäbe.

Es wurde ausgemacht, daß alle Nachrichten durch Major Zöller gehen sollen, der sie mir zuleitet. Durch mich (Emrich) würden sie dann Herrn Colonel de Metz geschickt werden....

Landau, 28. April 1920.

gez.: Emrich.

Hat Dr. Heim und die Bayerische Volkspartei von diesen landesverräterischen Verhandlungen zwischen der Bayerischen Königspartei und der französischen Besatzungsbehörde in der Pfalz Kenntnis gehabt? Wie wir aus dem Protokoll der Besprechung ersehen haben, wurde sein Name genannt. Der französische Oberst „interessierte sich vor allem für die Person des Dr. Heim" und Mayer=Koy gab Auskunft: Heim „stände voll und ganz auf dem Boden der Bayerischen Königspartei... Man könne ihm vollstes Vertrauen entgegenbringen."

In dem Zusammenhang kann das doch nur bedeutet haben, daß auch Dr. Heim den gleichen Standpunkt einnähme, den die Abordnung der Bayerischen Königspartei vor Oberst de Metz vertrat!

Mayer-Koy aber mußte es wissen. Er war ein Freund von Heim und, wie wir sehen werden, auch von Graf Bothmer. Bothmer hatte nach seiner eigenen Angabe der Bayerischen Königspartei bald darauf **gleichfalls Geldmittel zur Verfügung gestellt und hiervon auch den Generalsekretär der Bayerischen Volkspartei offiziell in Kenntnis gesetzt.** Wir sehen: alles ist untereinander verfilzt.

Es ist zu vermuten, daß sogar bei der Gründung der Bayerischen Königspartei durch Mayer-Koy einflußreiche Kreise der Bayerischen Volkspartei Pate gestanden haben. Mayer-Koy war nämlich früher der Privatsekretär des Freiherrn von Cramer-Klett, des schon aus Vorkriegszeiten bekannten fanatischen Parteigängers des Zentrums, gewesen. (Mayer-Koy hatte übrigens auch gute persönliche Beziehungen zu Paris und Prag.)

Daß aber Dr. Heim und die Bayerische Volkspartei nicht nur von dieser geplanten Verhandlung der Führer der Bayerischen Königspartei mit den Franzosen unterrichtet, sondern auch mit der von der Bayerischen Königspartei den Franzosen vorgeschlagenen Politik einverstanden gewesen sein müssen, scheint uns unzweideutig aus der vorgesehenen Zuziehung des schon mehrfach erwähnten Pfarrers Walzer aus Heltersberg in der Pfalz hervorzugehen.

Wir wissen, daß Walzer zu dieser Zeit Mitglied des Reichsausschusses der Deutschen Zentrumspartei war. Es hat ihn nicht gehindert, Seite an Seite mit dem üblen Hochverräter Zöller in der Landesvorstandschaft der Bayerischen Königspartei Platz zu nehmen. Es hat ihn nicht gehindert, die Vermittlerrolle zwischen Dorten und der bayerischen Pfalz durchzuführen. Und hat ihn nicht gehindert, sich auch zu dem Besuch bei Oberst de Metz bereit zu finden, um die Franzosen offen um eine geldliche Unterstützung einer deutschen ,vaterländischen' Vereinigung anzugehen, die dafür den Kampf gegen Berlin aufzunehmen und eine französische Kontinentpolitik durchzuführen versprach!

Nur seine Erkrankung war schuld, daß Pfarrer Walzer nicht als Mitglied des Reichsausschusses der Deutschen Zentrumspartei persönlich an den Verhandlungen in Speyer teilgenommen hat. Daß aber, wie wir es aus dem Protokoll ersehen haben, Oberst de Metz gerade auf sein Erscheinen den allergrößten Wert gelegt hat, zumal es ihm vorher schon angekündigt worden war, zeigt, daß auch die Franzosen wußten, welche bayerischen Kreise in Wirklichkeit hinter der Tarnung der Bayerischen Königspartei standen.

Noch auf etwas müssen wir hinweisen: Mayer-Koy erwähnt dem französischen Oberst gegenüber englische Angebote, die Bayerische Königspartei zu unterstützen, sofern diese sich gegen die französische Kontinentpolitik einzustellen bereit sei. War es nur ein Bluff, um die Franzosen zu einer schnellen Entscheidung zu drängen? Tatsächlich hatte auch Dr. Heim, und

zwar in dem gleichen Monat April 1920 persönliche Verhandlungen nicht nur mit Frankreich, sondern auch mit England angeknüpft gehabt mit dem ausdrücklich von ihm später zugestandenen Zweck, die beiden Mächte, die er gegeneinander auszuspielen gedachte, für seine Politik einzuspannen.

Beziehen sich die Andeutungen von Mayer-Koy vielleicht auf diese englischen Verhandlungen von Dr. Heim, die er bei Gelegenheit seiner Reise nach der Schweiz durchgeführt hat?

*

Skandal um Metz

Die Angaben des von uns wiedergegebenen Protokolles über die Verhandlungen zwischen dem Vorstand der Bayerischen Königspartei und Oberst de Metz werden bestätigt durch eine Reihe von Briefen, die zwischen den Eingeweihten: Zöller, Emrich und Mayer-Koy gewechselt wurden. Auch diese Briefe liegen uns in beglaubigten Abschriften vor.

Zwei Tage nach der Unterredung in Speyer bedankt sich Zöller bei Emrich „nochmals namens unserer Partei für die vorzügliche Organisation unserer letzten, so aussichtsreichen Zusammenkunft". Er hofft, bald Günstiges über Emrichs „Bemühungen zur Stärkung unserer Schlagkraft" von ihm mündlich zu hören und übersendet gleichzeitig die Abschrift eines Wahlaufrufs, den er Herrn Mayer-Koy und dem französischen Oberst de Metz übersandt habe; vielleicht sei dieser Wahlaufruf Emrich ‚von Nutzen' — nämlich eben für diese Bemühungen, Geld von den Franzosen zu erhalten! Emrich antwortet am 15. Mai 1920. Er bedauert, außerstande zu sein, Zöller vor der Erledigung „der anderen Angelegenheit" mitteilen zu können, was „für die Propaganda in der Pfalz" ausgeworfen werden könnte. Aus dem Schreiben geht also hervor, daß Frankreich noch keine Zahlungen überwiesen hatte.

Und außerdem: daß die Gelder, die die Bayerische **Königspartei** von den **Franzosen** erhalten hatte, auch verwendet werden sollten für die Werbearbeit zum Anschluß der Pfalz an die Rheinische Republik, **also zur Abtrennung eines bayerischen Landesteiles, des ‚Heiratsgutes der Wittelsbacher', von Bayern!**

Tatsächlich war Oberst de Metz ängstlich. Er befürchtete einen Skandal, falls etwas in die Presse kommen sollte, daß er die Königspartei mit Geld unterstützte. Wir erfahren es aus einem Schreiben von Emrich an Mayer-Koy vom 22. Mai 1920:

> „Zu meinem größten Bedauern bin ich auch heute nicht in der Lage, in unserer Angelegenheit Ihnen günstige Unterbreitungen machen zu können. Die betreffende Stelle (Oberst de Metz) mit der wir seinerzeit gemeinsam konferierten bzw. die ihr übergeordneten Stellen haben den allerbesten Willen, Ihnen in dem besprochenen Sinn zur Seite zu stehen, aber sie sind der Ansicht, daß durch die aktive Unterstützung Ihre Sache nur gefährdet werden könnte und zwar insofern, als auch nur ein Sterbenswörtchen von der Wahrheit, das in die Oeffentlichkeit dringen könnte, Ihre ganze Bewegung mit einem Schlage diskreditieren und

unmöglich machen würde. Die Blätter des ganzen Kontinents würden sich damit befassen, und es wäre mehr geschadet, als gut gemacht. Ich habe die Ehre, Ihnen dies zu unterbreiten mit der **gleichzeitigen Versicherung, daß man gerne und mit den größten Mitteln helfen würde, wenn sich ein anderer gangbarer Weg finden lassen würde.** Am besten wäre es, wenn Sie gelegentlich einmal ganz allein mit dem betreffenden Herrn in S. (de Metz in Speyer) konferieren könnten.

Sie dürfen versichert sein, sehr geehrter Herr Kollege, daß ich meinerseits alles getan habe, was in meinen Kräften steht."

Aber auch andere müssen einen solchen Skandal geahnt haben. So der Führer der Pfälzer Separatisten.

Am 16. August 1920 schreibt Eichhorn aus Landau dem französischen Minister Franklin-Bouillon:

„Emrich hat in München erfahren, daß Dr. Dorten in Wiesbaden sein Geld für die Propaganda von dem bayerischen Grafen Bothmer erhält, der es selber wiederum von Herrn Dard empfängt, zwecks Unterstützung der separatistisch-royalistischen bayerischen Bewegung. Aber Bothmer, ein ehemaliger Journalist mit dem Spitznamen „Der siebenmal Gehäutete", ist gezeichnet, und der Skandal wird ausbrechen, sobald die Preußen den Augenblick für geeignet halten. Daher glaube ich mich abseits halten zu sollen und habe Herrn Emrich sehr bestimmte Anweisungen in diesem Sinne gegeben, denn ich möchte um keinen Preis unsere jetzige Bewegung kompromittieren."

In einem weiteren Schreiben von Eichhorn aus Landau, vom 23. August 1920, an den in Paris weilenden Vorsitzenden der „Section Economique" in Ludwigshafen, den französischen Oberst Echard, heißt es:

„Dorten und Graf Bothmer erhalten Gelder vom Generalsekretär des Auswärtigen Amtes in Paris, Bothmer ist jedoch eine große Kanaille... aber alle Mittel sind gut, um das preußische Tier niederzuschlagen . . . Die royalistische Bewegung hat in Bayern hauptsächlich im Süden an Boden gewonnen. Präsident der Königspartei ist Herr Mayer-Koy, der auf seine Bitte von Herrn Emrich dem Oberst (später General) de Metz vorgestellt wurde. Dieser hat sich mit ihm darüber unterhalten, wie man es machen müsse, damit die Pfaffen nicht kompromittiert würden.

Herr Mayer-Koy ist Chefredakteur des Bayerischen Königsboten; er ist Föderalist und Strohmann Bothmers, des Agitators, der vom Vertreter Frankreichs, Herrn Emil Dard seine Gelder erhält . . ."

Am 6. Septmber 1920 aber schreibt Eichhorn, schon mit deutlicher Anspielung auf eine drohende Enthüllung, dem französischen Oberst Echard nach Paris: „Bothmer, Dorten und General de Metz könnten wohl einen Ziegelstein auf den Kopf bekommen."

Die Verbindung zwischen der Leitung der Bayerischen Königspartei und den Franzosen dauert auf jeden Fall noch Herbst 1920 an. Wieder ist es Eichhorn, der am 13. Oktober 1920 dem französischen Spezialkommissar in Landau, Monsieur Quiliquini berichtet:

„Aus absolut sicherer Quelle erfahre ich soeben, daß Herr Jarrier, Ihr Kommissar, Adjunkt, letzte Woche auf einer Reise nach Straßburg einer Persönlichkeit, deren Name ich Ihnen unter vier Augen nennen werde, zugab, **er sei der Mittelsmann zwischen dem General de Metz in Speyer und dem Führer der Bayerischen Königspartei in**

München, und wenn er sich so oft nach Straßburg begebe, so sei es, um den Briefverkehr zwischen dieser Partei und dem General sicherzustellen."

Mayer-Koy scheint inzwischen noch ein zweites Mal, und zwar in Begleitung von Graf Bothmer, an Oberst de Metz mit der Bitte um Unterstützung herangetreten zu sein.

Und diesmal mit Erfolg.

*

Dann kam der von Oberst de Metz befürchtete Skandal.

Unter der Ueberschrift „Die Bayerische Königspartei in französischem Sold" brachte das ‚Neue Volk' in Würzburg neue Enthüllungen:

> „Mayer-Koy, der Gründer der Bayerischen Königspartei, hat durch einen Mittelsmann General de Metz in Speyer um eine Unterredung gebeten, um Geld für die Königspartei zu erhalten. Am **29. Juli 1920 erklärte General de Metz unserem Gewährsmann, daß Mayer-Koy mit Graf Bothmer bei ihm gewesen und daß die Unterstützung zugesagt sei.**
>
> **Die Unterredung war zu einer Zeit, als Graf Bothmer noch in der Bayerischen Volkspartei** wirkte und zusammen mit Heim an den Rhein ging, um „Feuerchen zu schüren". Bald darauf gab er sein Buch heraus: „Bayern den Bayern".
>
> Das bayerische Königshaus stand der Angelegenheit fern."

Am 14. November 1920 bittet Eichhorn (den inzwischen beförderten) General de Metz um eine Unterredung. Er schreibt:

> „Die letzten Ereignisse in Bayern, die Beschuldigungen des „Neuen Volks" gegen den Grafen Bothmer und Mayer-Koy haben die Aussichten der Bayerischen Königspartei um vieles herabgesetzt. . . Vielleicht kennen Sie die Geschichte der „Marienburg" in Würzburg, die eben liquidiert hat . . ."

Auch Eichhorn ist tief empört über die Landesverräter und teilt dies sogar offen dem französischen General mit:

> „Ich halte es für meine Pflicht, Ihre Aufmerksamkeit, Herr General, auf die Mentalität der Leute wie Kuhn, Mayer-Koy, Bothmer zu lenken, unmoralischer Männer, die ihre Masken fallen lassen und ihr Gesicht ändern, je nachdem es ihnen nützlich erscheint!"

Eichhorn war allerdings über den Fall ziemlich genau unterrichtet.

Eichhorn selber hatte den Ziegelstein geworfen. Er ist es gewesen, der zusammen mit Emrich die belastenden Schriftstücke an die deutsche Abwehrstelle verkauft hatte.

Die uns in Photographie vorliegende Abschrift des Protokolls über die Verhandlungen in Speyer (Abb. 3) ist nicht nur von Emrich, sondern auch von Eichhorn persönlich beglaubigt!

*

Erst fünf Monate später, Anfang März 1921, werden durch Beschluß der Kreisleitung der Bayerischen Königspartei in der Kreisdelegiertenversammlung zu Regensburg Herr Mayer-Koy vom Amt des Ersten Landesvorsitzenden enthoben und Herr Karl Graf von Bothmer als ausgeschlossen erklärt.

Das gegen beide von der Staatsanwaltschaft eingeleitete Hochverratsverfahren wird Juli 1921 eingestellt.

*

„Wir wollen ein selbständiges Hannover"

Die seit den Tagen von Windthorst traditionelle Freundschaft zwischen Zentrum und Welfen hatte Krieg und Revolution überdauert.

Ueber ein halbes Jahrhundert war man verbündet gewesen. Verbündet in gemeinsamem Haß gegen Preußen und, nach den Worten Bismarcks, gegen das Reich „so wie es existierte". Und selbstverständlich hatte man sich auch jetzt hoffnungsfreudig zusammengefunden, als es zweifelhaft wurde, ob dies Reich überhaupt weiter existieren würde.

Bei den Wahlen zur Nationalversammlung Januar 1919 stellte das katholische Zentrum eine gemeinsame Liste mit den protestantischen Welfen auf.

Aber schon vorher hatte eine neue verstärkte Werbung der Welfen für ihre alten Sonderwünsche eingesetzt. Wie für das Zentrum, so galt es auch für die „Deutsch"-Hannoveraner, die Stunde der Not des Reiches zu nutzen.

Schon am 26. November 1918 hatte die ‚Kölnische Volkszeitung' mit offensichtlicher Genugtuung unter der Ueberschrift „Selbständigkeitsbestrebungen in Hannover" gemeldet: ein Aufruf der Welfenpartei, in hunderttausenden von Abdrucken in der ganzen Provinz angeschlagen, verlange die Freiheit Hannovers und berufe sich dabei auf „das in der ganzen Welt anerkannte Recht auf Selbständigkeit der Völker":

„Los von Berlin! Los von Preußen! Wir wollen ein selbständiges Hannover!"

Aber nicht nur die Welfen beriefen sich in ihrem Kampf gegen Preußen und gegen die Einheit des Reiches auf das vom Feind zur Täuschung des Weltgewissens erfundene Schlagwort vom Selbstbestimmungsrecht der Völker. Auch die rheinischen Separatisten bedienten sich seiner in gleicher Weise von Anfang an mit Erfolg.

Am Morgen des 4. Dezember 1918 hatte die ‚Kölnische Volkszeitung' in ihrem Leitaufsatz gefordert, von diesem anerkannten Selbstbestimmungsrecht der Völker Gebrauch zu machen und die baldige Ausrufung der ‚Rheinischen Republik' zu verlangen. In den großen Bürgerversammlungen zu Köln vom selben Tage sagt Geheimrat Trimborn im Namen der Rheinischen Zentrumspartei Preußen die Treue auf.

Es ist notwendig, an diese Vorgänge zu erinnern. Eine solche Duplizität der Ereignisse zwingt zum Nachdenken, ob hier nur ein blinder Zufall sein Spiel getrieben hat. In der Naturwissenschaft wie in der Politik ist man im allgemeinen etwas mißtrauisch gegen solche angeblichen Zufälle. Vor allem, wenn sie sich häufen wie hier. Denn die Vergleichsfälle lassen sich auch bei dem vorliegenden Beispiel noch weiter vermehren. Heben wir noch einen solchen, aber vielleicht den merkwürdigsten heraus:

Genau zur gleichen Zeit, als der welfische Aufruf in Hannover öffentlich angeschlagen wurde, im gleichen Monat November 1918 und unter dem gleichen Schlachtruf der Welfen als Titel, war in der Paulinus Druckerei zu Trier eine Flugschrift erschienen: **„Los von Berlin!"**

War es ein Zufall oder ist auch in Hannover, schon 1918, die gleiche Grundlinie einer einheitlichen Zentrumspolitik mit weitgesteckten Zielen nachzuweisen? Wie wir gesehen haben, hatte auch Dr. Heim schon in seinem ersten Aufsatz vom 30. Nov./1. Dez. 1918 auf die gleichlaufenden Bewegungen nicht nur am Rhein, sondern auch in Hannover hingewiesen.

Der Verfasser der Trierer Flugschrift, Raimund Faust, ein bis dahin in der Oeffentlichkeit unbekannter, kleiner Parteiangestellter, hatte seine Forderung: „Wir wollen los von Preußen!" offen mit Hinweis auf den Zusammenbruch Deutschlands begründet:

> „Preußen kann uns an idealen Gütern nichts mehr bieten; es hat seinen Schatz verschleudert und ist gänzlich verarmt."

Raimund Faust verlangt für die Rheinländer zwar nur „die Bildung eines freien Staatswesens im Anschluß an das Deutsche Reich"; wie aber seine wahre Einstellung ist, zeigt die unmittelbar darauf folgende und von ihm selber zum Teil durch Fettdruck verstärkte Drohung:

> „Wird dieser Weg versperrt, und zwar durch Preußen = Deutschland versperrt, so leidet der deutsche Gedanke große Not; die Liebe zum Vaterlande verwandelt sich in Gleichgültigkeit — vielleicht in Abneigung oder Schlimmeres. Darum darf der Rheinländer **nicht vor die Wahl zwischen Preußen und Frankreich** gestellt werden; es wäre ein Unglück für den deutschen Gedanken am Rhein."

Diese offene Drohung, das Rheinland werde sich bei Nichtbeachtung seiner Forderungen vom Reich trennen und an Frankreich anschließen, war aber nicht etwa nur die Privatmeinung eines unbekannten Scribenten.

Der kleine Parteiangestellte, der dies von Haß strotzende Pamphlet November 1918 unter seinem Namen herausgegeben hat, ist nur ein Strohmann höherer Führer gewesen.

Raimund Faust hat das Pamphlet nicht geschrieben.

Der Verfasser der Trierer Flugschrift „Los von Berlin!" war Prälat Kaas, der spätere Reichsvorsitzende der Deutschen Zentrumspartei.

*

Die gleiche Gesinnung finden wir bei den Welfen. Auch für sie ist der verlorene Krieg kein nationales Unglück, das sie bis in die Tiefen ihres Seins erschüttert, sondern der Zusammenbruch ist ein glücklicher Wendepunkt ihres eigenen Geschickes. Kein Wort der Trauer, kein Wort der Klage um des Reiches zerstörte Herrlichkeit kommt von ihren Lippen. Nicht einmal zu heucheln versuchen sie. Der Welfenführer Abg. v. Dannenberg ist es, der in der Sitzung der Nationalversammlung vom 24. Mai 1919 höhnisch ausgerufen hat: „Die Polen, Dänen und Elsässer verlassen den deutschen Boden. Das ist das Fazit der Bismarckschen Gewaltpolitik!“

Gleichzeitig hatte er die welfischen Ansprüche an die Konkursmasse dieses Bismarckschen Reiches angemeldet.

Wir erkennen: Wie die bayerischen und rheinischen Sonderbündler rechnen sich auch die Welfen zu den durch den Sieg der Entente über preußische Barbarei erlösten Völkern, denen jetzt das Morgenrot der Freiheit leuchtet.

Und für die Erringung dieser Freiheit zählt ihr Führer Abg. v. Dannenberg genau wie Dr. Heim, Graf Bothmer und Dr. Dorten offen auf die Hilfe Frankreichs.

Nicht nur auf eine diplomatische Unterstützung, sondern auf eine Waffenhülse Frankreichs gegen Preußen.

*

Mit seinem Geheimbericht, den Dorten am 21. September 1920 an General Mangin in Paris sandte, übermittelte er diesem auch folgendes Memorandum aus Hannover über seine mit den Welfen angeknüpften Verhandlungen:

„Bericht vom 19. September 20.

. . . .

3. Herr v. D(annenberg) erwartet schon für die nächste Zeit den Ausbruch von Unruhen, die zur Ausrufung der Räterepublik führen sollen. Da seine Anhänger zum Teil gezwungen worden sind, die Waffen abzugeben, so vermag er nicht Hannover zu halten, sondern wird sich zunächst in die Lüneburger Heide zurückziehen und von dort aus operieren. **Er hält es für unbedingt notwendig, daß mindestens die Weserlinie sofort nach Ausbruch der Unruhen besetzt wird,** und bittet, alsdann Verbindung mit ihm durch Flugzeug aufzunehmen, da er durch die Aufgabe Hannovers und den Wegfall der Station Eilvese zunächst nicht über T. S. F. (drahtlose Station) verfügt.

4. Herr v. D(annenberg) bittet dringend um Regelung der anderen Wünsche.“

Auch dieses Dokument ist echt. Von ihm wurde durch die Separatisten Eichhorn und Emrich in Landau am 21. September 1920, Nachmittags ½3 bis 4 Uhr, eine Abschrift angefertigt. Die Beglaubigung erfolgte durch das Notariat in Landau. Für die Richtigkeit der Angaben bürgen aber noch weitere Zeugnisse, deren Zuverlässigkeit ebensowenig zu bezweifeln ist.

*

Herr von Dannenberg

Dienstag, 1. März 1921, abends um halb Elf fand in Würzburg im Hotel Zentral eine Sitzung statt, an der die Separatisten Eichhorn, Emrich, Schüll und Otto und, im Auftrage der Abwehrbewegung gegen den Separatismus, Vitus Heller, teilnahmen. Es handelte sich um den Verkauf separatistischer Geheimdokumente, die Vitus Heller erwerben wollte. Aus seinem Protokoll über diese Sitzung entnehmen wir folgende Stelle:

Otto: Und die Sachen mit Fürst Isenburg und Graf Dannenberg?

Heller: Wer ist Graf Dannenberg?

Otto: Der Welfe. Wissen Sie noch, Herr Schüll, wie wir bei Bothmer im Frühjahr 1920 waren? Meine Frau war auch dabei. Da zog um 10 Uhr Graf Bothmer seine Uhr aus der Tasche und sagte: „In zehn Minuten beginnt eine weltgeschichtliche Unterredung zwischen Dr. Heim und Graf Dannenberg. Es handelt sich um die Weserlinie.' Graf Bothmer und Kuhn haben ja von diesen Plänen oft mit uns gesprochen. Die Franzosen sollten die Weserlinie besetzen, und damit das Welfen-Königreich wiederherstellen. Im Süden sollten sie die Mainlinie besetzen. Dr. Heim verhandelte mit den Tschechen, mit Kramarsch. Diese sollten vom Osten einrücken und Bayern abzwicken. Im Innern würde mit Hilfe der Einwohnerwehr Dr. Heim die Ruhe und Ordnung aufrechterhalten und Rupprecht auf den Thron kommen.

Wir sehen, daß nicht nur Dorten, sondern auch Heim persönlich in unmittelbaren Verhandlungen mit dem Welfenführer stand und daß über die Fragen, die den Gegenstand dieser Verhandlungen bildeten, auch Graf Bothmer unterrichtet gewesen ist.

Wundern wir uns darüber? Nein. Graf Bothmer ist es gewesen, der auch zu den Welfen als Agent von Heim die Verbindung zuerst angeknüpft hat. In seinen Erinnerungen plaudert er es selber aus:

Schon Ende 1919 hatten in Wiesbaden, in der Villa Dortens, **persönliche Verhandlungen zwischen dem Welfenführer v. Dannenberg, Dorten und Graf Bothmer stattgefunden.** Diese Verhandlungen führten am 19. Dezember 1919 zu einer schriftlichen Festlegung von Richtungslinien für die gemeinsame Arbeit: „Punktationen“, ähnlich denen, die einen Monat vorher zwischen Graf Bothmer und Dr. Dorten über die bayerisch-rheinische Zusammenarbeit abgeschlossen worden waren.

Auch den Wortlaut dieser schriftlichen Abmachungen mit den Welfen hat Bothmer später in seiner Kampfschrift „Bayern den Bayern“ veröffentlicht.

Eine neue Welfenlegion?

Es müssen aber aus dem Jahre 1920 noch andere Geheimberichte Dortens an General Mangin vorgelegen haben, und zwar insbesondere auch Berichte über seine Beziehungen zu den deutschen „Föderalisten“. Vial-Mazel führt aus einem von ihnen, der die Welfen betrifft, folgende Stelle im Wortlaut an:

„Was **Hannover** anbelangt, so sind die Pläne die gleichen geblieben, und man ist zum Vorgehen entschlossen, sobald es die Ereignisse gestatten.

Wenn jemals das Ruhrgebiet besetzt werden sollte, dann wäre es **sehr wünschenswert, die Besetzung bis zur Weser auszudehnen, damit Hannover einen Stützpunkt im Westen bekäme.**" (L'Ere Nouvelle. Nr. 1023. 11. 9. 22).

Und, wieder nach Vial=Mazel, eine Stelle aus einem anderen Geheimbericht Dortens:

„Dr. **Heim** und sein politischer Freund **Graf Bothmer** für Bayern, **Prinz Isenburg** für Hessen und Dr. **Dorten** für das Rheinland stehen z. Zt. **in inniger ständiger Fühlung miteinander.** Diese rührigen, energischen Männer, die schon sehr große Schwierigkeiten überwunden haben und sich auch durch zahlreiche Enttäuschungen nicht entmutigen ließen, **verfolgen zäh ihr Ziel. Sie treffen sich oft in Darmstadt, Mainz und Wiesbaden. Ihr Einfluß steigt täglich, und sie haben volles Vertrauen in den Erfolg ihres Unternehmens.**" (L'Ere Nouvelle. Nr. 1025. 13. 9. 22).

Wieder in einem anderen Berichte Dortens heißt es, wie Vial=Mazel mitteilt:

„Dr. **Dorten wird in dieser Woche mit Herrn von Dannenberg, dem Prinzen Isenburg und** Dr. **Heim Besprechungen haben.**" (L'Ere Nouvelle. Nr. 1025. 13. 9. 22).

*

Die von dem Welfenführer v. Dannenberg ausgedachten Pläne, welche das Einrücken der Franzosen bis zur Weserlinie verlangten, werden, so ernst sie gemeint waren, glücklicherweise von den Franzosen nicht ernst genommen.

Schon Vial=Mazel, der mehrfach genannte französische Kurier zwischen Dorten und General Mangin in Paris, schreibt darüber in seinem Brief vom 2. November 1920 an Eichhorn (Abb. 5) spöttisch:

„Sie werden auch den Bericht aus Hannover (v. Tannenberg) lesen. Es ist der Vorschlag eines Soldaten und nichts weiter als mild unterhaltend."

Er wollte damit sagen, daß man sich über diese Vorschläge nur amüsieren könnte!

Daß dies auch der Auffassung in Pariser Regierungskreisen entsprach, geht aus dem (zuerst vom Londoner „Observer" am 24. Juni 1923 veröffentlichten) Geheimbericht hervor, den Marquis de Lillers, der Delegierte der Rheinlandkommission über den Oberkommissar in Koblenz, am 16. April 1923 an das Außenministerium in Paris erstattet hat. Es heißt in dem Bericht:

„Ein anderer Versuch, der mit den hannover'schen, durch Herrn von Dannenberg, dem alten welfischen Parteiführer vertretenen Separatisten gemacht wurde, hatte keinen besseren Erfolg. Man hielt diesen Plan in Paris für schlecht erdacht, schlecht und fast kindisch eingefädelt und er wurde nicht weiter verfolgt."

Von amtlicher Seite wird dadurch bestätigt, daß der Plan des hannoverschen Führers, mit einer bewaffneten Welfenlegion mit Unterstützung einmarschierender französischer Truppen den selbständigen Staat Hannover zu errichten, nur deshalb nicht durchgeführt worden ist, **weil** (genau wie Mai 1919 Dr. Heim gegenüber) **die Franzosen abgelehnt haben.**

Auch früher hat es schon einmal eine Welfenlegion gegeben; aufgestellt 1867 in Holland und bezahlt von dem entthronten König Georg von Hannover. Und bestimmt, als Hülfskorps Frankreichs gegen Deutschland zu marschieren.

Es wiederholt sich alles in der Geschichte.

*

Wegen des Anschlusses der Welfen an die Bayerische Volkspartei scheint übrigens Dr. Heim im letzten Augenblick Schwierigkeiten gemacht zu haben. Am 26. Juni 1920 schreibt er an Bothmer:

„Die Hannoveraner sind ein Kapitel für sich, und da sind Sie wohl nicht genau unterrichtet, weder über Personen noch über Verhältnisse. Die Sache liegt nicht so einfach. Sie können von mir einmal mündlich darüber hören, wie bei den Hannoveranern die Dinge liegen. Wegen der Hannoveraner uns sofort Landespartei zu nennen, bestand keine Veranlassung. Ich hoffe, daß wir auch mit den Hannoveranern auf einen Boden kommen. Da muß aber noch einiges gereinigt werden."

Gleichzeitig ersucht er Bothmer um Zusendung seines Briefwechsels mit dem Welfenführer v. Dannenberg. —

Wir dürfen bei Beurteilung dieses Briefes von Dr. Heim allerdings nicht vergessen, daß er zu dieser Zeit schon, wie wir nachgewiesen haben, seine Trennung von Graf Bothmer und Dorten beschlossen haben muß und deshalb auch wenig geneigt gewesen sein dürfte, grade jetzt mit den sehr aktivistischen Welfen einen neuen Bund abzuschließen.

*

„Schlagt doch los, wir warten ja nur auf Euch!"

Die Beziehungen zwischen Dorten und den Welfen dauerten dagegen an, auch nachdem die zwischen Dorten und Heim gelöst worden waren.

Herr v. Dannenberg und Genossen warteten weiter. Hofften weiter. Zu einer Zeit, als Dr. Heim schon längst wieder im Unterstand saß, und auch die Bayerische Volkspartei ihre Beziehungen zu den rheinischen Separatisten abgebrochen hatte, verfolgten die Welfen noch immer ihre alten Ziele. Und immer noch hatten sie ihre Hoffnungen auf Dorten gesetzt. Auch im nächsten Jahre 1921 bestand eine enge Verbindung zwischen ihnen. Ein merkwürdiger Vorfall ermöglicht, den Beweis hierfür zu erbringen:

Einem Werkmeister Namens Worms, der sich als angeblicher Abgesandter des sozialdemokratischen Gewerkschaftsführers Hué (tatsächlich aber im Dienst der deutschen Abwehrstelle) Mai 1921 bei Dorten Zutritt verschafft hatte, gelang es, von ihm Gelder für die in Aussicht gestellte separatistische Werbung unter den Arbeitern zu erhalten.

Am 4. Mai 1921 fand die erste Unterredung zwischen Dorten und Worms zu Wiesbaden statt.

Am 9. Mai folgte eine zweite Unterredung in der Villa Dorten. Anwesend war auch der französische Leutnant Gaston Milliot, der Vertrauensmann und Dolmetscher bei General Degoutte in Mainz. Der Franzose erklärte, daß von französischer Seite die Sache der Rheinländer mit großem Interesse

verfolgt würde. Es würde nicht eher zu einer aufrichtigen Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland kommen, bis Preußen vom Rhein weg sei; dann erst sei Frankreich beruhigt.

Dann ergriff Dorten das Wort und erklärte: „.... Die Sache liegt insofern günstig, als nicht allein das Rheinland von Preußen los will, sondern auch unsere Nachbarn **Hannover und Hessen.** Ich bekomme fast jeden Tag Besuch aus Hannover; die Leute bitten mich hoch und heilig: **Schlagt doch los, wir warten ja nur auf Euch**; Hessen kommt dann schon hinterher. **Wenn wir also Erfolg haben, wird Preußen in die Provinz Brandenburg zurückgedrängt.**"

*

Wir brauchen nur noch anzuführen, daß auch in der Folgezeit die Fäden zwischen den Welfen und den rheinischen Separatisten nicht abgerissen sind. Gorrenz in seiner Quellenschrift „Die Drahtzieher" hat den vollständigen Briefwechsel zwischen der Dorten-Partei und Mitgliedern des Direktoriums der Deutsch-Hannoverschen Partei veröffentlicht.

Er stammt von Ende 1922. Vier volle Jahre nach der Revolution und dem Zusammenbruch des Reiches und im fünften Jahre der feindlichen Besetzung der Rheinlande.

*

Mit den Beziehungen zu den Welfen hatten sich aber weder Dorten noch Dr. Heim, noch Graf Bothmer begnügt.

Ueberall waren die Eisen ins Feuer gelegt worden.

Die erste persönliche Aussprache von Dr. Heim mit Prinz Isenburg, dem Vertreter der Hessen, scheint Ende April 1920 in Regensburg stattgefunden zu haben. Zur gleichen Zeit weilte, wie wir gesehen haben, Graf Bothmer in Oesterreich, um hier im Auftrage von Dr. Heim für den Anschluß Deutsch-Oesterreichs (ohne Wien) an ein preußenreines Deutschland, also an den geplanten Rhein-Donau-Staatenbund zu werben.

Zur gleichen Zeit soll auch die persönliche Fühlungnahme von Dr. Heim mit den Welfen erfolgt sein. (Nach einer anderen Quelle allerdings erst Juni 1920).

Die Beziehungen wurden auch weiterhin gepflegt. Hier ist es vor allem Graf Bothmer, der die Vermittlung übernimmt. Und zwar zu Gunsten der **Bayerischen Volkspartei.** In seiner Münchener Rede vor der Bayerischen Königspartei hat er rückschauend ausgeführt:

> „Nun dürfen wir nicht übersehen, daß es auch außerhalb Bayerns föderalistische Strömungen gibt und daß diese Strömungen ihre ganze Hoffnung auf Bayern gesetzt haben. **Die Bayerische Volkspartei hat alle diese Bestrebungen von Partei wegen offiziell in dem Augenblick getätigt, wo sie im Bunde mit der Christlichen Volkspartei des Rheinlandes die gemeinsame Reichsliste der Christlich-föderalistischen Landesparteien aufstellte und gleichzeitig durch ein besonderes Telegramm an die Deutsch-Hannoversche Landespartei das zukünftige Zusammengehen im**

Reichstag in Aussicht stellte. So vollzog sich der Aufmarsch der deutschen Föderalisten zur letzten Reichstagswahl.

In diesem Zeitpunkt liegt der geschichtliche Augenblick für die Betätigung staatspolitischen Willens der deutschen Föderalisten."

In seiner Kampfschrift „Bayern den Bayern" hat Graf Bothmer diese Ausführungen ergänzt:

*

Verhandlungen bis nach Schlesien

„Es galt, **nach dem Vorbilde der Bayerischen Volkspartei,** auch in anderen deutschen Gebieten christlich-föderalistische Landesparteien zu bilden und diese dann auf **einer Plattform gemeinsamer Reichspolitik** zu vereinigen.

So entwickelt sich die hannoversche Bewegung; so entstand die Christliche Volkspartei im Rheinland . . .

Daß die Reichsliste der Bayerischen Volkspartei (für die Reichstagswahlen 1920) nur die Christliche Volkspartei des Rheinlandes mitumfaßte und nicht andere föderalistische Bewegungen mit sich vereinigte, ist lediglich dem Umstande zuzuschreiben, **daß die Zeit zu diesen praktischen Verständigungen nicht mehr ausreichte.**"

*

Graf Bothmer persönlich war auf jeden Fall nicht schuld, daß dieser Zusammenschluß aller föderalistischen (lies: separatistischen) Bewegungen in das Gefäß der Bayerischen Volkspartei nicht schon zur Reichstagswahl 1920 erfolgt ist.

Wir haben schon aus den Berichten, die Bothmer 1920 an Heim gesandt hat, von den mehrfachen Reisen des Grafen nach Darmstadt und von seinen Unterhandlungen nicht nur mit Zentrumsführern, sondern auch Regierungsmitgliedern anderer west- und süddeutscher Staaten Kenntnis erhalten.

Wir führen noch eine bemerkenswerte Stelle aus einem solchen Berichte Bothmers vom 16. Juni 1920 an; eine Stelle, die gleichzeitig wiederum zeigt, wie Graf Bothmer auch hierbei stets nur in Zusammenarbeit mit Dr. Heim tätig war:

„Ich habe vor, auf eigenes Risiko auf Grund des Briefes aus Baden mich mit den Herren dort in Verbindung zu setzen, um zu sehen, wie weit wir dort eine christliche Landespartei, mindestens bis zum Herbst, auf die Beine bringen können. Sollten Sie mir für diese Absicht besondere Ratschläge geben wollen, so bitte ich darum."

Namentlich aber auf die hessische Bewegung scheint Bothmer große Hoffnungen gesetzt und **ihre militärische Organisierung nach dem Vorbild der welfischen geplant** zu haben. In der zweiten Unterredung, die er gegen Ende Juni in München mit Kuhn und Otto von der Bayerischen Königspartei hatte, drehte sich nach dem uns vor-

liegenden Protokoll das Gespräch zunächst „um Hannover und die dortige bewaffnete Organisierung der Welfen unter v. Dannenberg.“ Es heißt dann aber weiter:

> Bothmer frug dann Herrn Otto, ob er organisatorisches Talent habe und, als dieser bejahte, forderte er ihn auf, mit ihm eine 14tägige Tournée durch Hessen zu machen. Sie wären beide Gäste des Prinzen Isenburg. Otto könne die Verhältnisse in Hessen eingehend studieren und an Hand der gewonnenen Informationen dann feste Vorschläge ausarbeiten. Hannover sei bereits vollkommen militärisch organisiert und bewaffnet, und es sei jetzt nötig, die Verbindung von Hannover nach Bayern zu schaffen. Die hessischen Bauern seien zwar genügend bewaffnet, jedoch nicht straff militärisch organisiert und in keiner zentralen Führung zusammengefaßt. **Die Stimmung bei den hessischen Bauern sei ebenso gut wie bei den Hannoveranern: Haß gegen Preußen.**“

Jawohl: Haß gegen Preußen, das war die treibende Kraft, die hier wirksam wurde. Und zu ihrer Entfesselung wurde planmäßig vorgegangen. Bothmer macht in seiner Kampfschrift kein Hehl daraus:

> „Meine Verhandlungen begannen mit den rheinischen Föderalisten. **Sie dehnten sich dann später aus auf die hannoveranischen, westfälischen, hessischen und oberschlesischen föderalistischen Kreise.**.“

Wir sehen: bis nach Oberschlesien hinüber waren die Fäden von Graf Bothmer geknüpft worden. **Denn wir dürfen nicht vergessen, daß es damals auch noch einen schlesischen Separatismus gegeben hat.** Auch diesen selbstverständlich **unter Zentrumsleitung.** Ueber diese Bestrebungen in der Südostmark ist allerdings bis jetzt leider fast nichts in die Oeffentlichkeit gedrungen. Wir wissen nur, daß auch dort die Errichtung eines selbständigen Freistaates, der Schlesischen Republik, geplant gewesen ist!

Damit wäre, so wie unsere Karte es zeigt, der **Ring autonomer Zentrumsstaaten, abwechselnd mit eingefügten Kettengliedern feindlichen Gebietes, geschlossen gewesen um die auseinandergerissenen, zerstückelten Fetzen Landes, die das gebildet hätten, was, genau 50 Jahre nach seiner Gründung, von dem stolzen Deutschen Reiche noch übrig geblieben wäre.**

Und zu welchem Zwecke diese Umgestaltung der Landkarte, die Deutschland noch über die Zeiten Napoleons hinaus zurückgeworfen hätte zu dem Stande des Westfälischen Friedens von 1648?

Auch hierauf gibt Graf Bothmer zynisch die Antwort:

> „Die praktische Durchführung des deutschen Föderalismus ist die Herbeiführung der Entscheidung in der Machtfrage zwischen Berlin und München.“

Bothmer hätte dabei nur die willkürlich gewählten Symbole Berlin und München durch die richtigen Bezeichnungen: **Deutschtum und Zentrum** ersetzen sollen.

*

„Wandlung aller Personen und Dinge"

Juni 1920 war gekommen. Alles stand gut für Heim, Dorten und Genossen. Graf Bothmer schreibt in seinen Erinnerungen:

„Auch rechtsrheinisch geschah in dieser Zeitspanne alles, um die oben beschriebene Politik vorzubereiten. Der Kapp-Putsch mit seiner Auswirkung für Bayern hatte diese Aufgaben wesentlich erleichtert, er hatte das erste Ministerium Kahr an die Stelle der Regierung Hoffmann gesetzt, und Heim hatte den Herrn von Kahr mir und anderen gegenüber als seinen Platzhalter bezeichnet, er dachte damals bereits an seine Uebersiedlung nach München.

Nicht nur, daß die ganze Wahlbewegung in Bayern auf die Abänderung der Reichsverfassung eingestellt war. In dem aktivsten Teil der Bayerischen Volkspartei, der sogenannten Mittwoch-Vereinigung der Geistesarbeiter der Bayerischen Volkspartei, die die offizielle Führung dieser Partei stets als eine Nebenregierung unangenehm empfand, war eine Denkschrift über die Revision der Reichsverfassung im föderalistischen Sinne vorbereitet worden, die am 9. Juni 1920 einstimmig angenommen wurde. Gleichzeitig wurde ein föderalistisches Mindestprogramm für die Teilnahme der föderalistischen Fraktion bei einer Reichsregierung angenommen, das für die Aenderung der Reichsverfassung Mindestforderungen aufstellte.

Bis hierher war alles programmäßig durchgeführt. Ein ungewöhnliches Maß an Arbeit war geleistet. Nichts war übersehen worden, alles zur Durchführung eines verfassungsändernden Staatswillens in die Wege geleitet. Die Reichstags- und Landtagswahlen hatten den erwarteten Erfolg gebracht. Die Föderalisten im Reichstag bildeten das Zünglein an der Wage, **Heim war Triumphator, und der Reichstagsabgeordnete Löbe begrüßte ihn im Reichstag als den mächtigsten Mann in Deutschland,** worüber er geradezu eine kindliche Freude hatte".

Auch die Franzosen schienen jetzt geneigt, sich stärker für die Durchführung der Rheinlandpläne einzusetzen. Im Pariser Auswärtigen Amt regierte noch allmächtig der Generalsekretär Monsieur Paléologue, der Gönner Dortens und der Pfälzer. General Mordacq in seinem Werk „La Mentalité Allemande" (Paris 1926) berichtet offen:

„Von diesem Zeitpunkt (Anfang Juni 1920) an begannen Weisungen aus Paris einzulaufen, die uns aufgaben, jedwede notwendig erscheinenden Maßnahmen zu ergreifen in dem Bestreben, die Rheinländer mit uns auszusöhnen, **um sie nach und nach Frankreich zuzuführen.**"

Dann kam der Krach zwischen den Spielern, die um das Schicksal des Deutschen Reiches würfelten. Plötzlich. Unvorhergesehen und überraschend. Die bisherigen Freunde schlagen auf einmal aufeinander los. Jeder auf den andern. Und eigentlich wußte niemand, welches der Grund war.

Nervosität? Ueberreizung? ... Es war, als habe eine Gewitterstimmung in der Luft gelegen. Auch Graf Bothmer ist offensichtlich erstaunt:

„Dann kam zwischen dem 9. und dem 19. Juni der Umschlag, eine völlige Wandlung aller Personen und Dinge, über deren geheime Ursachen und Hilfsmittel vielleicht niemals Klarheit zu bekommen ist. Die Reichstagsfraktion der Bayerischen Volkspartei ließ Dr. Heim im Stich, die Leitung der Landespartei rückte

in einer offiziellen Erklärung von mir ab, und Dr. Heim versagte mir jeden kavaliermäßigen Schutz. Das war für Heim bitter, denn er hatte damit seinen außenpolitischen Kredit als eine staatspolitisch maßgebende Persönlichkeit vollkommen eingebüßt.

Den Abschluß dieses Abschnittes bayerischer Politik bildete mein Ausschluß aus der Partei, gegen den Dr. Heim nichts einzuwenden hatte!"

Als Zeuge in Grünstadt, November 1931, hat Bothmer ausgesagt: Ende Juni 1920 seien er, Prinz Isenburg und Dorten auf Veranlassung von Heim nach München gekommen, aber Heim habe dann plötzlich abgelehnt, mit ihnen zu verhandeln.

Tatsächlich hatte Dr. Heim auf eine nochmalige Aufforderung Bothmers, nach Wiesbaden oder Darmstadt zu kommen, diesem am 15. Juli 1920 ablehnend geantwortet, aber anheim gestellt: **„mit einem der beteiligten Herren"** ihn zur Aussprache in Regensburg oder München aufzusuchen und Heim hatte sogar hinzugefügt: „Eine Aussprache ist mir um so erwünschter, weil auch manches, woran ich Interesse hätte, aufzuklären wäre."

Graf Bothmer ist der Aufforderung gefolgt und hat auch einen „der beteiligten Herren" vom Rhein nach München mitgebracht. Den Hauptbeteiligten. **Dr. Dorten persönlich.**

Nicht einmal der schon im Vorjahre gegen ihn vom Reichsanwalt erlassene Haftbefehl hielt Dr. Dorten, den Präsidenten der Rheinischen Republik ab, nach Bayern zu fahren. Es war ja nicht das erste Mal, daß er Dr. Heim in Regensburg oder München aufgesucht hätte. Und stets war er unbehelligt geblieben. Sogar ohne daß er sich, wie in Paris, unter dem Kriegsnamen eines Herrn Düring auf den polizeilichen Meldezettel einzutragen brauchte. In Bayern hatte auch der Reichsanwalt aus Leipzig nichts zu sagen.

*

Die Pfalzzentrale überwacht Bothmer und Heim

In dem Beleidigungsprozeß Dr. Heim ./. Förster zu Grünstadt, November 1931, hatte der Anwalt für Dr. Heim die Erklärung abgegeben, Dr. Heim habe den Grafen Bothmer am 17. Juni 1920 abgeschüttelt und zu Dr. Dorten am 11. Juli alle Beziehungen abgebrochen.

Die Daten stimmen nicht. Wir haben gesehen, daß noch der letzte Brief von Heim an Bothmer vom 15. Juli 1920 (unterzeichnet: „Mit herzlichem Gruß") keine Abschüttelung Bothmers, sondern im Gegenteil die Einladung, mit einem der beteiligten Herren aus dem Rheinland ihn aufzusuchen, enthält.

Ueber die Ursache des Zerwürfnisses hat Graf Bothmer als Zeuge im gleichen Prozeß ausgesagt, er habe Juni 1920 festgestellt, daß Dr. Heim sich des Agenten Dr. Ritter zur Verbindung mit Dorten bedient habe; hierüber sei es zum Zerwürfnis zwischen ihm und Dr. Heim gekommen.

Auch dies stimmt nicht. Wir haben ein Schreiben Bothmers an Heim vom 21. April 1920 angeführt, aus dem hervorgeht, daß Bothmer

damals über die Verbindung Dr. Heim/Dr. Ritter Bescheid wußte und im übrigen Dr. Ritter sogar als seinen eigenen Kurier im Verkehr mit Dorten benutzt hat. Und außerdem berichtet Graf Bothmer in seinen Erinnerungen ausdrücklich, dieser Fall Ritter habe wohl zu einer vorübergehenden Verstimmung mit Heim, aber nicht zum Bruch geführt, weil Heim es nicht gewagt habe: „die Kabinettfrage zu stellen".

Nun ist es zweifellos gleichgültig, ob diese Trennung zwischen Dr. Heim und Graf Bothmer Mitte Juni oder einen Monat später stattgefunden hat und ob die Person von Dr. Ritter oder irgendwelche sachlichen Gegensätze daran schuld waren. Immerhin ist es vielleicht doch nicht überflüssig, auch auf diese Widersprüche hinzuweisen.

Beide, Dr. Heim und Graf Bothmer, haben, sogar vor Gericht, **selbst über solche an sich unbeachtliche Umstände** — persönlich oder durch den bevollmächtigten Anwalt — Angaben gemacht, deren Unwahrheit offenkundig ist!

Und über wichtige Umstände? Wir hatten schon angeführt, daß Dr. Heim als Zeuge unter Eid vor dem Schöffengericht zu München am 12. Dezember 1921 ausgesagt hatte: er sei einmal bei Dorten gewesen und habe ihm einmal einen politischen Brief geschrieben.

Schon die erste Angabe stimmt eigentlich nicht ganz genau, denn Dr. Heim hatte am 31. Mai 1920 mit Dorten in Köln seine erste Unterredung gehabt, war dann aber einige Tage später zu einer zweiten Zusammenkunft mit ihm nach Wiesbaden gefahren, wo er zwei Tage sein Gast war und in seiner Villa gewohnt hat.

Die Angabe über den einen Brief, den Heim gemäß seiner Aussage Dorten geschrieben hat, ist noch merkwürdiger. Tatsächlich standen beide in längerem politischen Briefwechsel miteinander, und Dorten besitzt **mehrere** Schreiben von Heim. Es ergibt sich:

Die zweite unter Eid abgegebene Erklärung von Dr. Heim, er habe Dr. Dorten nur einmal einen politischen Brief geschrieben, ist eine glatte Unwahrheit.

Oder sollte die eidliche Aussage Heims etwa wortwörtlich zu verstehen sein: daß er nur einen Brief persönlich, das heißt mit der Hand geschrieben und nicht nur unterschrieben hat?? Tatsächlich sind nämlich bei den im Besitz Dortens befindlichen Briefen von Heim auch solche, die von Heims Sekretär geschrieben und sogar von diesem für ihn unterzeichnet wurden.

Es ist kein Witz, wenn wir die Vermutung aussprechen.

Heim war immer vorsichtig in seinen Aussagen. Jedes einzelne Wort ist sorgsam gewählt und steht am richtigen Platz. Wir erinnern beispielsweise an die Sitzung der Nationalversammlung vom 17. Januar 1920. In seiner Antwort auf die Angriffe hatte Dr. Heim treuherzig erklärt: „Ich habe zweimal in meinem Leben während des Waffenstillstandes linksrheinisch mit Franzosen verhandelt." Auf die neugierige Frage eines Abgeordneten, ob er denn nicht außerdem im Vorjahre auch in Wiesbaden mit französischen Offizieren verhandelt und auf der Kurterrasse diniert habe, gab er es ebenso treuherzig zu.

Auch diesmal war Dr. Heim entschuldigt. Ein Widerspruch zu seiner ersten Aussage lag tatsächlich nicht vor. Er hatte doch ausdrücklich von **linksrheinischen** Verhandlungen mit Franzosen gesprochen. Wenn seine nörgelnden Kollegen in der Geographie nicht Bescheid wußten, war es nicht seine Schuld.

Wiesbaden liegt nämlich rechtsrheinisch.

Auf jeden Fall empfiehlt es sich, die Aussagen von Dr. Heim wie Kreuzworträtsel zu behandeln. Auch Dr. Heim ist ein Diplomat aus der alten Zentrumsschule, und für die Diplomaten aus der alten Zentrumsschule gilt das Wort von Talleyrand: „Die Sprache ist dem Menschen gegeben, um seine Gedanken zu verbergen.

★

Die Auseinandersetzung zwischen Dr. Heim einerseits und Graf Bothmer, Dr. Dorten und Prinz Isenburg andererseits muß am 20. oder 21. Juli 1920 zu München stattgefunden haben. Die Angabe Bothmers, Dr. Heim habe sie nicht empfangen, stimmt. Dr. Dorten hat hierüber folgendes erzählt:

> Er sei von Heim Juli 1920 zusammen mit Bothmer nach München bestellt worden. Als sie hinkamen, hatte Heim angeblich keine Zeit: „Bothmer hing sich ans Telefon und machte Heim in der wütendsten Weise Vorwürfe. Zu einem Empfang und einer mündlichen Aussprache ist es also nicht gekommen."
> Die Auswirkungen des Zerwürfnisses waren sofort erkennbar:

Am 22. Juli 1920 nimmt die „B.V Korrespondenz" parteiamtlich Stellung gegen Bothmer, bestreitet, daß er von der Parteileitung mit einer Mission ins Rheinland geschickt worden sei; die Partei stehe seinen Verhandlungen mit Dorten vollkommen fern und mißbillige seine Politik. Und Dr. Heim ließ erklären, seine Politik decke sich nicht mehr mit der von Graf Bothmer.

Schon am folgenden Tage, dem 23. Juli, erfolgt ein drahtlicher Einspruch von Graf Bothmer bei Dr. Heim gegen die Auslassung der Parteikorrespondenz. Gleichzeitig beschwert er sich empört, daß er wegen angeblich hochverräterischer Betätigung im Auftrage der Abwehrstelle gegen den Separatismus (der sogenannten „Pfalzzentrale") durch Spitzel überwacht würde!

Hierbei hat nun Dr. Heim — was Graf Bothmer ihm noch nach 6 Jahren vorgeworfen hat — den „kavaliermäßigen Schutz" seinem früheren Adjutanten versagt. Dr. Heim hat nämlich mit der Beschwerde des Grafen das gemacht, was ein vaterlandstreuer Staatsbürger mit der Zuschrift eines Hochverräters zu tun verpflichtet ist.

Er übergab sie der Polizei.

Der Witz bei der Geschichte ist aber, **daß auch** Dr. **Heim persönlich** — aber ohne es zu wissen! — zu derselben Zeit, bei derselben Pfalzzentrale und aus demselben Grunde **unter Bewachung gestanden hat: Wegen Verdachtes hochverräterischer Betätigung!**

In der Gerichtsverhandlung zu Grünstadt, am 24. November 1931, wurde es festgestellt: Ein Zeuge Namens Betz, ein früherer Angehöriger der Pfalzzentrale, sagte aus, Heim sei ihnen von

1919 bis 1920 unangenehm aufgefallen. Sie hätten ihn hinsichtlich seines Verkehrs mit „Haasisten“ (Anhängern des Pfälzischen Sonderbündlers Haas) überwacht. Ein jetzt in Amerika weilender Mann sei von der Pfalzzentrale beauftragt worden, unter dem Decknamen Oliver Pier einige Monate hindurch die Verbindung zu Graf Bothmer aufrecht zu erhalten. Er habe dabei festgestellt, daß Bothmer der Mittelsmann zwischen Dr. Heim und Dr. Dorten war. Aus Bothmers Erklärungen sei hervorgegangen, daß man einen neuen Staat auf Kosten Deutschlands gründen wollte. Auf demselben Wege habe man auch die erste Nachricht über die geplante Einrichtung einer französischen Gesandtschaft in München mit Dard als Gesandtem erhalten.

Drei Tage später, am 27. November 1931, hatte auch ein anderer Zeuge, Genossenschaftsdirektor Dr. Herzog aus Regensburg, unter Eid ausgesagt: Dr. Heim habe Abtrennungsbestrebungen vertreten, die gegen die Verfassung verstoßen hätten.

*

Heim im Unterstand

In seinen Erinnerungen versucht Graf Bothmer, das Zerwürfnis aus dem Charakter von Dr. Heim zu erklären:

> „Ein Mann, an den ich glaubte, und mit dem ich ein Stück Wegs zusammen ging, ist Dr. Heim. Auch ihm hat man vielfach Unrecht getan, denn man muß von ihm sagen: „Wollen hatte er wohl das Gute, aber vollbringen konnte er es nicht!“ Er ist eine leidenschaftliche Natur mit einem weiten Blick und berauscht sich gerne an hohen Zielen, aber er ist als Politiker stets Kaufmann, oder wie er selbst zu sagen liebt: Mathematiker. Ausdauer im Kampf besitzt er nicht und Schwierigkeiten geht er lieber aus dem Wege, als daß er sie überwindet. Er will das Geräusch seiner eigenen Tätigkeit in der Oeffentlichkeit stets hören; fängt mit großem Tamtam manches an, sobald aber das eigene Risiko in Frage kommt und der persönliche Erfolg in Frage steht, zieht er sich zurück und überläßt die von ihm errichtete Front ihrem eigenen Schicksal.
>
> Den vorherzusehenden Zwang, eines Tages für die Durchführung seiner Politik die staatspolitische Verantwortung zu übernehmen, lehnte er stets mit dem Hinweis ab, er habe einen Haushalt mit zehn Beilagen, womit er auf seine zehn Kinder anspielte . . .“

Ergänzend hat Graf Bothmer später geschrieben: „Dr. Heim ist wie ein Reiteroberst, der mit beredter Zunge zur Attacke anfeuert, sie ansetzt und dann — in einen Unterstand verschwindet“. Und der Franzose Vial=Mazel hat behauptet: „die politische Schmiegsamkeit von Dr. Heim sei in Deutschland legendär.“

Alles stimmt. Und doch haben die Herren die stärksten Eigenschaften des Bauerndoktors vergessen. Die Eigenschaften nämlich, denen er seine Erfolge verdankt hat. Nach einem treffenden Wort von Vitus Heller war Dr. Heim robust, ehrgeizig und rücksichtslos.

Vor allem rücksichtslos. Auch in der Politik. Wenn es ihm nicht mehr behagte, verließ er die Kampfgenossen und ging in den Unterstand.

Und behauptete dann, er sei überhaupt nicht dabei gewesen, als die Schlacht verloren wurde.

*

Aus dem Briefwechsel zwischen Dr. Heim und Graf Bothmer ergibt sich, daß der Bauerndoktor den Bruch sorgsam vorbereitet hatte. Er löste geschickt und bei Zeiten die Verbindung. Er beginnt sogar schon einen Monat vorher Abschiedsbriefe zu schreiben; sucht wie ein überdrüssiger Liebhaber nach Vorwänden zur Trennung. In seinem Brief an Graf Bothmer vom 26. Juni 1920 beginnt es:

> „Nunmehr zu unseren persönlichen Beziehungen. Ich habe Ihnen am Telefon mitgeteilt, daß man Sie gewissermaßen als meinen Agenten und Unterhändler bezeichnet hat; dagegen habe ich Stellung genommen, und zwar in Ihrem wie in meinem Interesse. Andernfalls würde das wahr sein, was Sie ablehnen, nämlich als Marionette zu erscheinen. Ich habe erklärt, Graf Bothmer handelt nicht in meinem Auftrag und ich nicht in seinem. Er ist unabhängig von mir und ich bin unabhängig von ihm, und ich verkehre mit ihm wie mit anderen politischen Menschen. Dagegen kann ich unter keiner Bedingung zugestehen, daß von irgendjemand behauptet wird, er sei gewissermaßen mein Unterhändler und mein Agent, und ich nehme an, das wollen Sie auch nicht sein. Wir sprechen uns über alles aus, und wo wir gemeinschaftliche Auffassung haben, verfolgen wir gemeinschaftlich die Ziele in ehrlicher, gemeinschaftlicher Arbeit. **Solange ich politisch tätig bin, konnte noch von niemand gesagt werden, daß er mein Vertreter oder Unterhändler wäre.** Auch Dr. Schlittenbauer und ich, die wir so eng beisammen wohnen, arbeiten in gleicher Weise. Wir sprechen uns aus, finden einen Gemeinschaftspunkt und streben dann dem Ziele zu, und suchen Mittel und Wege zu finden, das Ziel zu erreichen."

Die Antwort von Graf Bothmer ist uns unbekannt. Wir wissen nur, daß er Dr. Heim drahtlich dringend aufgefordert hatte, zu einer persönlichen Aussprache mit ihm und den rheinischen Freunden (und wohl auch mit den Franzosen) sofort zum Rhein zu kommen. Die Notwendigkeit der Zusammenkunft hatte er mit dem Presseangriff von Hauptmann Mayr auf Heim begründet.

Hauptmann Mayr hatte nämlich gerade das Protokoll Kastner veröffentlicht.

*

Wir decken damit aber gleichzeitig den eigentlichen, den tieferen Grund auf, der Dr. Heim veranlaßt hat, so schnell wie möglich seine Beziehungen zu dem Agenten zu lösen, der mit seinem Willen, nein: in seinem Auftrage und in seinem Namen seit mindestens dreiviertel Jahren die Verhandlung mit den rheinpreußischen, hessischen und welfischen Sonderbündlern und mit den Franzosen zur Vorbereitung und Durchführung der Abtrennungspolitik der Bayerischen Volkspartei geführt hatte.

Diese Veröffentlichung des Protokolles Kastner ist vielleicht für Deutschland der größte Glücksfall in dem ungleichen, fast aussichtslosen Kampf gewesen, der nun schon seit nahezu zwei Jahren durch Deutsche mit Verrat,

mit Lug und Trug und Hetze gegen den Vorstand des Deutschen Reiches und die Einheit des Volkes geführt wurde, und dem eine stümperhafte, hilflose und unfähige Regierung nur papierene Einsprüche entgenzusetzen hatte.

Durch diese Veröffentlichung des Protokolles Kastner waren die Franzosen mißtrauisch gemacht worden, und zwar gegen den für sie wichtigsten ihrer deutschen Bundesgenossen. Hatte sich Dr. Heim doch in dem Bericht, der den Inhalt des Protokolles bildete, offen gerühmt, seine Verhandlungsgegner, Franzosen und Engländer gegeneinander ausgespielt zu haben!

Dr. Heim hatte nach dieser unerwarteten Enthüllung den Kredit bei den Franzosen verloren. Seine Rolle als Diplomat großen Stils war ausgespielt. Und Heim zog seine Folgerung; die einzige, die er unter diesen Umständen ziehen konnte. Er trat von der Bühne ab. Wenigstens vom außenpolitischen Theater.

Aber er suchte nach einem guten Abgang.

Dr. Heim machte es sich leicht.

Er revozierte nicht. Er deprezierte nicht. Er tat das, was ein Zentrumsdiplomat in solchen kniffligen Fällen stets zu tun pflegte:

Er leugnete einfach. Und behauptete das Gegenteil.

*

Es gab noch Richter in Bayern

In seinem (im übrigen uns nicht bekannten) Schreiben vom 6. Juli 1920 hatte Graf Bothmer dem Dr. Heim noch einen zweiten Vorwurf übermittelt: seine rheinischen Freunde sähen sich zur Zeit in den Hoffnungen, die sie auf Heim gesetzt hätten, enttäuscht und wollten jetzt ihm, Bothmer, die volle Verantwortung für die weiteren Dinge aufbürden.

In seiner Antwort wird Heim spöttisch:

> „Recht so! Würden Sie mich länger kennen, so würden Sie mir derartiges nicht schreiben. Bei jeder politischen Handlung bin ich mir der Verantwortlichkeit bewußt und es ist oft ein langes und inneres Ringen mit Gründen und Gegengründen, bis ich zu einem Schluß komme. Dann habe ich aber das Gleichgewicht in meinem Gewissen und Urteile von Personen sind für mich ganz nebensächlich, solange ich weiß, daß ich niemals von meinen Richtlinien abgewichen bin. Darum habe ich auch gar kein Interesse daran, ob jemand in seinem Urteil über mich mißgestimmt wird oder nicht. Ich verlange auch sonst gar keine Rücksicht. Ich werde mich immer zu verteidigen wissen und kann auch deswegen gut schlafen."

Dr. Heim erklärt, daß er gut schlafen kann. Denn er hat dies gute Gewissen, das nach einem alten Sprichwort das beste Ruhekissen sein soll. Er hat sich nichts vorzuwerfen.

In dem langen Schreiben an Graf Bothmer vom 7. Juli 1920, das wir schon mehrfach angeführt haben, legt er nochmals ein feierliches politisches Glaubensbekenntnis ab:

> „Sie werden aus meinem Munde nie ein anderes Wort gehört haben und nie eine andere Auffassung, überhaupt kein Mensch, dem gegenüber ich mich ausgesprochen habe, hat eine andere Auffassung gehört. Den Plan der Zerstückelung Deutschlands habe ich immer abgelehnt und werde ich ablehnen. Auch den Plan der Donaukonföderation. Bayern mit Oesterreich zusammengespannt bedeutet ja gar nichts anderes, wie Bayern zur Verarmung zu treiben!“

Ein Glaubensbekenntnis nur? Vielleicht hatte es noch einen anderen Zweck. Es war das Abgangszeugnis, das Dr. Heim sich selber beim Austritt aus der hohen Schule der Diplomatie ausgestellt hat. **Mit Note I nicht nur im Betragen, sondern auch in nationaler Politik.**

Aber auch die eigentlich für solche Zeugnisse zuständige Stelle hat es Dr. Heim bestätigt: Das Amtsgericht zu Grünstadt hat in seinem Urteil vom 28. November 1931 ausdrücklich festgestellt: so lange Dr. Heim mit Dr. Dorten in Verbindung gestanden hätte, seien **„nicht die geringsten separatistischen Ideen im Spiel gewesen.“** Der Schriftleiter Förster, der das Gegenteil behauptet und Dr. Heim separatistische Betätigung vorgeworfen hatte, wurde zu drei Monaten Gefängnis verurteilt.

Jawohl, es gab noch Richter in Bayern.

*

Die gesamte Zentrumspresse war natürlich mit Dr. Heim umgeschwenkt und hatte Stellung gegen Graf Bothmer genommen. Am 27. Juli 1920 veröffentlichen die Blätter noch eine, in der Form höflichere Erklärung von Heim gegen seinen bisherigen Mitarbeiter, worin er sich sogar wieder im Interesse der Verständigung mit Frankreich, das „die Hauptgefahr in dem Bestehen Preußens sieht“, zu einem föderalistischen Programm, jedoch innerhalb des Deutschen Reiches bekennt. Im übrigen lehnt er aber die zuletzt von Bothmer und Dorten betriebene Politik ab.

Graf Bothmer antwortet Dr. Heim zwei Tage später, am 29. Juli, und zwar öffentlich in einer Münchener Versammlung der Bayerischen Königspartei. Auch er ist höflich im Ton; seine erste Erregung nach dem Zerwürfnis scheint sich gelegt zu haben. Er hat sogar Lob und Anerkennung für die Gegner:

> „In diesem Sinne war die Bayerische Volkspartei ja überhaupt kein altes Parteigebilde, sondern ein großes Gefäß, in dem die bayerisch-föderalistische Stimmung zu einer einheitlichen Kraftquelle zusammenströmte. Der große Wahlerfolg der stärksten föderalistischen Partei in Deutschland überhaupt war eine Vertrauenskundgebung der bayerischen Wählerschaft gegenüber der Person Dr. Heims.“

Dann aber beschwert er sich, daß man von Seiten der Bayerischen Volkspartei nicht vor Erlaß der parteiamtlichen Kundgebung sich mit ihm in Verbindung gesetzt habe und verliest hierauf eine Berichtigung zu den gegen ihn von der Partei erhobenen Vorwürfen.

Diese Berichtigung ist deshalb wertvoll, weil sie Aufschlüsse über das Verhältnis von Graf Bothmer zur Bayerischen Volkspartei gibt:

„1. Es ist unrichtig, daß in jüngster Zeit in Wiesbaden Verhandlungen gepflogen wurden, welche die Bayerische Volkspartei überhaupt etwas angehen. Richtig ist, daß ich jetzt im Rheinland mit Dr. Dorten zusammengetroffen bin und daß zwischen ihm und mir gepflogene Aussprachen dazu geführt haben, **daß Dr. Dorten erst in den allerletzten Tagen von einem hochangesehenen Mitglied der Bayerischen Volkspartei zu Besprechungen nach Bayern eingeladen wurde.**

2. Es ist unrichtig, daß die Bayerische Volkspartei keinerlei Kenntnis von meiner Mitarbeit an der föderalistischen Bewegung im Rheinland hat. Richtig ist, daß hervorragende und einflußreiche Parteifreunde und teilweise sogar die Oeffentlichkeit über diese Tätigkeit wohl unterrichtet waren und **daß auf Grund dieser Tätigkeit erstens Geheimrat Dr. Heim in die Wahlbewegung der rheinischen Föderalisten eingegriffen hat und zweitens die Parteileitung der Bayerischen Volkspartei mit der Christlichen Volkspartei des Rheinlandes eine gemeinsame Reichswahlliste aufstellte** und auf diesem Wege drei Mandate der Reichswahlliste erobern konnte.

3. Es ist richtig, daß der derzeitige Vorsitzende der Bayerischen Volkspartei, der Abgeordnete Speck, persönlich von mancherlei Vorgängen nicht unterrichtet ist. Es ist aber unrichtig, zu meinen, daß ich nach dem Rezepte „Den Sack schlägt man und den Esel meint man“ augenblicklich zu Mitteilungen verleitet werden kann, deren Veröffentlichung ich noch nicht als eine Förderung meiner politischen Bestrebungen ansehen darf.“

Die Richtigkeit dieser Angaben ist von der Bayerischen Volkspartei nicht bestritten worden. Auch nicht von der Parteipresse. Graf Bothmer hat es in der Versammlung festgestellt:

Kein Blatt der B.V. hat den Mut gehabt, seine Berichtigung zu veröffentlichen.

*

Graf Bothmer wurde erst gegen Mitte Oktober 1920 vom Münchener Ortsverband der Bayerischen Volkspartei ausgeschlossen. Er fand dann Unterkunft bei der Bayerischen Königspartei, wo er zusammen mit dem uns aus seinen Verhandlungen mit General de Metz in Speyer bekannten Vorsitzenden Mayer-Koy den Verlag der Bundeszeitschrift ‚Königsbote‘ übernahm.

Im übrigen muß Bothmer auch später noch Verbindung zu bayerischen Regierungskreisen gehabt haben. Dr. Zacherl, der Verfasser von ‚Dorten & Co.‘, berichtet wenigstens, Graf Bothmer habe Winter 1920/21 dem Schriftleiter der Dortenschen Zeitung ‚Rheinländer‘ in Mainz eine ganz vertrauliche Note, welche von der Bayerischen Regierung nach Berlin gerichtet worden war, übergeben.

*

Später kam dann auch das Zerwürfnis zwischen Graf Bothmer und Dr. Dorten. Letzterer soll, wie Bothmer berichtet, den Verleger C. Huber zu bewegen versucht haben, aus der Bothmerschen Schrift „Bayern den Bayern" Abschnitte fortzulassen, in denen er „seine Beziehungen zur französischen Politik unangenehm belastet glaubte."

Dr. Dorten seinerseits behauptete in vertrautem Kreise, von Graf Bothmer habe man überhaupt nichts gehabt. Außer seinen hohen Spesenrechnungen. Und Dorten wiederum wurde von Dr. Heim als „politischer Elephant" bezeichnet!

Endlich aber, allerdings wohl erst ein Jahr später, gab es dann noch Krach zwischen Prinz Isenburg und Dr. Dorten!

So hatten sie jetzt alle aufeinander losgeschlagen. Aber sie taten sich eigentlich doch nichts. Es war mehr ein Schauboxen. Die Hiebe trafen nicht. Und am Schluß erklärten sie sich gegenseitig für Ehrenmänner. Graf Bothmer hat in seinen 6 Jahre später veröffentlichten Erinnerungen Dr. Heim die treudeutsche Gesinnung bestätigt. Und Prinz Isenburg bekundet am 26. November 1931 zu Grünstadt als Zeuge unter Eid: **Dr. Heim habe nie sonderbündlerische Neigungen bekundet!**

Also genau das gleiche, was auch Dr. Heim selber von sich stets behauptet hat.

*

Es gibt erdgewachsene Naturmenschen, die man ob ihrer herzigen Unbekümmertheit nur beneiden kann. Jungnickel-Geschöpfe mit dem goldigen Kindergemüt. Siegfried zu vergleichen. Einschließlich Hornhaut. Unverwundbar. Unempfindlich.

Heim gehört dazu.

Unbequeme Fragen? Unbequeme Erinnerungen? Irrungen, Wirrungen von gestern?

Er revoziert nicht. Er depreziert nicht.

Er besitzt ein einfacheres Mittel. Ein Hausrezept aus der Zentrumsapotheke:

Er behauptet heute einfach das Gegenteil. Damit ist für ihn der Fall erledigt.

Es ist nicht einmal ganz ausgeschlossen, daß Dr. Heim gut schläft.

Ein gutes Gewissen kann zuweilen durch ein schlechtes Gedächtnis ersetzt werden.

Und wenn auch das fehlt, tut's zur Not auch Watte in den Ohren.

*

Das Bamberger Programm

Nach seinem Bruch mit Bothmer und Dorten schien sich der Bauerndoktor von der großen Politik zurückgezogen zu haben; wenigstens wenn man hierunter außenpolitische Verhandlungen mit fremden Staatsmännern und Agenten versteht. Damit rückte unter seinem Befehl auch die Bayerische Volkspartei aus der Kampfzone in die Etappe ab. Die Sturmfahne des Separatismus wurde eingerollt und auf Kammer gegeben.

Von der Aufnahmestellung aus erläßt aber der bayerische Napoleon eine neue Proklamation an sein Kriegsheer. Auf der Bamberger Tagung der Bayerischen Volkspartei, am 21. September 1920, werden neue Leitsätze beschlossen. Auf Antrag von Dr. Heim. Graf Bothmer schreibt darüber:

„Innenpolitisch versuchte Heim die Rettung mit dem sogenannten Bamberger Programm der Bayerischen Volkspartei. Der Parteitag hat das angenommen, die Landtagsfraktion aber hat es dann zu den toten Akten gelegt. Gesicht wahren, gegenüber der Partei und gegenüber den Wählern."

Zur Begründung des Bamberger Programms hatte Dr. Heim auch die Notwendigkeit einer außenpolitischen Rücksichtnahme auf Frankreich angeführt. Trotzdem war gerade in Frankreich die Aufnahme der Kundgebung kühl. Am 5. Oktober berichtet der Pariser ‚Temps' zwar über die neuen Leitsätze des bayerischen Programms, enthält sich aber einer Beurteilung. Abgesehen von dem durch den Inhalt des kurz vorher veröffentlichten Protokolls Kastner gegen Dr. Heim persönlich geweckten Mißtrauen, war man in Paris verstimmt, daß die Bayerische Volkspartei nach ihrem mit Siegsfanfaren verkündeten Wahlerfolge sich mit einer papierenen Entschließung begnügte, statt nun im Reichstag zum Angriff auf Preußen und die Reichseinheit vorzugehen.

Anders freilich bei der französischen Besatzung am Rhein. Hier schien die Hoffnung auf eine weitere Zusammenarbeit mit Dr. Heim wieder geweckt zu sein:

Am 27. Oktober 1920 veröffentlicht das „Echo du Rhin" in Mainz einen Leitaufsatz, gezeichnet E. O., über „Bayern und Süddeutschland", in dem zunächst vom Rheinbund die Rede ist. Er beginnt historisch mit 1658 und Mazarin, kommt dann zur österreichischen Frage und schließlich heißt es, die Bayern hätten den Ehrgeiz, Preußen von seiner Stellung im Reich zu verdrängen, denn es bestehe eine unvermeidliche Feindschaft zwischen Norddeutschland und Bayern. Bayern wolle nicht bloß das Haupt einer süddeutschen Konföderation sein, sondern sich mit Oesterreich vereinigen. Um dies aber zu können, brauche Bayern Frankreichs Hülfe. Und wenn Frankreich es tue, so begünstige man die Rückkehr der sehr beliebten Wittelsbacher auf den Thron. Aber man könnte auch einen anderen Fürsten nehmen, heißt es. Bayern sei partikularistisch; es müsse eine katholische süddeutsche Konföderation gründen. Es sei besser, Frankreich, das eine Macht des Gleichgewichts sei und das die Jahrhunderte nicht hätten zerstören können, als Mithelfer zu haben als ein zerstörtes und geteiltes Deutschland.

Fast gleichzeitig schreibt im Pariser ‚Matin' sein Münchener Berichterstatter über den Geisteszustand in Bayern.

Hatten die französischen Blätter das Bamberger Programm sorgfältiger gelesen als die deutschen Wähler? Es enthielt nämlich Forderungen, die allerdings geeignet waren, bei den Franzosen neue Hoffnungen auf die bayerische Kriegshilfe zu erwecken. General Ludendorff hat in seiner Verteidigungsrede vor dem Münchener Volksgericht am 29. Februar 1924 darauf hingewiesen:

„Inzwischen waren in der neuen Reichsverfassung die Bestrebungen auf die Umgestaltung des Reiches verankert worden. Der § 18 läßt die Schaffung neuer Staaten innerhalb des Reiches zu. Die Bayerische Volkspartei zog im Herbst

1920 in den Bamberger Beschlüssen die Folgerung. Ob die Beschlüsse, wie behauptet wird, Herrn Dard vorgelegen haben, möchte ich natürlich bezweifeln. Solche Gerüchte sind aber Symptome.

In Punkt 2 der Beschlüsse wird die beschleunigte Ermöglichung der Bildung von Einzelstaaten auf verfassungsmäßigem Wege gefordert. Die Weimarer Verfassung hatte zwei Jahre für die Möglichkeit solcher Gebietsveränderungen vorgesehen. Das dauerte der Bayerischen Volkspartei zu lange. Ich glaube nicht, daß die Bayerische Volkspartei daran gedacht hat, aus Franken einen eigenen Staat zu machen: **es handelte sich um die Zerschlagung Preußens.**

Die 6. Forderung verlangte für die einzelnen deutschen Staaten das Recht, in Angelegenheit ihrer eigenen, durch die Reichsverfassung gegebenen Zuständigkeit, mit anderen Staaten Verträge abzuschließen und Vertreter bei auswärtigen Staaten zu bestellen.

Das war alles letzten Endes die gleiche Politik, wie sie im „Bayerischen Kurier" seit dem Zusammenbruch propagiert worden war.

Diese Politik war auch die Politik des Herrn von Kahr .... Auch hier der Gedanke des länderweisen Anschlusses der deutsch-österreichischen Gebiete ohne Niederösterreich mit Wien, während — nicht von Herrn v. Kahr, aber ganz öffentlich — die vorübergehende Trennung Bayerns vom Reich erörtert wurde."

Das ‚Echo du Rhin', das Werbeblatt der französischen Besatzungsbehörde zu Mainz, muß aber noch andere Gründe gehabt haben, jetzt wieder auf Bayern als Mithelfer bei dem Kampfe gegen Preußen und die Einheit des Deutschen Reiches so sicher zu zählen. Wir glauben diese Gründe sogar zu kennen.

Dr. Heim hatte zwar schroff und rücksichtslos seine Beziehungen zu Graf Bothmer gelöst und seinem früheren Adjutanten nicht einmal einen „kavaliermäßigen Schutz" zu Teil werden lassen — aber die Brücken, die Bayern über Wiesbaden-Mainz mit Frankreich verbanden, hatte er nicht abgebrochen.

Es scheint sogar, daß der Bruch zwischen Dr. Heim und Dr. Dorten nur vorgetäuscht worden ist. Die Verbindung zwischen Regensburg und dem Rhein wurde insgeheim aufrechterhalten. Wenn nicht durch persönliche Beziehung, so auf jeden Fall durch einen Mittelsmann.

Auch diesen Mittelsmann kennen wir. Er war schon früher in gleicher Rolle tätig gewesen. Es war Prinz Isenburg.

Daß Dorten auch weiterhin die Unterstützung seiner Politik durch die Bayerische Volkspartei in Rechnung stellte, zeigt **ein zweiter Geheimbericht,** den er am gleichen Tage wie den schon früher angeführten, am 20. September 1920, also zur selben Zeit, als in Bamberg die Tagung der Bayerischen Volkspartei begann, an General Mangin in Paris gerichtet hatte. Dieser Geheimbericht enthält aber nicht nur eine für die tatsächliche politische Einstellung von Dr. Heim aus der Zeit nach seiner Trennung von Graf Bothmer bezeichnende Stelle aus einem

Briefe von ihm, sondern beigefügt ist dem Bericht auch noch **das Protokoll einer Unterredung, die** Dr. **Heim persönlich mit Prinz Isenburg gehabt hat,** und zwar — nach der Angabe in der Ueberschrift dieses Protokolles — in Regensburg am 22. August 1920.

*

Wieder ein Geheimbericht Dortens

Der vertrauliche ‚Rapport' Dortens vom 20. September 1920, der uns in einer beglaubigten Abschrift der französischen Urschrift vorliegt, lautet in deutscher Uebersetzung:

„Es ist heute schon allgemeine Ansicht aller staaterhaltenden Faktoren in Deutschland, daß der Neuaufbau des Reiches auf föderativer Grundlage die einzige Rettung bedeutet. Er wird also in kürzester Frist kommen, sei es auf dem genannten legalen Wege der Abänderung der Weimarer Verfassung oder plötzlich herbeigeführt durch den Eintritt gewisser Ereignisse (Staatsbankerott — Rechts- oder Linksputsch). Im letzteren Falle haben die stärksten Exponenten des Föderalismus Bayerns Bothmer'scher Richtung, rheinische Aktivisten, Welfen naturgemäß freiere Hand an der innen- und außenpolitischen Gestaltung . . .

In außenpolitischer Hinsicht mag man die Situation folgendermaßen charakterisieren: Die Neugestaltung im föderalistischen Sinne kommt; es ist also jetzt Sache der interessierten Nachbarmächte, die Orientierung so oder so zu veranlassen. Mit dem bisher beliebten Verfahren wird Frankreich nicht nur nichts erreichen, sondern die westliche Orientierung unmöglich machen. Es ist bis jetzt bis zum Ueberdruß wiederholt worden, daß man die Dinge in Deutschland, auch in den Rheinlanden und in Bayern nicht aus dem Gesichtswinkel der französischen Mentalität beurteilen und die Propaganda nicht durch die Franzosen und mit typisch französischen Mitteln betreiben darf. Es ist dringend notwendig, daß den Ratschlägen eingeborener Freunde Frankreichs mehr als bisher gefolgt wird.

Bei der außenpolitischen Orientierung wird das Verhalten Bayerns eine Hauptrolle spielen, wie es auch für die mehr oder minder großzügige Durchführung des konsequenten Föderalismus (Bundesstaat oder Staatenbund) ausschlaggebend sein wird. Die wichtigste Persönlichkeit in dieser Hinsicht ist nach wie vor Dr. Heim. Sein Charakter ist bekannt. Preußenhasser, aber Opportunist und vor allem Parteitaktiker, wird er stets so lange lavieren, bis er eine feste Hand fühlt, der er nicht entrinnen kann. Er ist grundsätzlich durchaus bereit, sich mit Frankreich zu verständigen, will aber nach außen hin peinlichst alles vermeiden, was über seine Tätigkeit in dieser Hinsicht an die Oeffentlichkeit dringen könnte. Außerdem lebt er in dem Glauben, daß es ihm ein Leichtes sei, jeden Gegner zu dupieren. Bei seiner Bedeutung, die er nach wie vor trotz aller Vorgänge der letzten Wochen besitzt, muß unter allen Umständen mit ihm Fühlung genommen werden, jedoch in der richtigen Art und Weise unter Berücksichtigung der vorstehenden Charakteristik. Ich muß hier wie immer offen reden: Es ist mir bekannt geworden, daß Herr Dard die Verbindung mit Heim durch Mittelspersonen aufnehmen soll. *Ich rate hiervon zum letzten Mal auf das Allerdringendste ab.* Aus zwei Gründen: Zunächst ist die Geschlossenheit des Vorgehens dadurch bedroht; es geht nicht an, die bayerische Angelegenheiten von den rheinischen und hannoveranischen zu trennen, die aus innerpolitischen Gründen unbedingt einheitlich

behandelt werden müssen. Die Richtlinien für die bayerischen Pourparlers können nicht ohne Fühlung mit uns aufgestellt werden, weil voraussichtlich Bayern den Anstoß zu allem geben muß. Zweitens erkläre ich jetzt schon, daß die Versuche des Herrn Dard nicht gelingen können, weil Heim mit ihm nicht verhandeln will und kann. Er wird selbstverständlich Mittelspersonen empfangen und sich scheinbar auf Versprechungen einlassen. Tatsächlich wird er aber zu bluffen versuchen, und sich unter keinen Umständen binden, dann sind wir so weit wie vorher: nur auf die absolute Bindung Heims kommt es an. Diese erreicht man aber nur dadurch, daß man die Verhandlungen durch Personen führen läßt, denen er nicht ausweichen kann. Ich habe nun schon so oft und so eindringlich auf diese Umstände aufmerksam gemacht, und mein Beharren erweckt vielleicht schon den Anschein, als ob ich aus persönlicher Eitelkeit meine Vermittlung anböte, daß dieses Memorandum mein letzter Schritt sein muß. Bei anderweitiger Regelung bin ich nicht in der Lage, in der Angelegenheit Heim weiter mitzuwirken, da ich die Verantwortung nicht tragen kann.

Zur Orientierung, wie weit er zu gehen bereit ist, füge ich ein Memo über die kürzliche Unterredung zwischen ihm und dem von mir instruierten Prinzen Isenburg bei, und weise auf folgenden Passus eines Briefes (von Heim) aus den allerletzten Tagen hin, in dem er sagte:

„Wenn der Föderalismus gefördert werden soll, dann muß man aber auch die Politik darauf einstellen. Das war bisher nicht der Fall, sondern immer nur das Gegenteil. Warum sucht man da keine Fühlung, ehe man vollendete Tatsachen stellt? Sie sprechen von Sicherungen für die Auswirkung unseres föderalistischen Aufbaues. Diese Sicherungen hat mir bisher niemand gegeben, nicht einmal angedeutet, und ohne hier bestimmte Unterlagen zu besitzen, ist ein zielbewußtes Vorgehen überhaupt nicht möglich. **Verschaffen Sie mir diese Sicherungen, und ich verschaffe Ihnen das, was Sie von mir erwarten.**“

Zum Schlusse noch ein kurzer Hinweis auf die augenblickliche Lage in Bayern. Mindestens 4/5 aller maßgebenden Persönlichkeiten in Bayern sind überzeugte Föderalisten; allerdings mit Nuancen. So sind z. B. die Anhänger der Mittelpartei sogenannte Altföderalisten, d. h. sie erstreben die Rückkehr der alten bundesstaatlichen Verfassung, verlangen nicht die Aufteilung Preußens und begnügen sich mit den bisherigen Vorrechten Bayerns. Die Anhänger Bothmers verlangen den Neuföderalismus, d. h. Aufteilung Preußens, Eliminierung seiner Hegemonie, möglichst weitgehende Selbständigkeit der einzelnen souveränen Staaten in einem Staatenbund. Die Bayerische Volkspartei steht ungefähr in der Mitte, neigt aber zu Schwankungen je nach Lage der Dinge. Sie verlangt zwar, daß Preußen gewissen Teilen, z. B. Hannover und den Rheinländern, Autonomie gibt, will sich aber mit den alten Bundesstaaten abfinden, wenn die Entwicklung von außen her nicht andere Möglichkeiten bietet. Hier spielt das Verhalten Heims die ausschlaggebende Rolle. Er allein ist imstande, die Entscheidung in dem einen oder anderen Sinne herbeizuführen. Das wird er aber nur tun, dann aber auch in vollstem Maße, wenn er die von ihm gewünschten Sicherungen erhält. Diese bestehen im Wesentlichen in der Erhaltung bezw. Schaffung einer von ihm beherrschten Einwohnerwehr. Von der Orgesch ist er bereits abgerückt. Das Beste wird sein, ihn selbst entscheiden zu lassen, wie er sich die Heim'sche Einwoherwehr denkt; welche Garantien er geben will; wie er die vorzeitigen Entdeckungen verhüten will usw. Ferner wünscht er in wirtschaftlicher Hinsicht gewisse Zugeständnisse, z. B. Austausch von Saarkohlen gegen bayerisches Holz usw.

Ich habe selbst veranlaßt, daß Bothmer sich an die Spitze der Bayerischen Königspartei stellt. Ein Zusammenarbeiten mit Heim war auf die Dauer wegen ständiger Eifersüchteleien nicht möglich. Zudem bildet die Königspartei, deren Bedeutung von Tag zu Tag automatisch mit der Unzufriedenheit wächst, einen in unserem Interesse zu verwendenden Stoßtrupp, der insbesondere Heim antreiben wird, zu handeln. Natürlich ist dadurch ein unmittelbares Zusammenarbeiten zwischen Bothmer und Heim ausgeschlossen. Da aber beide mit mir in ständigr Fühlung stehen, so kann die gemeinsame Direktive gewahrt bleiben. Damit sind auch beide Herren einverstanden."

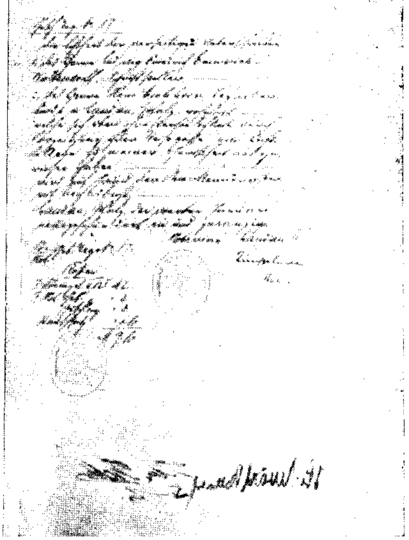


Abb. 4. Verkleinerte Wiedergabe der beglaubigten Abschrift des Geheimberichtes von Dorten über eine Unterredung zwischen Prinz Isenburg und Dr. Heim am 22. August 1920.

Das dieser Denkschrift für General Mangin in Paris beigefügte **„Memorandum über die Unterredung (von Prinz Isenburg) mit Dr. Heim in Regensburg vom 22. August 1920"** (Abb. 4) geben wir im Auszug wieder:

1. Dr. Heim erklärte zu der von ihm seit der letzten Reichstagswahl eingenommenen Haltung folgendes:

   a) Ministerpräsident von Kahr hat die ihm übertragenen Aufgaben in den schwierigsten Situationen derart geschickt gelöst, daß es als das Beste erschien, ihn an der Spitze der Regierung zu belassen, zumal Dr. Heim als Führer der Bayerischen Volkspartei und der Bauernorganisationen im Parlament zur Zeit unentbehrlich ist.

   b) Von der alsbaldigen Bildung der „Föderalistischen Fraktion" im Reichstage mußte Dr. Heim einstweilen Abstand nehmen, weil sie zu Mißhelligkeiten innerhalb der Fraktion der Bayerischen Volkspartei hätte führen können, da einige Mitglieder noch mit der Zentrumsfraktion liebäugelten und möglicherweise zu dieser übergegangen wären.

      Die Vorverhandlungen mit der Deutsch-Hannoverschen Fraktion und den anderen noch in Betracht kommenden Föderalisten sind inzwischen befriedigend abgeschlossen. Auf dem am 15. September stattfindenden Parteitage der Bayerischen Volkspartei wird Dr. Heim über diese Verhandlungen berichten und die Bildung der Föderalistischen Fraktion proponieren. Die Annahme seines Vorschlages ist vollkommen sicher. Nach einem derartigen Beschluß des Parteitages vermag kein Mitglied der Fraktion zum Zentrum überzugehen.

2. In außenpolitischer Hinsicht erklärte Dr. Heim Folgendes:

   a) Er äußert seine Befriedigung darüber, daß Frankreich die Gefahr des Bolschewismus für Deutschland und Frankreich klar erkannt hat und jetzt schon alle Maßregeln zu ergreifen beabsichtigt, dieser Gefahr zu begegnen.

      Er ist der Ansicht, daß nur die föderalistische Entwicklung in Deutschland als Heilmittel in Frage kommen kann. Für Bayern übernimmt er persönlich volle Garantie, daß bei einem Aufflackern des Bolschewismus, sei es mit oder ohne Zusammengehen mit Rußland, 90 Prozent des bayerischen Volkes bereit sind, gegen den Bolschewismus zu marschieren und sich von bolschewistisch verseuchten Teilen absolut zu trennen.

      Vorbedingung ist, daß die Entente die Mobilisierung der bayerischen Verbände genehmigt. Selbstverständlich werden alle gewünschten Garantien dafür geboten, daß die Mobilisierung nur zu diesem Zwecke erfolgt. Eine Kontrolle könnte in dem Umfange stattfinden.

      Dr. **Heim erklärt ausdrücklich, daß die Besetzung des für den Föderalismus in Frage kommenden Gebietes durch Ententetruppen wünschenswert sei,** wobei Bayern den Schutz seines Gebietes selbst übernehmen könnte.

   b) . . . .

   c) Er würde es außerordentlich begrüßen, wenn die französische Regierung der Frage näher treten wollte, ob sich der Austausch von Saarkohlen gegen Holz für Bayern etwa durch Vermittlung des „Bureau Mixte" ermöglichen läßt. Hiervon verspricht er sich eine ausgezeichnete Wirkung auf die Stimmung in Bayern. Das bayerische Volk würde daraus erkennen, daß

die bisherige ablehnende Haltung Frankreichs nur gegenüber der Berliner Regierung Gültigkeit habe.*)

Er ist bereit, sich in dieser Richtung bzw. Angelegenheit persönlich zu engagieren."

*

Genau anterhalb Monate vorher, am 7. Juli 1920, hatte Dr. Heim in seinem vorletzten an Graf Bothmer gerichteten Schreiben stolz erklärt:

„Im übrigen ist über meine Person und meine Absichten Frankreich nicht nur von meiner Seite informiert. Wiederholte Aussprachen, die ich auf deutschem Boden mit französischen Herren hatte, und zwar restlos vor Zeugen, liefen immer in der einen geraden Linie; ebenso meine öffentlichen Reden und Verlautbarungen, ebenso meine ganze Korrespondenz, alles deckt sich, und ich darf annehmen, daß Sie auch gar nie eine andere Empfindung hatten."

Jawohl. Alles deckt sich in der Politik von Dr. Heim und der Bayerischen Volkspartei.

Die gerade Linie dieser Politik führt von den ersten Veröffentlichungen im ‚Bayerischen Kurier' November 1918 zu der Besprechung Heims mit Marschall Foch in Luxemburg Mai 1919; zu der Zusammenarbeit von Graf Bothmer und Dr. Heim mit Dr. Dorten, mit den rheinischen Separatisten, mit Hessen, Badenern und Württembergern; sie führt zu den Wiesbadener Punktationen; zu den Abmachungen mit der Rheinischen Volksvereinigung; zu dem Wahlbündnis mit der Christlichen Volkspartei; zu den schriftlichen und mündlichen Berichten von Bothmer an Heim; zu der finanziellen Unterstützung von Dortens ‚Rheinischem Herold' und zu den bayerischen Papierlieferungen für die Zeitung und die Flugblätter; sie führt zu den Verhandlungen von Dr. Heim und Graf Bothmer mit den Franzosen, mit General Degoutte in Mainz, mit dem Gesandten Dard in München und französischen Bevollmächtigten in San Remo; sie führt Graf Bothmer nach Oesterreich, nach Wiesbaden, Mainz und Darmstadt; Dr. Dorten und Prinz Isenburg nach München und Paris; Dr. Heim zum Rhein, nach der Schweiz und Italien; sie führt zu dem geheimen Briefwechsel von Heim, der unter Deckanschrift über das Schweizer Kloster nach dem Westen geht; zu dem Verkehr geheimer Kuriere zwischen Donau und Rhein und der Vermittlung bevollmächtigter Agenten zwischen Regensburg und Paris.

---

*) Die Angaben scheinen bestätigt zu werden durch eine Stelle in dem Rundschreiben von Eichhorn, welches er im Namen der ‚Vereinigung für die Autonomie der Pfalz' in Landau Anfang November 1920 an alle Mitglieder des Bundes ‚Freie Pfalz' richtete:

„. . . Wir haben von Pfälzer Seite aus vor, genau wie maßgebende Kreise des rechtsrheinischen Bayern ebenfalls direkte Verhandlungen mit der französischen Regierung anzubahnen, um Kohlen und Lebensmittel für unsere Pfalz zu erhalten."

Im übrigen hatten nach der Darstellung von R. St. Baker schon im Jahre vorher, Anfang 1919, auch die Franzosen den Plan gehabt: „Bayern durch eine besondere Organisation zur besseren Versorgung zum Abfall zu bringen." Dieser Plan wurde erst am 25. April 1919 aufgegeben, als der Oberste Wirtschaftsrat der Entente ihn für undurchführbar erklärte.

Es ist eine einzige, gerade durchlaufende Linie. Dr. Heim hat sie nie verlassen.

Er hat sie nur zuweilen verleugnet.

*

Regensburg oder Aschaffenburg?

Sowohl Dr. Heim wie Dr. Dorten haben nicht nur die Echtheit der Geheimberichte Dortens an General Mangin sondern auch, allerdings in einer etwas merkwürdig verklausulierten Fassung, ihre Beziehungen zu Prinz Isenburg bestritten.

In der ‚Frankfurter Zeitung' (27. 1. 22) finden wir ein Dementi von Dr. Heim, in welchem es u. a. heißt:

„. . . . . . .

2. Was die Veröffentlichung anlangt, so spiele ich nur in einem Briefe des Dr. Dorten eine Rolle. Ob dieser Brief echt ist, weiß ich nicht. Was in dem Brief steht, soweit meine Person in Betracht kommt, ist glatte Erfindung. Das gleiche gilt von dem, was ich Prinz Isenburg gesagt haben soll... Es besteht auch die Möglichkeit, daß die Schriftstücke unecht und gefälscht sind. . . . . Ich hatte in letzter Zeit wiederholt Gelegenheit, gerichtlich über diese Dinge auszusagen, soweit sie mich berühren und habe noch weitere Gelegenheit dazu, und habe es deswegen absichtlich vermieden, mich bisher mit einem Wort öffentlich zu äußern."

Der übrige Inhalt der Zuschrift besteht aus persönlichen Angriffen gegen Vitus Heller (der das Dokument im ‚Neuen Volk' veröffentlicht hatte) und seinen Gewährsmann.

Eine zweite Erklärung von Dr. Heim hatte das ‚Fränk. Volksblatt' (21. 3. 21) gebracht:

„Es ist alsdann behauptet, daß ich z. Zt. der vorjährigen Wahlen eine Unterredung mit Prinz Isenburg gehabt hätte. Ob Prinz Isenburg in seinem Leben je in Regensburg war, weiß ich nicht. Bei mir war er nicht."

Das Dementi von Dr. Dorten brachte die Pariser Zeitung ‚L'Eclair' (30. 3. 22):

„Ich kenne keinen Prinzen Isenburg, der ein Hauptagent der Orgesch wäre. Ich kenne nur einen Prinzen Isenburg, der die Machenschaften der Orgesch durchaus bekämpft. Sie müssen wissen, daß es in Deutschland ein Dutzend „Prinzen Isenburg" gibt. Derjenige, den der Berichterstatter des Groß-Orient meint, kann also einer davon sein, ohne derjenige sein zu müssen, den ich kenne."

Der Hinweis auf den ‚Grand Orient de France', die Hauptleitung der französischen Freimaurerei in Paris, bezieht sich darauf, daß von freimaurerischer Seite in der Zeitung ‚La France Libre' (24. 3. 22) auf die angeblich royalistisch-reaktionären Bestrebungen von Dorten und seiner französischen Freunde hingewiesen und in diesem Zusammenhang auch seine Beziehungen zu Prinz Isenburg genannt worden waren. Im übrigen behauptet Dorten:

„Die angeblich an General Mangin adressierten Dokumente stammen nicht von Dr. Dorten. Es handelt sich entweder um Elaborate anderer Personen oder um Fälschungen.“

Prinz Isenburg seinerseits hatte sich in Schweigen gehüllt. Es war vielleicht auch besser so. An seinen, auch gerichtlich festgestellten und von ihm als Zeugen unter Eid zugestandenen engen Beziehungen zu Dr. Heim, Graf Bothmer und Dr. Dorten ist nicht zu zweifeln. Zu Besprechungen mit Dr. Heim war er in Bayern gewesen; zu Besprechungen mit Dr. Dorten oft in Wiesbaden. Mit ihm zusammen war er August 1920 auch in Paris, worüber wir als Beleg ein Schreiben von General Mangin an Monsieur Paléologue vom französischen Auswärtigen Amt noch im Wortlaut wiedergeben werden.

Die Dokumente tragen auch nach ihrem Inhalt den Stempel der Echtheit. Vitus Heller sagt mit Recht:

Paris le 30 Septembre 1920

Mon cher Eichhorn,

Expediez moi le plus rapidement possible le rapport en français de D...copie de ma main.

Faites moi savoir de même si vous avez écrit à Millerand et en quels termes. ⊗

Procurez vous téus les renseignements susceptibles d'être publiés, sur la campagne antisémite et antiprotestante du parti Heim.

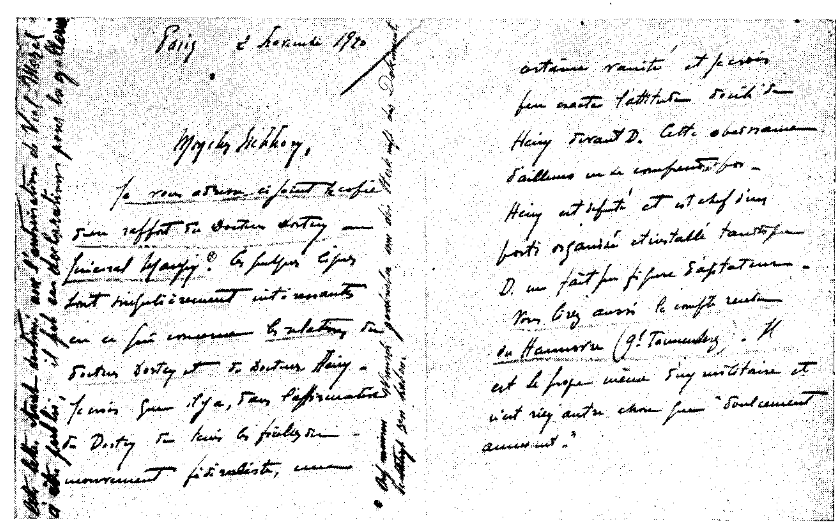
Tachez de voir Boudon et dites lui qu-il recevra sous peu la visite d'un enqueteur sur la maison Tirard. Rassemblez de votre coté

toutes pièces pouvant prouver correlation entr la politique de de Metz et Tirard.

Mes hommages à madame Eichhorn, mes amitiés à Emrich et cordialement

Abb. 5. Verkleinerte Wiedergabe eines Briefes des französischen Offiziers Vial-Mazel, des früheren Leiters der Pressestelle beim französischen Generalstab in Mainz, an den Separatisten Eichhorn in Landau, den Leiter der ‚Freien Pfalz‘. Die Randbemerkung ist von der Hand Eichhorns.

„Auch der raffinierteste Hochstapler wäre nicht imstande, solche Fälschungen zu machen. Denn die Berichte Dortens zeigen klar dessen betätigte Politik und sind im Dortenschen Stile abgefaßt. Der von Dorten angezogene Brief Dr. Heims



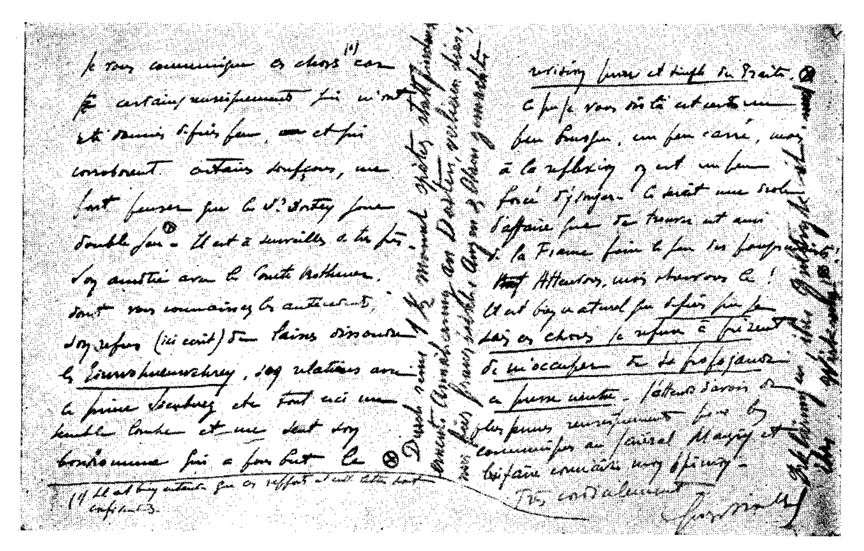


Abb. 6. Verkleinerte Wiedergabe eines zweiten Briefes von Vial=Mazel an Eichhorn. Der Brief wurde von Vial=Mazel zur Beglaubigung der von ihm an Eichhorn gelieferten Original=Dokumente Dortens geschrieben und war zur Veröffentlichung bestimmt. Die Randbemerkungen sind von der Hand Eichhorns.

und das Gespräch von Heim mit dem Prinzen Isenburg aber haben Heim'schen Stil. Zu allem aber kommt, daß mit diesen Dokumenten die anderen Beweise, besonders der

Briefwechsel mit Dr. Heim und Bothmer völlig übereinstimmen. Von diesem Briefwechsel sagt Dr. Heim kein Wort."

Die Echtheit der Dokumente wird dabei nicht nur durch die Separatisten Eichhorn und Emrich in aller Form beglaubigt (Abb. 2, 3, 4), sondern auch in den uns in Urschrift vorliegenden Briefen (Abb. 5, 6) des französischen Presseoffiziers von Mangin, Capitaine Vial-Mazel (im übrigen Verfasser des Werkes „Le Rhin, victoire allemande." Paris 1921) bestätigt.

Aber wir können ein noch besseres Zeugnis anführen, daß es sich bei dem Protokoll über die Unterredung zwischen Dr. Heim und Prinz Isenburg nicht um eine Fälschung handelt. **Auch Graf Bothmer bestätigt in seinen Erinnerungen ausdrücklich die Richtigkeit dieser Angabe.** Nachdem er — wir haben die Stelle oben schon angeführt — gesagt hatte, Heim habe durch die Vorgänge von Juni/Juli 1920 „seinen außenpolitischen Kredit als eine staatspolitisch maßgebende Persönlichkeit vollkommen eingebüßt", erzählt er in seinen Erinnerungen:

„Noch einmal suchte er die Lage für sich zu retten; **außenpolitisch,** indem er vollkommen unmotiviert und zwecklos, weil **nicht mehr im Rahmen einer Gesamtdeutschenpolitik, die Verbindung mit den Franzosen aufzunehmen versuchte** und zu diesem Zwecke **in Aschaffenburg eine Zusammenkunft mit dem Prinzen Leopold von Isenburg hatte.** Die Unterredung drehte sich aber im wesentlichen nicht mehr um politische Dinge, sondern um rein geschäftliche, um den Versuch eines Austausches zwischen bayerischem Holz und französischer Kohle."

Damit beglaubigt auch Graf Bothmer die Echtheit des Protokolles. Er ist sogar über die ‚rein geschäftlichen' Verhandlungen, nämlich die Erörterung des Heim'schen Vorschlages eines Austausches französischer Saarkohle gegen bayerisches Holz, unterrichtet.

Nur eine Angabe stimmt nicht: Bothmer behauptet, die Unterredung habe in Aschaffenburg stattgefunden, während in dem Protokoll Regensburg steht. Aber auch dieser Widerspruch klärt sich auf. Wir brauchen uns nur die Ueberschrift des Protokolls genauer anzusehen:

Die Ortsbezeichnung ‚Regensburg' steht unmittelbar hinter dem Namen von Dr. Heim, bezieht sich also auf seinen **Wohnsitz** und nicht auf den Ort der Besprechung mit Prinz Isenburg.

Diese Besprechung hat nämlich tatsächlich in Aschaffenburg stattgefunden.

Jetzt verstehen wir auch die merkwürdige Fassung der Heim'schen Erklärung, Prinz Isenburg sei in Regensburg nicht bei ihm gewesen.

Der pfiffige Bauerndoktor hätte dies sogar beeidigen können!

*

Monsieur Dard

Mitte 1920, tauchte der neuernannte französische Gesandte Dard in München auf, ohne daß der Ministerpräsident von Kahr oder gar die Reichsregierung vorher davon auch nur die leiseste Ahnung hatten. Dard tauchte einfach im Besuchszimmer des Ministerpräsidenten auf. Kahr blieb gerade noch Zeit, sich mit dem Außenminister Simons in Berlin fernmündlich zu verständigen.

Nur für Graf Bothmer war es keine Ueberraschung gewesen. Er hatte die Berufung von Dard nach München schon am 1. Mai 1920 gewußt und nach seiner eigenen Angabe sogar selber veranlaßt. Schon am 21. April 1920 hatte er Dr. Heim geschrieben, er warte auf das Agrément des bayerischen Ministerpräsidenten von Kahr für diese Berufung von Monsieur Dard und habe in einem Bericht an die französische Regierung, den Prof. Foerster in der Schweiz weitergegeben hätte, mitgeteilt, daß es wünschenswert sei, wenn Dard jetzt schon inoffiziell nach München käme und sich mit Heim persönlich in Verbindung setze. An einen Vertrauensmann Dortens aber berichtete Bothmer in seiner schon angeführten Unterredung vom 1. Mai 1920:

> „Ich habe erreicht, daß wir in den nächsten Tagen als Bevollmächtigten Minister der französischen Republik Dard nach München bekommen, der bereits den Auftrag hat, sich mit mir in Verbindung zu setzen."

Tatsächlich war denn auch Graf Bothmer der erste, dem Monsieur Dard nach seiner Ankunft in München einen offiziellen Besuch in Staatskarosse abgestattet hat.

In einem vertraulichen Bericht, der Vitus Heller Anfang September 1920 zugegangen war, heißt es über die Lage in Bayern:

> „Augenblicklich hat es hier bei uns in Bayern den Anschein, als hätten die Separatisten ausgespielt und niemand denke mehr daran, Bayern und die deutschen Südstaaten vom übrigen Reiche zu trennen.
>
> Scheinbar!
>
> Wer aber die Verhältnisse kennt und sich nicht durch Meldungen einer gewissen Presse düpieren läßt, der weiß sehr genau, daß die bayerischen Separatisten sehr eifrig am Werke sind.
>
> Wie freuen sie sich über das Zugeständnis der Reichsregierung, daß das Bayerische Ministerium direkt mit dem ungebetenen Herrn Dard verhandeln kann und sich nicht erst über das verhaßte Berlin mit ihm in Verbindung zu setzen braucht.
>
> Wenn man aber die Tätigkeit des Herrn Dard kennt und vor allem seine intimeren pol. Beziehungen, dann muß es den Unparteiischen wenigstens in Erstaunen setzen, daß die Reichsregierung so wenig unterrichtet scheint.
>
> **Herr Dard ist Spezialgesandter Frankreichs, ausschließlich als Spezialist für Separationsbestrebungen.**
>
> Sein erster Besuch galt dem Grafen Bothmer in München, auf dessen ausschließliches Betreiben Monsieur Dard überhaupt dorthin gekommen ist."

Der Beobachter war gut unterrichtet. Er hatte sich durch die öffentlichen Erklärungen von Dr. Heim und die Bayerische Volkspartei nicht täuschen lassen. Wie richtig er die politische Lage beurteilt, hat die auf-

gedeckte Geheimverbindung, die noch zu dieser Zeit von Dr. Heim über Prinz Isenburg und Dr. Dorten zu den Franzosen lief, gezeigt.

Noch besser unterrichtet aber scheint der Beobachter über die politische Betätigung des neuen französischen Gesandten in München zu sein, denn auch hier haben spätere Vorgänge, die durch Gerichtsverhandlungen bekannt wurden, seine Angaben bestätigt.

Monsieur Dard kam von Paris mit dem Auftrage, in Bayern französische Politik zu treiben. Das war eigentlich selbstverständlich. Wir müssen deshalb hinzusetzen, daß es eine besondere französische Politik war, die er vertreten sollte; nämlich die des damaligen Leiters des Auswärtigen Amtes in Paris. Und diese Politik, die ja auch schon seit 1918 die Generäle Frankreichs am Rhein, von Mangin und Gérard bis Degoutte und de Metz, geheim und offen betrieben, hatte ihre letzten Ziele so weit gesteckt wie in der ruhmreichen Zeit des Sonnenkönigs und des korsischen Kaisers Napoleon. Monsieur Dard verhehlte es auch nicht.

Schon bei seinem Antrittsbesuche hatte er Herrn von Kahr von der Wiederanknüpfung Jahrhunderte alter Traditionen zwischen Bayern und Frankreich gesprochen.

Und seine Bemühungen schienen Erfolg zu haben: Die „Züricher Nachrichten" konnten melden, daß Dard später mit einem Staatsvertrag in der Tasche nach Paris reiste, und es nur dem in Paris inzwischen eingetretenen Umschwung der politischen Richtung (und damit dem Rücktritt Paléologues vom Posten des Staatssekretärs des Auswärtigen) zu danken war, daß er ohne Unterschrift und mit geänderter Marschroute nach München zurückkehren mußte.

> Der Berichterstatter der Zeitung hatte März 1921 aus Kreisen der französischen Diplomatie hierzu noch einiges erfahren:
>
> Auf der Basis von Konzessionen in der Entwaffnungsfrage, wirtschaftlichen Vorteilen und **der Inaussichtstellung eines besonderen Friedensvertrages mit Bayern** sei es Sommer 1920 zwischen dem bayerischen Ministerpräsidenten v. Kahr und Monsieur Dard „ziemlich nahe zum Abschluß eines Separatvertrages" gekommen. Baron de Dard sollte nach Paris gehen, um den Vertrag schriftlich zum Abschluß zu bringen. Da kam plötzlich der Wechsel in der französischen Politik. Alle Pläne fielen ins Wasser. Dard kam mit völlig neuen Instruktionen nach München zurück. **Oktober 1920 sei jedoch nochmals ein bayerischer Ministerialbeamter zum Versuch der Anknüpfung neuer Verhandlungen in Paris gewesen!**

Vielleicht findet sich in den Geheimakten der bayerischen Regierung noch ein Beleg über diese damaligen Verhandlungen mit dem französischen Gesandten? Eine Aufklärung ist dringend geboten. —

*

Hochverratsprozeß Leoprechting

Aber mit der Pflege amtlicher Beziehungen zu der bayerischen Regierung hatte sich Monsieur Dard auch vorher nicht begnügt. Auch nicht mit der bloßen Begünstigung föderalistischer Bestrebungen, wie es diejenigen des

Grafen Bothmer waren. Dard hat, und zwar unmittelbar nach seiner Ankunft in München eigenhändig neue Eisen ins Feuer gelegt; hat eine Verschwörung angezettelt, um eine gewaltsame Trennung Süddeutschlands vom Norden des Reiches herbeizuführen und zu diesem Zweck zunächst einmal Bayern mit dem Reich zu verhetzen.

Die Vorgänge sind durch gerichtliche Untersuchungen und Vernehmungen in allen Einzelheiten festgelegt:

*

Am 3./4. Juli 1922 fand vor dem Münchener Volksgericht der Strafprozeß gegen Freiherrn von Leoprechting wegen Hochverrats statt. In der Anklageschrift des Staatsanwalts wurde unter Beweis gestellt:

Leoprechting soll im Juli 1920 mit dem französischen Gesandten Dard in München persönlich bekannt geworden sein. Es habe sich ein reger Verkehr zwischen beiden entwickelt. Dard habe den Freiherrn mit seinen Bestrebungen, Süddeutschland von Norddeutschland zu trennen, vertraut gemacht. Der Gesandte habe auch von Mitteln gesprochen, die den Konflikt zwischen dem Süden und dem Norden fördern und so die Trennung herbeiführen könnten. **Im richtigen Zeitpunkt zur Lostrennung werde eine französische militärische Besetzung der Mainlinie erfolgen.** Leoprechting habe bereits von Sommer 1920 an bis zu seiner Flucht aus München am 18. Januar 1922 von Dard regelmäßige Bezahlungen von monatlich 3 000 Mark, im ganzen 67 000 Mark erhalten. Er habe mit allen Kräften die Pläne des französischen Gesandten gefördert und einen ausführlichen Organisationsplan entworfen. Danach sollte im Schloß der Mutter Leoprechtings zu Neu-Oetting ein Zentralbüro errichtet werden, das sich besonders mit der Sammlung von Propagandanachrichten befassen und auf die Reichswehr, Einwohnerwehr, Orgesch, Zeitfreiwilligenkompagnien und die nationalen Parteien usw. erstrecken sollte. Nach seiner Rückkehr aus Salzburg (wohin Leoprechting Ende September 1920 vorübergehend flüchtete, weil seine Fälschung zweier Urkunden auf den Namen des Kronprinzen Rupprecht von Bayern festgestellt worden war) habe er einen neuen ausführlichen Organisationsplan entworfen, der die Ueberschrift trägt: „Kann man Süddeutschland von Norddeutschland trennen?" Der Maschinendurchschlag der französischen Urschrift und ein Teil der deutschen Urschrift befanden sich bei den Gerichtsakten. In diesem Plan

empfiehlt Leoprechting unter anderem den Kulturkampf zur Verhetzung von Norden und Süden!

Zur Ausführung dieses Hetzplanes ist Leoprechting im September 1921 auch mit der Reichsregierung in Verbindung getreten, indem er, der in Wahrheit bezahlter Mitarbeiter des französischen Gesandten war, das Reich vor der politischen Tätigkeit des französischen Gesandten gewarnt hat! Um Preußen mit Bayern zu verhetzen, verfaßte Leoprechting im August 1921 eine Denkschrift „Ueber die Möglichkeiten, die stärker werdenden separatistischen Strömungen in Bayern zu bekämpfen und dort eine durchgreifende Reichspolitik zu treiben." Einige Zeit später ließ er eine zweite Denkschrift folgen mit dem Titel „Die monarchistische Gefahr in Bayern." Auch mit mündlichen Vorträgen ist Leoprechting nicht nur an

den Münchener Vertreter der Reichsregierung, den Grafen Zech, sondern auch an den Reichskanzler und andere Regierungsstellen herangetreten und hat es erreicht, das vollste Vertrauen der Behörden zu gewinnen. Auch für diese Tätigkeit ließ er sich bezahlen: von der Reichspresseabteilung wurden ihm 30 000 Mark, vom preußischen Staatskommissariat für öffentliche Ordnung 15 000 Mark in zwei Teilbeträgen zur Unterstützung seiner angeblichen reichstreuen Betätigung in München überwiesen!

Durch seine Beziehungen zur Reichsregierung und dem preußischen Staatskommissariat war es ihm möglich, fortlaufend in den Besitz wichtiger Nachrichten zu kommen. Diese gesamte Tätigkeit hat Leoprechting lediglich im Dienste des französischen Gesandten Dard mit dem Endziel entfaltet, die baldige Losreißung des Südens vom Norden herbeizuführen. Wie Leoprechting bei seiner Vernehmung zugab, sollte dieses vom Reich getrennte **Süddeutschland mit Frankreich verbündet sein.**

Bemerkenswert aus seiner Vernehmung sind noch die Angaben, die er über das Verhältnis des früheren französischen Staatssekretärs des Auswärtigen Paléologue und des Gesandten Dard zur Separationspolitik gemacht hat: die hohen Militärs seien unbedingte Anhänger der Separationspolitik. Im Auswärtigen Amt in Paris habe schon vor dem Kriege und bis 1920 der Staatssekretär Paléologue gesessen, der enge Beziehungen zur französischen Schwerindustrie und zu den französischen Militärs habe. Die Politik von Dard sei bis zum Abgang des Staatssekretärs Paléologue, September 1920, auf Abtrennung eingestellt gewesen. Von da an habe er aber auf Befehl von Paris die Separationspolitik aufgegeben; im Herzen sei er aber ein Anhänger dieser Politik geblieben. Dard sei nach München gekommen, um dort die Verbindung mit politischen Kreisen aufzunehmen, welche für die Separationspolitik geneigt schienen.

Die Verhandlungen erbrachten auch im übrigen den vollen Nachweis für die Richtigkeit der Angaben in der Anklageschrift. Freiherr von Leoprechting wurde zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt. Die Urteilsbegründung ging nach dem Pressebericht auch „mit der Tätigkeit des französischen Gesandten Dard in München und mit der von der französischen Politik durchgeführten Förderung der Abtrennungsbestrebungen mit außerordentlicher Schärfe an Hand der Beweisaufnahme ins Gericht."

Die Verhandlungen hatten in voller Oeffentlichkeit stattgefunden.

*

Ein Brief von General Mangin

Mit der Wahl des damaligen französischen Ministerpräsidenten Millerand zum Präsidenten der Republik, am 23. September 1920, war unter dem Vorsitz von Leygues ein neues Ministerium gebildet worden, und hierbei war Paléologue, der Staatssekretär des Auswärtigen, zurückgetreten. Nicht nur, wie wir gesehen haben, zum Bedauern von Monsieur Dard, dem französischen Gesandten in München, sondern auch der rheinischen Sonderbündler.

So schreibt denn auch am 1. Oktober 1920 der Pfälzer Separatist Eichhorn an seinen Freund, den Capitaine Vial-Mazel nach Paris:

> „Sie könnten in Paris einen unserer Sache nützlichen Gang machen: Herr Paléologue ist abgegangen, und nun wird Herr Berthelot Generalsekretär im Auswärtigen Amt werden. Ich möchte wissen, ob Frankreichs Politik endgültig die Richtung der Kombination Bothmer, Heim, Dorten einschlagen wird. Können Sie darüber Auskunft durch Doumergue oder jemand anders erhalten? Ist Herr Milhaud noch Chef der Propaganda?"

Gleichzeitig regt Eichhorn zur Beeinflussung der französischen Politik an, Vial-Mazel solle im „Matin" oder in der „Ere Nouvelle" in Form eines erdichteten Interviews einen Auszug aus seinem Brief über die Lage im Rheinland und die rheinische Politik Frankreichs veröffentlichen. —

Daß auch Dorten mit der Förderung seiner Bewegung durch Paléologue gerechnet hat, ergibt sich aus einem an letzteren gerichteten Schreiben des damals in Paris weilenden Beschützers Dortens, des Generals Mangin, vom 5. August 1920, worin Mangin dem Staatssekretär des französischen Auswärtigen Amtes die Anwesenheit von Dorten und Prinz Isenburg in Paris anzeigt und um ihre amtliche Unterstützung ersucht:

> „Von meinem Landsitz zurückkehrend, fand ich um 2 Uhr 15 den vor einigen Minuten angekommenen Dr. Dorten vor. Es war ganz natürlich, daß er bei mir vorsprach und, ohne meine Ankunft abzuwarten, vorgelassen wurde, denn er war schon bei seiner ersten Reise von mir intim empfangen und sogar während der ersten beiden Tage seines Aufenthaltes dreimal zum Essen eingeladen worden, weil ich es für zweckmäßig hielt, ihn gegen jede möglichen Indiskretionen zu schützen.
>
> Prinz Isenburg — der Verbindungsmann zwischen Herrn Ullrich und Dorten — sollte schon vor zwei Monaten nach Paris kommen und hielt die Begleitung Dortens für nützlich. Entschlossen, seine Reise nicht länger aufzuschieben, drang der Prinz darauf, sie, wie vorgesehen, zu unternehmen. Dorten hielt es für nachteilig, sogleich nach seiner Befreiung*) nach Paris zu gehen, doch gab er dem Drängen des Prinzen und unserem Generalkonsul Bruère nach....
>
> Doch durfte seiner Sache wie der unsrigen wegen, die das gleiche Ziel verfolgen, kein unzeitiger Schritt unternommen werden, der auf die Rheinländer wie die Franzosen kompromittierende geheime Intrigen hätte schließen lassen können.
>
> Dorten ist nun in Paris und zwar als Privatmann. Er ist zu jeder Unterredung bereit, doch bittet er niemand um eine Audienz und sagt dies ganz offen. Er glaubt übrigens, daß wir ihn in diesem Augenblick brauchen....
>
> ....In Bayern muß man sich mit Dr. Heim verständigen. Die Aufhebung der Einwohnerwehren wäre vorteilhaft, weil sie vom Bolschewismus verseucht zu werden beginnen. Doch müssen

---

*) Dorten war am 24. Juli 1920 in Wiesbaden durch einen Handstreich deutscher Kriminalbeamter auf Grund eines Haftbefehls der Staatsanwaltschaft vom 11. Juli 1920 verhaftet und in geschlossenem Auto ins unbesetzte Gebiet gebracht worden. Bemerkenswert ist, daß er sich bei der Verhaftung in Gesellschaft von Prinz Isenburg befunden hatte. Sie kamen vom Kasino, wo sie zusammen gespeist hatten. — Auf Einspruch der französischen Regierung mußte Dorten nach einigen Tagen von den deutschen Behörden wieder freigelassen werden.

sie durch eine neue Organisation in der Hand Heims ersetzt werden.

Ich halte es für sehr wichtig, daß Dr. Dorten Paris nicht ein zweites Mal verläßt, ohne die Zusicherung zu erhalten, daß er, sobald es die Umstände erlauben, von einem autorisierten Regierungsvertreter empfangen wird. Es wäre ein großer Schaden, wenn er den Eindruck gewinnen würde, daß sich Frankreich für sein Werk nicht interessiere. Ich bitte Sie um die Genehmigung, ihn in Ihrem Namen oder sogar im Namen des Ministerpräsidenten des Gegenteils versichern zu dürfen . . .“

*

Zweiter Hochverratsprozeß

Aus dem Plan der Aufteilung des Deutschen Reiches durch Errichtung eines neuen erweiterten Rheinbundes war 1919 und 1920 nichts geworden, weil Frankreich sich weigerte, die bayerischen Sonderwünsche — einen Sonderfrieden, Wirtschaftsvorteile und Anschluß von Teilen Deutsch-Oesterreichs an ein Großbayern — zu erfüllen.

Die nationalistische französische Presse hat diese Ablehnung später offen bereut. Aber auch die französische Regierung hatte sich schon 1922 umgestellt und betrieb, vor allem, nachdem der Einmarsch ins Ruhrgebiet beschlossen war, ebenso wie am Rhein auch in Bayern wieder eine aktive Separationspolitik, mit deren Durchführung wiederum Monsieur Dard, ihr Gesandter in München, betraut wurde. (Als französischer Verbindungsmann zwischen Bayern und dem Rhein finden wir schon im Winter 1920/21 den gleichen Marquis de Lillers, dessen geheime Denkschrift wir schon angeführt haben. Er residierte als Delegué Supérieur im Domhotel zu Köln, von wo er häufig nach München zu Besprechungen mit dem französischen Gesandten fuhr.)

*

Ein zweiter Hochverratsprozeß, der gegen Fuchs, Machhaus und Genossen, Juni 1923 vor dem Münchener Volksgericht, und zwar gleichfalls in voller Oeffentlichkeit verhandelt wurde, hat den französischen Plan, der am 20. Februar desselben Jahres zur unmittelbaren Unterstützung der Ruhraktion hätte durchgeführt werden sollen, aufgedeckt.

Es war ein altes separatistisches Rezept, das diesmal wieder angewandt wurde: Der Kampf gegen den Bolschewismus sollte den Vorwand zur Trennung Süddeutschlands vom Norden geben. In verschiedenen der von uns angeführten Aeußerungen sonderbündlerischer Führer ist schon davon gesprochen worden. So von Dorten in seiner zweiten Denkschrift von September 1920, worin er darauf hinweist, daß im Falle eines Linksputsches „die stärksten Exponenten des Förderalismus in Bayern Bothmer'scher Richtung, rheinische Aktivisten und Welfen naturgemäß freiere Hand in der innen- und außenpolitischen Gestaltung (Deutschlands) haben würden“. (Auch die Welfen hatten ja gehofft, daß im Falle eines Linksputsches die Franzosen bis zur Weser einrücken und ihnen helfen würden, ein selbständiges Hannover wieder zu errichten!)

Wenn nun aber die Bolschewisten keinen solchen Vorwand zum Einmarsch gaben? Dann würde man sie durch Mittelsmänner veranlassen, es zu tun.

Dies war 1922/23 der geradezu teufliche Plan, den der französische Gesandte in München zusammen mit dem ihm zur Unterstützung von der Regierung in Paris zur Verfügung gestellten französischen Generalstabsoffizier Oberst Augustin Xavier Richert erdacht hatte. Und wieder waren es deutsche Lumpen und ein tschechischer Jude, die bereit waren, für Bezahlung die Durchführung zu übernehmen.

Bis in die Einzelheiten war, wie die Gerichtsverhandlungen ergaben, der Plan festgelegt. Zahllose Besprechungen zwischen Oberst Richert und den deutschen Verschworenen hatten seit Herbst 1922 in München, Stuttgart, Mainz, Wiesbaden, Frankfurt a/M. und Saarbrücken stattgefunden. An den Mainzer Besprechungen in den Tagen vom 10. bis 13. Dezember 1922 hatte auch ein zweiter französischer Generalstabsoffizier, Oberst Du Bac, teilgenommen. **Geplant war die künstliche Erregung eines Arbeiteraufstandes in Thüringen, der Frankreich den Anlaß geben sollte, die Linie Weser — Langensalza — Würzburg — Nürnberg — Donaueschingen** (die in dem Programm als „Grüne Linie" bezeichnet wurde) **zu besetzen und damit Süddeutschland vom Norden zu trennen.** Die Truppen hierfür waren, nach Mitteilung von Oberst Richert an Fuchs, im Griesheimer Lager schon bereitgestellt. **Gleichzeitig sollten die Tschechen vom Osten her in Deutschland einrücken,** Sachsen besetzen und anmarschierende norddeutsche Truppen binden. (Nach Zeitungsmeldungen sollen die Tschechen Anfang Februar 1923 tatsächlich schon einmarschbereit an der deutschen Grenze gestanden haben, und zwar auf Grund des französisch-tschechischen Geheimvertrages vom 8. November 1921, dessen Artikel X bestimmte: daß die tschecho-slowakische Regierung im Einvernehmen mit Frankreich wirtschaftspolitische und militärische Schritte gegenüber Deutschland zu übernehmen habe „falls die Regierung der Republik Frankreich eine Gefährdung des mitteleuropäischen Friedens feststellen sollte.")

Die Aktion, deren Ausbruch für den 20. Februar 1923 festgesetzt war, sollte unter dem Vorwand einer „Abwehrmaßnahme gegen den Bolschewismus" **die endgültige Abtrennung Süddeutschlands vom Reich durchführen.** Der Einmarsch bayerischer Truppen und Einwohnerwehren würde den Anschluß Deutsch-Oesterreichs (ohne Wien) an ein Großbayern erzwungen haben. Gelder aus französischen Staatsmitteln im Betrage von rund 100 Millionen Mark für Ausrüstung und Beförderung der Mannschaften standen den Verschwörern zur Verfügung; große Waffenlieferungen, darunter außer erbeuteten deutschen Geschützen, die zur Uebergabe an Bayern schon in St. Avold bereitgestellt waren, nicht weniger als 60 Tanks und 150 Flugzeuge waren von den französischen Generalstabsoffizieren zugesichert worden.

Zum Ausbruch des Putsches ist es nicht gekommen. Die Verschwörer wurden rechtzeitig verhaftet. Zwei von ihnen entzogen sich durch Selbstmord ihrer Bestrafung. Die anderen wurden des Hochverrats überführt und zu Zuchthaus verurteilt.

In dem Urteil vom 9. Juli 1923 wurde aber gleichzeitig „unverrückbar" festgestellt:

1. Das Reichszertrümmerungsunternehmen Richert-Fuchs-Machaus war **ein hochoffizielles Vernichtungsunternehmen der französischen Staatsregierung gegen den politischen Bestand des Deutschen Reiches und damit gegen die nationale Einheit des deutschen Volkes.**
2. Die französische Staatsregierung hat geplant, dieses Reichszertrümmerungsunternehmen im engsten zeitlichen Zusammenhang mit der französischen Ruhraktion durchzuführen.
3. **Die französischen Rhein- und Ruhrarmeen haben den Befehl gehabt, im Augenblick des bayerischen Putsches den Vormarsch von Frankfurt bis Hof anzutreten und dadurch den deutschen Norden von dem deutschen Süden zu trennen.**

   Die bayerische Umsturzaktion sollte somit den Scheingrund liefern für die französische Besetzung der Mainlinie. Alles Weitere erhoffte sich die französische Regierung von dem Erfolg ihrer separatistischen Wühlarbeit in Bayern.

   Ein Beweis für die hohe politische und militärische Wertschätzung Richerts durch die höchsten politischen und militärischen Instanzen Frankreichs ist der Umstand, daß gerade Richert mit der Leitung und Durchführung dieses offiziellen hochpolitischen Auftrages **vom Ministerpräsidenten Poincaré beauftragt wurde.**

Tatsächlich hatte nach Angabe des Angeklagten Fuchs Oberst Richert erklärt, daß außer ihm in Frankreich nur 5 Personen in den Plan eingeweiht seien. Es waren aber die maßgebendsten, denn **unter ihnen befand sich Poincaré, ferner der Chef des französischen Generalstabes, ferner General Degoutte, der Oberkommandierende der Ruhrarmee sowie der Chef seines Stabes.**

*

Revolver-Republik und „legaler" Separatismus

Am 21./22. Oktober 1923 erfolgte in Wiesbaden und anderen rheinischen Städten der Separatistenputsch von Matthes, Dorten und Genossen. Die Revolver-Republik wurde ausgerufen. Aber trotz der heimlichen Unterstützung mit Geld und Waffen durch die Franzosen hatte die Gründung dieses vom Deutschen Reich losgelösten Gebildes keine Aussicht auf Bestand; wohl dagegen bestand die Gefahr, daß Tirard, der französische Oberkommissar und Vorsitzende der Internationalen Rheinland-Kommission in Koblenz sein Ziel der Errichtung eines selbständigen Weststaates auf anderem Wege erreichen würde: schon seit Oktober 1923 hatten die Kölner „legalen Separatisten", Oberbürgermeister Adenauer und der gleichfalls dem Zentrum angehörende Bankier Louis

(Levi) Hagen Verhandlungen mit ihm zum Zweck der Gründung einer Rheinischen Republik mit eigener Diplomatie, eigener Währung usw. angeknüpft. Am 23. November 1923, dem berüchtigten „Schwarzen Freitag" war die Einigung unmittelbar bevorstehend. Sogar die Reichsregierung begann dem ungestümen Drängen der Kölner Gruppe nachzugeben, und wenn deren Pläne dann trotzdem nicht verwirklicht wurden, verdanken wir es, abgesehen von dem Widerstand der Bevölkerung, hauptsächlich der Ablösung der Inflation und damit der Wirtschaftsnot durch die Rentenmark, die Schacht entgegen der höhnischen Prophezeihung von Hagen, sie würde sich nicht halten können, als Grundlage einer neuen festen Währung durchzusetzen verstanden hatte.

Daß aber sogar in diesen dunklen Novembertagen 1923, als die Einheit Deutschlands in Frage stand, die **Bayerische Volkspartei bereit war, die Aufteilung des Reiches zu billigen,** zeigt ein Schriftstück aus den Akten der Stadt Köln: die Niederschrift einer fernmündlichen Mitteilung des Reichstagsabgeordneten Dr. Deermann aus Berlin vom 26. November 1923, die der Bürodirektor Wolffgarten für den nicht anwesenden Oberbürgermeister Adenauer angenommen hatte:

„Herr Abgeordneter Dr. Deermann läßt Herrn Oberbürgermeister mitteilen, daß er an der morgigen Besprechung im Reichstag teilnehmen würde. Er läßt Herrn Oberbürgermeister ferner sagen, daß die **Ansicht seiner Fraktion** dahin geht, daß **unbedingt ein selbständiger Staat gebildet werden müsse, und zwar möglichst bald. Von München sei lediglich ein formeller Protest zu erwarten.** Wenn die Sache nicht bald gemacht werde, würden die **Pfalz** und **Hessen** selbständig vorgehen".

Wir erinnern daran, daß Dr. Deermann als einziger Abgeordneter der Christlichen Volkspartei auf der von dieser gemeinsam mit der Bayerischen Volkspartei aufgestellten Reichsliste im Juni 1920 in den Reichstag gewählt worden war und sich hier der Fraktion der Bayerischen Partei angeschlossen hatte. Wenn Dr. Deermann also am 26. November 1923 dem Kölner Oberbürgermeister mitteilen läßt, nach Ansicht seiner „Fraktion" müsse unbedingt ein freier Staat am Rhein gebildet werden, so kann sich dies nur auf die **Reichstagsfraktion der Bayerischen Volkspartei** und nicht auf eine Fraktion der Christlichen Volkspartei beziehen, denn eine solche gab es nicht; sie hätte ja nur aus Dr. Deermann allein bestanden! Ueberdies übermittelte Dr. Deermann dabei auch gleichzeitig die vertrauliche Angabe über die von der bayerischen Regierung in München zu erwartende Stellungnahme, worüber ja auch nur die Herren der Bayerischen Volkspartei Bescheid wissen konnten.

Das Schriftstück dürfte demgemäß ein vollgültiger Beweis dafür sein, **daß sogar Ende 1923 nicht nur die Bayerische Volkspartei, sondern auch die von ihr geführte bayerische Regierung bereit war, die französischen Rheinpläne zu unterstützen.**

*

Zentrumsgrüße von Dom zu Dom

Wie die Parteien des Marxismus haben auch Zentrum und Bayerische Volkspartei sich aufgelöst. Ihre Organisationen sind zerschlagen, die Wählermassen abgefallen. Und wenn die Deutsche Revolution Adolf Hitlers März 1933 uns nichts anderes gebracht hätte — diese Tatsache allein wäre schon der größte Erfolg eines Deutschen seit der Reichsgründung gewesen. In gleicher Weise für Staat und Kirche. Ja, auch für die Kirche. Ein neuer Kulturkampf drohte. Die Religion war in Gefahr. Aber nicht, weil sie bedroht wurde von einer glaubensfeindlichen Regierung. Die Religion war in Gefahr, weil es ein Zentrum gab. Reichsminister Dr. Goebbels hat mit Recht festgestellt: „Wenn wir das Zentrum aus der Welt der politischen Realitäten entfernen, erweisen wir der Kirche einen Dienst, für den sie uns danken soll!"

Das Zentrum hat sich aufgelöst. Die Wählermassen sind zerfallen. Wie aber steht es mit den Zentrumsführern? Ist der Abgrund ihres Hasses, der uns getrennt hat im alten Deutschland, jetzt zugeschüttet? Stehen sie bereit zur Mitarbeit am Aufbau des neuen Reichs? Haben auch sie sich über Nacht bekehrt?

Wir glauben nun einmal nicht an das Wunder dieser Bekehrung. Wir gedenken auch hier der Vergangenheit. Schon einmal hatte das Zentrum uns dieses Wunder seiner Bekehrung zum Deutschtum glauben lassen wollen. Noch vor Ende der Separatistenzeit war es offiziell wieder reichstreu geworden.*) Ueber ein Jahrzehnt ist es her. Nur abgerüstet hatte das Zentrum auch im Separatismus nicht. Wenn Gefahr im Verzuge war, wurden die alten Waffen aus der Rüstkammer geholt und von der Zinne des Turms dem Feinde gezeigt.

Erinnern wir uns der stürmischen Tage der Wahlkämpfe von 1932? Das erwachende Deutschland hatte an die Tore geklopft. Es ist bezeichnend, daß es wieder wie 14 Jahre früher eine große Zentrumsversammlung in Köln gewesen ist, in der, wie damals Preußen gegenüber, jetzt dem Reich die Treue aufgekündigt wurde. Diesmal allerdings, wie Dr. Heim sagen würde: „unter gewissen Umständen". Nämlich für den Fall, daß es jetzt mit der Zentrumsherrschaft endgültig vorbei sein sollte.

---

*) Was aber das Zentrum nicht hinderte, 1923 durch Adenauer, Hagen, Stöck und Brentano ‚legal' mit dem französischen Oberkommissar Tirard über die Errichtung eines Rheinischen Freistaates zu verhandeln. — Im übrigen hatte das Zentrum die Organisierung eines ‚legalen' Separatismus schon frühzeitig vorgenommen. So im „Reichs- und Heimatbund deutscher Katholiken" des Kölner Professors Schmittmann, der als Bevollmächtigter der Partei schon 1919 in der rheinischen ‚Freiheits'-Bewegung tätig gewesen war und den Kampf gegen Preußen dann in seinen Zeitschriften „Volk und Heimat" und „Reich und Heimat" fortgesetzt hat. Ebenso aber war schon um die Jahreswende 1918/19 der „Deutsche Förderalistenbund" mit dem Sitz in Halle gegründet worden. Aber die Verbindung mit den illegalen, den echten Verschwörern am Rhein blieb gewahrt. Noch im Winter 1920/21 stand der Vorsitzende des Deutschen Föderalistenbundes, Prof. Heldmann in Halle, in persönlichem Briefwechsel mit Dorten!

Das geschärfte Ohr der langjährigen marxistischen Bundesgenossen hatte dabei freilich auch die mitschwingenden Obertöne erkannt. Die sozialdemokratische ‚Rheinische Zeitung' in Köln (1932, Nr. 155), berichtet über die Versammlung tief ergriffen:

„Die wichtigsten Eindrücke dieses Nachmittags? Im ganzen westdeutschen Zentrum wogt Kulturkampfstimmung ... Der Vorsitzende der Versammlung, Stadtverordneter Dr. Reuter, gab mit einem klug ausgewogenen Satz einen von allen sofort verstandenen katholischen Gedanken wieder. **Unter stürmischem Beifall schickte er Grüße vom Kölner Dom zur Paulskirche in Frankfurt, zu den Türmen der Münchener Frauenkirche und zum Wiener Stefansdom.** Es ist die Linie des großdeutschen Katholizismus, deren Existenz wir in den vergangenen Jahren vergaßen. Die nun aber wieder empfunden wird, ohne daß schon bestimmte politische Schlußfolgerungen aus ihr gezogen werden."

Es war die Linie, nicht des großdeutschen Katholizismus, sondern die unveränderte Linie der Zentrumspolitik. Einschließlich der künstlich erregten Kulturkampfstimmung. Dieses alte und immer wieder bewährte Zentrumsrezept hatte ja auch der Hochverräter Leoprechting seinen französischen Geldgebern als bestes Mittel zur Verhetzung des Südens gegen den Norden empfohlen!

Und der fromme Gruß von Dom zu Dom? Der „klug ausgewogene Satz" wurde in seinem tieferen Sinne „von allen sofort verstanden": die offene Drohung mit einem Abfall vom Reich und Gründung des schon 12 Jahre vorher ernsthaft geplanten selbständigen Rhein=Donau=Staatenbundes. Diesen tieferen Sinn hatten alle verstanden und bejubelt. Nur der Hauptredner des Abends muß den Satz überhört haben. Nicht mit einem Wort hat er gegen die Ausführungen des Stadtverordneten Einspruch erhoben oder wenigstens Verwahrung gegen die hochverräterische Deutung, die diesem Satz durch den Beifall der Versammlung gegeben wurde. Und doch hätte gerade er eigentlich Anlaß zu einer solchen Verwahrung gehabt:

Der Hauptredner des Abends war Dr. Brüning. Der bisherige Kanzler des Deutschen Reichs.

*

War die deutungsvolle Anspielung des Kölner Stadtverordneten nur die Entgleisung eines temperamentvollen Subalternführers gewesen? Nein. Gerade, daß sie in Gegenwart des bisherigen deutschen Reichskanzlers ungerügt erfolgen durfte, zeigt, daß die unausgesprochenen „bestimmten politischen Schlußfolgerungen" nicht nur als Ankündigung eines neuen Kulturkampfes, sondern als die von Partei wegen für einen Eventualfall in Aussicht genommene Wiedererweckung des eingeschlafenen Separatismus gedeutet werden sollten. Und wenn noch irgend ein Zweifel bestünde, daß es sich hierbei um eine in ihrem Wortlaut „klug ausgewogene" Kundgebung der Zentrumspartei gehandelt hat, so würde er behoben durch die weiteren Vorgänge in Süddeutschland.

Es knistert im Gebälk des Reichs

Die Kölner Zentrumsversammlung hatte am 3. September 1932 stattgefunden. Nur knapp ein halbes Jahr später droht auch die Bayerische Volkspartei offen mit dem Abfall vom Reich. Diesmal aber wird kein kleiner Parteifunktionär vorgeschickt. Der **bayerische Ministerpräsident Dr. Held** in Person erklärt als Exponent der Partei in seiner Wahlrede vom 24. Februar 1933 öffentlich und unmißverständlich:

> „Wir sind nicht willens, uns noch einmal so behandeln zu lassen, wie es früher versucht wurde. **Die Zeit um das Jahr 1870 kehrt nicht wieder.** Wir haben die Kraft, aus unserem Selbstbewußtsein als deutsche Katholiken jeden Angriff abzuwehren **und uns auch gegen Gewalt durchzusetzen.**"

Also auch Dr. Held läßt den bewährten Kampfruf: „Die Religion ist in Gefahr!" erschallen, weil die Machtstellung des Zentrums durch den Nationalsozialismus bedroht ist! Der bayerische Staatsrat Schäffer wiederholt die Kriegserklärung in noch schärferer Form, und der Abg. Ritter von Lex spricht sogar pathetisch davon: man werde für Bayerns Freiheit zu marschieren und, wenn es nottue, auch zu fallen wissen!

Es waren mehr als Worte der Verärgerung. Es knisterte im Gebälk des Reiches, und dieses Knistern war laut genug, um auch im Westen Europas vernommen zu werden: Der französische Gesandte in München, Monsieur d'Ormesson, wird vom Außenminister Paul-Boncour „zur eingehenden Berichterstattung über die Lage in Bayern" nach Paris berufen. Welche Hoffnungen aber dieser Bruderzwist auf französischer Seite erweckt hatte, verrät ein Leitaufsatz der „Basler Nachrichten" von Ende Februar 1933, worin der Hauptschriftleiter Oeri über die Stimmung in Genfer Diplomatenkreisen berichtet:

> „Vielleicht tut uns das neue Regime in Berlin unvermutet rasch den Gefallen, das katholische Süddeutschland, vornehmlich Bayern abzustoßen. Dieses sehr beträchtliche Sprengstück mag sich dann mit Oesterreich zu einem an Territorium und Einwohnerzahl ganz ansehnlichen Wittelsbacherstaat mit Winterresidenz in Wien und Sommerresidenz in München vereinigen. Die Frage, ob der süddeutsch-österreichische Staat, der keine eigenen Kohlenlager besäße, wirtschaftlich lebensfähig wäre, würde von seiner freundlichen oder unfreundlichen Stellung zu Frankreich abhängen."

Wie man sieht, waren hier die Anregungen von Dr. Heim noch nicht vergessen.

*

„Kaiserreich Mitteleuropa"

Die Habsburger dachten sich die Lösung der österreichischen Frage allerdings etwas anders. Dafür aber großzügiger:

In der Wiener Zeitschrift ‚Staatswehr' war schon Anfang 1925 ein mit einer Karte geschmückter Aufsatz über die Zukunft Mitteleuro-

pas erschienen. Der Verfasser gibt sich nicht mit Kleinigkeiten ab. Er verlangt ein „Mitteleuropäisches Kaiserreich“ unter dem Szepter Habsburgs, dessen Herrscher aber zugleich „Kaiser des Ostreichs“ ist und auch die Kronen von Ungarn, Polen und „einem föderalisierten Königreiche Kroatien, Slowenien und Friaul“ trägt, und dem außer einem ganz Süd- und Westdeutschland umfassenden Königreich Großbayern (unter den Wittelsbachern), auch der Südosten Europas einschließlich Dalmatien, Bosnien und Herzegowina sowie der Königreiche Ukraine, Rumänien, Bulgarien, Serbien, Montenegro und Albanien angeschlossen sein sollten!

Es ist bezeichnend, daß der ‚Bayerische Herold‘, das Blatt der Bayerischen Königspartei, diesen Aufsatz mit Karte abgedruckt und zu diesen „von einem heutzutage seltenen staatsmännischen Gefühl eingegebenen Darlegungen“ nur einige belanglose Vorbehalte gemacht hat.

Die in Wien erscheinende Wochenschrift ‚Das neue Reich‘, der bedeutende Mittel zur Verfügung zu stehen scheinen, arbeitet planmäßig im gleichen Sinne. Diese Wochenschrift wird auch im Rheinland und im deutschen Süden viel verbreitet und von dort aus auch eifrig bedient. Ihre Hauptaufgabe sieht sie in der Zerschlagung Preußens; so hatte (1924, Nr. 42) Clemens Freiherr von der Klettenburg verlangt: **„Preußen muß in seine einzelnen Teile zerbersten“**, damit Deutschland wieder erstehen kann.

Deutschland? Nein! Der alte Rheinbund und die Donau-Konföderation, aber erweitert durch ganz Südosteuropa zu einem wiedererstehenden neuen **größeren Heiligen Römischen Reich teutscher Nation.**

Die Schriftleitung des Blattes deutet dabei in einer Anmerkung an: **„daß Oesterreich nicht im nationaldeutschen Sinn, sondern als Donauvölkerstaat gewertet werden müsse“.**

*

Habsburgs Hauspolitik

Beziehungen zu Oesterreich hatte Dr. Heim mindestens seit 1920 sowohl persönlich wie durch Graf Bothmer angeknüpft. Auch die Franzosen waren hierüber gut unterrichtet. Capitaine Vial-Mazel in seinem Rheinbuch bestätigt es:

> „In der Tat besteht völliges Einvernehmen zwischen der Bayerischen Volkspartei und ihren Gesinnungsgenossen in Oesterreich. Dr. Heim, der Führer der Bayerischen Volkspartei, ist auch in Oesterreich der Leiter der Grünen Internationale, der Bauernvereine, und die Einwohnerwehr verzweigt sich sogar bis Tirol.“

Vial-Mazel stellt denn auch fest: „Eng verbunden mit den bayerischen föderalistischen Bestrebungen ist die Frage des Anschlusses Oesterreichs.“

Einen Anschluß verlangte auch das österreichische Volk; freilich nicht an ein zu schaffendes Großbayern, sondern an das Deutsche Reich. Schon am 21. September 1920, dem Jahrestage des Friedensschlusses von St. Germain, hatten riesige Volkskundgebungen in Wien diesen Anschluß gefordert. Ueberall wurde das Deutschlandlied gesungen. Am 1. Oktober 1920 beschließt der Oesterreichische Reichsrat sogar die Volksabstimmung über die Anschlußfrage. Da aber hatten die Regierungen der Entente Einspruch erhoben: die „Unabhängigkeit" Oesterreichs war im Friedensvertrag festgelegt.

Aber auch gegen den von Dr. Heim betriebenen Anschluß Deutsch-Oesterreichs an ein Großbayern erfolgte jetzt Widerspruch in Paris, und zwar merkwürdigerweise in der linkssozialistischen (ab 1923 kommunistischen) ‚Humanité'. Ende 1920 wies in dem Blatt eine nach Angabe der Schriftleitung „hochgestellte österreichische Persönlichkeit" Frankreich auf die Gefahren hin, die der Anschluß Oesterreichs sogar an ein vom Deutschen Reich getrenntes Großbayern haben würde: es wäre nur ein Zwischenzustand, denn ohne jeden Zweifel würde sich der abgetrennte Südstaat später wieder mit dem Reich vereinigen. Aus dem Aufsatz erkennen wir aber gleichzeitig, von welcher Seite der Widerstand gegen die von Dr. Heim vorgeschlagene Lösung kam: **der Verfasser war niemand anderes als der entthronte österreichische Kaiser Karl, der für seine Hauspolitik eintrat.**

Was geht in Österreich vor?

Ist es denn eine andere Politik, die heute in Oesterreich getrieben wird? Sie läßt sich auf die gleiche Habsburger Formel bringen: soll der Staat nationaldeutsch bleiben oder nicht? Und es ist eine „zweckbestimmte Verfälschung der Sachlage", wenn Bundeskanzler Dollfuß unter Berufung auf die Bestimmungen der Friedensverträge das Ausland um Hilfe gegen das Deutsche Reich in einem Kampf um die Unabhängigkeit Deutsch-Oesterreichs angerufen hat. Jawohl, der Kampf geht um die Unabhängigkeit Deutsch-Oesterreichs. **Aber diesen Kampf führt das österreichische Volk gegen seine Regierung.**

In diese innerpolitische Auseinandersetzung des Brudervolkes hat sich aber Deutschland nicht eingemischt. Niemand hat jetzt den Anschluß Oesterreichs und die Aufhebung der entgegenstehenden Friedensbedingungen gefordert. Nicht einmal drüben die eigene nationalsozialistische Partei. Ihre Führer haben im Gegenteil wiederholt erklärt, daß sie sich „der internationalen Bindungen Oesterreichs wohl bewußt" seien.

Es wäre unsinnig zu behaupten, Deutschland habe durch seine Unterschrift unter das Versailler Friedensdiktat endgültig auf den Anschluß Oesterreichs verzichtet. So wenig wie das österreichische Volk, das diesen Anschluß wieder und wieder gefordert hat, darauf jemals verzichten wird.

Als eine deutsche „Monroe-Doctrin" hat es Adolf Hitler schon auf der ersten Seite seines Kampfbuches festgelegt:

„Deutsch-Oesterreich muß wieder zurück zum großen deutschen Mutterlande, und zwar nicht aus Gründen irgendwelcher wirtschaftlicher Erwägungen heraus. Nein, nein: Auch wenn diese Vereinigung, wirtschaftlich gedacht, gleichgültig, ja selbst wenn sie schädlich wäre, sie müßte dennoch stattfinden.

Gleiches Blut gehört in ein gemeinsames Reich."

Wir hoffen auf diese Wiedervereinigung, und wir wissen, daß einmal der Tag kommen wird, wo sie erfolgen muß. Wir wissen jedoch auch, daß eine solche Vereinigung getrennten deutschen Landes nur auf dem Wege zwischenstaatlicher Verständigung möglich sein wird. Auch das Deutsche Reich ist sich „der internationalen Bindungen Oesterreichs wohl bewußt." So lange diese Bindungen aber bestehen, so lange diese Verständigung noch nicht durchgeführt werden kann, ist es gerade das Deutsche Reich, das nicht nur, wie es Artikel 80 des Vertrages von Versailles vorschreibt: „unbedingt die Unabhängigkeit Oesterreichs in den durch den gegenwärtigen Vertrag festgelegten Grenzen" anerkennt, sondern ihre Wahrung in Gemeinschaft mit den nationalen österreichischen Brüdern fordern muß; denn diese Grenzen umschließen rein deutsches Land mit einer rein deutschen Bevölkerung.

*

Was geht in Oesterreich vor?

Bundeskanzler Dollfuß hat die Hilfe des Auslandes angerufen. Aber nicht zur Sicherung des Artikels 80 des Friedensvertrages, durch den die Unabhängigkeit des Landes geschützt wurde, sondern zur Aufhebung dieser Bestimmung.

Bundeskanzler Dollfuß ist Juni 1933 nach England und Frankreich gefahren, um die **Errichtung einer Donau-Föderation unter Anschluß von Deutsch-Oesterreich an Tschechien** oder, wenn möglich, an den ganzen **Kleinen Verband** herbeizuführen.

Hierüber hatte Dollfuß schon in London mit der englischen Regierung und, wie er am 15. Juni dem Vertreter von Reuter zugab, dort auch mit anderen ausländischen Staatsmännern, nämlich denen des Kleinen Verbandes, verhandelt. Hierüber fanden am 16. Juni zwischen ihm und dem französischen Minister des Aeußeren, Paul-Boncour, Besprechungen statt. Hierüber erfolgten dann in der zweiten Junihälfte weitere Verhandlungen zwischen dem französischen und dem tschechischen, dem südslawischen und dem rumänischen Außenminister, die dazu persönlich nach Paris kamen.

Beim Presseempfang in London am 12. Juni hatte Bundeskanzler Dollfuß sein Vorgehen verteidigt:

„Wir kämpfen heute für die Erhaltung Oesterreichs als eines unabhängigen politischen und wirtschaftlichen Körpers in Mitteleuropa und glauben, daß wir durch eine unbeugsame Verfolgung dieses höchsten Zieles unserer Bemühungen einen wichtigen Beitrag zur Aufrechterhaltung des Friedens in Europa leisten."

Fast mit den gleichen Worten hatte es schon, ein Jahrzehnt früher, ein anderer Politiker gesagt. Auch er sprach von Mitteleuropa; auch er sprach davon, daß Oesterreichs Unabhängigkeit gesichert werden müsse durch eine Donau-Föderation mit Tschechien, und zwar zur Wahrung des Friedens.

Es war der Franzose Léon Martin. In seinem Aufsatz „Das österreichische Problem" (L'Homme Libre. 26. 8. 22) hatte er aber gleichzeitig auch die Gründe angeführt, die diese Lösung der österreichischen Frage bedingen:

„Bismarcks Werk: die Vorherrschaft des verpreußten Deutschlands über Mitteleuropa ist geschont und durch die Verträge von 1919 sogar gestärkt worden. **Dieses Werk muß zerstört werden.**

Der Weltfriede kann nur durch die Teilung Deutschlands gesichert werden. Während man darauf wartet, daß dies wieder möglich wird — November 1918 wäre sie so leicht zu erreichen gewesen! — muß man sich beeilen, den zweiten Fehler von 1919 wieder gut zu machen und **wieder eine Donau-Föderation herzustellen.**

Eine offene oder verschleierte Verbindung Oesterreichs mit Deutschland kann nicht geduldet werden. **Nur eine Föderation mit der Tschecho-Slowakei wahrt Oesterreichs Würde, sichert seine Unabhängigkeit und stärkt seine Bundesgenossen.**

Für Europa wäre das ein Faktor des Gleichgewichts und folglich auch ein Faktor des Friedens."

Der Anschluß Deutsch-Oesterreichs an eine slawische Macht wird also hier von französischer Seite offen gefordert, **um ein für alle Mal die Möglichkeit eines späteren Anschlusses an das Deutsche Reich zu verhindern.**

So ist es erklärlich, daß jeder Plan, der den Einfluß des „verpreußten Deutschlands" auf Mitteleuropa vereiteln würde, in Frankreich Verständnis und diplomatische Unterstützung finden muß. Und so ist es denn auch erklärlich, daß zur Zeit des Besuches von Dollfuß die Presse aus Paris berichten konnte:

„Die Spannung zwischen der deutschen und österreichischen Regierung wird hier mit großer Aufmerksamkeit verfolgt. **Die Einstellung auf französischer Seite ist durch die Entwicklung der ganzen Nachkriegszeit geschichtlich gegeben."**

Auch von einer französischen Anleihe für Oesterreich ist wieder die Rede.

Der Bundeskanzler Deutsch-Oesterreichs fährt befriedigt nach Haus. Auf dem Bahnhof in Wien stehen die Gesandten von Frankreich und England zu seinem Empfang bereit.

Bundeskanzler Dollfuß hatte den Anschluß von Deutsch-Oesterreich an eine andere mitteleuropäische Mächtegruppe merkwürdiger Weise genau wie der Franzose Léon Martin als Maßnahme zur Sicherung seiner Unabhängigkeit bezeichnet. Unverständlich ist nur, daß er als oberster Leiter eines rein deutschen Staates nicht die Gefahr erkannt hat, durch eine solche Maßnahme für immer die Hoffnung auf einen Anschluß an das Deutsche Reich zu zerschlagen; auf den Anschluß, den das gesamte österreichische Volk in machtvollen öffentlichen Kundgebungen gefordert hatte.

Oder sollte Dollfuß daran gedacht haben? Am 24. Juni berichtete er in einer großen Wiener Parteiversammlung der Christlich-Sozialen über die Ergebnisse seiner Reise zum Westen. Hier nun forderte er den Zusammenschluß der „Vaterländischen Front" zum Wiederaufbau Oesterreichs und zum Kampfe für seine Unabhängigkeit. Diesmal aber gab er auch eine Begriffsbestimmung über das, was er unter dieser Unabhängigkeit verstand:

„Unabhängigkeit gegen den Nationalsozialismus in Oesterreich und im Deutschen Reich."

Also nicht anders, als was die Franzosen auch verlangten: Verhinderung jeder Möglichkeit eines späteren Anschlusses an Deutschland!

Was aber war für Frankreich ein solches für immer vom deutschen Staat getrenntes und an einen slawischen Verband angeschlossenes Deutsch-Oesterreich?

Am Schlusse seines Aufsatzes hat Léon Martin es gesagt. In einem halben Satz nur:

„Für Frankreich ein fester Stützpunkt und eine Sicherheit."

Stützpunkt und Sicherheit? Gegen wen?? Nur gegen **Einen** verlangt Frankreich Sicherheit —

Gegen das Deutsche Reich.

Erfüllung eines französischen Kriegsziels

Am 28. Juli 1933 hat der nationalsozialistische Landesinspektor Habicht dem Bundeskanzler Dollfuß die Antwort gegeben. Im Bayerischen Rundfunk stellte er fest:

> „Der Vorwurf des **Separatismus** ist berechtigt gegenüber dem Versuch, **das künftige Schicksal Oesterreichs nicht nach dem Willen des eigenen Volkes, sondern nach dem Willen Frankreichs und aller Feinde der deutschen Nation zu formen."**

Jawohl, das ist es: **Separatismus!** Und zwar ein Separatismus gleicher Art, wie wir ihn schon kennen, und ohne dessen Kenntnis die jetzigen Vorgänge in Wien und in ihren Untergründen unverständlich bleiben müßten.

Denn:

Es ist Zentrumspolitik, die heute in Oesterreich getrieben wird.

Genau wie 14 Jahre vorher in Bayern und am Rhein, sucht und findet diese Zentrumspolitik auch hier wieder die Unterstützung Frankreichs.

Genau wie 14 Jahre vorher in Bayern und am Rhein ist das, was diese Zentrumspolitik heute in Oesterreich fordert, nichts anderes als die Erfüllung eines französischen Kriegszieles, das Frankreich bei den Friedensverhandlungen nicht durchsetzen konnte.

*

Die Zentrumspartei ist noch nicht restlos zerschlagen. Es sieht nur so aus. Wien ist ihr letztes Bollwerk. Von hier wird der neue Angriff gegen den verhaßten Feind vorbereitet.

Der Traum eines vom Reich getrennten selbständigen Rhein-Donau-Staatenbundes ist freilich dahin. Aber gäbe es nicht eine andere, eine bessere Lösung? Wenn erst einmal die neue slawisch-österreichische Donau-Föderation bestände, könnte sich nicht dann ein etwa durch einen glücklichen Zufall vom Rhein abgetrenntes süddeutsches ‚Sprengstück' diesem Staatsgebilde anschließen? Damit wäre doch auch für immer die Gefahr beseitigt, auf die Kaiser Karl in dem Pariser Marxistenblatt Frankreich hingewiesen hatte: die Gefahr einer späteren Wiedervereinigung der deutschen Länder.

Tatsächlich sind die Separationspläne der Christlich-Sozialen durch Führer der Bayerischen Volkspartei unterstützt worden. Der bayerische Kultusminister Schemm hat am 27. Juli in einer Münchener Versammlung des Lehrerbundes die geheimen Machenschaften aufgedeckt:

> „Wir wußten von all den feindlichen Plänen, die von den Führern der Bayerischen Volkspartei gehegt wurden. Bei den Haussuchungen kamen die Dokumente ans Tageslicht: Dokumente des Dolchstoßes, des ausgesprochenen Landesverrats. Dokumente, die beweisen, wie man bereit war, abzuwarten, bis eine sogenannte schwache Stunde des Nationalsozialismus kommen würde. Der ganze Feldzugsplan liegt im Einzelnen vor. All die Beteuerungen der Bereitschaft, im neuen Staat mitzuarbeiten, waren Lügen. Man war bereit, bis zum Letzten zu heucheln. **Die Fäden gingen von Regensburg bis nach Wien; auch der Name Zita, die Donaumonarchie spielen herein . . .** Der letzte Kampf mit allen internationalen Kräften hat begonnen."

Ist auch in diesem Sinne die Drahtung des Bundeskanzlers Dollfuß zu verstehen, die er, noch von London aus, nach dem Anschlag auf Dr. Steidle an diesen richtete? Er begrüßte ihn als „schneidigen Vorkämpfer für Oesterreichs Gesundung und Unabhängigkeit." Die Drahtung schließt mit den Worten: „Nun erst recht!"

Dr. Steidle stand allerdings schon über ein Jahrzehnt als schneidiger Vorkämpfer in den Reihen der „vaterländischen" Front. Sogar schon im gleichen Jahre, als die Anschlußkundgebungen in Wien stattfanden. Dr. Steidle hat damals das Deutschlandlied nicht mitgesungen.

In der Pariser Zeitung ‚L'Ere Nouvelle' hatte der französische Capitain Vial-Mazel, der frühere Presseoffizier von General Mangin in Mainz und Kurier Dortens schon am 13. September 1923 mitgeteilt: „Dr. Steidle steht in unmittelbarer Verbindung mit Dr. Heim, Graf Bothmer und Prinz Isenburg."

*

Der Ring hat sich geschlossen

Dr. Steidle steht jetzt wieder in Front. Zusammen mit dem Bundeskanzler und der österreichischen Zentrumspartei, den Christlich-Sozialen kämpft er. Gegen den Nationalsozialismus. Für die Unabhängigkeit seines Landes — in einer Donau-Föderation.

Unter dem Szepter Habsburgs als Mitteleuropäisches Kaiserreich? Oder als Staatenbund freier republikanischer Zentrumsrepubliken?

Wer fragt jetzt schon danach? Nicht einmal Frankreich. Seine Diplomatie war in Kleinigkeiten immer entgegenkommend. Und hier handelt es sich um mehr: Das Selbstbestimmungsrecht der Völker ist Frankreich unantastbar. Dieses heilige Selbstbestimmungsrecht der Völker, für das es zusammen mit 26 Nationen in den Krieg gegen das Deutsche Reich gezogen ist, wird es weiter schützen. Gegen das Deutsche Reich. Um die Staatsform seiner deutschen Freunde kümmert es sich nicht. Jean Jarzay hat es in der „Action Francaise" (20. 7. 22) festgestellt:

> „Es soll nicht systematisch die Republik oder die Monarchie begünstigt werden, sondern der Gedanke Platz greifen, **daß die Republik wie die Monarchie, wenn sie gegen die Einheit des Reiches arbeiten, für den Frieden arbeiten. Solange die Deutschen nicht einig sind, hat Europa Ruhe."**

*

Der Ring hat sich geschlossen.

Durch anderthalb Jahrzehnte sind wir den Spuren der Reichsfeinde gefolgt; haben die Fäden aufgedeckt, die gleich einem Spinnennetz Deutschland überzogen bis zur Grenze und über die Grenze hinaus.

Nur Wissen ist Macht.

Dieses Wissen und diese Erkenntnis gilt es hinauszutragen in das Land. Und über die Grenze hinaus. Zugleich aber bis ins letzte Dorf, wo die deutsche Zunge klingt, die andere Erkenntnis und Hoffnung —

„Gleiches Blut gehört in ein gemeinsames Reich."

— — — — — — — — —

— — — — — — — — —

Österreich erwache!

Druck: Müller & Co., Opladen (Rhld.)



Neue Urkunden über die wahren Führer der Separatisten (26 Photographien)

Walter Bacmeisters Nationalverlag, Berlin-Charlottenburg 9